



DARUM EUROPA!

Gemeinsam für den Frieden

100 Jahre Volksbund

Gemeinsam für den Frieden

100 Jahre Volksbund

Frieden braucht Mut

Der Dezember 2019 markiert den 100. Gründungstag des Volksbundes. Es war ein langer, oft steiniger Weg von der Gründung nach dem Grauen des Ersten Weltkrieges, den Wirren der Zeit bis 1933, dem politischen Anpassen während des Nationalsozialismus, dem entsetzlichen Zweiten Weltkrieg, der Wiederbelebung ab 1946, zuerst im Westen und dann nach 1989 in der gesamten Bundesrepublik bis zu unserem Leitbild 2016 und der Göttinger Erklärung und nun dem 100. Jahrestag.

Dass ein Verband sich um viele Millionen Kriegstote kümmern, sie auffinden, identifizieren und umbetten, ihre Gräber pflegen und ihre Angehörige verständigen muss, zeugt von einer schweren Niederlage des Friedens, der Verständigung und der Humanität in Europa. Die beiden Weltkriege haben zusammen zwischen 80 und 90 Millionen Menschen das Leben gekostet.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wurde im Dezember 1919 gegründet, um die Millionen Toten des Ersten Weltkrieges im Ausland zu suchen, zu finden und zu bestatten. Schlimmer als zwischen 1914 und 1918, dachte man damals, könne es nicht kommen. Aber es dauerte nur gut 20 Jahre, bis die Menschheit eines Schlechteren belehrt wurde. Der Zweite Weltkrieg, kaltblütig als Eroberungs- und Vernichtungskrieg geplant, forderte noch ein Mehrfaches an Opfern. Und wieder war es der Volksbund, dem die Pflicht zufiel, sich um die Gefallenen zu kümmern und ihren Angehörigen die traurige Gewissheit des Todes zu übermitteln.

75 Jahre nach dem Ende dieses Weltkrieges ist diese Aufgabe noch nicht zu Ende geführt. Jährlich betten wir Tausende von Kriegsopfern um, legen neue Kriegsgräber- und Gedenkstätten an und geben Angehörigen Auskunft über das Schicksal ihrer Familienmitglieder. Die Online-Gräbersuche des Volksbundes wird jährlich 3,5 Millionen Mal angeklickt, statistisch gesehen also täglich fast 10.000 Mal.



Wolfgang Schneiderhan

Geboren 1946 in Riedlingen, war von Juli 2002 bis Ende 2009 Generalinspekteur der Bundeswehr und erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Seit April 2017 ist Wolfgang Schneiderhan Präsident des Volksbundes.

Der Volksbund beschränkt sich in seiner Tätigkeit jedoch nicht auf die Anlage und Unterhaltung von Kriegsgräberstätten. Die Lehre aus den beiden Weltkriegen ist eindeutig: Um den Frieden zu erhalten, muss man nicht nur Friedhöfe und mit ihnen das Andenken an die Gefallenen pflegen, sondern für die Versöhnung und die Verständigung zwischen den Nationen arbeiten. Kriege entstehen nicht über Nacht und sie brechen auch nicht aus, sie werden vorbereitet und geplant. Ihre Voraussetzung sind Herabsetzung von Menschen anderer Nationen sowie die eigene nationalistische Überhöhung. Wer den Frieden erhalten will, muss hier ansetzen. Wir unterstützen das mit intensiver Bildungsarbeit an Schulen und in Veranstaltungen. Der Volksbund unterhält vier eigene Jugendbildungsstätten, die Versöhnung und Verständigung als Programm haben. Drei dieser Einrichtungen liegen im Ausland, die vierte an der deutsch-polnischen Grenze. Jugendliche aus verschiedenen Nationen leisten unter unserer Regie Arbeitseinsätze auf Kriegsgräberstätten im In- und Ausland. Dabei lernen sie sich kennen, verstehen und schätzen, und sind davor gefeit, den Parolen der nationalistischen Hetzer und Populisten, die es auch bei uns wieder gibt, nachzulaufen.

Mit diesem Bildband blicken wir auf 100 Jahre Volksbund zurück. Die Entwicklung des Volksbundes ist jedoch ohne den Verlauf der deutschen Geschichte nicht zu verstehen, im Gegenteil: Sie spiegelt sich darin. Das betrifft auch die dunkelsten der letzten 100 Jahre, in denen auch der Volksbund sich zum Vasallen der nationalsozialistischen Diktatur gemacht und deren Weltanschauung verherrlicht hat.

Ein solcher Zusammenschritt sowohl der deutschen Geschichte als auch der des Volksbundes zwingt zu Zusammenfassungen und Auslassungen. Das Buch versteht sich nicht als wissenschaftliche Abhandlung, sondern es ist eine Illustration der Entwicklung des Volksbundes und des politischen Rahmens, in der diese stattgefunden hat. Es zeigt aber, wie vielfältig die Arbeit des Volksbundes ist – und wie nötig.

Indem wir zurückblicken, schauen wir auch voraus auf die Aufgaben, die sich uns stellen. Wir werden die Kriegsgräberstätten weiterhin pflegen, denn die Kriegstoten genießen völkerrechtlich ein dauerndes Ruherecht. Dabei wollen wir niemanden zurücklassen und so auch die Toten, die noch vor allem in Mittelosteuropa gefunden werden, umbetten und würdig bestatten.

Wir wollen die Friedhöfe zu Lernorten, die Gedenkstätten zu Denk-Stätten entwickeln, Wir wollen jungen Menschen, die das Glück haben, keinen Krieg erlebt zu haben, mit modernen Medien und pädagogischen Methoden die Schrecken des Krieges zeigen und vor ihnen warnen.

Der Volksbund ist 1919 mit großer Unterstützung aus der Gesellschaft heraus gegründet worden. Er lebt seitdem vom gesellschaftlichen Engagement, von der Bereitschaft zu spenden oder ehrenamtlich tätig zu sein. Er wird, bei aller Notwendigkeit auch staatlicher Unterstützung, auch nur als gesellschaftliche Organisation seine Aufgaben erfüllen können. Wir haben in diesem 100. Jahr unseres Bestehens große Unterstützung erfahren, von unserem Schirmherrn Dr. Frank-Walter Steinmeier, von vielen Menschen aus Politik, Kultur und Wirtschaft.

Ich bitte auch Sie, unsere Arbeit zu unterstützen.

Wolfgang Schneiderhan

Die Geschichte als Ansporn

25 Jahre ist es her, dass dieses Buch zum ersten Mal aufgelegt wurde. Die Grundidee hat sich nicht verändert: Wir möchten die Geschichte des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge darstellen und sie in die deutsche Geschichte einbetten.

Im Rückblick erscheinen 25 Jahre, sogar 50 Jahre sehr kurz. Was 1969 war – Gustav Heinemann wird Bundespräsident, Willy Brandt wird Bundeskanzler, zum ersten Mal setzt ein Mensch seinen Fuß auf den Mond, in den USA findet das Woodstock-Festival statt – kommt uns „wie gestern“ vor. Eine Vorausschau auf 50 Jahre dagegen scheint uns sehr lang. Wie wird es uns 2069 gehen?

In den nächsten 50 Jahren werden wir in Deutschland, in Europa und weltweit vor vielen großen Herausforderungen stehen. Eine davon ist der Klimawandel. Hier müssen wir schnell handeln. Möglicherweise kommen auch Herausforderungen auf uns zu, von denen wir noch nichts ahnen. Eines aber lässt sich mit Sicherheit sagen: Wir werden die Aufgaben der Zukunft nur bewältigen können, wenn es uns gelingt, den Frieden zu erhalten bzw. ihn dort, wo Krieg herrscht, zu schaffen. Dazu einen Beitrag zu leisten, sieht der Volksbund als seinen Auftrag an.

Beim Lesen einer historischen Darstellung, die sich wie die vorliegende notwendigerweise verkürzt, an Daten orientiert, könnte der Eindruck entstehen, Geschichte sei die Abfolge punktueller Ereignisse. Das ist nicht so, Geschichte ist ein Prozess. Ereignisse kommen selten abrupt, sie bahnen sich an und entwickeln, oftmals vermeintlich plötzlich, ihre Kraft. Die Regierungs- und anschließend Machtübernahme durch die Nationalsozialisten fand am 30. Januar 1933 statt. Aber dieser Tag hatte eben auch eine lange Vorgeschichte, von der Entparlamentarisierung der Weimarer Republik bis zu der ebenso arroganten wie falschen Vorstellung der bürgerlichen Rechten, die Nationalsozialisten instrumentalisieren zu können.

Das ist mit erfreulichen Ereignissen wie dem Fall der Berliner Mauer nicht anders. Dieser vollzog sich am Abend des 9. November 1989, wurde aber

erst durch die Veränderungen in Polen und Ungarn, die Politik Michail Gorbatschows in Russland und das Anwachsen der Opposition in der DDR möglich.

Bei aller Vorsicht, die man bei der Periodisierung von Geschichte walten lassen sollte, lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden.

Aus dem Ersten Weltkrieg ging die Weimarer Republik mit ihrer bislang noch nicht erprobten Demokratie hervor, in der der Volksbund seine Rolle als reine Kriegsgräberorganisation sah.

In der Zeit des Dritten Reiches wurde diese Demokratie mit Hilfe einer nationalistischen Ideologie zerstört, Millionen Menschen wurden ausgegrenzt, verfolgt und ermordet, Europa wurde mit einem furchtbaren Krieg überzogen. Der Volksbund hat sich in dieser Zeit nicht nur angepasst, sondern aktiv ideologisches Rüstzeug zur Unterstützung dieses Unrechtsregimes geliefert.

Nach dem Krieg entstanden die beiden deutschen Staaten. Jeder für sich war bemüht, staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen wieder aufzubauen, folgte dabei aber ganz unterschiedlichen Leitbildern. Eine Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus und eine konsequente Verfolgung der Täter wurde sträflich vernachlässigt – auch in der DDR, die lauthals den Antifaschismus im Munde führte. Der Volksbund konnte seine Arbeit in Westdeutschland, dann der Bundesrepublik Deutschland, wieder aufnehmen, in Ostdeutschland und der späteren DDR war ihm dies verwehrt.

In beiden deutschen Staaten begann Ende der 1960er Jahre eine Phase des Aufbruchs. Alte Antworten wurden nicht mehr akzeptiert, neue Fragen wurden gestellt. Die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler im Westen und die Ablösung Walter Ulbrichts im Osten sind Signaturen dieses Aufbruchs. Im Volksbund vollzog sich ebenfalls dieser Umbruch. Die Friedens- und Bildungsarbeit rückte stärker in den Vordergrund seiner Tätigkeit, die traditionelle Aufgabe der Gräberpflege aber blieb.



Der 1. August 1914 verändert die Welt. Der Erste Weltkrieg beginnt.

30 Jahre später kam es dann zu einem weitgehenden Wandel in Europa, der über den Fall der Mauer und die Vereinigung Deutschlands bis zum Zerfall der Sowjetunion führte. Einige ehemalige Republiken dieser Sowjetunion sowie die mittelosteuropäischen Staaten wurden Mitglieder der NATO und der Europäischen Union. Ein amerikanischer Politikwissenschaftler sprach sogar vom „Ende der Geschichte“, weil es keine Konflikte mehr gebe, die die Geschichte weitertreiben könnten. Heute wissen wir, dass dies nicht eingetreten ist. Dennoch ist die Vereinigung Europas ein gutes Stück vorangekommen.

Der Volksbund konnte seine Aktivitäten auf die neuen Partnerländer ausweiten und so auch dort aktiv zur Versöhnung beitragen.

Wo wird der Volksbund in 50 Jahren stehen?

Wir nehmen an, dass die Umbettungen von Kriegstoten größtenteils abgeschlossen sein werden. Die Kriegsgräberstätten werden weiterhin gepflegt, denn die Gefallenen haben völkerrechtlich ein ewiges Ruherecht.

Diejenigen, die Friedhöfe besuchen, werden nicht der individuellen Trauer wegen kommen, sondern um sich mit den Schrecken der Kriege auseinanderzusetzen und aus der Geschichte zu lernen.

Die Bildungs- und Begegnungsarbeit des Volksbundes wird das Lernen aus der Vergangenheit mit der Gestaltung der Zukunft verbinden – durch Versöhnungsarbeit, Toleranz und Kooperation.

Der Volksbund wird weiter eine Organisation sein, die aus der Gesellschaft heraus wirkt – durch Mitglieder, Spender und ehrenamtlich Tätige – und von ihr getragen wird. Dies ist durch die Spendenbereitschaft der Bevölkerung möglich, durch die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung, aber vor allem durch das große Engagement der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Volksbundes – im In- und Ausland.

Die vorliegende Publikation ist also nicht nur eine Darstellung der letzten 100 Jahre, sondern soll auch den langen Atem für die Gestaltung der nächsten Jahrzehnte geben. Sie zeigt, wieviel sich in 100 Jahren ändert. Sie zeigt auch, dass das „kleine Unheil“ wie eine Diskriminierung oder Ausgrenzung von Minderheiten oder eine bellizistische Rhetorik zu großem Unheil wie dem Holocaust oder einem Weltkrieg führen kann. Sie macht zudem deutlich, dass Geschichte nicht zwangsläufig geschieht, sondern der Lauf der Geschichte wird von Menschen gestaltet – und kann auch von ihnen verändert werden. Und man kann aus der Geschichte sowohl Deutschlands als auch des Volksbundes lernen, dass Dinge sich zum Besseren wenden können. Dieses Buch soll daher illustrieren, informieren und Rechenschaft ablegen, es soll auch Mut machen. Mut zum Frieden, Mut zur Demokratie, Mut zur Verständigung. Wie das Gegenteil davon aussieht, haben wir in den letzten 100 Jahren schmerzhaft erfahren.



Daniela Schily

Geboren am 11. Februar 1967 in Bochum, ist seit dem 1. September 2015 Generalsekretärin des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Vorbemerkung: die Geschichte des Volksbundes

Grundlagen der hier vorgelegten Geschichte des Volksbundes sind neben der Vereinszeitschrift und diversen Pressemeldungen die Chroniken, die der Volksbund 1959, 1969 und 2009 veröffentlicht hat.

Anders als diese Publikationen kann sich deren Überarbeitung auch auf wissenschaftliche Arbeiten stützen, die in jüngerer Zeit erschienen sind. Dazu zählen (in der Reihenfolge ihres Erscheinens):

Susanne Brandt, Vom Kriegsschauplatz zum Gedächtnisraum: Die Westfront 1914-1940, Baden-Baden 2000

Christian Fuhrmeister, Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge im 20. und 21. Jahrhundert. Bemerkungen aus Sicht der politischen Ikonographie. In: Ellen Überschär (Hg), Soldaten und andere Opfer? Rehburg-Loccum 2007 (=Loccumer Protokolle 73/05), S. 45-66

Alexandra Kaiser, Von Helden und Opfern. Eine Geschichte des Volkstrauertages, Frankfurt a. M. 2010

Jakob Böttcher, Zwischen staatlichem Auftrag und gesellschaftlicher Trägerschaft. Eine Geschichte der Kriegsgräberfürsorge im 20. Jahrhundert, Göttingen 2018

Diesen Arbeiten verdanken wir wichtige Hinweise.

Wie die vorherigen Chroniken kann auch deren Überarbeitung nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Davon ist sie weit entfernt. Manche Fakten werden vielleicht nur zufällig erwähnt, andere übersehen oder falsch eingeschätzt. Somit kann sich auch diese Darstellung der Wirklichkeit nur annähern. Es sollten aber Entwicklungslinien in der Geschichte des Volksbundes angedeutet

oder sogar sichtbar gemacht werden, wobei sich die Autoren der persönlichen Bewertung möglichst enthalten haben.

Mitte September erschien das Buch, das beim Erscheinen der ersten Auflage noch als Typoskript in der Literaturliste geführt wird. „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge – Entwicklungslinien und Probleme“ im Bebra Verlag. Die Darstellung der Wissenschaftler Christian Fuhrmeister, Manfred Hettling, Wolfgang Kruse und Bernd Ulrich fasst die Ergebnisse eines unabhängigen Forschungsprojekts zusammen, das durch den Volksbund in Auftrag gegeben wurde. Sie präsentiert einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Kriegsgräberfürsorge in Deutschland und weist dabei auf die Probleme der Institutionsgeschichte im politischen und erinnerungskulturellen Kontext und im Verhältnis zur Geschichte Deutschlands und Europas hin.

Die Geschichte des Volksbundes in der Weimarer Republik, der sich unter den Nationalsozialisten zu einer Massenbewegung entwickelte und sich willig an die Ideologie der Nationalsozialisten andiente, steht anhand vieler Originalquellen im besonderen Fokus der Historiker. Anlässlich des Festaktes zum 100-jährigen Bestehen wurde das Buch im September 2019 in Berlin im Auswärtigen Amt vorgestellt.

Ein besonderer Dank gilt unserem langjährigen Kollegen Fritz Kirchmeier, der viel zur Fertigstellung dieses Buches beigetragen hat. Er verstarb nach kurzer schwerer Krankheit im Oktober 2019.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

GEMEINSAM FÜR DEN FRIEDEN IN EUROPA

Seit 100 Jahren arbeitet der Volksbund dafür, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu pflegen und zu erhalten.

Nach dem Ersten Weltkrieg gegründet, wurde auch im Volksbund schon bald der Gedanke der Versöhnung verdrängt von Nationalismus und Revanchismus. Ab 1933 unterwarf sich der Volksbund bereitwillig dem Nationalsozialismus.

Heute jedoch ist der Volksbund eine Bürgerinitiative für den Frieden mit vielen Partnern im In- und Ausland. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs fördert er besonders den Dialog mit Mittel- und Osteuropa.

17 Millionen Tote des Ersten Weltkrieges und 55 Millionen Tote des Zweiten Weltkrieges sind das furchtbare Ergebnis von Nationalismus, Diktatur und Völkermord. Die Kriegsgräber und die Gedenkstätten für die Toten und Vermissten sind Orte der Trauer und der Erinnerung. Sie mahnen uns zu Verständigung, Versöhnung und Frieden.

Frieden in Europa ist nicht selbstverständlich. Die Überwindung von Nationalismus und Rassismus, von Hass und Intoleranz, von Unterdrückung und Verfolgung braucht Mut und Ausdauer.

Heute wächst der Nationalismus erneut. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir gemeinsam der Opfer der Kriege gedenken und uns über Grenzen hinweg über vergangenes Leid, dessen Ursachen und die Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander austauschen.

Der Volksbund bringt junge Menschen aus ganz Europa zusammen. Der Austausch trägt dazu bei, die Perspektive der anderen besser zu verstehen, er stiftet Freundschaften und schärft das Bewusstsein dafür, dass Frieden ein Gut ist, das es gemeinsam zu bewahren gilt.

Kriegsgräberfürsorge ist Arbeit für den Frieden in Europa. Seit 100 Jahren lebt der Volksbund von der Unterstützung der Bevölkerung. Auch wir unterstützen ihn.

Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsident

Dr. Wolfgang Schäuble,
Präsident des Deutschen Bundestages

Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin

Daniel Günther
Präsident des Bundesrates

Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts

Gemeinsam für den Frieden in Europa – unter dieser Überschrift haben Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Bundesverfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle sowie Daniel Günther als amtierender Bundesratspräsident in einem Aufruf

zur Unterstützung des Volksbundes aufgerufen. „Frieden ist nicht selbstverständlich“, schreiben die Repräsentanten der Verfassungsorgane darin. Und weiter: „Die Überwindung von Hass und Intoleranz, von Unterdrückung und Verfolgung braucht Mut und Ausdauer.“

Dieser Aufruf erschien zunächst am 22. Juni 2019 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, im Tagesspiegel, in der Süddeutschen und der Stuttgarter Zeitung sowie der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen, am 27. Juni auch in der Zeit. Damit erreichte der Aufruf rund 5 Millionen Leserinnen und Leser.

1919

Die einzelnen Schritte zur Gründung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. folgen rasch und konsequent aufeinander.

23. August: Die ehemaligen „Gräberoffiziere“ Dr. Emmo Eulen, Friedrich Barleben und Bernhard Lubig greifen die Idee des Schweizer Alfred Ney auf und legen dem Zentralnachweiseamt in Berlin den Entwurf für eine internationale Kriegsgräberorganisation vor. Dieser Plan ist nicht umzusetzen.

Ihr Ziel, eine private Organisation als Ergänzung zur staatlichen Kriegsgräberfürsorge zu gründen, findet jedoch die Unterstützung der Beamten. Sie raten zur Gründung eines Organisationsausschusses, zu dem sich am 10. September die sogenannten acht Gründungsväter zusammenschließen, um die Gründung des Vereins „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ vorzubereiten. In kurzer Zeit legen sie einen Entwurf vor und eine ansehnliche Liste von Körperschaften und Persönlichkeiten, die den Plan unterstützen.

22. September: Das Berliner Zentralnachweiseamt stellt dem Organisationsausschuss Büroräume und Arbeitskräfte zur Verfügung. Eulen erarbeitet eine Satzung der geplanten Vereinigung.

Es folgt die Bildung eines „Ehrenausschusses“, dem über 80 namhafte Persönlichkeiten aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Kunst, Geistlichkeit und Militär beitreten und damit die Seriosität der Vereinsgründung bekunden.

26. November: Am Gründungskongress in Berlin nehmen mehrere hundert Eingeladene aus Ministerien, Universitäten, Körperschaften und den als Bezirksstellen vorgesehenen Städten teil. Es gibt aber auch Kritik von Ministerialbeamten, die auf eine stärkere Abgrenzung von ihren Ressorts bestehen. Ein Arbeitsausschuss bereitet die erste Mitgliederversammlung des neuen Vereins vor.

13. Dezember: Dem Vereinsnamen wird das Wort „Volksbund“ vorangestellt, um zu unterstreichen, dass die Aufgaben des Vereins von allen Schichten des Volkes getragen werden.

16. Dezember: Die erste Mitgliederversammlung wählt in Berlin Oberst a. D. Joseph Koeth zum Vorsitzenden des Vorstandes. Eulen wird Geschäftsführer, Barleben und Lubig werden Abteilungsleiter in der Berliner Geschäftsstelle.

Das erste Friedensjahr nach dem verheerenden Weltkrieg mit 17 Millionen Toten bringt keinen Frieden.

Im Inneren Deutschlands kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Linken einerseits, also zwischen Sozialdemokraten (SPD), Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) und Kommunisten (KPD), und zwischen Linken und Rechten andererseits. Unruhen und Streiks erfassen neben Berlin vor allem das Ruhrgebiet und Mitteldeutschland. Die Führer und Vordenker der radikalen Linken Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden im Januar in Berlin von rechtsextremen Offizieren ermordet, im Februar ereilt den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) dasselbe Schicksal.

Im Januar 1919 wird die Nationalversammlung gewählt, deren Hauptaufgabe die Erarbeitung einer Verfassung ist. Erstmals dürfen Frauen an den Wahlen teilnehmen. Wegen der Kämpfe in Berlin tagt die Nationalversammlung im beschaulichen Weimar. Sie wählt Friedrich Ebert (SPD) zum Reichspräsidenten und Philipp Scheidemann (ebenfalls SPD) zum Reichsministerpräsidenten.

In Versailles beginnen die Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich. Allerdings dürfen die Deutschen daran nicht teilnehmen, sondern bekommen lediglich das Ergebnis überreicht, auf das sie nur wenig Einfluss nehmen können.

Der Vertrag sieht Gebietsabtretungen und umfangreiche Reparationszahlungen für Deutschland vor. Um diese Ansprüche juristisch abzusichern, wird Deutschland in Artikel 231 die alleinige Schuld am Ersten Weltkrieg gegeben.

Die deutsche Öffentlichkeit lehnt den Vertrag ab. Philipp Scheidemann tritt zurück, um ihn nicht unterzeichnen zu müssen. Allerdings ist die Alternative die vollständige Besetzung des Reichsgebiets durch die Alliierten, weshalb auch die Oberste Heeresleitung (OHL) auf die Annahme drängt. Unterzeichnet wird der Vertrag schließlich von Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum).

Werbeblatt des Kriegsgräberschutzbundes



Flugblatt des Betriebs- und Soldatenrates



1920

Im Januar wird der Volksbund in das Berliner Vereinsregister eingetragen. Seine satzungsgemäßen Aufgaben und Ziele unterscheiden sich nicht von denen des Zentralen Nachweisamtes für Kriegsverluste und Kriegsgräber (ZAK): Herrichtung und Pflege der Kriegsgräber im Reichsgebiet und der deutschen Kriegsgräber im Ausland „dem Volksempfinden entsprechend“, Betreuung der Angehörigen, zwischenstaatliche Kriegsgräberfürsorge auf Grundlage der Gegenseitigkeit.

Aufruf
Volksbund Deutsche
Kriegsgräberfürsorge e.V.

Innerhalb des ZAK wird das als unnötige Verdoppelung der anfallenden Arbeit gesehen.

Im März erteilt der Staatskommissar für Kriegswohlfahrtspflege in Preußen dem Volksbund die Erlaubnis zur Mitgliederwerbung und Spendensammlung.

Der Deutsche Kriegsgräber-Schutzbund, München gliedert sich als bayerischer Landesverband in den Volksbund ein. Diesem Beispiel folgen auch andere private Organisationen.

Im ersten öffentlichen Aufruf zu seiner Unterstützung führt der Volksbund die Prominenten, die er 1919 als Mitglieder des Ehrenausschusses mitgeteilt hat, nun als Verwaltungsrat auf, der aus über 90 Personen besteht.

Der Volksbund hält am 22. November in Berlin seinen ersten Vertretertag ab. Er hat Verbindungen zu zahlreichen ausländischen Stellen geknüpft, zahlreiche Berichte über Grabstätten erhalten und den anfragenden Angehörigen mitgeteilt. Etwa 30.000 Briefe hat die Geschäftsstelle versandt. Mehrere Ministerien werden aufgefordert, den nachgeordneten Behörden zu empfehlen, den Aufbau des Volksbundes zu unterstützen. Der bayerische Landesverband schlägt die Einführung eines Nationaltrauertages vor. Der Vorstand setzt sich bei der Regierung dafür ein, den ersten Sonntag im März zum Trauertag zu erheben.

Im November kommt ein Prüfbericht des Berliner Polizeipräsidiums zu dem Ergebnis, dass der Volksbund weder organisatorisch noch finanziell in der Lage sei, seine selbstgesetzten Aufgaben zu erfüllen. Dem Vereinsvermögen von 8.248 Mark gegenüber. Bei den Beratungen in verschiedenen Ministerien findet sich jedoch keine Mehrheit für ein Verbot des neuen Vereins.

Der Versailler Vertrag tritt im Januar in Kraft. Deutschland kommt nicht zur Ruhe. Die zurückgekehrten Soldaten schließen sich in Freikorps zusammen und greifen in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen ein, die Deutschland erschüttern.

Im März versuchen der Nationalist Wolfgang Kapp und der gerade aus dem aktiven Dienst entlassene General Walther von Lüttwitz mit Hilfe eines solchen Freikorps, der Brigade Erhardt, die Reichsregierung zu stürzen. Die Reichswehr weigert sich, gegen die Putschisten vorzugehen, es sind die Gewerkschaften, die durch einen Generalstreik den Kapp-Putsch beenden.

Einen anderen Aufstandsversuch, der allerdings von der Reichswehr niedergeschlagen wird, gibt es im Ruhrgebiet, wo eine Rote Armee mehrere Städte, darunter auch Düsseldorf, besetzt. Die ersten Reichstagswahlen finden im Juni 1920 statt. Die Parteien, die die Weimarer Republik uneingeschränkt unterstützen – das sind die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Deutsche Demokratische Partei –, verlieren ihre Mehrheit, die 1919 noch bei 76 Prozent der Wähler gelegen hatte. Die „Weimarer Koalition“ wird sie bis zum Ende der Weimarer Republik nicht zurückgewinnen. Die Befürworter der Weimarer Demokratie sind und bleiben in deren Herzstück, dem Parlament, in der Minderheit. Die „Dolchstoßlegende“, der zufolge Verräter in der Heimat die deutsche Armee den Sieg gekostet hätten, gewinnt an Bedeutung.

Der im Versailler Vertrag vorgesehene Völkerbund, ein Vorläufer der Vereinten Nationen, nimmt seine Arbeit auf, bleibt jedoch weitgehend wirkungslos. Weder die USA, die sich aus Europa zurückziehen, noch Deutschland und die Sowjetunion, die erst Jahre später hinzukommen, gehören ihm an.

Im Dezember setzen die Alliierten die deutsche Kriegsschuld auf 269 Milliarden Goldmark fest, die in Raten von 6,4 Milliarden Goldmark jährlich bis 1962 abgezahlt werden soll. Die hohe Summe, aber auch ihre späte Festlegung, die zu Unsicherheit bei potenziellen Investoren führt, treibt die Inflation in Deutschland an.

Das Ende des Kapp-Putschs

1921

Ende Februar erscheint die erste Ausgabe der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge.“ Sie erscheint bis zu zwölf Mal im Jahr und wird zu einem bedeutenden Kommunikationsmedium zwischen Bundesgeschäftsstelle, den einzelnen Ortsgruppen und der Öffentlichkeit. Die erste Nummer gibt einen Bericht über den Vertretertag des Vorjahres wieder sowie aufschlussreiche Mitteilungen über den Zustand etlicher deutscher Grabstätten in Frankreich.

In den Berichten heißt es: „guter Zustand, gepflegt, verunkrautet, verwahrlost, bei den Kampfhandlungen der letzten Monate stark oder vollkommen zerstört, von deutschen Kriegsgefangenen hergerichtet, nach Abreise der Kriegsgefangenen verwahrlost.“ Bei einzelnen Friedhofsorten ist vermerkt: „Einwohner des Ortes sind noch nicht zurückgekehrt.“

Zu diesem Zeitpunkt können von 14 Friedhöfen Grabfotos beschafft werden. Grabschmuckwünsche werden im April für 33 Friedhöfe in Frankreich und Belgien, im September bereits für 90 Friedhöfe in sieben Ländern ausgeführt.

Im Mai veröffentlicht das Innenministerium eine Erklärung zur Kompetenzabgrenzung zwischen ZAK und Volksbund, die jedoch weitgehend unklar bleibt. Die amtlichen in- und ausländischen Behörden seien „naturgemäß nicht imstande, die Fürsorge ganz zu leisten, die dem Gefühl des Volkes für seine Toten entspricht. (...) Der Volksbund entfaltet also eine Liebestätigkeit, die eine wertvolle Ergänzung der amtlichen Fürsorge ist.“ Zugleich sei er die einzige nichtamtliche Organisation, die von den beteiligten Reichs- und Staatsbehörden für das Gebiet der Kriegsgräberfürsorge anerkannt werde.

Der Volksbund ist damit eine staatlich privilegierte Vereinigung.

Der Reichsverkehrsminister lehnt die Eingabe des Bundesvorstandes auf Fahrpreismäßigung für Angehörige, die die Gräber ihrer Gefallenen besuchen wollen, ab.

Im November beruft der Volksbund einen Ausschuss, der über die Einführung eines Nationaltrauertages berät. Er schlägt den Namen „Volks-trauertag“ und als Termin den ersten Sonntag in der Fastenzeit (nach Aschermittwoch) vor.

Über die Reparationszahlungen an die westlichen Siegermächte, die im Versailler Vertrag im Prinzip, aber nicht im Detail festgelegt sind, gibt es weiterhin Streit mit den Siegern. Mit dem sog. Londoner Zahlungsplan vom April 1921 ist ein auf sechs Tage angelegtes Ultimatum verknüpft.

Die Reichsregierung unter Kanzler Constantin Fehrenbach (Zentrum) lehnt das Ultimatum ab und tritt zurück. Französische, belgische und britische Verbände besetzen daraufhin Düsseldorf, Duisburg und das heute zu Duisburg gehörende Ruhrort. Fehrenbachs Nachfolger Joseph Wirth (ebenfalls Zentrum) führt die Annahme der Forderungen im Reichstag herbei und wird dafür von der Rechten als „Erfüllungspolitiker“ geschmäht. Dieses war auch schon seit der Unterzeichnung des Waffenstillstands durch ihn dem Zentrums-politiker und nunmehrigen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger widerfahren, der im August von Rechtsradikalen erschossen wird.

Um die Reparationen zahlen zu können, weitet die Reichsregierung den Geldumlauf aus, indem sie die Notenpresse in Gang setzt. Die daraus folgende Inflation führt zu einer Verschlechterung

der sozialen Lage aller Bezieher oder Eigentümer von Geldeinkommen. Die Alliierten unterstellen Deutschland, die Inflation bewusst herbeizuführen, um so darauf hinzuweisen, dass man die Reparationen nicht zahlen könne.

Die Unruhen in verschiedenen Teilen Deutschlands halten an.

Im Juli wird Adolf Hitler Vorsitzender der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), die noch keine große Bedeutung hat und im Jahr darauf in einigen Teilen Deutschlands verboten werden wird.

Im August 1921 schließen die Vereinigten Staaten von Amerika, die den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet haben, einen separaten Friedensvertrag mit Deutschland, den Berliner Vertrag. Deutschland wird auch gegenüber den USA reparationspflichtig, allerdings werden die geforderten Leistungen nicht einseitig festgesetzt, sondern sollen von einer bilateralen Schiedskommission vereinbart werden.

Der Vertrag von Versailles mit seinen harten Bedingungen gibt den rechten Kräften Auftrieb (hier: Unterzeichnung im Schloss von Versailles).



Die erste Ausgabe der Zeitschrift Kriegsgräberfürsorge



1922

Anfang Januar kostet den Volksbund eine Auskunft aus dem Ausland etwa 16 Mark Porto. Die Erfüllung von Angehörigenwünschen ist dadurch wesentlich erschwert. Das Juli-Heft der Zeitschrift kostet 12,15 Mark, die November- und Dezemberhefte erscheinen nicht.

Der Volksbund bittet Städte, Körperschaften, Vereinigungen, Firmen und auch Einzelpersonen, die Betriebskosten der Bundesgeschäftsstelle für jeweils einen Tag zu übernehmen – sogenanntes Patronat –, um die Weiterarbeit sicherzustellen. In dem Aufruf heißt es: „Die Inhaber der Patronate werden auf allen Schreiben des betreffenden Tages bekannt gegeben.“ In ähnlicher Weise wird versucht, durch Patenschaften die Pflege einzelner Friedhöfe im Ausland zu gewährleisten.

Am 5. März findet im Reichstag erstmals eine Gedenkstunde zum Volkstrauertag statt. Die Gedenkrede hält Reichspräsident Paul Löbe in kurzfristiger Vertretung des Kanzlers. Zitat: „Leiden zu lindern, Wunden zu heilen, aber auch Tote zu ehren, Verlorene zu beklagen, bedeutet Abkehr vom Hass, bedeutet Hinkehr zur Liebe, und unsere Welt hat die Liebe not.“

Bis Ende April hat der Volksbund insgesamt 10.000 Anfragen, Auskünfte und Zwischenbescheide, davon 1.600 in sieben Fremdsprachen, ins Ausland versandt. 20.000 Anfragen nach Gräbern liegen vor. Der Volksbund hat 31 Verbände, 530 Ortsgruppen.

Zwischen dem Vorstand des Volksbundes auf der einen Seite und den Landesverbänden sowie den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle auf der anderen Seite gibt es Streit um die Verwendung der Spenden für die Verwaltungsarbeit. Der Vorstand tritt zurück. Ein außerordentlicher Vertretertag in Frankfurt wählt Pfarrer Fritz Siems zum Präsidenten. Siegfried Emmo Eulen führt als Generalsekretär mit Sitz im Vorstand die Geschäfte.

Der Reichstag beschließt am 29. Dezember das „Gesetz über die Erhaltung der Kriegergräber aus dem Weltkrieg“. Es regelt die Gräberfürsorge im Inland, für die das Reich und die Länder verantwortlich sind, ermöglicht aber auch die Pflege „von anderer Seite“.

Bereits seit 1921 gibt es eine streng geheime Militärkooperation zwischen Deutschland und Russland. Deutschland möchte so die Beschränkungen des Versailler Vertrags umgehen, während die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) von der überlegenen deutschen Technik zu profitieren hofft.

1922 kommt es dann zu einem Paukenschlag: Deutschland und die RSFSR, die mit über 30 anderen Staaten in Genua an einer Konferenz zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems teilnimmt, schließen im nahegelegenen Rapallo einen Vertrag, mit dem sie ihre Zusammenarbeit fixieren. Beide Seiten verzichten auf kriegsbedingte Entschädigungsansprüche, räumen sich wechselseitig die Meistbegünstigungsklausel beim Handel ein und tauschen wieder Botschafter aus. Dieser Schritt, den der deutsche Reichskanzler Wirth und sein Außenminister Walther Rathenau entgegen der ausdrücklichen Weisung des Reichspräsidenten Ebert unternehmen, schreckt die westliche Welt auf. Frankreich erwägt sogar eine militärische Intervention. Die Konferenz von

**»Darüber besteht kein Zweifel:
Der Feind steht rechts.«
REICHSKANZLER JOSEPH WIRTH**

Genua selbst wird nach einer Woche ergebnislos abgebrochen. Es ist aber nicht so sehr der Versöhnungsgedanke, der die deutsche und die russische Politik bestimmt, sondern die Hoffnung, damit die durch die Wiederherstellung Polens verlorenen Gebiete wieder in den eigenen Staat zu integrieren und so zu einer deutsch-russischen Grenze zu gelangen. Der Reichstag billigt das Abkommen im Juli.

Diesen Erfolg seiner Politik kann Reichsaußenminister Rathenau nicht mehr erleben. Er wird am 24. Juni von zwei Attentätern getötet. Die Empörung darüber in der deutschen Öffentlichkeit ist groß. Reichskanzler Wirth ruft im Reichstag aus: „Darüber besteht kein Zweifel: Der Feind steht rechts.“ Reichspräsident Ebert erklärt das Deutschlandlied, das August Heinrich Hoffmann von Fallersleben bereits 1847 gedichtet hatte und das mit einer Melodie von Joseph Haydn vertont wurde, zur Nationalhymne – der ersten des Deutschen Reiches seit seiner Gründung 1871.

Der zunehmende Währungsverfall begünstigt den Schwarzmarkt: hier z. B. Straßenhandel mit Hemdkragen.

1923

Die Inflation stößt auch den Volksbund in eine tiefe Krise. Die ersten drei Ausgaben der „Kriegsgräberfürsorge“ kosten zusammen 400 Mark, das April-Heft ist für 500 Mark erhältlich, bei nur vier Seiten Umfang. Von September bis März 1923 erscheint das Mitteilungsblatt nicht. Manche Ortsgruppen stellen ihre Arbeit ein, der Volksbund verliert Mitglieder.

Im Februar veröffentlicht die Redaktion die ersten 75 Inhaber von Patronaten. Es sind Einzelpersonen, Firmen, Vereine und Gemeinden. Auch Reichspräsident Ebert ist unter den Genannten.

Auf dem Vertretertag in Münster wird berichtet: „Die guten Erfolge der Werbung von Patronaten für den Schutz der deutschen Kriegergräber trugen wesentlich dazu bei, die Weiterführung der Volksbundarbeit zu ermöglichen.“

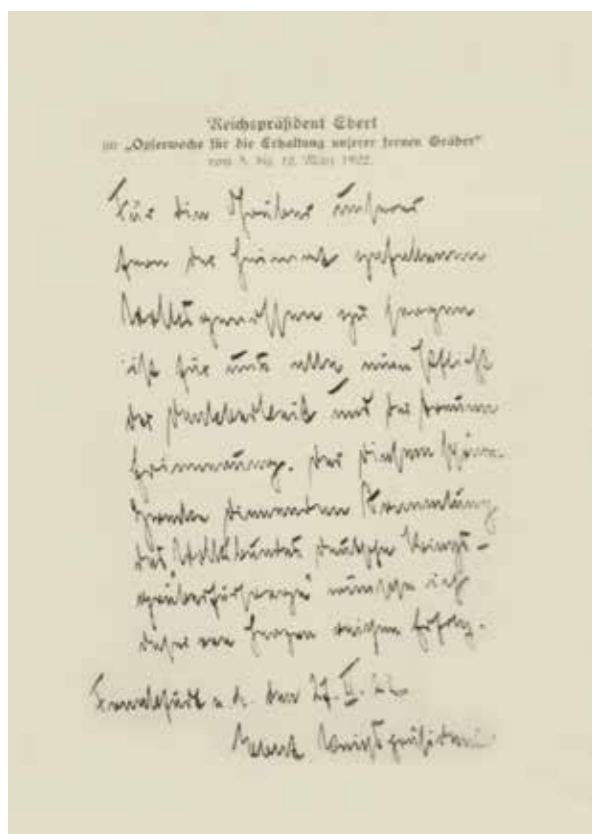
Trotz der finanziellen Krise kann der Volksbund auf eine erfolgreiche Aufbauphase zurückblicken. Er ist eine anerkannte Organisation mit etwa 60.000 Mitgliedern, sehr gut gesellschaftlich und politisch vernetzt – einzig die Vereinigungen der Arbeiterschaft wahren Distanz – und er hat ein erfolgreich arbeitendes Gefüge an Auslandskontakten etabliert. Mit ihrer Hilfe kann er über den Zustand der Gräber informieren und Grabschmuckwünsche der Angehörigen erfüllen.

len. Damit bindet er tausende Hinterbliebene an sich.

In seiner Rhetorik verkörpert er konservative Werte und beteiligt sich am verbreiteten Lamentieren über den Egoismus, den Materialismus und die innerliche Zerrissenheit der Republik. „Wir wollen nicht nur eine Schuld an unseren Toten abtragen, sondern wir hoffen auch, dass die Zerrissenheit und Uneinigkeit unseres Volkes wieder aufhöre und dass das Gedenken an unsere Gefallenen uns eine Brücke schlage zur Liebe zum Vaterlande und zum deutschen Wesen“, schreibt Eulen 1922.

Die behördliche Kriegsgräberfürsorge, das ZAK, ist im Vergleich zum Volksbund in seiner Auslandsarbeit sehr eingeschränkt. Die amtliche Grabpflege im Ausland wird deshalb 1923 vom Innenministerium an das Auswärtige Amt abgetreten.

Geleitworte von Friedrich Ebert zur Opferwoche für die „Erhaltung unserer ferneren Gräber“



Paul Löbe (1875 – 1967)

Aus der Ansprache zum Volkstrauertag im Plenarsaal des Reichstags: „Noch sind die Wunden des Krieges nicht vernarbt. Eines aber liegt hinter uns, das Massensterben durch körperliche Gewalt. Eines kann uns niemand verwehren, die Ehrung derjenigen, die in der Schlacht gefällt wurden, die nach langer Qual der Tod erlöst ...“

Die Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten, vor allem Frankreich, und Deutschland wegen der Reparationen, die dieses leisten soll, nehmen kein Ende.

Frankreich, das schon 1922 Reparationsleistungen nicht mehr in (immer wertloserem) Geld, sondern in Sachleistungen forderte, wirft Deutschland vor, die Lieferungen bewusst zurückzuhalten. Als Reaktion darauf besetzt es im Januar das Ruhrgebiet. Dies führt in ganz Deutschland zu großer Empörung. Im Ruhrgebiet leisten die Beamten, aber auch die Arbeiter passiven Widerstand. Der Staat übernimmt die Gehälter auch der Arbeiter, kann dieses Vorhaben aber nur durch das Drucken von Geldscheinen finanzieren.

Die Inflation entwickelt sich zur „Hyperinflation“, an deren Ende man für einen US-Dollar 4,2 Billionen Papiermark zahlen muss.

Die Regierung unter Gustav Stresemann beendet im September den passiven Widerstand im Ruhrgebiet, das bis 1925 besetzt bleiben wird, und führt im Oktober eine Währungsreform

durch. Durch die Einführung der Rentenmark stabilisiert sich das Währungssystem. Damit wird ein Grundstein für die wirtschaftliche Erholung Deutschlands gelegt. Nichtsdestotrotz ist die Regierung Stresemann nur 100 Tage im Amt, da die Sozialdemokraten sich aus der Koalition zurückziehen.

»Was euch veranlasst, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen eurer Dummheit werdet ihr noch in zehn Jahren spüren.«

REICHSPRÄSIDENT FRIEDRICH EBERT

Reichspräsident Ebert mahnt seine Parteifreunde vergeblich: „Was euch veranlasst, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen eurer Dummheit werdet ihr noch in zehn Jahren spüren.“

Am 8. November unternehmen Adolf Hitler, der Vorsitzende der NSDAP, und Erich Ludendorff, der frühere stellvertretende (und tatsächlich maßgebende) Chef der Obersten Heeresleitung, einen Putschversuch in München, der am 9. November zu einem „Marsch auf die Feldherrenhalle“ führt, aber von der Polizei und dem Militär niedergeschlagen wird. Hitler wird zwei Tage später verhaftet, seine Partei im gesamten Deutschen Reich verboten. Die Nationalsozialisten werden den Putschversuch und den Tag, an dem er stattfand, ebenso die Personen, die auf ihrer Seite zu Tode gekommen sind, in späteren Jahren heroisieren.

Wirtschaftliche Not – es mangelt an allem.





Vertretertag in Hamburg; fünfter von rechts: Präsident Fritz Siems, links neben ihm Dr. Poelchau, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg

1924

Die Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ kommt im April wieder heraus. Bei acht Seiten Umfang beträgt der Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.

Die Krise ist überwunden. Generalsekretär Eulen fragt in der April-Ausgabe nach den Folgen, falls der Volksbund seine Tätigkeit hätte einstellen müssen:

„Wer mag sich ausdenken, was fremde Willkür unseren fernen Ehrenstätten angetan, wieviel Hohn und Spott unsere Nachbarn über die ‚Barbaren‘ ausgeschüttet haben würden, die die Gräber ihrer Helden sich selbst überlassen?! Wer wagt den Schaden zu ermessen, den wir als Volk an unserer Seele, an unserer inneren Ehre genommen hätten?“

Auch Präsident Siems schlägt im gleichen Heft einen ähnlichen Ton an: „Volksbund, das heißt Volksgemeinschaft mit der großen heiligen Aufgabe, Ehrenwache zu sein für unsere Helden, die unser größter und letzter Besitz sind. Alles haben die Feinde uns genommen, unsere toten Helden haben sie uns nicht nehmen können.“

Im wohlthuenden Kontrast zu solchen Äußerungen stehen die sachlichen Berichte über deutsche Kriegsgräber im Ausland, die sich in jedem Heft finden. Sie widersprechen auch inhaltlich der Polemik von Eulen und Siems, indem sie ein ganz anderes Bild vermitteln: Die Umbettungen der

Gräber in Frankreich und Belgien werden fortgeführt, es ist aber zu erkennen, dass die damit Beauftragten darauf achten, dass die Gräber auch nach ihrer Verlegung wieder namentlich gekennzeichnet werden können. Die meisten Friedhöfe sind gepflegt, machen aber einen trostlosen Eindruck, weil sie keinerlei Grabschmuck haben.

Ende April gibt es 34 Verbände und 649 Ortsgruppen.

Die zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag findet im Großen Schauspielhaus in Berlin statt. Redner ist Präsident Siems.

Ende April gibt es 34 Verbände und 649 Ortsgruppen. Beim Vertretertag im Mai in Hamburg wird mitgeteilt, dass der Volksbund 58.590 Mitglieder hat. Die Versammlung appelliert erneut an die Reichsregierung, den ersten Sonntag in der Fastenzeit als Volkstrauertag festzulegen.

Am 26. November beschließt der Vorstand, darauf hinzuwirken, dass der Volkstrauertag auch ohne gesetzliche Festlegung im ganzen Reich begangen wird.



Adolf Hitler wird im Februar wegen seines Putschversuchs zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, von denen er jedoch nur wenige Monate absitzen muss. Das Gericht hält ihm und den anderen Putschisten zugute, sie hätten sich in „ihrem Tun von rein vaterländischem Geiste und dem edelsten, selbstlosen Willen“ leiten lassen.

Er nutzt die Haftzeit, sein Buch „Mein Kampf“ zu schreiben, das zur ideologischen Grundlage der nationalsozialistischen Bewegung wird.

Der Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer, wird zum Vorsitzenden des Preußischen Staatsrats gewählt und übernimmt damit eine über seine Heimatstadt hinausgehende Verantwortung.

Im Laufe des Jahres finden Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland über die Reparationen statt, die im September im Dawes-Plan münden. Deutschland wird zwar nicht von den Reparationen freigestellt, aber diese werden nunmehr an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes gebunden. Außerdem erhält das Deutsche Reich einen Kredit in Höhe von 800 Millionen Reichsmark. Möglich wurde diese Einigung durch den starken Einfluss der USA, die sich damit erstmals nach ihrem Rückzug am Ende des Ersten Weltkriegs in Europa wieder deutlich engagieren.

In Deutschland findet eine spürbare wirtschaftliche Erholung statt. Die Goldenen Zwanziger Jahre beginnen. Zwar sind sie keineswegs für alle Menschen gleich golden, aber die wirtschaftliche Stabilisierung bietet Raum für die kulturelle Entfaltung, neue Kunstrichtungen und die Entwicklung der Unterhaltungsbranche.

In der Sowjetunion stirbt der schon lange schwer kranke Wladimir Iljitsch Lenin, der Führer der kommunistischen Revolution. Dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Josef Stalin, gelingt es, sich im innerparteilichen Machtkampf durchzusetzen und die Führung von Partei und Land bis zu seinem Tod 1953 auf sich zuzuschneiden. Mit der Machtübernahme Stalins setzt sich auch seine Politik des „Sozialismus in einem Land“ durch, was den Verzicht auf den Export der Revolution in andere Länder beinhaltet.

Solidaritätsaufruf des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten

Die vom Volksbund mehrfach angeregte gesetzliche Festlegung des Volkstrauertages ist durch den Erlass des Reichsministers des Inneren vom 19. Januar nicht voll erreicht.

Es wird nur empfohlen, für den Sonntag Invocavit im Verwaltungsweg sicherzustellen, dass „Lustbarkeiten“ an diesem Tage unterbleiben, halbmask geflaggt wird und die Gedenkfeiern des Volksbundes unterstützt werden.

Die zentrale Feier findet wieder im Reichstag statt. Redner ist Präsident Siems. „Unser erster Volkstrauertag“, so ist der überschwängliche Bericht in der Mitgliederzeitschrift überschrieben.

Reichskanzler Dr. Hans Luther und Außenminister Gustav Stresemann werden Mitglieder des Volksbundes.

Der Direktor des ZAK, Geheimrat Horning, hat eine Inspektionsreise nach Frankreich unternommen und berichtet über den ordnungsgemäßen Ablauf der Umbettungen, die kurz vor dem Abschluss stünden. „Die französischen und die deutschen Toten sind von etwa 2.900 ursprünglichen Friedhöfen und aus vielen Feldgräbern auf etwa 165 deutsche, 147 französische und 76 gemischte Friedhöfe zusammengelegt worden, die endgültig bestehen bleiben sollen.“ (Aus der Kriegsgräberfürsorge (KGF), April 1925)

Die Franzosen hätten mit der Herrichtung der Friedhöfe begonnen. Die deutschen wie die französischen Gräber seien jedoch noch nicht bepflanzt worden, weil die Hügel ständig nachsinken.

In der Gestaltung der verbliebenen Friedhöfe sieht der Volksbund seine Aufgabe in den nächsten Jahren, „damit aus den schmucklosen Gräberfeldern wieder Gedenkstätten werden, die für alle Zeiten von deutscher Art und von deutscher Heldenehrung zeugen.“ (KGF, April 1925)

Zum Vertretertag im April in Karlsruhe hat der Volksbund 75.410 Mitglieder. Siegfried Emmo Eulen wird auf eigenen Wunsch nicht mehr zum Generalsekretär gewählt und übernimmt ehrenamtlich die Aufgabe des Ersten Schriftführers. Er bleibt auch Redaktionsleiter der Mitgliederzeitschrift. Seinen Lebensunterhalt verdient er in der Direktion der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Gaswerke, Berlin.

Am Totensonntag lässt der Volksbund auf 113 Soldatenfriedhöfen in Belgien und Frankreich Kränze niederlegen. Am Jahresende ist der Volksbund in 39 Verbände und 871 Ortsgruppen gegliedert.

Im Februar stirbt Reichspräsident Friedrich Ebert. Im April wird der frühere Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg im zweiten Wahlgang einer Direktwahl zum Reichspräsidenten gewählt.

Sein Gegenkandidat, der für die sozialdemokratisch-liberale Weimarer Koalition antritt, ist der Zentrums Politiker Wilhelm Marx. Hindenburg, der Kandidat der Rechten, ist zum Zeitpunkt seiner Wahl 78 Jahre alt. Sieben Jahre später wird er für die Sozialdemokraten und die Parteien der Mitte seine Wiederwahl gegen Adolf Hitler erreichen.

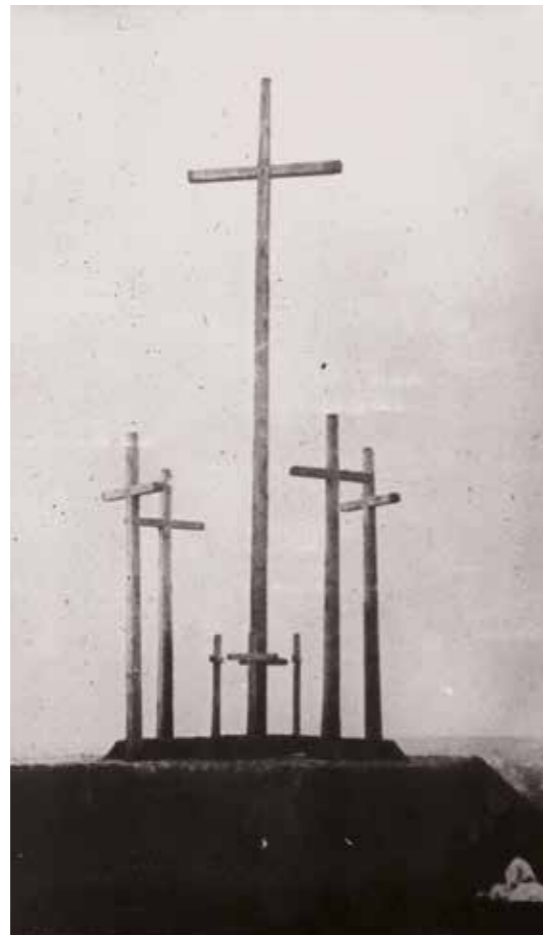
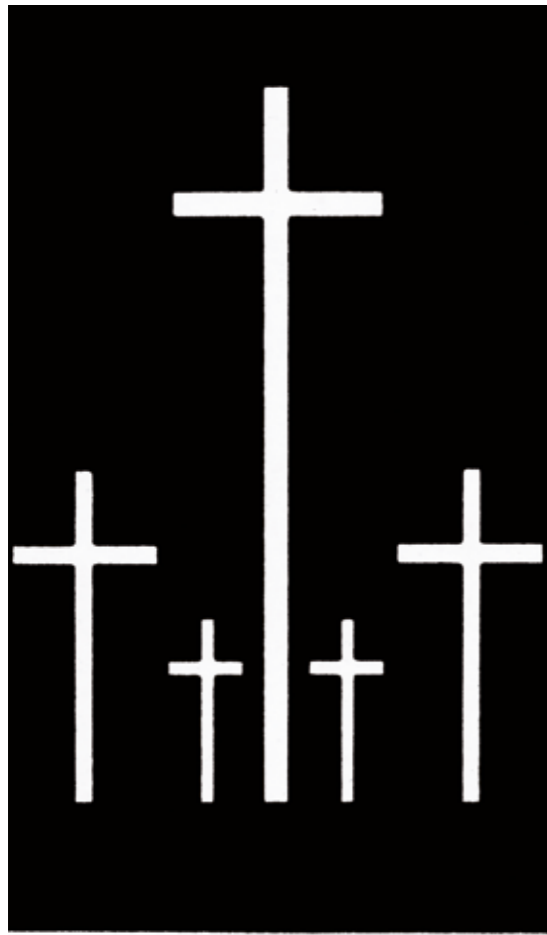
Gedenkfeier zum Volkstrauertag 1925 im Plenarsaal des Reichstages



Insgesamt verschiebt sich das politische Koordinatensystem nach rechts. Die rechtsnationalistische und antisemitische Deutschnationale Volkspartei (DNVP) wird im Januar erstmals Teil einer Reichsregierung. Auch in einigen Länderregierungen ist sie vertreten. Hitler gründet im Februar die NSDAP neu, deren Verbot ausläuft. Auch das Sprachrohr der Nationalsozialisten, der „Völkische Beobachter“, erscheint wieder. Im Juli beginnt die Räumung des Ruhrgebiets durch die alliierten Truppen.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann und sein französischer Kollege Aristide Briand unterzeichnen am 1. Dezember den Vertrag von Locarno. Tatsächlich besteht das Vertragswerk aus sieben Bestandteilen. Es garantiert die Grenzen im Westen und ist ein bedeutender Schritt hin zu einer europäischen Friedensordnung. Der britische Außenminister Austin Chamberlain erhält für das Vertragswerk den Friedensnobelpreis. Ein Jahr später, 1926, wird auch Stresemann und Briand aus demselben Grund dieser Preis zugesprochen werden.

Die Grenzen im Osten werden durch das Vertragswerk von Locarno nicht fixiert und garantiert, lediglich für den Fall einer gewaltsamen Revision durch Deutschland behält sich Frankreich eine militärische Antwort vor. Auch Deutschland und Polen schließen im Vertragswerk von Locarno eine militärische Grenzveränderung aus. Eine nichtmilitärische Revision der Grenzen zu Polen strebt Stresemann allerdings an, wie er in einem Brief an den Kronprinzen schreibt.



Am 10. Februar wählt der Volksbund einen Kunstbeirat. Am 29. März entscheidet ein Ausschuss für die Annahme des von Prof. E. Böhm, Berlin, entworfenen Plakates und Signets. Im Kopf des Mai-Heftes der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ erscheinen zum ersten Male die fünf weißen Kreuze auf schwarzem Grund. Die Anregung zu diesem Zeichen gab das Vier-Grenadier-Grab in Grabowiec/Polen.

1926

Der Volkstrauertag wird auf den zweiten Sonntag nach Aschermittwoch verlegt. Redner im Reichstag ist Präsident Siems.

Im Februar wird ein Kunstbeirat gegründet, der sich mit der Gestaltung von Kriegsgräberstätten befasst. Ihm gehören Künstler und Architekten an, Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Kultusministeriums.

Die belgische und die deutsche Regierung vereinbaren am 6. März, dass die deutsche Seite nach und nach die Verantwortung für den Ausbau und die Pflege der deutschen Kriegsgräber in Belgien übernimmt. Dazu wird der „Amtliche Deutsche Gräberdienst“ gegründet, der der deutschen Botschaft in Brüssel untersteht.

Im März entscheidet sich ein Ausschuss für die Annahme des von Prof. Ernst Böhm entworfenen Signets, das fünf weiße Kreuze auf schwarzem Grund zeigt. Die Anregung zu dem Zeichen gab das Vier-Grenadier-Grab in Grabowiec/Polen.

Auf Initiative des späteren Generalsekretärs Otto Margraf beginnt die Gemeindewerbung. Im April sind in der Provinz Hannover 1.200 Landgemeinden Mitglied und zahlen einen Beitrag von einer Reichsmark für jeden ihrer Gefallenen.

Am 1. Juni richtet der Volksbund sein Baubüro in München, die so genannte „Bauleitung“, ein. Sie untersteht dem Gartenarchitekten Robert Tischler. Er wird über dreißig Jahre hinweg, bis zu seinem Tod 1959, die Gestaltung deutscher Kriegsgräberstätten nachhaltig prägen.

Eulen, Tischler und ein Beamter des Auswärtigen Amtes verabreden am 26. Juni in Paris mit Vertretern des Pensionsministeriums, inwiefern der Volksbund bei der Gestaltung der deutschen Kriegsgräber in Frankreich mitwirken kann. Das Pensionsministerium, zu dem auch der französische militärische Gräberdienst gehört, gesteht dem Volksbund unter Auflagen zu, Gestaltungsvorschläge für einzelne Friedhöfe zu erarbeiten. Diese sind nach Prüfung durch das ZAK und des Auswärtigen Amtes an das Ministerium zu richten. Außerdem wird vereinbart, dass das Ministerium künftig private Anfragen aus Deutschland zur Beantwortung an den Volksbund weiterleitet.



Deutschland und die Sowjetunion schließen im April einen Freundschaftsvertrag und setzen damit ihre Politik von Rapallo fort.

Deutschland sichert der Sowjetunion im Falle eines Krieges derselben gegen einen anderen Staat – gedacht war hier an Polen – seine Neutralität zu. Darüber hinaus enthält der Berliner Vertrag Regelungen zum Handel sowie zur militärischen Zusammenarbeit.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands verbessert sich weiter, die politische Situation bleibt allerdings fragil.

Im August schließt Deutschland auch ein vorläufiges Handelsabkommen mit Frankreich.

Das Deutsche Reich betreibt seine Mitgliedschaft im Völkerbund und wird im September in diesen aufgenommen. Im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zur deutschen Aufnahme kommt es zu weitreichenden Gesprächen zwischen den Außenministern Stresemann (Deutschland) und Briand (Frankreich). Briand stellt die vorzeitige Rückgabe des Saarlands an Deutschland sowie die Rückgabe

des nunmehr belgischen Eupen-Malmedy in Aussicht, während Stresemann die Stabilisierung der französischen Währung verspricht. Die beiden Regierungen revidieren jedoch die Absprachen ihrer Außenminister.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands verbessert sich weiter, die politische Situation bleibt allerdings fragil. Die im Januar gebildete Regierung von Reichskanzler Hans Luther verfügt nicht über eine parlamentarische Mehrheit und hält sich nur fünf Monate im Amt. Sie zerbricht über dem „Flaggenstreit“: Durch eine Verordnung der Reichsregierung wird es den deutschen Auslandsvertretungen gestattet, neben der schwarz-rot-goldenen Fahne auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge und damit die Farben des Kaiserreichs zu hissen.

Auch die von dem Zentrumsolitiker Wilhelm Marx geführte Nachfolgeregierung verfügt nicht über eine parlamentarische Mehrheit und wird im Dezember durch ein von der SPD initiiertes Misstrauensvotum gestürzt, nachdem der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die geheime militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und die damit verbundene Umgehung der Bestimmungen des Versailler Vertrags in einer Reichstagsrede aufgedeckt hat.

Die letzten britischen und belgischen Truppen haben die Stadt verlassen. Am Festempfang in Köln nehmen Oberbürgermeister Dr. Konrad Adenauer (ganz rechts), Reichspräsident Paul von Hindenburg (Zweiter von rechts) und Erzbischof Schulte (Zweiter von links) teil.

1927

Durch die bilateralen Vereinbarungen des Vorjahres sind die Beschränkungen des Versailler Vertrages hinsichtlich der Fürsorge für die deutschen Kriegsgräber in Frankreich und Belgien aufgeweicht. Für den Volksbund beginnt damit eine neue Ära.

In Belgien baut der Amtliche Deutsche Gräberdienst planmäßig die deutschen Kriegsgräberstätten aus. Aber auch hier ist der Volksbund involviert. Ihm fließen die Spenden der bisher gewonnenen Paten einzelner Friedhöfe zu, die er an den amtlichen Gräberdienst weiterleitet. Er wird sich aber auch darüber hinaus noch einbringen.

Hauptarbeitsgebiet ist nun Frankreich, wo auch die meisten Toten liegen. Die Gestaltungsmöglichkeiten beschränken sich zunächst auf die Bepflanzung und Einfassung der Friedhöfe. Aber wie ist zu erreichen, dass sich die Kriegsgräberstätten von zivilen Friedhöfen unterscheiden? Wie kann die Eigenart von deutschen Kriegsgräberstätten zum Ausdruck gebracht werden? Nicht nur die Bauleitung befasst sich mit diesen Fragen.

War der Volksbund bisher der Anwalt und Vermittler individueller Grabschmuckwünsche, so

ändert sich nun ansatzweise seine Rolle. „Wir können nicht dem Einzelnen dienen, wenn es um das Ganze geht. Wir können nicht bleibende Werte schaffen, wenn wir einem im Augenblick durchaus begreiflichen Sonderwunsche nachgeben und Zugeständnisse machen, die in ihrer Auswirkung später die Gesamtwirkung einer der Ewigkeit geweihten Opferstätte beeinträchtigen“, schreibt Eulen 1929.

Am 11. April richtet der Volksbund eine Verbindungsstelle beim ZAK in Berlin ein. Im Mai zählt er 104.000 Mitglieder. Ab dem 1. Juni kann der Volksbund zum Preis von je einer Reichsmark Grabfotos von 215 Friedhöfen in Frankreich und 59 in Belgien liefern. 24.605 Anfragen sind eingegangen, 44.209 Auskünfte erteilt worden.

Der Volksbund kann in Ost- und Südosteuropa bei der Instandsetzung von 310 Friedhöfen in 13 Ländern mitwirken. Er gibt dafür 276.600 Reichsmark aus.

Angehörigenreise nach Frankreich



Zum vierten Mal bildet Wilhelm Marx im Januar eine Regierung, jetzt unter Hinzunahme der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Deren Vorsitzender, Kuno von Westarp, macht in einer Reichstagsrede deutlich, dass seine Partei die parlamentarische Demokratie ablehnt.

Ebenfalls im Januar zieht die Interalliierte Militärkommission, die die Einhaltung der Abrüstungsvorschriften aus dem Versailler Vertrag in Deutschland überwacht hat, ab.

Der Versuch, einen deutsch-polnischen Handelsvertrag abzuschließen, scheitert.

In Berlin kommt es im April zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der NSDAP und solchen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Das ist der Auftakt für eine jahrelang anhaltende Phase von Straßenschlachten zwischen den extremistischen Parteien.

Der Reichstag beschließt im Juli eine weitgehende sozialpolitische Maßnahme: Die bisherige Arbeitslosenfürsorge wird in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt, in die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen einzahlen.

Der Amerikaner Charles Lindbergh überquert als Erster allein mit einem Flugzeug nonstop den Atlantik.

Der Flaggenstreit zieht sich durch die gesamte Zeit der Weimarer Republik. Die preußische Regierung untersagt ihren Beamten, an Veranstaltungen in Berliner Hotels teilzunehmen, die nur die schwarz-weiß-rote Flagge zeigen. Reichswehrminister Otto Geßler unterzeichnet im August einen Flaggenentlass, der es verbietet, auf Dienstgebäuden des Militärs die schwarz-weiß-rote Kriegsflagge ohne die deutsche schwarz-rot-goldene Fahne aufzuziehen.

Frankreich und Deutschland finalisieren ihr Handelsabkommen, was auch ein Schritt der Annäherung der beiden ehemaligen Kriegsgegner ist.

Deutschland tritt im September dem Internationalen Schiedsgerichtshof in Den Haag bei. Außenminister Stresemann macht in diesem Zusammenhang seine Ablehnung der deutsch-polnischen Grenze deutlich.

Bei der Einweihung des Denkmals zur Schlacht von Tannenberg im September bestreitet Reichspräsident von Hindenburg jede deutsche Kriegsschuld. Der Krieg sei vielmehr ein „Mittel der Selbstbehauptung gegen eine Welt von Feinden“ gewesen.





1928

Der Vertretertag am 25. und 26. Juni in Magdeburg spricht für 112.429 Mitglieder.

Redner zum Volkstrauertag im Reichstag ist Prälat Monsignore Dr. Benedict Kreutz, Präsident des Deutschen Caritasverbandes.

Präsident Fritz Siems tritt zurück und wird zum Ehrenmitglied ernannt. Ein außerordentlicher Vertretertag wählt am 7. Dezember Reichswehrminister a. D. Dr. Otto Geßler zum Präsidenten. Seit dem 26. Juni hat Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther als Stellvertretender Präsident die Geschäfte geführt.

Der Volksbund erhält die Genehmigung von Reichsbahn und Reichspost zur Plakatwerbung. Über 500 Lichtbildvorträge werden veranstaltet. Das Bauprogramm des Volksbundes umfasst 42 Friedhöfe mit 280.000 Gefallenen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in Frankreich. Für den Friedhofsbau gibt er 258.823 Reichsmark aus.

Die Gestaltungsmöglichkeiten sind begrenzt. Große Gebäude und Denkmäler hat das französische Ministerium untersagt, auch die Lage der Gräber darf nicht verändert werden. Trotz dieser Beschränkungen versucht der Volksbund, den Friedhöfen ein nationales Pathos zu verleihen.

„Arbeiten in Stein, schwer und wuchtig, Mauern aus Naturstein, die wie ein Schutz für mittelalterliche Burgen wirken, Eisentore mit dem Zeichen des Volksbundes, den eindrucksvollen fünf Kreuzen. 12.000 Bäume und mehr als 200.000 Wildrosen und anderes wurden gepflanzt. Die Sammelgräber mit den unbekannt Bestatteten sind dabei mit besonderer Liebe ausgestaltet worden.“

Der Volksbund veranstaltet über 500 Lichtbildvorträge.

Blaue Lavendelfelder decken sie zu, oder gelbe Forsythien breiten ihre Zweige über die Mauern, die diese nur Gott bekannten Toten schützend umfassen“, schreibt Eulen.

Trotzdem bieten viele Friedhöfe nach wie vor einen trostlosen Anblick, worüber sich auch schon enttäuschte Besucher beschwert haben. Aber die Vegetation braucht ihre Zeit. Deshalb muss Eulen auf die Zukunft vertrauen: „Wenn die Bäume ihre Kronen erst geschlossen haben, werden sie große, weihevoll Räume umschließen und betreuen, in denen die Toten in Reih' und Glied unter gemeinsamer grüner Decke schlummern.“

Der Friedhof Maissemy (30.478 Kriegstote) vor dem Ausbau



Reichsaußenminister Stresemann spricht sich im März für eine allgemeine Abrüstung aus, wie sie in der Satzung des Völkerbundes vorgesehen ist. Gleichzeitig lehnt er eine einseitige Abrüstung Deutschlands jedoch ab.

Wenige Tage vorher hatte der Reichstag den Bau des Panzerkreuzers A beschlossen. Die Sozialdemokraten opponieren gegen dieses Vorhaben („Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“), die von ihnen nach den Reichstagswahlen 1928 geführte Regierung unter Kanzler Hermann Müller hält jedoch daran fest. Der Panzerkreuzer soll offiziell dem Küstenschutz an der Ostsee dienen. Tatsächlich ist dieses Prestigeobjekt der deutschen Marine jedoch dazu gedacht, die Bestimmungen des Versailler Vertrags, die den Bau von Großkampfschiffen verbieten, durch eine geschickte Bauweise des Schiffs zu umgehen. Ein von der KPD vorangetriebenes Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer kommt mangels Unterstützung nicht zustande.

Um den Kommunisten diese Kampagne aus der Hand zu schlagen, bringt die SPD im Reichstag eine Entschließung ein, den Panzerkreuzer nicht zu bauen, und zwingt ihre Regierungsmitglieder, darunter auch Reichskanzler Hermann Müller, im November gegen den von ihnen selbst befür-

worteten Panzerkreuzerbau zu stimmen – wohl wissend, dass sie für den Beschluss im Reichstag keine Mehrheit bekommen. Die SPD verliert durch diese Manöver stark an Glaubwürdigkeit, was sich bei den Reichstagswahlen 1930 verheerend für sie auswirken wird.

Im August unterzeichnet Gustav Stresemann den internationalen Briand-Kellogg-Pakt, in dem der Angriffskrieg geächtet wird, das Recht auf Selbstverteidigung davon jedoch unberührt bleibt. Streitigkeiten zwischen den Staaten sollten künftig friedlich gelöst werden.

Die Diskussion um die deutschen Reparationen ist nicht beendet und gewinnt vor dem Hintergrund der sich eintrübenden Konjunktur wieder an Bedeutung. Deutschland einigt sich mit Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA auf die Bildung eines Sachverständigenausschusses zur Überprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Der „Schwebende Engel“ von Ernst Barlach im Güstrower Dom sollte als Mahnmal an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges erinnern. 1937 ließen ihn die Nationalsozialisten als „entartete Kunst“ entfernen und einschmelzen.

1929

Die Rede zum Volkstrauertag im Reichstag hält Präsident Dr. Geßler: „Wir können unsere Vergangenheit nicht leugnen, wir müssen uns anständig und ehrlich mit ihr auseinandersetzen.“

Reichspräsident Paul von Hindenburg (1847 – 1934) fördert die Arbeit des Volksbundes ganz besonders.



Im Juni gibt der Volksbund die Fertigstellung des Friedhofes Connantre im französischen Département Marne bekannt. Die Ausgaben für den Friedhofsbau im Ausland betragen in diesem Jahr 461.348 Reichsmark.

Der Vertretertag im Oktober in Berlin würdigt das 10-jährige Bestehen des Volksbundes. Eulen hält einen Vortrag, der sich in Umfang und Faktenreichtum von der Rede des Präsidenten Geßler abhebt. In seinem Rückblick skizziert er die erfolgreiche Entwicklung des Volksbundes:

Über 70.000 Briefe würden jetzt jährlich versandt, 10.000 Grabschmuck- und Fotowünsche erfüllt, 50.000 Leser erhielten die Zeitschrift, die Zahl der Mitglieder liege über 130.000, fast 3.000 Körperschaften und über 500 Städte seien angeschlossen, 408 Friedhöfe in Patenschaften vergeben. In Frankreich habe der Volksbund 62 große Sammelfriedhöfe in seine Obhut übernommen und damit innerhalb von drei Jahren mehr als die Hälfte der dort aufgefundenen deutschen Kriegsgräber.

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen, dem Österreichischen Schwarzen Kreuz und der Sächsischen Kriegsgräberfürsorge in Siebenbürgen sei vertrauensvoll. Dankbar sei der Volksbund auch für die Unterstützung der deutschen Presse, der regionalen Verwaltungen und der Regierungsstellen. Reichspräsident Paul von Hindenburg sei wie sein Vorgänger Friedrich Ebert persönliches Mitglied geworden.

Eulen verwendet in seiner Rede auch das Sinnbild vom Ringwall der Friedhöfe, der das Reich schützend umgebe. Im Totenkult des Volksbundes wird diese Metapher in den nächsten Jahren eine große Bedeutung einnehmen:

„Das große Heer der Toten aber ruht in der Fremde: wie ein gewaltiger Ring, der die Heimat immer noch beschirmen will: mehr als 13.000 Gräberstätten in 38 fremden Ländern. Diese Stätten für alle Ewigkeit zu würdigen, weihvollen Gedächtnisstätten auszugestalten, ist die Kulturarbeit der Kriegsgräberfürsorge.“

Die relative politische Stabilität der Mittzwanziger Jahre geht zu Ende.

Zwar kommt es im April zur Bildung einer großen Koalition unter Führung von Reichskanzler Müller (SPD), aber der Young-Plan spaltet das Land. Dieser, nach dem Bankier Owen D. Young benannt, der eine Expertenkommission zur Reparationsfrage leitet, senkt die jährliche Belastung der von Deutschland zu zahlenden Reparationen, schreibt diese aber bis 1988, also auf 60 Jahre fort. Die politische Rechte macht dagegen mobil und setzt ein Volksbegehren gegen den Young-Plan durch, das jedoch scheitert. Die Befürworter des Volksbegehrens, die damit den Reparationsplan ablehnen und gleichzeitig die Reichsregierung wegen Landesverrats ins Gefängnis bringen wollen, erhalten lediglich 13,8 Prozent Zustimmung – in einigen Teilen des Reiches aber deutlich mehr. Adolf Hitler gelingt es durch die Kampagne, mit den rechtsnationalen Kräften und ihren Förderern in Industrie und Agrarwirtschaft auf Augenhöhe zu kommen.

Gleichzeitig verschärfen sich die Spannungen zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten, die von den Kommunisten als „Sozialfaschisten“ diffamiert werden.

Am 29. Oktober kommt es zum „Schwarzen Freitag“ der New Yorker Börse, auf der die Kurse auf breiter Front einbrechen und die amerikanische Wirtschaft in den Abgrund ziehen. Die US-Banken ziehen daraufhin ihr Kapital aus Deutschland ab und vergeben auch keine neuen Kredite.

Mit einiger Verzögerung kommt die US-Finanzkrise in Europa und damit auch in Deutschland an. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland nimmt stark zu und überfordert die Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung. Die Reichsbank unter ihrem Präsidenten Hjalmar Schacht, der auch im Nationalsozialismus eine Rolle als Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister spielen wird, drängt auf einen drastischen Schuldenabbau des Reiches, der soziale Verwerfungen zur Folge hat.

Im Oktober stirbt Gustav Stresemann, der 1923 kurzzeitig Reichskanzler und anschließend bis zu seinem Tod mit 51 Jahren Außenminister war.

Der Schwarze Freitag – der 25. Oktober 1929 – an der Börse von New York leitet die Weltwirtschaftskrise ein, von der Deutschland besonders schwer betroffen ist.





Am 4. Mai wird in Tarent/Italien das vom Volksbund errichtete Grabmal für die Opfer des dort gesunkenen U-Bootes UC 12 eingeweiht.



1930

Zum Volkstrauertag im Reichstag spricht der Abgeordnete Prof. Dr. Wilhelm Kahl. Er plädiert für eine „Abschaffung des Krieges“, denn die „Verantwortlichkeit für Tote und für Lebende legt sich mit Zentnergewichten auf das nationale Gewissen.“

Aber die Friedfertigkeit dürfe nicht zur „nationalen Würdelosigkeit“ herabsinken und der „Geist der Wehrfreudigkeit als höchster sittlicher Wert eines Volkes“ müsse lebendig erhalten werden.

Im Volksbund hält die Diskussion über die Einsegnung der Grabhügel auf jedem Einzelgrab an. Mit dieser neuen Praxis löst sich der Volksbund von einem Gestaltungsmerkmal der zivilen Friedhöfe. Die einheitlich begrünte Gräberfläche erleichtert die Pflege, enttäuscht jedoch die traditionellen Vorstellungen und Erwartungen vieler Angehörigen. „Allmählich sei der einzelne zu erziehen zur Unterordnung unter den großen Gedanken“, heißt es dazu im Mitteilungsblatt.

Der Volksbund gibt 567.963 Reichsmark für den Friedhofsbau in allen Ländern aus.

In Belgien hat er den Friedhof De Ruyter in Roeselaere fertiggestellt. Für ihn hat der ehemalige Zollinspektor Albert Schröder aus Wesermünde die Patenschaft übernommen, weil sein Sohn

dort begraben ist. Über die solide gartenbauliche Gestaltung des Friedhofes berichtet der Spender sehr zufrieden in der Mitgliederzeitschrift. Der Volksbund wird den Friedhof nach dem Zweiten Weltkrieg auflösen und die 2.449 Toten nach Meinen überführen.

Der Volksbund gibt 567.963 Reichsmark für den Friedhofsbau in allen Ländern aus.

Der Volksbund übernimmt auch die Neugestaltung des Friedhofes in Langemark/Belgien. Um den Ort nördlich von Ypern hat sich in den 1920er Jahren ein Mythos entwickelt, der das massenhafte Sterben der meist jungen Soldaten, darunter viele Studenten und Schüler, bei den Kämpfen um den Zugang zur Küste im November 1914 als „heldenhaften Opfergang“ verkündet. Die Deutsche Studentenschaft sammelt in ihren Reihen Spenden für den Ausbau des Friedhofes.

Schon im Vorjahr hat Robert Tischler für Langemark eine Kostenplanung vorgelegt, die mit 220.000 Reichsmark für die Herrichtung eines einzelnen Friedhofes alle bisher üblichen Kostenrahmen sprengt.

Der Young-Plan hat auch den Weg zur vorzeitigen Aufhebung der Besetzung des Rheinlands durch die Siegermächte des Ersten Weltkriegs bereitet. Die letzten Truppen ziehen im Juni ab.

Die Reichsregierung unter Führung der Sozialdemokraten zerbricht an der Frage, ob die Leistungen der Arbeitslosenversicherung weiter gekürzt werden sollen.

Die von dem Zentrumsolitiker Heinrich Brüning geführte Reichsregierung hat keine parlamentarische Mehrheit und sucht diese nicht. Sie regiert mit den Vollmachten des Artikel 48 der Weimarer Verfassung. Dieser Regelung zufolge kann der Reichspräsident Notverordnungen erlassen und damit der Regierung die nötigen Vollmachten verschaffen. Der Reichstag kann die Aufhebung der Notverordnungen beschließen, aber der Reichspräsident hat wiederum das Recht, den Reichstag aufzulösen, womit er die Abgeordneten disziplinieren kann.

Genau dieser Mechanismus führt zur Reichstagswahl 1930, also nur zwei Jahre nach der regulären Wahl. Die Reichstagsmehrheit lehnt den Haushaltsentwurf der Regierung ab, der Präsident setzt diesen mit einer Notverordnung

in Kraft, der Reichstag verlangt die Aufhebung der Notverordnung und der Reichspräsident löst den Reichstag auf.

Bei den Reichstagswahlen erzielen die Nationalsozialisten über 18 Prozent der Stimmen (1928: 2,6 Prozent) und 107 (vorher 12) Sitze. Die NSDAP wird damit zur zweitstärksten Partei im Reichstag.

Es wird bis zum Ende der Weimarer Republik keine Regierung mehr geben, die sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen kann.

Die Weltwirtschaftskrise wirkt sich verheerend auf Deutschland aus. Brüning versucht, den Haushalt durch drastische Schnitte zu sanieren und Löhne und Preise durch Gesetz zu senken. Er möchte durch diese Deflationspolitik auch eine Totalrevision des Versailler Vertrages erreichen, indem er den Siegermächten zeigt, dass Deutschland nicht zahlungsfähig ist. Tatsächlich gelingt eine Stundung der Reparationszahlungen, die 1932 gänzlich aufgehoben werden. Die Zahl der Arbeitslosen steigt auf 4,4 Millionen.

Die letzten Besatzungstruppen verlassen das Rheinland. Am 1. Juli marschiert die hessische Schutzpolizei in Mainz ein.

1931

Redner beim Volkstrauertag am 1. März im Reichstag ist Siegfried Emmo Eulen. Im Juni findet der Vertretertag in Königsberg statt. Unmittelbar anschließend beteiligen sich führende Mitarbeiter des Volksbundes an Werbeveranstaltungen in verschiedenen ostpreußischen Städten.

Die wirtschaftliche Krise wirkt sich auf die Arbeit des Volksbundes aus. Er muss im August bekannt geben: „Da durch die Notverordnung des Reichspräsidenten der Ankauf von Devisen beschränkt ist, sind wir zur Zeit nicht in der Lage, die bei uns vorliegenden Sonderaufträge von Angehörigen (Kranzniederlegungen, Bepflanzung, Kreuze, Lichtbilder) auszuführen.“

Im November wird in einigen Ländern des Reiches, darunter in allen preußischen Provinzen, die erste von den Behörden genehmigte Haus- und Straßensammlung veranstaltet.

Die Arbeiten in Langemark gehen voran. Tischler löst sich in seiner Konzeption von den bisherigen Gestaltungstraditionen und schafft eine Erinnerungslandschaft, die dem Mythos von Langemark architektonisch Ausdruck verleiht. Er integriert – wie bei späteren Entwürfen auch – Elemente des Kampfesgeschehens: drei restaurierte Bunker und

einen Wassergraben. Dadurch entsteht der Eindruck, als handele es sich bei dem Friedhof um ein Territorium, das immer noch verteidigt werden müsste.

Der schmale Eingang zwingt die Besucher, einzeln einzutreten. Die ganze Anlage zeugt von der Bereitschaft zu einer überaus aufwändigen Gestaltung, bei der nur wertvolle handwerklich bearbeitete Natursteine deutscher Herkunft oder hochwertige Schmiedearbeiten eingesetzt werden. Auch Versatzstücke der vorchristlichen Kultur kommen vor wie etwa die Eingangspforte, die an einen Dolmen erinnert. Das eigentliche Gräberfeld mit damals über 10.000 Toten spielt eine untergeordnete Rolle und wird im Stil eines Ehrenhains bepflanzt. „Ein Stück Vaterland in fremder Erde“, sagt Eulen 1933.

Diese Elemente finden sich bei nahezu allen Friedhöfen, die Tischler in den nächsten Jahren entwirft. Die Architektur und damit die Hinwendung zum Monumentalen spielt bei den ab jetzt entstehenden Friedhöfen eine immer größere Rolle.

Bauarbeiten auf dem Friedhof in Langemark/Belgien



Das wirtschaftliche Elend wächst. Millionen Menschen haben keine Arbeit. Nach jeder von den Arbeitsämtern angebotenen Arbeit drängen sich Hunderte von Arbeitslosen.



Die Arbeitslosigkeit steigt weiter, von 4,77 Mio. im Januar auf 5,66 Millionen Menschen im Dezember. Nur circa die Hälfte von ihnen ist von der Arbeitslosenversicherung erfasst, deren Bezugsdauer im Laufe des Jahres von 26 auf 20 Wochen gekürzt wird, der Rest ist auf die staatliche Wohlfahrt angewiesen.

Die Wirtschaft stabilisiert sich nicht. Am 14. und 15. Juli werden aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise Banken und Börsen geschlossen.

Das Internationale Olympische Komitee vergibt im Mai die Olympischen Spiele für das Jahr 1936 nach Berlin.

Eine geplante Zollunion zwischen Deutschland und Österreich scheitert im Oktober an einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, der eine solche Verbindung für unvereinbar mit dem Friedensvertrag von Saint-Germain hält. Dieser Vertrag – das österreichische Pendant zum Versailler Vertrag – legt ein Anschlussverbot Österreichs an Deutschland fest.

Die Rechtsparteien verschärfen die innenpolitischen Gegensätze. Die NSDAP, die Deutschnationale Volkspartei, der Stahlhelm, der Alldeutsche

Verband und andere sogenannte vaterländische Verbände gründen am 11. Oktober 1931 die „Harzburger Front“ gegen die Regierung Brüning. Hjalmar Schacht, der zurückgetretene Reichsbankpräsident (später Hitlers Reichsbankchef und Wirtschaftsminister), der ehemalige Reichwehrchef General von Seeckt und viele andere Generäle sind dabei.

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ versucht dagegenzuhalten, kann aber nicht alle republikanischen Kräfte vereinen. Am 16. Dezember wird in Berlin die Eiserne Front aus SPD, Reichsbanner, Freien Gewerkschaften und Arbeitersportorganisationen gegründet; das Zentrum, die aus der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) hervorgegangene Deutsche Staatspartei und die christlichen Gewerkschaften beteiligen sich nicht, was die Eiserne Front als reines Linksbündnis erscheinen lässt.

Der Architekt Heinrich Tessenow gestaltet im Laufe des Jahres Schinkels Neue Wache in Berlin zum Gefallenen-Ehrenmal um.

Die Neue Wache

Ende des 18. Jahrhunderts gab es in Berlin 34 Wachlokale. Eine der Hauptwachen stand an der neuen Brücke auf dem Platz neben dem Zeughaus.

Das Wachgebäude machte damals einen heruntergekommenen Eindruck. Nachdem der preußische König, Friedrich Wilhelm III. das gegenüberliegende Palais bezogen hatte, beschloss er, diesen Raum würdig gestalten zu lassen, zumal die Wache nunmehr seinem Schutz zu dienen hatte. Ideenwettbewerbe wurden veranstaltet, ihre Weiterführung scheiterte aber an den Folgen der preußischen Niederlage gegen Napoleon 1806/07.

Nach dem Sieg der Verbündeten 1815 rückte der Plan eines Neubaus der Königswache wieder in den Vordergrund. Karl Friedrich Schinkel erhielt den Auftrag, ein neues Wachgebäude zu entwerfen und das Gelände neu zu gestalten. 1816 lag sein Bauplan vor. Er sah einen Hauptbau vor, aus dem zwei wuchtige Ecktürme hervorragen, und eine Vorhalle, die noch ein weiteres Stück zur Straße hinausragt.

1818 war der Bau fertig gestellt. Schinkel schloss mit diesem Bauwerk von europäischem Rang auf großartige Weise eine bis dahin bestehende Lücke in der vorhandenen Architektur. Die Innenräume dienten den Zwecken eines Wachlokals. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurde das Gebäude auch so genutzt. Der Aufzug der Wache war für die Berliner und für die Gäste ein gern gesehenes Zeremoniell.

Kaiser Wilhelm I. – so wird überliefert – beobachtete ihn aus dem historischen Eckfenster seines Palais gegenüber. Offiziell hieß das Gebäude weiterhin Königswache, aber populär wurde nach der Einweihung der Name „Neue Wache“.

Nach dem Ersten Weltkrieg entschied die preußische Regierung, in diesem nun ehemaligen Wachgebäude eine Gedenkstätte für die Gefallenen des Weltkrieges einzurichten. Der hiermit betraute Architekt Heinrich Tessenow beseitigte die fünf großen Fensteröffnungen in der Rückwand der Vorhalle und ersetzte sie durch drei Portale. Die Fensternischen an den Seiten

wurden mit Rathenower Backstein zugemauert, blieben aber als Blendnischen erhalten. Auf jedes dekorative Beiwerk wurde verzichtet.

Ein Block aus dunklem schwedischen Granit unter einer Lichtöffnung bildete den Höhe- und Mittelpunkt. Auf dem Stein ruhte ein Kranz aus 235 silbernen und goldenen Eichenblättern, eine Schöpfung des Berliner Bildhauers Ludwig Gies. Am 8. Juni 1931 wurde die Neue Wache als Ehrenmal für die Opfer des Weltkrieges in Anwesenheit des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg eingeweiht.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Neue Wache schwer beschädigt. In den 1950er und 1960er Jahren wurde das in Ostberlin gelegene Bauwerk wiederhergestellt und 1969 eingeweiht. Hinter den Gräbern eines Unbekannten Soldaten und eines Unbekannten Widerstandskämpfers brannte nun in einem gläsernen Sarkophag eine Ewige Flamme. An den Seitenwänden wurde die Inschrift „Den Opfern des Faschismus und Militarismus“ angebracht, an der Rückwand war das Staatswappen der DDR zu sehen, das nach der deutschen Vereinigung beseitigt wurde.

Es mehrten sich die Stimmen, die eine Wiederherstellung der Neuen Wache als Gedenkstätte für die Opfer der Kriege und Gewaltherrschaft – in ursprünglicher Gestalt – befürworteten. Besonders der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge vertrat diese Forderung mit Nachdruck.

Im Januar 1993 entschied die Bundesregierung, die Neue Wache als zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland umzugestalten. Die Arbeiten konnten zum Volkstrauertag am 14. November 1993 abgeschlossen werden.

Heute empfängt den Besucher ein nach historischem Vorbild innen wie außen renoviertes Gebäude. Anstelle des Eichenkranzes steht eine Skulptur, die Käthe Kollwitz 1937/38 in Erinnerung an ihren in Flandern gefallenen Sohn schuf und die sie „Trauernde Mutter mit totem Sohn“ benannte. Die Original-Skulptur ist 38 Zentimeter hoch. Für die Neue Wache wurde sie im Einverständnis mit den Erben auf 1,52 Meter

vergrößert. Diese Arbeit wurde von Harald Haacke ausgeführt. Die Aufstellung der Skulptur führte zu einer heftigen öffentlichen Debatte. Sowohl die Veränderung der Größe als auch der Inhalt, der Frauen und Juden, die beiden größten Gruppen unschuldiger Opfer, ausschliesse, waren Gegenstand des Streits. Vor der Plastik befindet sich, in den Boden eingelassen, die Inschrift „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“.



„Trauernde Mutter mit totem Sohn“
– die Pietà von Käthe Kollwitz

Im Februar legt Dr. Geßler sein Amt als Präsident des Volksbundes nieder. Redner zum Volkstrauertag im Reichstag ist Feldprobst Erich Schlegel, Erster stellvertretender Präsident des Volksbundes.

Die Zahl der Einzelmitglieder geht von 138.000 auf 131.000 zurück. Beim Vertretertag im Mai in Berlin zählt der Volksbund 5.165 Körperschaften, 442 Städte und 11.658 Gemeinden als korporative Mitglieder.

Landesdirektor a. D. Joachim von Winterfeldt-Menkin wird zum neuen Präsidenten gewählt. Er ist auch Präsident des Deutschen Roten Kreuzes.

Am 10. Juli weiht der Volksbund die Friedhöfe De Ruyter und Langemark ein. Die Deutsche Studentenschaft übernimmt die Patenschaft über den Friedhof in Langemark. Während der Einweihung erhält ihr Vorsitzender den Schlüssel zum Eingangstor. Seine Ansprache wird synchron zur Einweihung an zahlreichen deutschen Universitäten verlesen.

Die Malerin, Grafikerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz lässt ihre zweiteilige Skulptur „Die trauernden Eltern“, mit der sie ihre Trauer über den Verlust ihres Sohnes Peter zum Ausdruck bringt und die zu den bedeutendsten Arbeiten der Künstlerin zählt, auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Esen-Roggeveld/Belgien aufstellen. Dort ist Peter Kollwitz, der im Oktober 1914 bei Diksmuide fiel, begraben. Der fehlende Heroismus der Statuen missfällt vielen in Deutschland. In der Mitgliederzeitschrift des Volksbundes gibt es keinen Hinweis auf den Vorgang.

Im Dezember erscheint in der Vereinszeitschrift ein Artikel unter dem Titel „Wie gewinnen wir die Jugend zur Mitarbeit in der Fürsorge für die Kriegsgräber?“ Der Autor plädiert dafür, die Schulen anzusprechen, um die Jugend für den Erhalt der Gefallenengräber zu interessieren und nationale Tugenden zu vermitteln. An jeder Schule solle ein Lehrer als Repräsentant des Volksbundes tätig sein.

In den folgenden Jahren unterstützen die Schulbehörden die Aufnahme des Themas Kriegsgräberfürsorge in die Lehrpläne und fordern zum geschlossenen Beitritt ganzer Schulklassen zum Volksbund auf.

Skulptur von Käthe Kollwitz: Die trauernden Eltern



Die Weltwirtschaftskrise überschreitet ihren Höhepunkt, jedoch dauern die politischen und die wirtschaftlichen Spannungen in Deutschland an. Zwischenzeitlich sind sechs Millionen Menschen arbeitslos, damit ist jeder Dritte ohne Beschäftigung. Im April wird der 85-jährige Paul von Hindenburg erneut zum Reichspräsidenten gewählt.

Die Verschiebung der politischen Koordinaten nach rechts wird hier deutlich. Hindenburg, der den zweiten Wahlgang mit 53 Prozent für sich entscheidet, ist nun der Kandidat der Demokraten der Weimarer Koalition. Er setzt sich gegen Adolf Hitler durch, der allerdings 37 Prozent der Stimmen erhält. Möglich wurde Hitlers Kandidatur, weil er – seit 1925 staatenlos – kurz zuvor vom Land Braunschweig, in dem die NSDAP in der Regierung vertreten ist, zum Regierungsrat ernannt wurde und so die deutsche Staatsangehörigkeit erhielt.

Reichskanzler Brüning wird vom Reichspräsidenten abgesetzt, von Papen und nach ihm General von Schleicher bilden kurzlebige Kabinette.

Im Juli und November dieses unruhigen Jahres finden jeweils nach Auflösung des Reichstages Wahlen statt. Beide Male belegt die NSDAP den ersten Platz, erleidet aber in der Wahl im November spürbare Verluste und fällt von 37,3 Prozent auf 33,1 Prozent zurück. Der Nationalsozialist Hermann Göring wird Präsident des Reichstags, in dem die Gegner der Republik eine Mehrheit haben.

Die Reichsregierung stützt sich lediglich auf das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten. 66 Notverordnungen werden im Laufe des Jahres erlassen. Dem stehen nur fünf Gesetze gegenüber, die der Reichstag beschlossen hat.

Im Juli kommen die Alliierten und Deutschland auf der Konferenz von Lausanne überein, Deutschland nach einer Abschlusszahlung von 3 Milliarden Mark von weiteren Reparationen freizustellen.

Im Juli enthebt der Reichspräsident den amtierenden preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) des Amtes und ernennt Reichskanzler von Papen zum Reichskommissar für Preußen. Damit fällt eine wichtige demokratische Bastion im Deutschen Reich.

1933

Die zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag – die Letzte bis 1950 – findet am 12. März im Opernhaus Unter den Linden in Berlin statt. Redner ist Divisionspfarrer Dr. Eduard Schaak, Vorsitzender der Ortsgruppe Konstanz im Volksbund.

In Frankreich sind die Friedhöfe in Hautecourt und Rancourt fertiggestellt. Bei der Einweihung in Hautecourt am 7. Juli überbringt Rechtsanwalt Dr. Bertermann, der Vorsitzende der Volksbund-Ortsgruppe Essen, die die Patenschaft über den Friedhof innehat, den Toten symbolisch die Grüße der Heimat. „Ein Führer und Held ist dem deutschen Volk auferstanden, der seine Ehre wieder aufgerichtet hat. Gläubig schauen die Millionen deutscher Volksgenossen zu ihm auf in der festen Zuversicht, daß es ihm gelingen wird, unser Volk wieder zu Glück und Ruhm emporzuführen“, ruft er über das Gräberfeld hinweg. Die Einweihungsrede am 17. September in Rancourt hört sich ähnlich an.

Im Juli tritt Eulen der NSDAP bei. Erstmals lädt der Volksbund zu einer Pressefahrt zu den Kriegsgräberstätten nach Belgien und Frankreich ein.

Der Vertretertag am 1. und 2. Dezember in Berlin beschließt die Einführung des Führerprinzips. An die Stelle des Vorstandes und des Präsidenten tritt der Bundesführer. Die dafür erforderliche

Satzungsänderung wird, wie ausdrücklich von einem Delegierten beantragt, ohne Debatte angenommen. Damit ist die innerverbandliche Demokratie im Volksbund abgeschafft. Eulen wird per Akklamation zum Bundesführer gewählt. Der bisherige Präsident Joachim von Winterfeldt-Menkin, im November erst vom Präsidentenamt des DRK verdrängt, erleidet nun das gleiche Schicksal beim Volksbund.

An die Stelle der bisherigen 47 Landes-, Bezirks- und Provinzialverbände treten 11 Gaue. Deren Leiter setzt der Bundesführer ein. „Jetzt gelte es, alle Volksgenossen zur Mitarbeit zu gewinnen, auf daß das von uns allen miterkämpfte und ersehnte Dritte Reich erbaut werde, zu dem unsere Gefallenen draußen die Fundamente gelegt hätten“, wird Eulen im Protokoll des Vertretertages wiedergegeben.

Symbol für das Ende der parlamentarischen Demokratie: Am 27. Februar brennt der Reichstag.

Am 30. Januar ist Adolf Hitler am Ziel: Von Hindenburg ernannt ihn zum Reichskanzler. Einen Eintritt in die Regierung als Vizekanzler hatte Hitler 1932 abgelehnt, jetzt ist er die Nummer eins. Joseph Goebbels organisiert einen Sieges-Fackelzug durchs Brandenburger Tor.

Neben Hitler gibt es in dem Koalitionskabinettnur zwei weitere NSDAP-Mitglieder, Hermann Göring und Wilhelm Frick. Die Nationalkonservativen denken, sie könnten Hitler instrumentalisieren. „In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht“, soll Vizekanzler von Papen gesagt haben.

Aber die Nationalsozialisten übernehmen zielstrebig die ganze Macht. Als Ende Februar das Reichstagsgebäude in Brand gesteckt wird, macht Hitler die Kommunisten dafür verantwortlich und veranlasst eine „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, mit der die Grundrechte außer Kraft gesetzt werden.

Die Reichstagswahlen Anfang März sind schon nicht mehr frei, dennoch verpassen die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit, die sie sich dann aber verschaffen, indem sie den Kommunisten die Mandate aberkennen lassen.

Der neugewählte Reichstag kommt – ohne die Kommunisten – im März zu einem Festakt mit dem Reichspräsidenten zusammen. An diesem „Tag von Potsdam“ bemüht sich Hitler um den Schulterchluss mit den rechtsnationalen Kräften und ihrer Ikone Hindenburg.

Kurz danach verabschiedet der Reichstag das Ermächtigungsgesetz, mit dem die parlamentarische Demokratie aufgehoben und alle Macht der Reichsregierung übertragen wird. Nur die Sozialdemokraten widersprechen dem Ansinnen. Ihr Vorsitzender Otto Wels sagt: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Den 1. Mai, den „Kampftag der Arbeiterklasse“, erklärt Hitler zum gesetzlichen Feiertag, am 2. Mai lässt er die Gewerkschaftshäuser stürmen und die Gewerkschaften ausschalten.

Am 10. Mai organisieren die Nationalsozialisten eine Verbrennung von Büchern ihnen unliebsamer Autoren.

Im Oktober tritt Deutschland aus dem Völkerbund aus.

Bau der Kapelle auf der Kriegsgräberstätte Rancourt, Frankreich





1934

An die Stelle des Volkstrauertages tritt nunmehr im ganzen Reich der „Heldengedenktag“. Er ist als Feiertag gesetzlich geschützt. Bis zum Kriegsbeginn findet der Staatsakt in der Staatsoper zu Berlin statt, während der ersten Kriegsjahre im Lichthof des Zeughauses. Der Tag soll nicht mehr im Zeichen der Trauer stehen, sondern im Zeichen des nationalen Aufbruchs. „Nicht in wehmutvollem Schmerz gedenken wir (der Toten), sondern in stolzer Ergriffenheit sehen wir zu ihnen auf als zu den Bürgen des neuen Deutschlands“, heißt es in der März-Ausgabe des Mitteilungsblattes 1934.

Der Volksbund ist von der Organisation der zentralen Veranstaltung in Berlin entbunden, in vielen Gemeinden aber liegt die Vorbereitung des Gedenkens wahrscheinlich in den Händen der gleichen Personen, die auch schon vorher den Volkstrauertag organisiert haben.

Am 1. September übernimmt der langjährige Leiter der Werbe- und Presseabteilung, Otto Margraf, die Geschäftsführung der Bundesgeschäftsstelle in Berlin, jetzt Bundesamt genannt. Der Vertretertag, jetzt Reichstagung, findet in Kiel statt.

Zum Ende des Jahres zählt der Volksbund 151.110 Einzelmitglieder.

Anders als viele andere Vereine entgeht der Volksbund der Vereinnahmung durch die NSDAP und bewahrt formell seine Eigenständigkeit. Er kann weiter um Spenden werben, und die Zahl der Mitglieder steigt rasch an. Der Historiker Jakob Böttcher wird später von einem Konformitätsdruck sprechen, der dazu führt, dass der Volksbund massenhaft neue Mitglieder gewinnt. Das Regime erwartet, dass seine Bürger ihre patriotische Gesinnung durch eine Mitgliedschaft in NS-Organisationen beweisen. Diesem Druck würden sich viele entziehen, indem sie dem Volksbund beitreten, der als ein systemkonformer Verein angesehen ist.

Durch seine Bautätigkeit schafft der Volksbund Kriegsgräberstätten, die von der NS-Propaganda genutzt werden. In seiner Rhetorik und Ideologie ist er auf Parteilinie. Die Gegenleistung besteht in einer wohlwollenden Duldung und grundsätzlichen Unterstützung. Aber dafür gibt es keine Garantie. Denn das Regime käme auch ohne Volksbund aus.



Am 30. Januar werden die Länder entmachtet. Ihre Parlamente werden aufgelöst und ihre Hoheitsrechte gehen auf das Reich über, das von einem Reichstatthalter vertreten wird.

Ebenfalls im Januar schließt Deutschland einen auf zehn Jahre angelegten Nichtangriffspakt mit Polen. Die bestehenden Differenzen wegen der deutschen Forderungen nach der Rückgabe Danzigs und des als „Korridor“ bekannten Gebiets sowie einer Grenzrevision in Oberschlesien sollen friedlich gelöst werden.

Im März verkündet Reichswehrminister von Blomberg den Ausschluss von Juden aus dem Militär.

Am 30. Juni geht Hitler gegen potenzielle Widersacher vor allem in den eigenen Reihen vor. Er unterstellt dem Chef der Sturmabteilung (SA), Ernst Röhm, einen Putschversuch und lässt diesen und circa 80 weitere Personen ermorden. Unter den Opfern befinden sich auch Hitlers Amtsvorgänger von Schleicher und dessen Frau, Gregor Strasser (Reichsorganisationsleiter der NSDAP bis 1932), Erich Klausener (Katholische Aktion), Edgar Jung (Mitarbeiter von Vizekanzler von Papen) und Gustav von Kahr (1923 bayerischer Ge-

neralstaatskommissar). Die SA ist damit in ihrer Bedeutung reduziert, womit einer Forderung der Reichswehr entsprochen wird, die in den Sturmtruppen eine Konkurrenz sah. Die SS (Schutzstaffel), die bislang der SA unterstand, wird zu einer selbstständigen Organisation.

Ein Reichsgesetz vom 3. Juli 1934 erklärt die Morde nachträglich für rechtmäßig. Der Staatsrechtslehrer Carl Schmitt rechtfertigt diese Taten: „Der Führer schützt das Recht.“ Von Hindenburg und von Papen beglückwünscht Hitler.

Am 2. August stirbt von Hindenburg im Alter von 86 Jahren. Adolf Hitler übernimmt das Amt und nennt sich nun „Führer und Reichkanzler“.

Die Reichswehr wird von nun an nicht mehr auf die Verfassung vereidigt, sondern auf Hitler selbst. Bei Diskussionen über einen militärischen Widerstand wird dies in den Folgejahren eine Rolle spielen. Viele Offiziere meinen, keinen Widerstand leisten zu können, weil man dem „Führer“ den Eid geschworen habe.

Die Reichsparteitage der NSDAP in Nürnberg mit ihren Massenaufmärschen charakterisieren den Stil des Regimes. Die Gesellschaft ist „gleichgeschaltet“.

Ausstellung des Volksbundes in der Münchner Feldherrenhalle

1935

Am 30. Juni weiht der Volksbund die Kriegsgräberstätte in Nazareth/Palästina und am 12. Juli in Maissemy/Frankreich ein.

Der Gedenkraum des Friedhofes in Maissemy mit dem bronzenen Sarkophag, das Mosaikgewölbe aus 34.000 Steinen, die geschmiedeten Türgriffe – all das beeindruckt durch seine kunsthandwerkliche Präzision. Ansonsten aber gleicht der Friedhof den vielen anderen deutschen Sammelfriedhöfen in Frankreich.

Der Friedhof in Nazareth dagegen steht für die Hinwendung des Volkbundes zum Monumentalen. Für „nur“ 188 Kriegstote hat Tischler hier einen aufwändigen Baukomplex aus mehreren aneinander anschließenden, ummauerten Innenhöfen, einer Gedenkhalle und einem hoch aufragenden Glockenturm, dem „Turm der Treue“ errichten lassen. Er trägt die damals größte Glocke im Heiligen Land.

Die Konzeption belegt auch die Abkehr vom Primat des individuellen Grabes, das dem Ganzen untergeordnet wird. Der Platz für die Gräber ist so knapp bemessen, dass zwei oder mehr Tote übereinander begraben werden müssen.

Am 9. November, dem „Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung“ – in Erinnerung an die Toten der NSDAP beim Putschversuch 1923 – nimmt Eulen an der Hauptfeier der Partei in München teil. Schon in Vorjahr hat er an diesem Datum Kränze am Grab Horst Wessels und an anderen Orten in Berlin niedergelegt. Auf seine Anweisung legen ab jetzt die Leiter der Volksbundgaue am 9. November Kränze an geeigneten Orten nieder. Der Volksbund stellt in seiner Totenehrung „Märtyrer“ der NS-Bewegung in eine Reihe mit den Gefallenen des Ersten Weltkrieges.

Auf Initiative von Fabian Ware, dem Gründer und Vorsitzenden der Imperial War Graves Commission (IWGC), schließen im Dezember Großbritannien, Frankreich und Deutschland ein Abkommen, das Grundlagen für die künftige Pflege von Kriegsgräbern in den jeweils anderen Staaten schaffen soll. Ein gemeinsamer Ausschuss wird ins Leben gerufen, dem auf deutscher Seite ein Vertreter des Auswärtigen Amtes (AA), der Direktor des ZAK und der Bundesführer des Volkbundes angehören.

Eine – im Versailler Vertrag vorgesehene – Volksabstimmung am 13. Januar führt zur Rückgabe des Saargebietes an Deutschland, für die sich 90 Prozent der Abstimmenden ausgesprochen hatten.

Im Februar verkündet Adolf Hitler den Aufbau einer Luftwaffe als dritte Waffengattung neben Heer und Marine. Damit verstößt er gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags.

Im März beginnt mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht die offene Wiederaufrüstung des Reiches. Dieser einseitige, ohne Verhandlungen unternommene Schritt ist ein klarer Bruch geltender Verträge, der umso schwerer wiegt, als die Westmächte bereits bedeutet hatten, einer deutschen Aufrüstung bis zu 200 000 Mann zuzustimmen. Hitler strebt allerdings eine Wehrmacht von 36 Divisionen mit einer Stärke von 550.000 Mann an. Die europäischen Siegermächte protestieren gegen diesen Schritt, belassen es aber dabei. Großbritannien schließt sogar kurz darauf ein Flottenabkommen mit Deutschland, mit dem die Stärkenverhältnisse (35 zu 100 zugunsten der Briten) festgelegt werden.

Im Juni führt die Regierung den Reichsarbeitsdienst ein, dessen Dienstpflicht Männer und Frauen für jeweils sechs Monate unterliegen.

Die Diskriminierung und Ausgrenzung jüdischer Menschen setzt sich weiter fort, sie dürfen keine Zeitungen mehr kaufen, jüdische Wissenschaftler dürfen nicht mehr habilitieren.

Im September werden die „Nürnberger Gesetze“, die wegen des NSDAP-Parteitags in Nürnberg so heißen, verabschiedet, mit denen die Entrechtung der Juden gesetzlich fixiert wird. Eine Eheschließung, aber auch jeder Geschlechtsverkehr zwischen „Ariern“ (also nichtjüdischen Deutschen) und „Nichtariern“ (also jüdischen Deutschen) wird verboten. Jüdische Haushalte dürfen keine arischen Dienstmädchen unter 45 Jahren mehr beschäftigen und Juden ist auch das Hissen der Hakenkreuzflagge verboten.

Diese Hakenkreuzflagge war seit März 1933 der mittlerweile wieder geführten schwarz-weiß-roten Flagge des Kaiserreichs gleichgestellt, jetzt wird sie zur alleinigen Nationalflagge erklärt.

Carl von Ossietzky wird wie viele andere verhaftet und ins Konzentrationslager gebracht. Er darf den ihm 1936 verliehenen Friedensnobelpreis nicht annehmen. Nach seiner Freilassung stirbt er am 4. Mai 1938 an den Folgen dieser Haft.

Soldatenfriedhof Nazareth im damaligen Palästina. Hier ruhen 261 Kriegstote (Stand 2008: 416 Kriegstote). Heute liegt die Kriegsgräberstätte auf dem Staatsgebiet Israels.





1936

Am 8. Juni findet in London die erste Sitzung des deutsch-englisch-französischen Ausschusses statt. Dabei geht es auch um die 2.219 deutschen Kriegsgräber im Vereinigten Königreich, die von der Imperial War Graves Commission gepflegt werden.

Am 25. Oktober weiht der Volksbund die „Totenburg“ in Bitoli/Jugoslawien, heute Bitola in Nordmazedonien, ein. „Ungehindert durch einschränkende Bestimmungen fremder Regierungen – wie etwa in Frankreich – hat der Volksbund (...) zum ersten Male in Bitoli zum Ruhm unserer Helden ein Denkmal errichten können, das (...) seinen Bauwillen am reinsten verkörpert“, schreibt Dr. Franz Hallbaum im Januar-Heft des Mitteilungsblattes. Das wuchtige Bauwerk auf einer Bergkuppe oberhalb der Stadt wirkt wie eine mittelalterliche Festung, die Einheimischen nennen es kurzerhand „Hitlerburg“. Eine bis zu 2,50 Meter hohe Ringmauer aus Granitblöcken umgibt das Feld mit 3.400 Gräbern. Sie sind nicht einzeln gekennzeichnet. Die „Ruhe wird von keinem Kreuz unterbrochen. Das ganze Mal ist ja Grabzeichen für die, die hier gebettet sind.“ (Hallbaum) Aber im Wärterhaus gibt es einen Belegungsplan. Die Eingangshalle ist wie ein übergroßer Würfel gestaltet und enthält den Ehrenraum, dessen Decke ein Goldmosaik zierte.

Reichstagung des Volksbundes in Köln

Robert Tischler lässt noch weitere Totenburgen bauen, zunächst in Schlesien das Freikorps-Ehrenmal auf dem Annaberg und das Schlesier-Ehrenmal in Waldenburg. In der Anlage in Waldenburg gibt es allerdings keine Gräber. Ihnen folgen vier Totenburgen in Italien: in Quero, Tolmein (heute Tolmin/Slowenien), Pinzano und auf dem Pordoi-Pass sowie in Petrisoru/Rumänien und Gradsko/Jugoslawien (heute Nordmazedonien).

Totenburgen sind festungsartig ausgebaute Soldatenfriedhöfe in ehemals heftig umkämpften Regionen. Sie sind aufwändig gestaltet und dienen auch der Repräsentation deutscher Handwerkskunst. Totenburgen nehmen sich wie deutsche Außenposten im einstigen Feindesland aus, verkörpern ein Stück Heimat in der Fremde und werden in der Volksbundrhetorik als Bastionen angesehen, „die unsere Heimat wie ein heiliger Wall umgeben.“ (Hallbaum)

Auch nach 1945 errichtet der Volksbund noch Totenburgen in Tobruk/Libyen (1955) und El Alamein/Ägypten (1959). Der Bau auf dem Pordoi-Pass wird erst 1959 eingeweiht.



In Deutschland finden die Olympischen Spiele statt, und zwar sowohl Winterspiele im Februar in Garmisch-Partenkirchen als auch Sommerspiele im August in Berlin. Die Nationalsozialisten nutzen die Spiele für eine große Propagandaschau, um internationale Reputation zu gewinnen. Herausragender Sportler der Sommerspiele ist der Läufer Jesse Owens, der vier Goldmedaillen erringt. Um dem farbigen Sportler nicht die Hand geben zu müssen, verlässt Hitler das Stadion vorzeitig.

Im März lässt Adolf Hitler das entmilitarisierte Rheinland besetzen, womit er gegen den Versailler Vertrag verstößt. Zusätzlich wird die Westgrenze militärisch befestigt. Eine entschlossene Gegenreaktion der Westmächte bleibt aus.

Im Mai erklärt Reichsjuristenführer Hans Frank die Gewaltenteilung in Deutschland für aufgehoben. Die einzige Macht im Staate liege beim Führer Adolf Hitler.

Der „Reichsführer SS“, Heinrich Himmler, wird im Juni zum Chef der deutschen Polizei ernannt, die damit noch stärker in den nationalsozialistischen Gewaltapparat integriert wird.

Im Juli putscht in Spanien der faschistische General Francisco Franco. Sein Kampf gegen die Republik wird von Anfang an von deutschen Soldaten, anfangs sogenannten Freiwilligenverbänden, später der ohne Hoheitszeichen operierenden Legion Condor, einem Luftwaffenverband, unterstützt. Die Legion Condor wird 1937 auch den Luftangriff auf die spanische Stadt Guernica und ihre Zivilbevölkerung durchführen.

In einer geheimen Denkschrift definiert Hitler im August als Ziel des Vierjahresplans, innerhalb dieser Zeit wirtschaftlich und militärisch kriegsbereit zu sein.

Im November wird dem Schriftsteller und Journalisten Carl von Ossietzky nachträglich der Friedensnobelpreis für das Jahr 1935 zugesprochen.

Die Nationalsozialisten hatten durch Druck auf die norwegische Regierung lange versucht, diese Ehrung zu verhindern. Jetzt verbieten sie von Ossietzky, zur Verleihung nach Oslo zu reisen. Hitler verfügt anschließend, dass kein Deutscher mehr einen Nobelpreis annehmen dürfe.

Die Olympiade in Berlin wird für einen nationalsozialistischen Propagandafeldzug missbraucht.

1937

Auf der zweiten Sitzung des deutsch-englisch-französischen Ausschusses in Berlin wird berichtet, dass für die etwa 7.000 deutschen Kriegsgräber auf englischen Friedhöfen in Frankreich bisher 4.500 Stelen aus dauerhaftem Naturstein in den Münchner Werkstätten des Volksbundes fertiggestellt wurden.

2.000 Stelen davon sind bereits aufgestellt. Sie entsprechen in den Maßen den britischen Grabsteinen.

Der Volksbund weiht die Kriegsgräberstätte in Smederowo/Jugoslawien ein. Dort sind die Gefallenen aus den Kämpfen 1915/16 begraben.

Als Folge der Maßnahmen zur Papiereinsparung im Rahmen des Vierjahresplanes erscheinen die Ausgaben Juli und August der „Kriegsgräberfürsorge“ als ein Heft.

Bei Bergen auf Rügen hat der Volksbund das Hans-Mallon-Ehrenmal errichtet. Hans Mallon war ein Hitlerjunge aus Bergen, dessen HJ-Gruppe 1931 von anderen Jugendlichen angegriffen wurde. Der 17-jährige Mallon wurde durch einen Steinwurf verletzt und starb etwa zehn Wochen später. Die NS-Propaganda verklärte sein Schicksal zum Märtyrertod.

Tischler hat das Ehrenmal als monumentales reetgedecktes norddeutsches Bauernhaus gestaltet. Viele Details sind Ausdruck des von der NS-Ideologie geförderten Germanenkultes. Die Baukosten betragen 100.000 Reichsmark.

Mit der ursprünglichen Aufgabe des Volksbundes hat das Projekt nichts mehr zu tun, es zeigt aber, wie umfassend der Verein dem Toten- und Heldenkult des NS-Regimes dient. Viele seiner Bauten werden als Bühnen für nationalsozialistische Feiern genutzt und sind von vornherein dafür geplant.

Am Abend des 19. Juni werden Mallons Gebeine vom Bergener Friedhof durch ein Fackelspalier zum Ehrenmal überführt. Alle Kirchenglocken der Insel läuten. Am folgenden Abend sind 7.000 Jugendliche Zeugen der Einweihung, bei der Eulen das Ehrenmal an Reichsjugendführer Baldur von Schirach übergibt.

Der Ort entwickelt sich zu einer viel besuchten Kultstätte und Touristenattraktion. 1945 wird das Ehrenmal vor Eintreffen der Roten Armee niedergebrannt.

Nachdem die Regierung Hitler sich während der Olympischen Spiele 1936 einen friedlichen Anstrich gegeben hatte, werden nun, da die Weltöffentlichkeit Deutschland nicht mehr im Blick hat, die Daumenschrauben des Terrors weiter angezogen und die Kriegsvorbereitungen verstärkt.

Gleichzeitig bessert sich die wirtschaftliche Lage, die Arbeitslosenquote sinkt unter fünf Prozent und wird im darauffolgenden Jahr weiter fallen. Allerdings ist der Aufschwung auf einem Kreditprogramm aufgebaut, für das es keine Deckung gibt – es sei denn, man kann sich durch militärische Macht die Ressourcen und Arbeitskraft anderer Länder aneignen. Die Kriegsplanung Hitlers hat auch eine starke wirtschaftliche Komponente.

Die Juden erfahren immer neue Diskriminierungen. Jüdische Wissenschaftler werden nicht mehr zur Promotion zugelassen und im August beginnt man in Berlin, Straßenbänke aufzustellen, die die Aufschrift „Nur für Arier“ tragen. Im November eröffnet Joseph Goebbels die Wanderausstellung „Der ewige Jude“, mit der antisemitische Hetze verbreitet wird.

Auch gegen die Kirchen und führende Intellektuelle geht die nationalsozialistische Führung

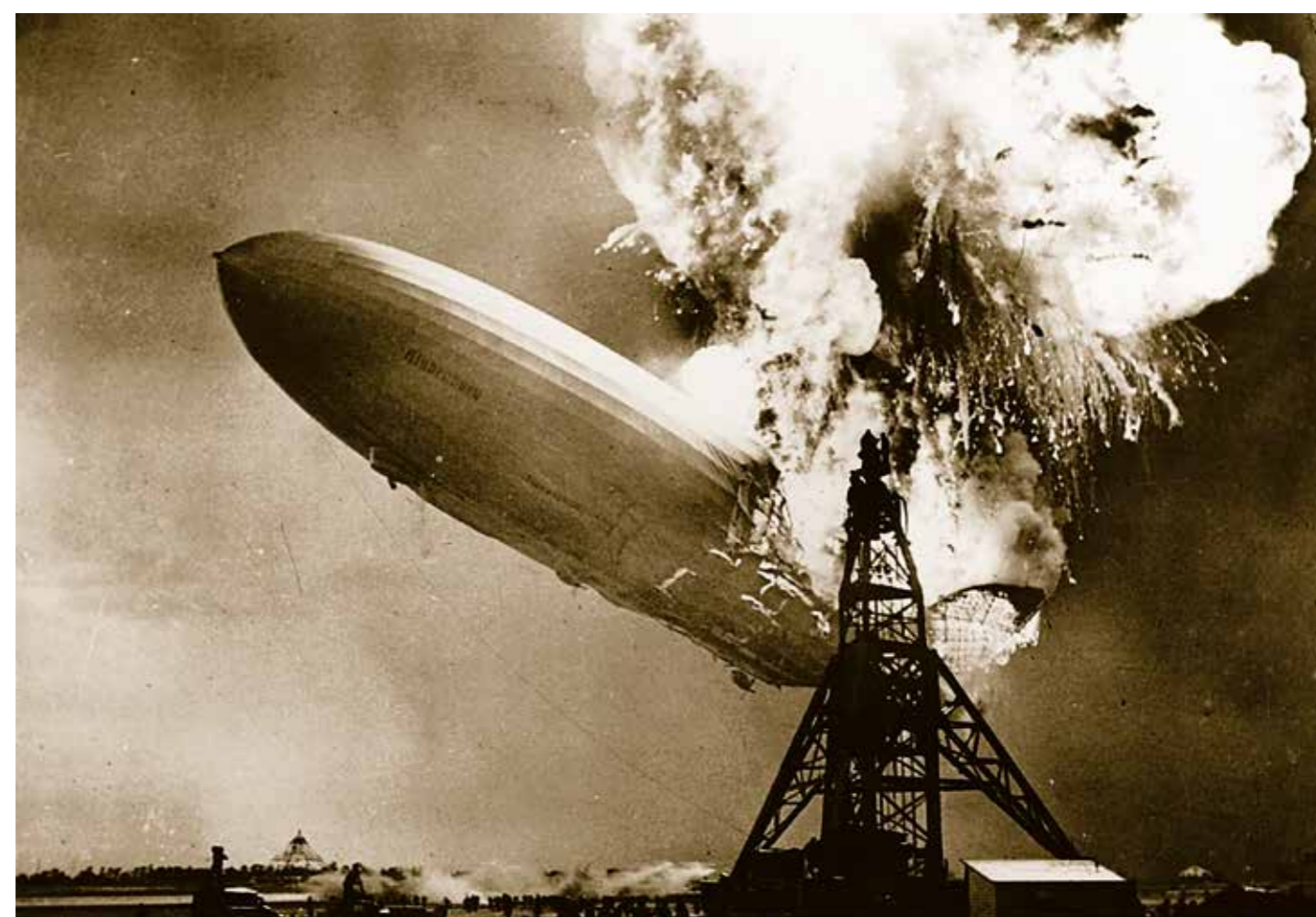
verstärkt vor. Über Thomas Mann darf die deutsche Presse nicht berichten, der Physiker Werner Heisenberg wird angegriffen, weil er Einsteins Relativitätstheorie unterstützt, der Philosoph Karl Jaspers verliert seinen Lehrstuhl. Der Komponist Paul Hindemith legt sein Amt an der Staatlichen Berliner Musikhochschule nieder, weil er die dauernden Angriffe auf seine Person nicht mehr erträgt.

In München wird im Juli eine Ausstellung über »Entartete Kunst« gezeigt.

In München wird im Juli eine Ausstellung über „Entartete Kunst“ gezeigt, in der die verfeimten Kunstwerke der Häme und der Diffamierung ausgesetzt werden sollen. Die Ausstellung wird allerdings auch von vielen Menschen besucht, die darin die letzte Möglichkeit sehen, moderne Kunstwerke noch einmal anschauen zu können, bevor sie endgültig verbannt werden.

Im November erläutert Hitler der Führung der Wehrmacht seine Pläne, Österreich und die Tschechoslowakei zu annektieren

Der Volksbund weiht am 30. Mai die Kriegsgräberstätte Smederowo (Semendria, heute: Serbien) in Jugoslawien ein. Hier ruhen Gefallene aus den Kämpfen der Jahre 1915 und 1916.



Mit der Explosion des deutschen Luftschiffes Hindenburg am 6. Mai in Lakehurst (USA) – 34 Menschen sterben – endet der transatlantische Zeppelinverkehr.

1938

Der Volksbund hat auf dem Annaberg in der gleichnamigen oberschlesischen Gemeinde, heute Góra Świętej Anny/Polen, das Ehrenmal für die Freikorpskämpfer errichtet. Es ist ein festungsartiger, wuchtiger Rundbau, auf einem 40 Meter hohen Kalkfelsen über einem Freilufttheater gelegen.

Am 2. April lässt der Volksbund in einer nächtlichen Zeremonie die Gebeine von 50 Toten aus den nahegelegenen Friedhöfen in das Ehrenmal überführen. Am 22. Mai wird die Gedenkstätte eingeweiht. Dieses Denkmal „ehrt alle deutschen Freikorps-, Grenz- und Selbstschutzkämpfer, die in den Wirren der Nachkriegszeit ihr Leben für den Bestand der Heimat hingaben. Sie sind ein Glied in der langen Kette der Opfergemeinschaft vom Ausbruch des Krieges bis zu den letzten Kämpfern der Freiheitsbewegung unseres Führers“, schreibt Eulen in der Mai-Ausgabe der Mitgliederzeitschrift.

Am 12. Juni weiht der Volksbund das U-Boot-Ehrenmal Möltenort in Heikendorf bei Kiel ein.

Auch das Schlesier-Ehrenmal, das der Volksbund in der niederschlesischen Industriestadt Waldenburg, heute Wałbrzych/Polen, am 9. Juni einweihet, ist im Stil der Totenburgen, allerdings

ohne Gräber, gebaut. Es ist den Weltkriegsgefallenen und den „Toten der Bewegung“ sowie – neu in der „Opfergemeinschaft“ – den „Opfern der Arbeit“ gewidmet. Gemeint sind die Bergleute der Region, eine nähere Erläuterung des Volksbundes gibt es dazu aber nicht. Das Ehrenmal in Wałbrzych ist heute verfallen. Die Totenburg auf dem Annaberg lässt die polnische Verwaltung 1945 sprengen.

Am 12. Juni weiht der Volksbund das U-Boot-Ehrenmal Möltenort in Heikendorf bei Kiel ein. Es ist den fast 5.000 deutschen U-Boot-Fahrern gewidmet, die während des Ersten Weltkrieges ihr Leben verloren. Wahrzeichen der Gedenkstätte an der Kieler Förde ist der über 15 Meter hohe Steinpfeiler aus Wesersandstein mit einer fast fünf

Meter großen Adlerfigur.

Im Dezember werden die sterblichen Überreste von 69 deutschen Soldaten, die auf Schweizer Friedhöfen begraben waren, feierlich nach Meersburg gebracht und auf dem Lerchenberg beigesetzt. Dort errichtet der Volksbund einen Friedhof, auf dem alle in der Schweiz begrabenen deutschen Gefallenen beerdigt werden sollen. Er wird jedoch erst 1964 fertiggestellt.

Reichswehrminister von Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres von Fritsch, die an Hitlers Kriegsplänen Kritik („noch nicht kriegsbereit“) geäußert hatten, werden durch Intrigen aus ihren Ämtern entfernt. Hitler übernimmt selbst den Oberbefehl über die Wehrmacht, unterstützt wird er dabei vom „Chef des OKW“, General Keitel, der wegen seiner Hitler-treue im Offizierkorps „Lakeitel“ genannt wird.

Im März marschiert die deutsche Wehrmacht in Österreich ein, das an das Deutsche Reich angeschlossen wird. Die österreichischen Behörden werden übernommen, die österreichischen Beamten auf Hitler vereidigt. Eine Volksabstimmung im April bestätigt den Anschluss Österreichs mit 99 Prozent.

In der Tschechoslowakei provoziert die Sudetendeutsche Partei unter ihrem Führer Konrad Henlein die dortige Regierung und stellt ihr unannehmbare Forderungen in Bezug auf eine Autonomie der Deutschen. Die Spannungen werden von Henleins Partei und von Deutschland weiter geschürt, bis es Ende September zur Münchner Konferenz kommt, in der Frankreich und Großbritannien der Abtretung des Sudetenlands an Deutschland zustimmen. Die tschechoslowakische Regierung ist zu dieser Konferenz gar nicht

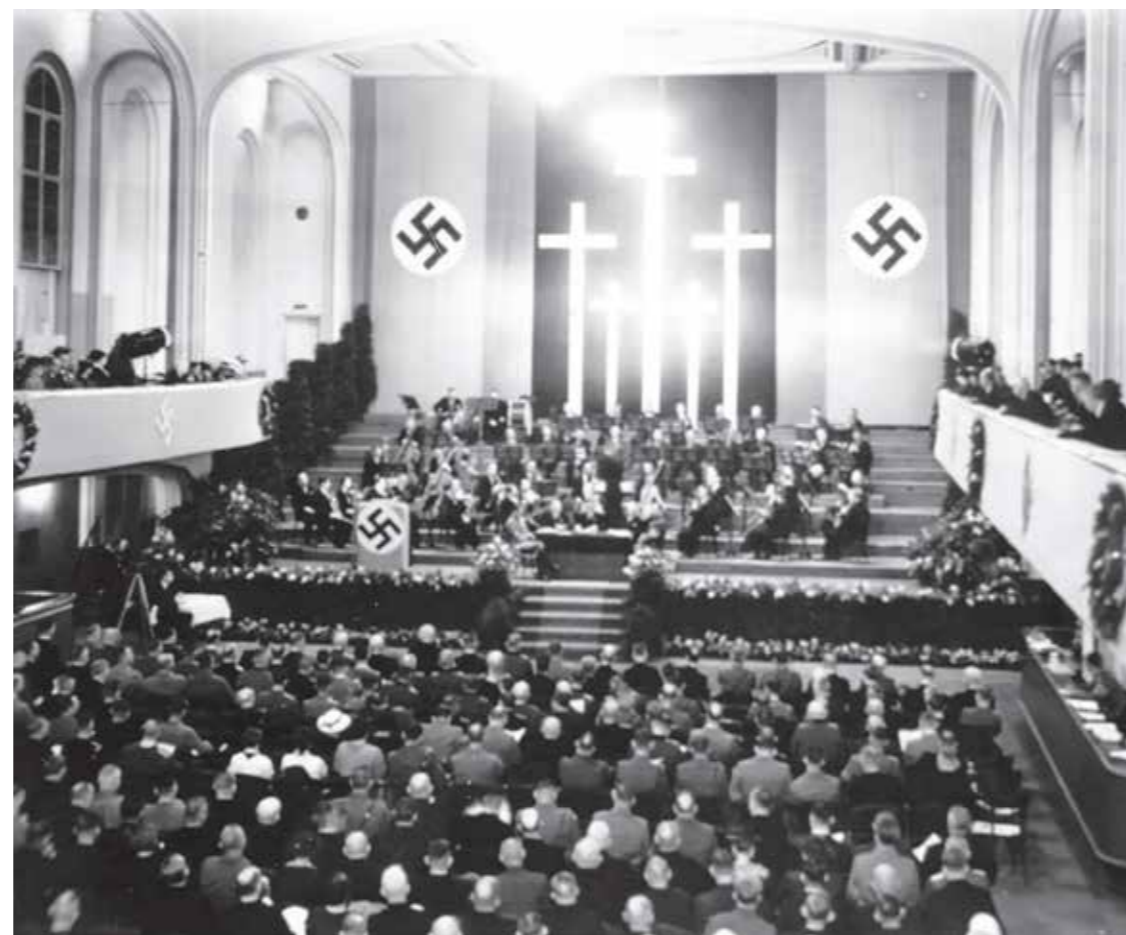
eingeladen. Einen Tag später marschiert die Wehrmacht im Sudetenland ein.

Ende Mai legt Hitler den Grundstein für das Volkswagenwerk, einen Monat später wird die Stadt Wolfsburg gegründet. Jeder Deutsche soll die Möglichkeit erhalten, für 1.000 Mark, von denen er 750 Mark ansparen muss, einen Volkswagen zu erwerben. Tatsächlich werden bis zum Kriegsende keine Volkswagen an Zivilpersonen ausgeliefert.

Kampfgruppen von SA und SS nehmen die Ermordung eines deutschen Diplomaten zum Anlass einer koordinierten reichsweiten Terrorwelle gegen Juden am 9. November. Jüdische Geschäfte und Wohnungen werden verwüstet. Die Nationalsozialisten sprechen wegen der vielen Scherben spöttisch von der „Reichskristallnacht“.

Die Pässe von Juden werden seit Oktober mit einem großen „J“ gestempelt, ihre Diskriminierung im Alltag nimmt immer stärkere Formen an.

Teile der österreichischen Bevölkerung begrüßen begeistert den „Anschluss“. Nun beginnt auch in Österreich der Terror gegen Juden und Andersdenkende.



1939

Anfang des Jahres erhält der Volksbund auf Anweisung Adolf Hitlers eine Zuwendung von einer halben Million Reichsmark aus dem Vermögen der NSDAP.

Im Mai weiht der Volksbund in pompösen Zeremonien drei Kriegsgräberstätten in Italien ein: die beiden Totenburgen in Quero und Tolmein, heute Tolmin in Slowenien sowie den Friedhof in Feltre. Eulen trägt Uniform und spricht in Quero davon, dass das Vermächtnis der Gefallenen darin bestehe, dass die Nachkommen vollenden mögen, was jene begonnen hätten.

Am 26. August wird die „Wehrmachtauskunftstelle für Kriegerverluste und Kriegsgefangene“ (WASSt) eingerichtet und dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unterstellt. Zu ihren Aufgaben gehört die Registrierung sämtlicher Personalverluste der Wehrmacht und auch der Kriegsgräber.

Mit Beginn des Krieges übernimmt der Wehrmachts-Gräberdienst die Verantwortung für die Bestattung der neuen Gefallenen und die Anlage von Soldatenfriedhöfen. Das ZAK bleibt zuständig für die Toten des Ersten Weltkrieges und wird in die Erfassung der Gräber im Inland eingebunden.

Der Volksbund bietet der Wehrmacht seine Unterstützung in Fragen der Gräberfürsorge und Angehörigenbetreuung an. Von den raschen militärischen Erfolgen der deutschen Truppen in Polen erhofft sich der Volksbund, dass er dort nun leichter Friedhöfe des Ersten Weltkrieges herichten kann, was bisher wegen der schlechten Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden kaum möglich war.

Bundesführer Eulen meldet sich zur kämpfenden Truppe und wird als Hauptmann in der Truppenbetreuung eingesetzt. Andere Fachleute der Volksbundzentrale dienen jetzt als Soldaten in der Gräberverwaltung der Wehrmacht oder unterstützen den Aufbau des Wehrmachtsgräberdienstes. Dazu gehört auch Geschäftsführer Otto Margraf, der als Offizier ins OKW eingezogen wird und später die Abteilung Statistik im Wehrmachtsverlustwesen leitet. Es gibt somit einen Transfer an Fachleuten vom Volksbund zum Gräberdienst der Wehrmacht.

Der Stellvertretende Bundesführer, Justizrat Manfred Zimmermann, übernimmt die Leitung des Volksbundes.

Der Volksbund bietet der Wehrmacht seine Unterstützung in Fragen der Gräberfürsorge und Angehörigenbetreuung an.

„Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen.“ Der Überfall auf Polen startet mit einer doppelten Lüge. Nicht nur, dass der Angriff am 1. September auf Polen bereits um 4.45 Uhr beginnt. Die große Unwahrheit in Hitlers Rede vor dem gleichgeschalteten Reichstag besteht in der Behauptung, es handele sich um Notwehr gegen Polen.

Die Wehrmacht schießt nicht zurück, sie schießt und es gelingt ihr in wenigen Wochen, Polen militärisch zu besiegen und zu besetzen.

Das gesamte Jahr steht im Zeichen des geplanten Krieges. Bereits im Januar spricht Hitler öffentlich darüber und erklärt für diesen Fall „die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ zum Ziel.

Im März lässt Hitler die „Rest-Tschechei“ besetzen, nachdem der Führung der Tschechoslowakei die Bombardierung Prags angedroht worden war. Die tschechischen Gebiete werden zum „Reichsprotectorat Böhmen und Mähren“, in der Slowakei entsteht ein eigenständiger Staat von deutschen Gnaden. Diese Okkupation verstößt gegen das Münchner Abkommen vom Vorjahr und zeigt die Erfolglosigkeit der Appeasement-Politik der Westmächte.

Im August erklärt Reichsaußenminister von Ribbentrop seinem italienischen Amtskollegen die Unvermeidbarkeit eines Krieges gegen Polen, für

den Deutschland Italien gerne als Partner hätte. Wegen der italienischen Ablehnung eines Kriegseintritts wird der Kriegsbeginn um eine Woche verschoben.

Im August schließen Deutschland und die Sowjetunion den „Hitler-Stalin-Pakt“, einen Nichtangriffsvertrag, der in einem Zusatz die Aufteilung Europas zwischen den beiden Mächten regelt.

17 Tage nach dem Überfall Deutschlands auf Polen marschieren sowjetische Truppen in Polen ein und besetzen den östlichen Teil des Landes. Polen ist nun zwischen Deutschland und der UdSSR aufgeteilt und verliert seine staatliche Existenz. Die Verluste des polnischen Militärs und auch der Zivilbevölkerung sind hoch.

Zwei Tage nach dem deutschen Einmarsch in Polen erklären Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg – ohne allerdings militärisch dafür gerüstet zu sein. Der Zweite Weltkrieg beginnt.

Das große Sterben beginnt: Beide Bilder zeigen Beisetzungen im Krieg.





1940

Der Volksbund hat über eine halbe Million Mitglieder und in allen Regionen des Reiches Untergliederungen aufgebaut. Durch seine Bautätigkeit, den Kontakt zu den Angehörigen, durch spektakuläre Veranstaltungen, die guten Beziehungen zu allen Machtinstanzen des Dritten Reiches und eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit ist es ihm gelungen, sich als zentrale Organisation der deutschen Kriegsgräberfürsorge zu etablieren.

Der staatliche Anteil an dieser Arbeit wird dagegen kaum wahrgenommen. Darüber beklagen sich zunehmend Mitarbeiter des Außen- und des Innenministeriums, die überdies seit Abschaffung des Verwaltungsrates durch die Satzungsänderung 1933 keinen Einfluss mehr auf die Planungen des Volksbundes haben. Es kommt vermehrt zu Konflikten, der Volksbund gerät in die Kritik.

Der neue Krieg, an dessen ideologischer Vorbereitung der Volksbund aktiv mitgewirkt hat, erschüttert nun die Grundlagen seiner Existenz.

Mit der Besetzung Frankreichs und Belgiens fallen auch die dortigen Kriegsgräberstätten – die deutschen wie auch die der anderen Nationen – in den Zuständigkeitsbereich der Wehrmacht. Die Bau- und Pflegetätigkeit des Volksbundes an

diesen Gräbern ist somit dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unterstellt.

Das findet auch seinen Ausdruck im „Reichsausschuss für Wehrmachtsgräberfürsorge“, der im August gegründet wird und unter Federführung der Wehrmacht die Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen in der Kriegsgräberfürsorge koordinieren soll. Das OKW betrachtet den Ausschuss auch als Aufsichtsorgan über den Volksbund.

Obwohl die aktive Rolle des Volksbundes im neuen Krieg nur in der Angehörigenbetreuung besteht, denken Eulen und Tischler über die Gestaltung von monumentalen Grabstätten für die Wehrmachtsgefallenen nach.

Das bei Kriegsbeginn erlassene Verbot für öffentliche Spendenwerbung wird für den Volksbund aufgehoben. Die Mitgliederzeitung zeigt Fotos von Gräbern an der Front und von den Bauarbeiten an den Totenburgen auf dem Por-DOI-Pass und in Petrisoru in Rumänien. Den Bau an der Totenburg im italienischen Pinzano bricht der Volksbund ab.



Das Jahr steht im Zeichen der deutschen Expansion.

Am 9. April besetzen deutsche Truppen trotz eines Nichtangriffspaktes Dänemark und Norwegen. Die deutschen Seestreitkräfte erleiden bei der Besetzung Norwegens starke Verluste.

Der Angriff an der Westfront beginnt am 10. Mai. Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg werden in einem raschen Feldzug besiegt. Am 22. Juni wird der Waffenstillstand mit Frankreich abgeschlossen. Frankreich wird zum Teil besetzt, einschließlich seiner Hauptstadt Paris. Der südliche Rest des Landes bildet den „Etat Français“ unter seinem Staatsschef Marschall Philippe Pétain mit der Hauptstadt Vichy. Der bisherige Verteidigungsminister Charles de Gaulle emigriert nach London und gründet dort eine Exilregierung.

Italien tritt kurz vorher an Deutschlands Seite in den Krieg ein.

Im August beginnt die „Luftschlacht um England“, Die deutsche Luftwaffe bombardiert u. a. Coventry und London, kann sich aber gegen die britische Gegenwehr nicht durchsetzen. Die Pläne zur Landung in Großbritannien werden auf unbestimmte Zeit verschoben.

Der Terror gegen Juden im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten verschärft sich weiter. Im Juni werden die ersten Häftlinge in das Konzentrationslager Auschwitz gebracht.

Am 27. September schließen Deutschland, Italien und Japan den Dreimächtepakt, dem gemeinsame Vorstellungen über die Expansion der Vertragsparteien zugrunde liegen. Im November treten auch Ungarn und die Slowakei dem Pakt bei.

Ebenfalls im November besucht der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow die Reichshauptstadt, um eine gemeinsame Eroberungsstrategie abzustimmen. Die Skala reicht vom Balkan bis Indien. Man kann sich jedoch diesmal wegen unterschiedlicher Ziele nicht einigen. Die Beziehungen kühlen sich ab.

Die USA weigern sich, in den Krieg einzutreten, Präsident Roosevelt erwägt jedoch die Unterstützung Großbritanniens.

Im Dezember weist Hitler die Wehrmacht an, für das Folgejahr den Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten.

Die deutsche Wehrmacht besetzt Norwegen und Dänemark.

Beisetzung in Frederikshavn, Dänemark

1941

Die Wehrmacht betrachtet die neuen Friedhöfe an der Front als Provisorien, die zunächst ein würdiges Begräbnis der Gefallenen in Einzelgräbern gewährleisten sollen. Die Errichtung von repräsentativen Grabstätten wird auf die Nachkriegszeit vertagt. Aber Vorüberlegungen dazu gibt es schon.

Im März ernennt Hitler Prof. Wilhelm Kreis zum „Generalbaurat für die künstlerische Gestaltung der deutschen Kriegerfriedhöfe“. Der angesehene Architekt zählt zu den frühen Fürsprechern des Volksbundes und ist 1919 Mitglied des Verwaltungsrates gewesen. Dennoch sind mit seiner Berufung zum Chef-Architekten der Wehrmacht alle Hoffnungen des Volksbundes dahin, seine Selbständigkeit zurückzuerlangen und vielleicht doch noch in die Gestaltung der zukünftigen Kriegsgräberstätten eingebunden zu werden.

Zudem kommt es zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen Kreis, der sich unmittelbar dem Führer unterstellt sieht, und dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW), das ihn als weisungsgebundenen Mitarbeiter betrachtet. Dabei spielt auch Albert Speer eine Rolle, unter dessen Regie Kreis an den Monumentalbauten der „Reichshauptstadt Germania“ mitarbeitet. In diesen Konflikten wird der Volksbund an den Rand gedrängt. Ihm

bleibt neben der Angehörigenbetreuung, durch die er allerdings zusätzliche Kreise betroffener Familien an sich bindet, nur die Aufgabe, weitere Friedhöfe des vorigen Krieges herzurichten.

Zugleich mehrt sich die Kritik an Tischlers Bauwerken. Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und der Amtlichen Gräberfürsorge bemängeln deren Unzweckmäßigkeit. Mit enormen Kosten und Aufwand seien Grabstätten für relativ wenige Tote geschaffen worden. Scharf kritisiert wird auch die Abwendung von den Einzelgräbern vor allem in den Totenburgen. Zur Kritik an der Bauweise gesellt sich das Missfallen an der „selbstherrlichen Öffentlichkeitsarbeit“ des Volksbundes. Die Forderung wird laut, dem ein Ende zu bereiten und den Verein an eine Parteiorganisation anzugliedern. Wilhelm Kreis, der über keine eigene Dienststelle im OKW verfügt, könnte sich damit auch die Bauleitung in München unterordnen. Aber die Machtinstanzen in OKW und Partei sind unschlüssig.

Beisetzung an der Front,
Russlandfeldzug



Deutschland und Italien beschließen, ihre weitere Kriegführung gemeinsam zu betreiben. Zur Unterstützung der italienischen Truppen in Nordafrika wird im Februar unter Befehl von General Erwin Rommel das Deutsche Afrika-Korps aufgestellt und eingesetzt.

Im März tritt auch Bulgarien dem Dreimächte-Pakt bei. Am 6. April beginnt der Angriff auf Jugoslawien und Griechenland. Jugoslawien kapituliert noch im selben Monat. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Josip Broz, der sich Tito nennt, organisiert den Partisanenwiderstand gegen die Besetzung.

Ebenfalls im April wird im von Italienern und Deutschen besetzten Zagreb der Staat Kroatien gegründet.

Am 1. Juni wird die Insel Kreta nach schweren Verlusten durch deutsche Luftlandtruppen erobert.

Am 22. Juni beginnt der Angriff auf die Sowjetunion, der als „Plan Barbarossa“ lange vorbereitet war und den Hitler bereits im März vor Befehlshabern der Wehrmacht angekündigt hatte. Noch im Januar hatten Deutschland und die UdSSR ein Abkommen über Wirtschaftsaustausch geschlossen.

Die deutschen Offensiven bleiben nach großen Anfangserfolgen im Winter vor Moskau und Leningrad stecken. Der Feldzug wird mit erbitterter Härte und Grausamkeit geführt.

In allen besetzten Gebieten kommt es zu massenhaften Ermordungen von Juden, an der sowohl die Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes, die SS als auch die Wehrmacht beteiligt sind. Schon vor Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion hatte Hitler im Mai die Straffreiheit für alle völkerrechtswidrigen Terrormaßnahmen verfügt.

Rumänien und Italien erklären der Sowjetunion ebenfalls den Krieg. Slowakische Truppen unterstützen den deutschen Vormarsch.

Am 7. Dezember überfällt Japan den US-amerikanischen Stützpunkt Pearl Harbour auf Hawaii und versenkt mehrere Kriegsschiffe der USA. Die beiden Länder erklären sich daraufhin den Krieg.

Drei Tage später erklärt auch Hitler den USA den Krieg, womit für US-Präsident Roosevelt die Möglichkeit gegeben ist, offen auf der Seite der Westmächte und der Sowjetunion in das Geschehen einzugreifen.

Soldaten kämpfen
in Nordafrika.



1942

Die Bautätigkeit des Volksbund ist fast zum Erliegen gekommen.

Die auf dem Friedhof in Consenvoye bei Verdun erstmals aufgestellten wuchtigen Kreuzgruppen aus blaugrauem Schiefer, jeweils in Fünfergruppen, wobei ein Kreuz die anderen überragt, interpretiert die Redaktion der Zeitschrift als Abbild kleiner Kampfgruppen. „Der Eindruck dieser soldatisch ausgerichteten Gruppen – hinter dem großen Führerkreuz steht, wie im Leben so im Tode, dicht auf folgend die Mannschaft – ist von ausgezeichneter Wirkung und stellt die stärkste monumentale Lösung dar, die der Volksbund bisher in der Grabzeichenfrage erreicht hat.“

Hitler hat die Widerstandsfähigkeit und die Reserven der Sowjetunion weit unterschätzt. Stalingrad wird zur Wende des Krieges.

Dieses Bild wirkt symbolisch: Die Soldaten sind eisiger Kälte und Wind ausgesetzt. Es ist ein Bild der sowjetischen Propaganda.

Zum Heldengedenktag veranstalten die deutschen Truppen auch in den besetzten Gebieten Gedenkstunden und Kranzniederlegungen an den Soldatengräbern – in diesem Jahr in Tripolis erstmals auch auf afrikanischem Boden.

Wegen der kriegsbedingten Rationierung von Druckpapier ruft die Geschäftsleitung die Leser der Mitgliederzeitschrift dazu auf, vorübergehend auf den Bezug des Blattes zu verzichten und Lesergemeinschaften zu bilden. Zwei Monatsausgaben werden jeweils zu einem Heft zusammengelegt.

Auch die Erfüllung von Grabschmuck- und Fotowünschen ist vor allem im Osten durch die anhaltenden Kampfhandlungen erschwert oder unmöglich. Außerdem erlaubt das OKW nur Aufnahmen von hergerichteten Soldatengräbern. Deshalb muss der Volksbund viele Angehörige vertrösten. In jeder Ausgabe der Zeitschrift meldet die Redaktion die Gründung neuer Kreis- und Ortsgemeinschaften im Volksbund.

Dass der Krieg längst auch in Deutschland angekommen ist und tausende zivile Tote fordert, ist ein Thema, das der Volksbund geflissentlich meidet. Aber er veröffentlicht im April kommentarlos einen Erlass über die Bestattung dieser Toten: „Die Opfer der Zivilbevölkerung, das heißt die durch Feindeinwirkung getöteten oder infolge erlittener Verletzungen gestorbenen, nicht zur Wehrmacht gehörenden deutschen Staatsangehörigen sowie die Staatsangehörigen der verbündeten Mächte – mit Ausnahme von Personen jüdischer Rasse und polnischen Volkstums – können auf Ehrenfriedhöfen bestattet werden.“

Das Jahr ist von heftigem Kriegsgeschehen geprägt. Zwar erringt die Wehrmacht in der Sowjetunion und auch in Nordafrika noch Erfolge, ihr Vormarsch kommt aber zum Stehen. Im November wird die 6. Armee der Wehrmacht in Stalingrad eingeschlossen.

Gleichzeitig wird der Krieg auch im Reichsgebiet immer stärker spürbar. Im Januar werden alle Wintersportveranstaltungen und sogar die Ski-Weltmeisterschaften in Garmisch-Partenkirchen abgesagt, weil die Wehrmacht die Skier benötigt. Im Februar wird der Tabakkonsum beschränkt. Alle privaten Fahrten mit dem Auto werden verboten, um Benzin zu sparen, auch nicht notwendige Reisen mit der Bahn werden kurz darauf untersagt.

Im April werden die wöchentlichen Brot- und Fleischrationen verringert, die Arbeitszeiten der öffentlichen Verwaltungen werden auf 56 Wochenstunden erhöht. Im Oktober wird die Bevölkerung aufgefordert, Bucheckern zu sammeln, um daraus Speiseöl herzustellen.

Das britische Luftfahrtministerium genehmigt im Februar mit der „Area Bombing Directive“ das Flächenbombardement deutscher Städte, um so die Moral der Deutschen, vor allem der Fabrik-

arbeiter, zu erschüttern. In der „Operation Millennium“ greift die britische Royal Air Force in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai Köln mit 1.000 Bombern an und zerstört die Stadt weitgehend, da vor allem Brandbomben eingesetzt werden. Dies ist der erste „1000-Bomber-Angriff“, aber nicht der letzte. Angriffe auf Essen und Bremen folgen in kurzem Abstand. Der letzte Angriff dieser Art wird sich kurz vor Kriegsende gegen Helgoland richten.

Im tschechischen Lidice werden als Vergeltung für das Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor für Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich, alle männlichen Personen über 16 Jahren ermordet, die Frauen in Konzentrationslager verschleppt.

Die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und in den besetzten Gebieten geht weiter. Während die Juden im Deutschen Reich, soweit sie nicht schon in Konzentrationslager deportiert wurden, immer weitere Einschränkungen erleiden, werden in den besetzten Gebieten Juden systematisch ermordet. Thomas Mann macht dies in einer Rundfunkansprache in der britischen BBC Ende September öffentlich.

1942 wird auf der Wannsee-Konferenz in Berlin die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen.

Der deutsche Vormarsch im Osten schafft die Voraussetzungen: Der Mord an den Juden nimmt immer gewaltigere Ausmaße an. In den Vernichtungslagern wie Auschwitz-Birkenau werden die Menschen bei der Ankunft selektiert. Die als nicht arbeitsfähig eingestuften Menschen werden häufig sofort umgebracht. Für die anderen gilt die „Vernichtung durch Arbeit“.



1943

Der Bau der Totenburg auf dem Pordoi-Pass wird abgebrochen. Im August wird die Wehrmachtauskunftsstelle nach Thüringen verlegt. Ende des Jahres hat der Volksbund 993.572 Einzelmitglieder.

Am 22. Mai tagt der Bundesrat des Volksbundes, zu dem die Vertreter der elf Gaue, Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und einige Gäste im Weimarer Hotel Elephant zusammenkommen. Eulen ist für die Sitzung vom Kriegsdienst beurlaubt und hält eine chauvinistische Rede mit antisemitischen Entgleisungen. Aufschlussreich sind seine Bemerkungen zur Rolle des Volksbundes im Dritten Reich:

„Ich habe wiederholt – zuletzt noch kurz vor dem Kriege – dem Führer oder seinem Stellvertreter das Angebot oder die Frage unterbreitet, ob es an der Zeit sei, den Volksbund an die Bewegung anzuschließen, weil seine Träger alle in der Bewegung stehen, und weil es in dem Gedankengut des Volksbundes gar nichts gibt, was nicht in die Gedanken der Bewegung hineinpasste und umgekehrt. Dieser Vorschlag ist aus Zweckmäßigkeitsgründen immer wieder abgelehnt worden. Die Bautätigkeit im Auslande erfordere nach außen hin eine neutrale Haltung. Im Innern war der gute Wille jeder Zeit vorhanden. Als dann der Krieg ausbrach und eine klare Entscheidung

verlangte, haben wir uns im Bundesamt schnell entschlossen: aus dem Gedanken heraus, dass im Kriege selbstverständlich die Wehrmacht die Führung in der Gräberfürsorge übernehmen muss, haben wir uns mit Mann und Maus, mit allen Gliederungen und allen Geschäftseinrichtungen vorbehaltlos dem Oberkommando der Wehrmacht zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot ist angenommen worden und die Folge davon ist eine ersprießliche, vertrauensvolle und herzliche Zusammenarbeit mit dem OKW.“

Eulens übliche Schönfärberei und Eitelkeit einberechnet – der Volksbund hat sich dem Oberkommando der Wehrmacht nicht zur Verfügung gestellt, sondern wurde ihm untergeordnet, die Zusammenarbeit ist auch nicht herzlich – entzieht doch allein diese Rede allen späteren Versuchen die Grundlage, den Volksbund im Dritten Reich auch nur in die Nähe einer Opferrolle zu rücken.

Die Arbeit des Volksbundes wird stark eingeschränkt. Zu dem wenigen, was er tun kann, gehört der Ausbau des Soldatenfriedhofes Consenvoye in Frankreich (11.146 Kriegstote). Hier werden zum ersten Mal Symbolkreuze aufgestellt.



„Wollt Ihr den totalen Krieg?“, fragt im Februar Joseph Goebbels eine aufgeputschte (und sorgfältig ausgesuchte) Menge im Berliner Sportpalast, die mit lautstarkem Jubel antwortet. Und Deutschland bekommt den totalen Krieg, den es seinen Nachbarn aufgezwungen hat, nun auch selbst in voller Wucht zu spüren.

Bereits im Januar muss die Wehrmacht den Rückzug aus dem Kaukasus einleiten, gleichzeitig bricht die Rote Armee den Belagerungsring von Leningrad (heute: St. Petersburg) auf. Dies ist den deutschen Truppen in Stalingrad (heute: Wolgograd) nicht möglich. Die Reste der 6. Armee ergeben sich im Februar – gegen Hitlers Befehl. Von 170.000 im Kessel verbliebenen Soldaten der Wehrmacht sind über 60.000 gefallen. Rund 110.000 gehen in Gefangenschaft, die nur etwa 5.000 von ihnen überleben.

Immer mehr Luftangriffe treffen auch deutsche Städte.

Am 13. Mai kapitulieren die letzten Streitkräfte der sogenannten Achse in Tunesien.

Nach der erfolglosen deutschen Offensive bei Kursk beginnt der Rückzug der deutschen Truppen an der gesamten Ostfront. Hitler ordnet an,

den Gegnern nur „verbrannte Erde“ zu hinterlassen und beim Rückzug die gesamte Infrastruktur der Gebiete zu zerstören. Immer mehr Luftangriffe treffen auch deutsche Städte.

Deutschland verliert zudem seine Bündnispartner. Italien stürzt im Juli den Diktator Mussolini, schließt im September einen Waffenstillstand mit den Alliierten und erklärt schließlich Deutschland den Krieg. Die Wehrmacht besetzt Teile Italiens einschließlich der Hauptstadt Rom. Auch Ungarn schließt im September mit den Alliierten einen Waffenstillstand.

Die Alliierten wissen, dass sie den Krieg gewinnen werden. So kommen Stalin, Roosevelt und Churchill, Ende November in Teheran zu einer ersten Konferenz zusammen, auf der sie über die Nachkriegsordnung und auch Teilungspläne für Deutschland beraten.

In den KZs wird die systematische Ausrottung von Millionen Juden, aber auch von Roma, Sinti und anderen für „lebensunwert“ erklärten Menschen fortgesetzt. Gegen erbitterten Widerstand vernichtet die SS das Warschauer Ghetto.

Stalingrad: Von den 110.000 deutschen Kriegsgefangenen sterben allein 17.000 auf dem Weg in die Lager. Unten: deutsche Kriegsgefangene im Sommer 1943 in der Nähe von Stalingrad.





Die deutschen Gefallenen sind über viele Orte verstreut. Sie werden zunächst von den Alliierten, in den 50er Jahren dann vom Volksbund geborgen und auf Sammelfriedhöfen beigesetzt.

1944

Am 15. Februar zerstören Bomben die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes in Berlin. Wichtige Arbeitsunterlagen gehen verloren.

Die Zeitschrift des Volksbundes kann zunächst nur noch vierteljährlich erscheinen, dann zweimonatlich. Nach der November-/Dezember-Ausgabe wird ihre Herausgabe bis August 1949 eingestellt. Die letzte Ausgabe im Dritten Reich ist dem 25-jährigen Bestehen des Volksbundes gewidmet und zeigt auf seiner Rückseite eine großformatige Aufnahme des Hans-Mallon-Ehrenmals auf Rügen.

Der Streit mit Generalbaurat Kreis eskaliert. Er kritisiert scharf die Arbeiten Tischlers, verlangt die Anerkennung seiner Weisungsbefugnis über die Bauleitung in München und die Herausgabe der dortigen Unterlagen. Das OKW und die Partei sind auf der Seite von Kreis. Der Volksbund, der sich dem Generalbaurat nur hinsichtlich der Gräber des neuen Krieges unterstellt fühlt, sieht

seine Selbständigkeit in der Fürsorge für die Gräber des Ersten Weltkrieges in Gefahr und droht mit seiner Selbstauflösung. Der Konflikt, der sich über Monate hinzieht, wird nicht gelöst. Alle Beteiligten haben in dieser Zeit Wichtigeres zu tun.

Aufgrund der Anordnung über den totalen Kriegseinsatz führt der Volksbund die 60-Stunden-Woche für seine Mitarbeiter ein und baut sein Personal um 20 Prozent ab. Im teilzerstörten Erdgeschoss der Bundesgeschäftsstelle gedenkt der Volksbund in Anwesenheit von nur noch 57 Mitarbeitern seines 25-jährigen Bestehens.

Im Westen begraben die Alliierten ihre Gefallenen in vielen Fällen gemeinsam mit den Kriegstoten anderer Nationen auf provisorischen Friedhöfen. Diese Grabfelder sollen nach dem Krieg wieder aufgelöst werden. Der Volksbund wird nach Verlegung der Toten der Alliierten in den 1950er Jahren einen Teil dieser Anlagen übernehmen und deutsche Gefallene dorthin umbetten.

Die Angehörigen mußten den Scharfrichter bezahlen

Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof
Geschäftsnummer 4 J 777/44
— Staatsanwaltschaft —
Kostenrechnung
in der Strafsache gegen Erich Knauf

Gebühr gem. §§ 49, 52 SGKG für Todesstrafe	300,—
Postgebühren gem. § 72,1 SGKG	1,84
Gebühr gem. § 72,6 für den als Pflichtverteidiger bestellt gewesenen Rechtsanwalt Ahlsdorff, Berlin- Lichterfelde-Ost, Gärtnerstraße 10a	81,60
für die Strafhaft vom 6. 4. 44 bis 2. 5. 44.	44,—
Kosten der Strafvollstreckung: Vollstreckung des Urteils	158,18
hinzu Porto für Übersendung der Kostenrechnung	—,12
zusammen:	585,74

Zahlungspflichtig: Die Erben des Erich Knauf, z. Hd. von Frau Erna Knauf, Berlin-Tempelhof, Manfred-von-Richthofen-Str. 13. bei Fa. Gilbert, Mach.

Solche „Rechnungen“ wurden während der Hitlerzeit den Angehörigen der aus politischen Gründen Hingerichteten übersandt

Immer mehr Menschen werden aus nichtigen Gründen zum Tode verurteilt. Die Angehörigen werden zu ihrem Leid noch verhöhnt, indem sie die Kosten der Hinrichtung bezahlen müssen.

Der Krieg ist für Deutschland nicht mehr zu gewinnen, wird aber umso fanatischer geführt.

An der Ostfront rücken die sowjetischen Truppen vor. Auch die Belagerung Leningrads, die der Bevölkerung der Stadt unermessliches Leid zugefügt hat, muss von der Wehrmacht abgebrochen werden.

In Tscherkassy, im Süden Russlands, brechen die deutschen Truppen entgegen der ausdrücklichen Order von Adolf Hitler aus dem Belagerungskessel aus. 30.000 der 50.000 deutschen Soldaten gelingt so der Durchbruch nach Westen.

Auch aus der Ukraine muss die Wehrmacht sich im März zurückziehen.

Rumänien, bislang ein Verbündeter Deutschlands, beginnt im März Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten, im April marschieren die Rote Armee in diesem Land ein und im August erklärt es Deutschland den Krieg.

In Ungarn gibt es ebenfalls Ansätze, einen Waffenstillstand mit den Alliierten auszuhandeln. Deutschland besetzt im März das Land und führt umfangreiche Vernichtungsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung durch, denen circa 500.000 Menschen zum Opfer fallen. Auch im Westen verliert das deutsche Militär an Boden.

Am 6. Juni beginnt die Landung der Alliierten in der Normandie und im September erreichen die Truppen der deutschen Kriegsgegner das Reichsgebiet.

Am 20. Juli versucht eine Gruppe von Offizieren unter Führung von Claus Graf von Stauffenberg, Hitler zu töten und die Macht in Deutschland zu übernehmen. Dies ist nicht der erste Attentatsversuch auf Hitler, aber der erfolgversprechendste, weil er einen genauen Plan hat, wie nach Hitlers Tod die Macht übernommen werden kann. Durch einige Zufälle – so schiebt ein nichtsahnender Offizier die Tasche mit der Bombe zur Seite, um mehr Platz für seine Beine zu haben – wird Hitler nur leicht verletzt und behält die Kontrolle. Die Attentäter werden unmittelbar hingerichtet oder vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

Im September beschließen die Außenminister Großbritanniens, der USA und der UdSSR in London die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen für die Zeit nach dem Krieg.

Der 20. Juli 1944

Im Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 gipfelt der Widerstand im Dritten Reich gegen das nationalsozialistische Regime und seine unheilvolle Politik.

„Die Rettung Deutschlands war der letzte Sinn des deutschen Widerstandes. Der Rettung des Vaterlandes im physischen und moralischen Sinn galt der verzweifelte Stoß des 20. Juli 1944. Wir, die dazugehörten oder sonst wie gegen die Schändung Deutschlands Front gemacht hatten, stimmten, ohne ein einziges Wort darüber zu verlieren und ohne Rücksicht auf unsere politische Herkunft – die Kommunisten eingeschlossen –, völlig darin überein, dass die Rettung Deutschlands und die Sicherung seiner Zukunft allein in der Wiederherstellung des freiheitlichen Rechtsstaates und seiner entschlossenen Verteidigung gegen seine inneren und äußeren Feinde liegen könne. Das ist das bleibende Vermächtnis des 20. Juli 1944.“ Dies sagte einer der Beteiligten, der spätere Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der nach dem Scheitern des Vorhabens noch am selben Tag verhaftet wurde, nach dem Krieg.

Der 20. Juli 1944 wird oft mit dem deutschen Widerstand gleichgesetzt.

Tatsächlich hatte der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und gegen Adolf Hitler bereits 1933 begonnen und vielfältige Formen gezeigt, der Attentatsversuch durch den Schreiner Johann Georg Elser im Münchner Bürgerbräukeller 1939 und die Flugblatt-Protestaktionen der Studentengruppe „Die Weiße Rose“ 1942 sind nur zwei Beispiele. Den Frauen und Männern, auch Jugendlichen, die Widerstand leisteten – offen oder verdeckt, konsequent oder gelegentlich, fast immer mit schweren Folgen für sie und ihre Familien – ist eines gemeinsam gewesen: Die Erkenntnis, dass der Weg, den Deutschland unter Hitler beschritten hatte, in die Katastrophe führte; das Bewusstsein, Widerstand leisten zu müssen und durch eigenes Handeln zur Rückkehr in eine bessere Gesellschaft beitragen zu können.

Die Handlungsmöglichkeiten Einzelner waren sehr begrenzt. Die eigene Bevölkerung wurde durch 40.000 Gestapo-Beamte, den SD (Sicherheitsdienst) und ungezählte Spitzel und Zuträger

überwacht. Schon unbedeutende kritische Äußerungen – wie zum Beispiel Zweifel am propagierten „Endsieg“ – waren lebensgefährlich. Für Soldaten an der Front war die Situation wegen der militärischen Strukturen von Befehl und Gehorsam sowie der Einbindung in das Freund-Feind-Schema gegenüber den gegnerischen Truppen besonders schwierig.

Dennoch haben sich während des Dritten Reiches, der Gefahr für Leib und Leben trotzend, viele aufrechte Menschen für ein besseres Deutschland eingesetzt. Sie kamen aus der Arbeiterbewegung, den Kirchen, dem Militär und bürgerlichen Kreisen. Zu ihnen gehörten einfache Arbeiter und hohe Diplomaten, Hausfrauen und Feldmarschälle, Studenten und Staatsbeamte, Kommunisten und Kirchenführer. Der Erfolg blieb ihnen versagt, die Unrechtsherrschaft wurde erst durch den äußeren Gegner beendet.

In der Endphase des Zweiten Weltkriegs konnte organisierter Widerstand nur noch aus dem Militär kommen, da alle oppositionellen Gruppen von einem brutalen Terrorregime längst zerschlagen waren und nur noch Einzelne aus diesen Bewegungen einbezogen werden konnten.

Der Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 war das Vorhaben, das die größten Erfolgsaussichten hatte, weil die Verschwörer über einen klaren Plan verfügten, nach der Tötung Hitlers den NS-Apparat durch die Wehrmacht auszuschalten.

Dafür musste unter konspirativen Bedingungen eine hinreichende Anzahl von Offizieren in ein solches Komplott einbezogen werden, was viel Zeit in Anspruch nahm.

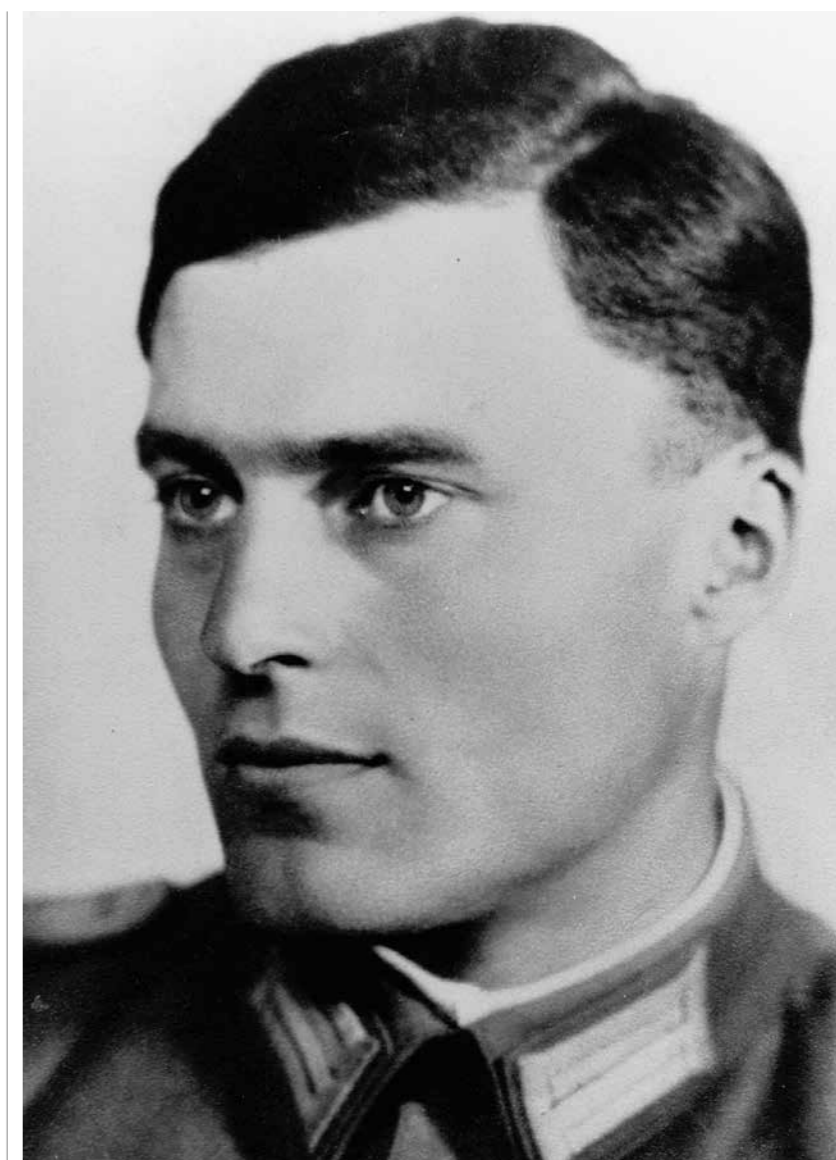
Hitlers Tod war die Voraussetzung für einen erfolgreichen Umsturz. Es hatte bereits aus dem Militär einige Versuche gegeben, Hitler zu töten, sie waren aber an zum Teil aberwitzigen Zufällen gescheitert, sei es, weil Besprechungen mit Hitler aus unterschiedlichen Gründen kurzfristig abgesagt oder verlegt wurden oder weil Ordonanzoffizieren, die bereit waren, Hitler zu erschießen, ausnahmsweise der Zutritt zum Besprechungsraum versagt wurde.



Schon vor Beginn des Krieges hatte sich in der Wehrmacht Widerstand gegen Hitler geregt. Mit den Anfangserfolgen des Krieges verstummte die Kritik jedoch und es dauerte lange, bis Teile der Wehrmacht sich, nicht zuletzt unter dem Eindruck der ungeheuren Kriegsverbrechen der Deutschen im Osten, entschlossen zu handeln.

Im Sommer 1944 hatte der Krieg längst auf Deutschland zurückgeschlagen, die Kapitulation des „Dritten Reichs“ war eine Frage der Zeit.

Warum die Widerstandsgruppe um Oberst Claus Graf von Stauffenberg dennoch statt abzuwarten, bis Deutschland besiegt ist, versuchte, Hitler und den Nationalsozialismus zu beseitigen, beschrieb der damalige Generalmajors Hans Henning von Tresckow kurz vor dem Attentat am 20. Juli so: „Das Attentat muss erfolgen, coûte que coûte (kostet es, was es wolle). Sollte es nicht gelingen, so muss trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf einen praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“ Von Tresckow beging am Tag nach dem gescheiterten Attentat Selbstmord.



Claus Schenk Graf von Stauffenberg

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendlerblock



Gräber von toten Zivilisten in Pforzheim



1945

Die Organisation des Volksbundes besteht nach dem Waffenstillstand am 8. Mai nicht mehr. Einzelne Mitarbeiter versuchen, wieder Kontakt miteinander aufzunehmen. Alle wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen und vor allem eine offizielle Genehmigung für eine Verbandstätigkeit fehlen. Erst nach und nach beginnen die Aktivitäten des Volksbundes wieder, wenigstens in den westlichen Besatzungszonen.

Im Januar ist Siegfried Emmo Eulen in einem Lazarett bei Weeze am Niederrhein an den Folgen einer Schussverletzung gestorben.

In einem Rückblick auf die unmittelbare Nachkriegszeit heißt es im Oktober 1949 in der wieder erscheinenden Vereinszeitschrift:

„Zum Unterschied vom Ersten Weltkrieg waren Hunderttausende auf deutschem Boden selbst gefallen, und Millionen von Angehörigen lebten im Zustande zermürbender Ungewissheit über das Schicksal ihrer Väter, Brüder, Männer und Söhne. Wo immer noch eine Geschäftsstelle des Volksbundes vorhanden war, wurde sie mit verzweifelten Bitten um Hilfe bestürmt, und auch Kommandos der Militärregierungen der Westzonen verwiesen auf den Volksbund, als die geeignete Institution helfend einzugreifen. So war es die überwältigende Fülle der Arbeit selbst, die den Anstoß zur schnellsten Wiederaufnahme der Tätigkeit für den Volksbund gab.“

Fünf Aufgabenbereiche werden in dem Artikel beschrieben:

- Wiederaufbau der Organisation,
- Gräbernachweis und ab 1947 Zentralgräberkartei,
- Wiederanknüpfung der Beziehungen mit dem Ausland,
- Gräberfürsorge und
- beratende Mitarbeit bei der zukünftigen staatlichen Neuregelung der Kriegsgräberfürsorge.

Die „Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht“ (WASt), die im August 1943 nach Saalfeld und Meinigen verlegt worden war, wird im April nach der Besetzung Thüringens unter amerikanische Militärverwaltung gestellt. Vor der sowjetischen Besetzung Thüringens verlegen die Amerikaner die Dienststelle nach Fürstentagen bei Kassel. Ein Teil der Akten verbleibt in Meinigen, darunter auch die Gräberkartei. Die sowjetische Militärverwaltung verweigert die Beantwortung von privaten und behördlichen Anfragen.

Die Arbeit der ZAK bleibt auf die Erfassung von Gräbern im Raum Berlin beschränkt. Die Anerkennung als landesweite Behörde für die Registrierung von Kriegsgräbern gelingt nicht. Im Oktober wird das Zentralnachweiseamt unter der Bezeichnung „Amt für die Erfassung der Kriegsoffer“ (AEK) unter die Kontrolle der französischen Militärverwaltung gestellt und 1951 der WASt angegliedert.

Der Krieg schlägt jetzt voll auf Deutschland zurück. Am 12. Januar tritt die Rote Armee an der Weichsel zur Offensive an. Die Massenflucht und die Vertreibung von Deutschen aus den Ostprovinzen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern beginnen. Von 16,6 Millionen Deutschen, die dort lebten, sterben dabei über zwei Millionen. Bis 1950 finden rund zwölf Millionen Menschen Aufnahme im Gebiet westlich der Oder-Neiße-Linie.

Am 27. Januar, der heute als Holocaust-Gedenktag begangen wird, befreien sowjetische Truppen das Konzentrationslager Auschwitz, in dem seit seiner Errichtung im Jahr 1940 rund 1,1 Million Menschen ermordet worden sind.

Im Februar treffen sich die „Großen Drei“ (Stalin, Roosevelt, Churchill) in Jalta auf der Krim. Sie nehmen Frankreich in den Kreis der Siegermächte auf und sprechen über Einflusszonen im Nachkriegseuropa.

Im April dringen sowjetische Verbände in das Stadtgebiet von Berlin vor. Propagandaminister Goebbels, für die Verteidigung Berlins zuständig, treibt die Reichshauptstadt in einen für beide Seiten sehr verlustreichen, militärisch jedoch bedeutungslosen „Kampf bis zur letzten Patrone“.

Am 30. April begeht Hitler im sogenannten Führerbunker in Berlin Selbstmord. In einem Testament bestimmt er Großadmiral Dönitz zum Reichspräsidenten, zum Reichskanzler ernannt er Goebbels, der jedoch am 1. Mai ebenfalls Selbstmord begeht.

Berlin kapituliert am 2. Mai, das Deutsche Reich am 7. Mai in Reims und am 8. Mai in Berlin-Karlsborst.

Der Zweite Weltkrieg ist in Europa zu Ende. Er hat über 55 Millionen Tote, darunter auch circa 7,8 Millionen Deutsche, gefordert.

Während Dönitz noch glaubt, er könne mit den Alliierten verhandeln, übernehmen diese die politische Kontrolle in Deutschland. Sie beziehen ihre bereits 1944 definierten Besatzungszonen. Berlin erhält darin einen Sonderstatus, es ist eine eigene Besatzungszone unter der Verwaltung aller vier Siegermächte.

Im November beginnen die Nürnberger Prozesse, mit denen ein alliierter Gerichtshof die Hauptkriegsverbrecher verurteilen will.

Für viele ist der Leidensweg mit dem Ende des Krieges nicht vorbei. Die Vertreibung, Hunger und Krankheiten fordern viele weitere Opfer.

1946

In Oldenburg, Niedersachsen, der Heimatstadt des neuen Präsidenten Wilhelm Ahlhorn, treffen sich die ersten vom Krieg verstreuten Mitarbeiter des Volksbundes und errichten eine erste, noch provisorische Geschäftsstelle.

Um eine Genehmigung der Alliierten für die Wiederaufnahme der Vereinstätigkeit zu erhalten, müssen deren Auflagen zur Entnazifizierung erfüllt werden. Die Satzung wird geändert, das „Führerprinzip“ rückgängig gemacht, die Gaue werden wieder in Landesverbände überführt und einige NS-belastete Mitarbeiter müssen ihre Ämter aufgeben. Zu einem kompletten Austausch der Führungsriege aber kommt es nicht.

Am 10. April erhält der Volksbund von der britischen Militärregierung eine generelle Arbeitsgenehmigung für die gesamte britische Zone:

„Die Arbeit (...) wird beschränkt auf die Identifizierung der Gräber, auf die Errichtung einfacher Einzelkreuze oder Tafeln und auf die Unterhaltung der Gräber und Friedhöfe. Sammeldenkmäler und auffallende Einzeldenkmäler dürfen nicht errichtet werden.“

Feldgräber in Westdeutschland



Der Volksbund beginnt, die Gräber in der britischen Zone zu erfassen, die ihm aus Landkreisen und Gemeinden gemeldet werden. Registriert werden sowohl militärische als auch zivile Kriegstote. Es geht darum, das Schicksal der Toten zu dokumentieren und möglichst viele zu identifizieren. Eine effektive, routinierte Zusammenarbeit mit der WAST entsteht.

Im Januar 1946 ist die WAST nach Berlin verlegt worden und hat den Namen „Deutsche Dienststelle“ erhalten. Im Juni wird sie der französischen Besatzungsverwaltung unterstellt.

Der Volksbund kann seine Organisation rasch wieder aufbauen, weil das engmaschige Netz an Ortsverbänden noch existiert, das er in den 1930er Jahren geschaffen hat. Zahlreiche Verbindungen in Politik und Verwaltung können wiederbelebt werden. Mit mehreren hunderttausend Mitgliedern ist er eine respektable Großorganisation. Die Mitgliederzahl steigt, weil nahezu jede Familie einen gefallen oder vermissten Angehörigen zu beklagen hat und sich schon allein deshalb dem Volksbund verpflichtet fühlt. Es gibt aber auch Vorbehalte gegenüber dem Volksbund, den manche zuvor als NS-Organisation wahrgenommen haben.

Das Nachkriegsdeutschland bemüht sich, sich wieder zu organisieren. Aber immer noch irrt eine große Zahl heimatlos gewordener Menschen, darunter auch zwangsverschleppte Ausländer durchs Land.

In den Besatzungszonen beginnt die im Januar von den Alliierten beschlossene Entnazifizierung, die jedoch in den einzelnen Zonen unterschiedlich intensiv durchgeführt wird.

Amerikanische Hilfsorganisationen unterstützen durch Sendungen von Lebensmitteln und Kleidungsstücken (in den sogenannten Care-Paketen) die notleidende Bevölkerung Deutschlands.

Mit dem Alliierten Kontrollrat für Deutschland, der seinen Sitz in Berlin hat, gibt es zwar eine Regierung für das gesamte Land. Aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen und Spannungen zwischen den Siegermächten driftet die Politik der einzelnen Zonen jedoch zunehmend auseinander.

Ende Februar wird Konrad Adenauer zum Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone gewählt, der Sozialdemokrat Kurt Schumacher wird im Mai zum Vorsitzenden der SPD in den drei Westzonen

berufen. In der Ostzone wird im März die Freie Deutsche Jugend (FDJ) unter dem Vorsitz von Erich Honecker zugelassen. Diese drei Politiker, vor allem Adenauer und Honecker, werden das politische Geschehen in Deutschland für lange Zeit prägen. Kurt Schumacher wird bereits 1952 sterben.

In der Ostzone und in Ost-Berlin werden die SPD und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zwangsweise zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) vereinigt.

US-Außenminister James F. Byrnes fordert in einer Rede im September in Stuttgart, Deutschland solle wieder einen „ehrvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt“ einnehmen. Die Westzonen möchte er in ein westliches Verteidigungsbündnis zur Eindämmung der Sowjetunion einbinden.

Am 1. Oktober werden die Urteile des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg verkündet. Zwölf der 24 Hauptangeklagten werden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Hermann Göring entzieht sich dem durch Selbstmord.

Der Nürnberger Prozess: 22 Personen sind als Hauptkriegsverbrecher angeklagt. Auf der Anklagebank (während der Aussage Hermann Görings):

1. Reihe von links: Rudolf Hess, Joachim von Ribbentrop, Wilhelm Keitel, Ernst Kaltenbrunner, Alfred Rosenberg, Hans Frank, Wilhelm Frick, Julius Streicher, Walther Funk, Hjalmar Schacht;

2. Reihe von links: Karl Dönitz, Erich Raeder, Baldur von Schirach, Fritz Sauckel, Alfred Jodl, Franz von Papen, Arthur Seyss-Inquart, Albert Speer, Konstantin Freiherr von Neurath, Hans Fritzsche





1947

Am 11. Januar stellt das Bayerische Staatsministerium des Innern einen Antrag auf Wiedenzulassung des Volksbundes an die Militärregierung in Bayern. Die Genehmigung wird am 4. September erteilt.

Der Volksbund wird in die Betreuung deutscher Kriegsgräber im Ausland eingebunden und nimmt Kontakt mit dem amtlichen italienischen Gräberdienst auf. Italien ist nach dem Zweiten Weltkrieg das erste Land, mit dem bindende Absprachen über Fragen der Kriegsgräberfürsorge getroffen werden können.

Im Sommer beginnt die Bundesgeschäftsstelle mit dem Aufbau der Zentralgräberkartei. Die Landesverbände erfassen die Kriegsgräber auf deutschem Boden. Angehörige werden umge-

hend benachrichtigt, sobald Informationen über Grablagen eingehen. Die Kartei muss laufend aktualisiert werden, vor allem wegen der zahlreichen Umbettungen im westlichen Ausland.

Ernst Teichmann, evangelischer Pfarrer im östlichen Harz, macht den Volksbund auf Gräber deutscher Soldaten dort aufmerksam. Er berichtet der Bundesgeschäftsstelle auch über die nur notdürftig bestatteten Toten im Oderbruch und in der Umgebung des Dorfes Halbe, südlich von Berlin.

In der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) lässt die Militärverwaltung die Gefallenen der Sowjetarmee auf eigenen Kriegsgräberstätten begraben. Deren Pflege übernehmen die örtlichen deutschen Verwaltungen.

Die Neustrukturierung Deutschlands nimmt Gestalt an. Zum 1. Januar werden die amerikanische und die britische Zone zur Bizone zusammengelegt.

Im März kündigt der amerikanische Präsident Harry S. Truman die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf. In der „Truman-Doktrin“ verspricht er den „freien Völkern der Welt“ die Unterstützung durch die USA „in ihrem Kampf um die Freiheit“. Deutschland wird zu einem der Hauptaustragungsorte des nun beginnenden Kalten Krieges.

Im Juni verkündet US-Außenminister Marshall das „European Recovery Program“, ein amerikanisches Kredithilfeprogramm, das als „Marshall-Plan“ bekannt wird. Ziel dieser Unterstützungsmaßnahmen ist die Wiederbelebung europäischer Marktwirtschaften und damit gleichzeitig eine Abwehr kommunistischer Bestrebungen. In den Jahren 1948 bis 1952 werden die USA im Rahmen dieses Programms über 12 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen. Rund 1,5 Milliarden US-Dollar erhalten die deutschen Westzonen, das übrige Geld geht in die anderen 15 beteiligten Länder.

Im April wird der frühere Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz, Rudolf Höß, in Polen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Seine „Autobiographischen Aufzeichnungen“ sind in ihrer vermeintlichen Sachlichkeit und Unbefangenheit ein erschreckendes Dokument des Terrors.

Zum zweiten Jahrestages des Kriegsendes am 1. September erklärt die polnische Militärmission in Berlin, im Zweiten Weltkrieg seien 6.028.000 Polen getötet worden.

In der sowjetischen Besatzungszone wird der Druck zur Schaffung eines der Sowjetunion konformen politischen Systems weiter erhöht. Im September fordert der stellvertretende Vorsitzende der im Vorjahr aus SPD und KPD geschaffenen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, die Umwandlung der SED in eine kommunistische Partei sowie die Einführung der Planwirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone.

Im Dezember werden die Vorsitzenden der CDU in der Ostzone, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) ihrer Ämter enthoben.

Überall in Deutschland findet man provisorisch angelegte Kriegsgräber. Zahllose Schicksale von gefallenen Soldaten und zivilen Kriegsoffizieren sind ungeklärt – eine große Aufgabe für den Volksbund, dessen Erfahrung dringend benötigt wird.



Im Mai verlegt der Volksbund seine unter schwierigen Bedingungen arbeitende Bundesgeschäftsstelle von Oldenburg i. O. nach Nienburg an der Weser.

In Bremen nimmt er die Tradition des Volkstrauertages auf Landesebene in der bis 1932 üblichen Form wieder auf.

Eine aus ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen gebildete ständige Delegation des Volksbundes beginnt in Rom mit der Arbeit. Sie wird dem Commissariato Generale im italienischen Verteidigungsministerium unterstellt. Die Volksbundmitarbeiter unterstützen den italienischen Gräberdienst bei der Erfassung der deutschen Kriegsgräber und der Identifizierung unbekannter Soldaten. Außerdem richten sie eine eigene Gräberkartei ein. Sie rechnen mit etwa 107.000 deutschen Kriegstoten in Italien, die an 3.000 Orten begraben sind.

Im Gegenzug beginnt der Volksbund mit der Erhebung sämtlicher Gräber von italienischen Kriegsgräbern in den Westzonen und übermittelt die Daten nach Italien.

„So sorgt der Volksbund (...) nicht nur für die deutschen Soldatengräber, sondern läßt auch die gleiche Sorgfalt und Pflege den Gräbern ausländischer Staatsangehöriger in Deutschland angedeihen“, heißt es ein Jahr später in der Mitgliederzeitschrift.

Die Bauleitung in München nimmt ihre Arbeit unter Führung von Robert Tischler wieder auf und arbeitet wie in der Vergangenheit weitgehend eigenständig. Große Teile ihres Archivs sind durch Bombentreffer vernichtet.

Bis 1952 errichtet der Volksbund mehr als 400 Kriegsgräberstätten in Westdeutschland.

Ab 24. Juni blockieren die Sowjets West-Berlin. Nur der Luftweg bleibt offen. Die westalliierten „Rosinenbomber“ bringen täglich bis zu 12.900 Tonnen Versorgungsgüter in die Stadt, bis 1949 insgesamt 1.736.781 Tonnen in 212.621 Transportflügen. 88 Mitglieder von Flugzeugbesatzungen kommen dabei ums Leben.



Die Schäden an der wirtschaftlichen Infrastruktur in den Westzonen sind nicht so gravierend, dass ein schneller Wiederaufbau nicht möglich wäre. Allerdings steht die völlig zerrüttete Währung einem Erfolg im Weg. Die Alliierten können sich jedoch nicht auf eine Währungsreform für Gesamtdeutschland einigen.

Im Juni wird daher in den Westzonen die D-Mark eingeführt. Diese war von den West-Alliierten geplant und von einem deutschen Expertengremium, das unter alliierter Bewachung in einer Kaserne in Rothwesten nahe Kassel tagte, vorbereitet worden. Die Banknoten waren in den USA gedruckt und unter großer Geheimhaltung nach Deutschland transportiert worden.

Die Sowjetische Besatzungszone muss wenige Tage später mit einer eigenen Währungsreform nachziehen, da das im Westen wertlos gewordene Geld in den Osten strömt.

Die Sowjetbehörden ordnen an, ihre neue Währung solle auch in ganz Berlin gelten. Daraufhin beschließen die Westmächte die Einführung der D-Mark in den Westsektoren.

Die Sowjetunion reagiert darauf mit einer Blockade Berlins. Sie schneidet im Juni West-Berlin von den Versorgungswegen auf den Straßen, den Schienen und dem Wasser ab, um so den Abzug der Westalliierten aus West-Berlin zu erzwingen.

Die Westmächte reagieren darauf mit der Luftbrücke: Vom Juni 1948 bis zum Mai 1949 wird West-Berlin mit allem Lebensnotwendigen – von der Milch über Schnürsenkel bis zu Maschinenteilen – aus der Luft versorgt. Durch die Luftbrücke verändert sich das Verhältnis zwischen den Deutschen in Westdeutschland und West-Berlin einerseits und den Westalliierten andererseits. Diese werden jetzt als Schutzmächte angesehen.

Im November etabliert die SED für Ost-Berlin durch den sogenannten Berliner Stadthausputsch eine eigene Verwaltung für Ost-Berlin. Der Berliner Magistrat und die anderen Parteien verlassen Ost-Berlin und üben ihre Tätigkeit fortan in einem Bezirksrathaus, dem Rathaus Schöneberg, aus.

Ende des Jahres ist Berlin politisch und in Bezug auf die Währung geteilt, physisch ist es aber immer noch eine Stadt.

1949

Das Genfer Abkommen über den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte wird am 11. August von zunächst 59 Staaten unterzeichnet; unter ihnen ist auch die Bundesrepublik Deutschland. Ein Zusatzabkommen sichert das dauernde Ruherecht der Kriegstoten. Der Vertretertag des Volksbundes, der sich noch Bundesrat nennt, wählt in Rothenburg ob der Tauber Landeshauptmann i. R. Eberhard Hagemann zum Präsidenten des Volksbundes. Der bisherige Präsident, Staatsrat a. D. Wilhelm Ahlhorn, wird Ehrenpräsident.

Der Präsident führt zusammen mit dem neu ernannten Generalsekretär Otto Margraf in Genf erste Besprechungen mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, der YMCA (Young Men's Christian Association), dem Ökumenischen Rat, dem Lutherischen Weltbund, Dienststellen der Vereinten Nationen sowie der Caritas Internationalis.

Ab August erscheint die Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ wieder, monatlich mit einem Umfang von acht Seiten. Sie berichtet, dass die belgische Regierung die Zusammenbettung aller deutschen Gefallenen des Zweiten Weltkrieges nach Lommel und Recogne-Foy beschlossen hat. Das Niederländische Rote Kreuz hat die Gräber von 34.000 deutschen Gefallenen erfasst. Vollerorts sorgen deutsche Kriegsgefangene und Zivilarbeiter für die Gräber.

Berichte über Kriegsgräber liegen aus Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei vor. Unter der Rubrik „Die Brücke“ veröffentlicht die Redaktion Namen von Toten, deren Gräber bekannt sind, jedoch nicht die Anschrift ihrer Angehörigen.

Im November erhält der Volksbund die Arbeitsgenehmigung der französischen Militärverwaltung.

Die Sowjetische Militäradministration versagt weiterhin dem Volksbund die Arbeitserlaubnis, duldet aber die Einrichtung einer Abteilung Kriegsgräberfürsorge bei der Evangelischen Kirchenkanzlei. Die Pfarrämter übermitteln Informationen über Kriegsgräber an das Westberliner Büro des Volksbundes, die sogenannte „Außenstelle Ost“. Das Büro, das die Kirche übernimmt, vom Volksbund aber finanziert wird, bleibt die verdeckt arbeitende Verbindungsstelle des Volksbundes in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und spätere DDR.

Der Soldatenfriedhof in Edewecht/Oldenburger (424 Kriegstote) gehört zu den ersten vom Volksbund ausgebauten Anlagen. Die eichenen Holzkreuze wurden gestiftet.



Die politische Entwicklung läuft auf die Gründung zweier deutscher Staaten hinaus. Auch das restliche Europa organisiert sich. Im Februar wird die NATO gegründet, im Mai der Europarat – beide vorläufig ohne Deutschland, das noch keine neue staatliche Struktur hat.

Im Mai gibt die Sowjetunion die Blockade Berlins auf, es bleibt beim Status quo Berlins. Der Versuch, West-Berlin in die neu entstehende Bundesrepublik Deutschland einzugliedern, scheitert am Widerstand der Alliierten. Die Stadt behält einen Sonderstatus. Oberste Autorität sind weiterhin die alliierten Stadtkommandanten. Das wird bis 1990 so bleiben.

Im Mai wird durch das Inkrafttreten des Grundgesetzes die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Bonn wird die provisorische Bundeshauptstadt.

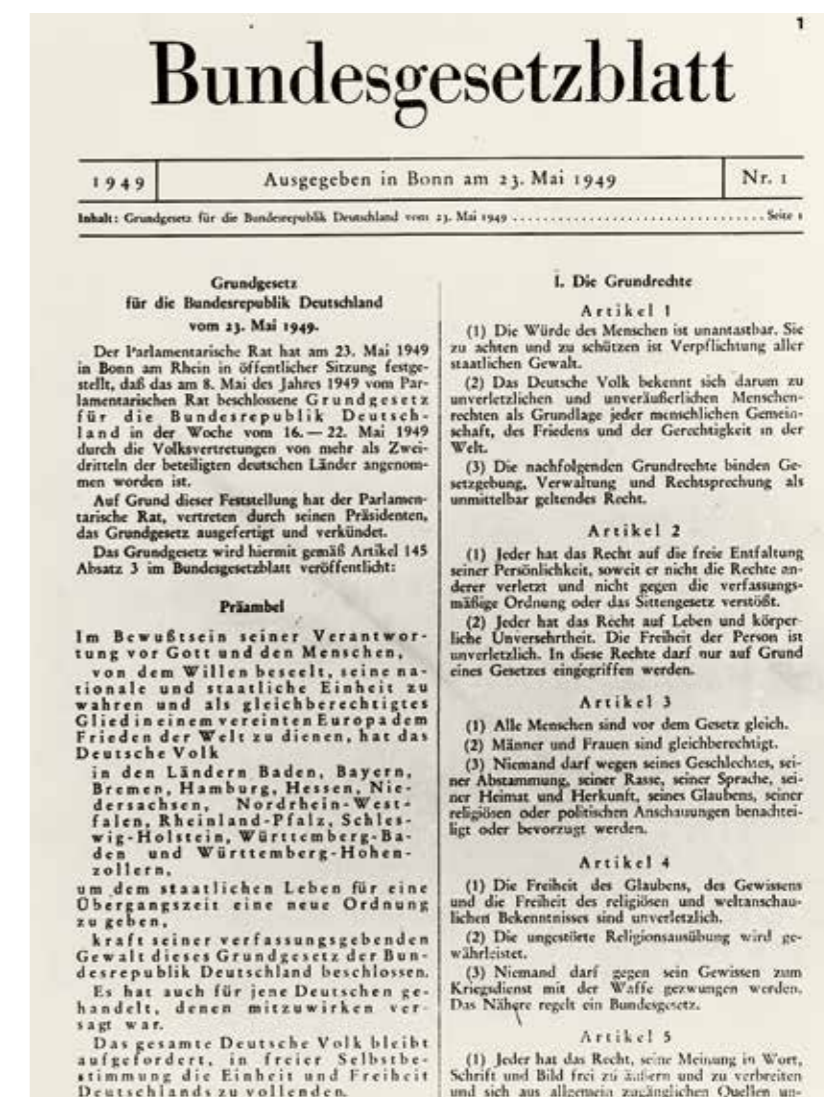
Bei den ersten Bundestagswahlen im August wird die SPD mit 29,2 Prozent stärkste Partei, allerdings steht das Bündnis von CDU (25,2 Prozent) und CSU (5,8 Prozent) vor den Sozialdemokraten.

Im September bestimmt die Bundesversammlung den Liberalen Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten. Er setzt sich im zweiten Wahlgang gegen den Sozialdemokraten Kurt Schumacher durch.

Einige Tage später wird der CDU-Politiker Konrad Adenauer mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Adenauer ist zum Zeitpunkt seiner Wahl 73 Jahre alt. Er wird das Amt 14 Jahre lang ausüben.

Am 7. Oktober wird in Ost-Berlin die DDR gegründet. Einige Tage später wählt die provisorische Volkskammer der DDR den Kommunisten Wilhelm Pieck zum Staatspräsidenten und den früheren Sozialdemokraten Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten. Die Macht in der DDR liegt allerdings gemäß den Strukturen des politischen Systems bei der SED, die sich zur „Partei neuen Typs“ erklärt, womit eine kommunistische Partei gemeint ist. Sozialdemokratische Positionen werden als „Sozialdemokratismus“ verurteilt und verfolgt.

Im Oktober wird die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der OEEC (Organization for European Economic Co-Operation), die die Marshall-Plan-Gelder verteilt.



Am 23. Mai tritt das Grundgesetz in Kraft.



1950

Auf Wunsch des Volksbundes findet am 5. März im Bonner Bundeshaus eine Feierstunde zum Volkstrauertag statt. Wilhelm Ahlhorn, Ehrenpräsident des Volksbundes, hält die Ansprache. Der Bundespräsident ist anwesend, mehrere Kabinettsmitglieder nehmen teil, Diplomaten, Repräsentanten der Kirchen und zahlreicher Organisationen. Der Volksbund, nicht die Regierung, hat die Gedenkstunde veranstaltet, sie hat jedoch den Charakter eines Staatsaktes.

1945 war bereits hauptsächlich von NS-Opferverbänden der „Gedenktag für die Opfer des Faschismus“ begangen worden. 1950 wird auch der „Nationale Gedenktag des deutschen Volkes“ eingeführt. Beide Initiativen finden aber kaum öffentliche Resonanz.

Im Anschluss an den Vertretertag in Gelsenkirchen weiht der Volksbund am 10. September die Friedhöfe Weeze und Donsbrüggen ein. In Weeze spricht Bundespräsident Theodor Heuss.

„Es liegen hier Deutsche, es liegen hier auch fremde Soldaten. Der Krieg geht über die Nationen hinweg und bindet sie. Diese Stätte soll aber werden eine Wallfahrt des Friedenswillens der Menschen“, sagt Heuss in seiner Ansprache.

Die Landesverbände haben bereits Hunderte von Kriegsgräberstätten angelegt. Die Bundesbahn gewährt zu Allerheiligen, Allerseelen und zum Totensonntag im Bundesgebiet 50 Prozent Fahrpreismäßigung für Besucher von Kriegsgräbern. Die ersten Kriegsgräberfahrten des Volksbundes ins Ausland führen im November nach Sandweiler/Luxemburg und Lommel/Belgien.

Die Bundesgeschäftsstelle erhält 81.300 Anfragen und versendet insgesamt 115.000 Schreiben. In Bonn wird ein Verbindungsbüro des Volksbundes zur Bundesregierung eingerichtet (BiB). Es pflegt die Kontakte zu den Abgeordneten, Ministerien, Vereinen und Verbänden. Der Volksbund stellt den Antrag, auf dem Soldatenfriedhof Cassino in Italien arbeiten zu dürfen.

Der Volksbund beginnt, in seinen Gliederungen Stellen für Workcamps zu schaffen.

In Potsdam verhandelt Pfarrer Teichmann in Abstimmung mit der Volksbundleitung und mit den DDR-Behörden über den Bau einer Kriegsgräberstätte im Gebiet des ehemaligen Kessels von Halbe. Dort sind Tausende Kriegsoffer nur notdürftig begraben. Die Landesregierung willigt schließlich ein, dass die Kirche als Treuhänder für die DDR den Friedhofsbau in Halbe übernimmt. Er wird als Waldfriedhof angelegt.

„Das Sterben am Niederrhein im Jahre 1944/45 war ein Opfergewordensein, ein Geopfertwordensein.

Denn der Krieg war damals schon verloren, und viele, die hier liegen, wussten, dass er verloren sei.

Und das ist das tragisch drückende Gefühl: Sie starben an ihre Pflicht gebunden, und davon darf nur in Dankbarkeit und Ehrfurcht vor dem Einzelschicksal gesprochen werden. Ein anderer Ton ist nicht erlaubt. Das kämpfende Soldatentum einer alten, großen Geschichte ist untergegangen. Das Schicksal unserer Nation liegt auch in den Massengräbern der Bombennächte. Es liegt auch in den Gruben am Rande der KZ-Lager.“

Theodor Heuss



Briefmarke der Deutschen Post AG aus dem Jahr 2009 zum 125. Geburtstag von Theodor Heuss (1884 – 1963)

Die Bundesrepublik Deutschland entwickelt sich wirtschaftlich gut. Die Lebensmittelrationierung, die über Karten erfolgt, wird in zwei Stufen aufgehoben. Auch die letzten Maßnahmen der Zwangsbewirtschaftung und Preisbindung von Waren werden abgeschafft, was bei einigen Gütern vorübergehend zu drastischen Preiserhöhungen führt.

Noch immer werden etwa 1,5 Millionen Deutsche vermisst. Am 5. Mai erklärt die Sowjetunion die Rückführung deutscher Kriegsgefangener für abgeschlossen, obwohl seit der Kapitulation erst 1,9 von über 3,1 Millionen Soldaten zurückgekehrt sind. Danach sind 1,1 bis 1,2 Millionen deutsche Kriegsgefangene noch festgehalten.

Der französische Außenminister Robert Schuman tritt am 9. Mai – heute der Feiertag der europäischen Behörden – mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit: Deutschland und Frankreich sowie weitere Staaten sollen sich zu einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zusammenschließen. Schuman sieht in einer solchen Maßnahme den ersten Schritt einer weitergehenden Vereinigung der europäischen Staaten. „Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen“, heißt es in seiner Rede.

Im Juni tritt die Bundesrepublik dem Europarat bei. Die mit dem Europarat verbundenen Hoffnungen, dieser werde der Kern einer europäischen Integration, erfüllen sich jedoch nicht.

Im Juni bricht der Koreakrieg aus. Die USA treten auf der Seite Südkoreas, die Volksrepublik China auf der Nordkoreas in die militärische Auseinandersetzung ein. Auch die Sowjetunion unterstützt Nordkorea. Der Krieg verschärft auch in Europa und in Deutschland die Spannungen zwischen Ost und West. Der Einmarsch Nordkoreas in Südkorea weckt Ängste vor einer sowjetischen Intervention in Westeuropa. Damit stellt sich die Frage der Wiederbewaffnung (West-)Deutschlands. Auch die Außenministerkonferenz der Westmächte im September greift die Frage nach einem deutschen Beitrag zur Sicherheit Westeuropas auf.

Friedhof Weeze in Nordrhein-Westfalen vor dem Umbau

1951

Beim Vertretertag in Kassel wird bekannt gegeben, dass dem Volksbund rund 480.000 Einzelmitglieder in zehn Landesverbänden und 7.650 Ortsgruppen angehören. Über 18.000 Städte und Gemeinden und mehr als 17.000 Schulen sind korporative Mitglieder.

Im März erscheint erstmals ein Programm für Kriegsgräberreisen, das 16 Fahrten umfasst. Die Bundesgeschäftsstelle verlegt im Mai ihren Sitz von Nienburg nach Kassel.

Die „Einsatzgruppe Afrika“ beginnt in Nordafrika mit der Suche nach den Gräbern und der Umbettung der Toten. Es ist die erste Mission des Volksbundes im Ausland, bei der er die Aufgaben eines offiziellen Kriegsgräberdienstes übernimmt. Vorausgegangen ist dem Auftrag das Unterstützungersuchen des britischen Gräberdienstes (IWGC) in Bonn, der in Libyen und Ägypten begonnen hat, Gefallene zu Sammelriedhöfen umzubetten.

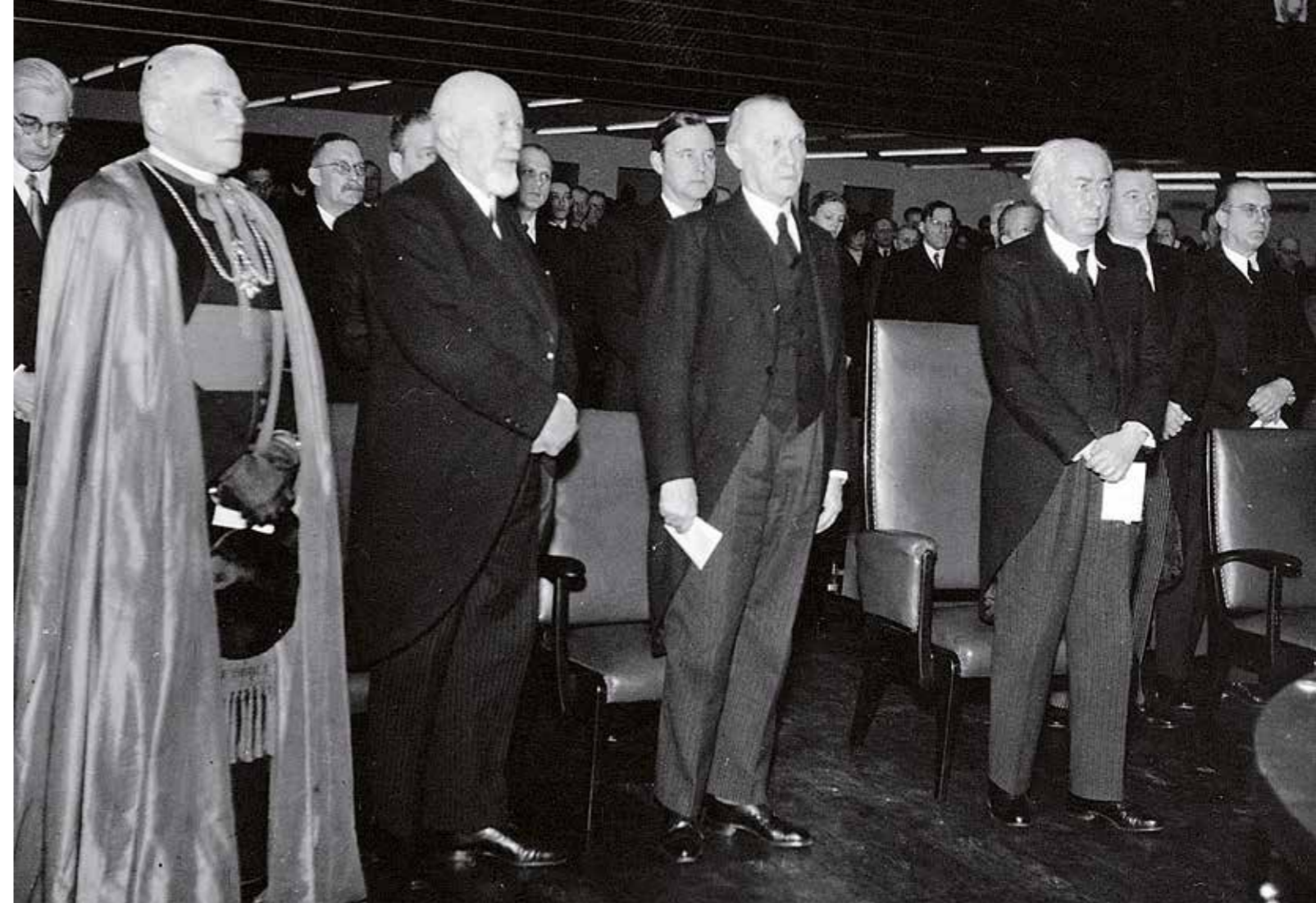
Zu 26 ausländischen Staaten bestehen Arbeitsbeziehungen; in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg hat der Volksbund jeweils Beauftragte.

In der Gräberkartei sind bis Jahresende Angaben über rund 800.000 Kriegsgräber enthalten, Über eine halbe Million davon liegen im Ausland.

Bei der Feierstunde zum Volkstrauertag im Plenarsaal des Bundeshauses spricht Bundestagspräsident Hermann Ehlers. Die Veranstaltung wird von allen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik übertragen. Das wird auch in den nächsten Jahren so sein.

In der DDR baut die vom Volksbund finanzierte Abteilung Gräberfürsorge in der Kanzlei der Evangelischen Kirche ein Netz von Vertrauenspfarrern auf. Sie pflegen die Kontakte zu den örtlichen Pfarrämtern. Hunderte von Grablagen entstehen. Finanzielle Hilfe leistet der Volksbund, die Gelder und Materialien müssen aber geschmuggelt werden. Es wird auch ein eigener Mitarbeiter für Umbettungen eingestellt.

Hans Soltau, Jugendreferent im Bezirksverband Lüneburg, stellt auf dem Vertretertag sein Konzept für eine aktive Mitarbeit von Jugendlichen bei der Kriegsgräberfürsorge vor. Im darauffolgenden Jahr wird er die neu geschaffene Stelle eines Jugendreferenten in der Bundesgeschäftsstelle besetzen, um von zentraler Stelle aus den Aufbau der Jugendarbeit voranzutreiben.



Die „Einsatzgruppe Afrika“ wird in Kassel am Ständeplatz verabschiedet.



Die Bundesrepublik Deutschland gewinnt Stück für Stück staatliche Souveränität. Im März wird das Besatzungsstatut dahingehend verändert, dass die Bundesrepublik größere Freiheiten im außenpolitischen Bereich erhält. Das Auswärtige Amt wird geschaffen, erster Außenminister ist – Konrad Adenauer. Der Kanzler übernimmt dieses Amt zusätzlich und wird es bis 1955 innehaben. Sein Staatssekretär wird Walter Hallstein.

Hallstein ist auch Leiter der bundesdeutschen Delegation bei den Verhandlungen über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Diese wird im April durch einen Vertrag geschaffen, der im Jahr 1952 in Kraft treten wird.

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR gehören den Vereinten Nationen nicht an. Aber die Bundesrepublik wird Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), beide Unterorganisationen der Vereinten Nationen.

In Ost-Berlin finden im August die 3. Weltjugendfestspiele statt, an denen nicht nur Jugendliche aus beiden deutschen Staaten teilnehmen, sondern auch 26.000 Delegierte aus über 100 Ländern. Außerhalb des sozialistischen Lagers bleibt die DDR jedoch weiterhin isoliert.

Im September beschließen die Außenminister der Westmächte die Integration der Bundesrepublik Deutschland in eine kontinental-europäische Gemeinschaft „auf der Grundlage der Gleichberechtigung“. Außerdem soll Westdeutschland in ein westeuropäisches Verteidigungsbündnis einbezogen werden.

Um die absehbare Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern, macht die DDR immer wieder Angebote, über gesamtdeutsche Wahlen zu verhandeln und die deutsche Einheit wieder herzustellen. Bundeskanzler Adenauer geht darauf jedoch nicht ein, weil er keine Chance für ein parlamentarisch-demokratisches Gesamtdeutschland sieht. „Freiheit geht vor Einheit“ lautet sein Credo.

Wirtschaftlich stabilisiert sich Westdeutschland so weit, dass im Mai der Wechselkurs der D-Mark freigegeben werden kann.

Volkstrauertag in Bonn: Präsident Hagemann, Bundeskanzler Adenauer, Bundespräsident Heuss



1952

Gustav Ahlhorn, jüngerer Bruder Wilhelm Ahlorns, wird Präsident des Volksbundes. Im Mai wird das neue „Gesetz über die Sorge für die Kriegsgräber“ verkündet. Es überträgt die Kriegsgräberfürsorge im Inland den Bundesländern, bei Kostenübernahme durch den Bund.

Das neue Gesetz erweitert den Begriff des Kriegsgrabes. Zu den Kriegstoten zählen nun neben den deutschen und ausländischen Soldaten und Angehörigen „militärähnlicher Dienste“ auch Zivilpersonen deutscher oder anderer Nationalität, die durch unmittelbare Kriegseinwirkung ums Leben kamen. Separat aufgeführt werden Opfer der NS-Verfolgung, deutsche Flüchtlinge und Vertriebene, Zivilinternierte, ausländische Zwangsarbeiter und die von Flüchtlingsorganisation betreuten Ausländer, die in Sammellagern gestorben sind.

Das Bundesinnenministerium legt den Termin des Volkstrauertages auf den zweiten Sonntag vor dem ersten Advent fest. Redner bei der Gedenkstunde im Bonn ist Bundespräsident Theodor Heuss.

Am 23. Juni unterzeichnet die Bundesregierung das Kriegsgräberabkommen mit Luxemburg.

Darin wird der Volksbund als die Organisation genannt, die von der Bundesregierung mit der Durchführung der deutschen Kriegsgräberfürsorge im Ausland – in diesem Fall in Luxemburg – beauftragt ist.

Der Volksbund wird somit als Organisation anerkannt, die im Ausland unmittelbar im Auftrag der Bundesregierung tätig ist.

Dieses erste Abkommen dient als Vorbild für zahlreiche weitere Gräberabkommen, die das Auswärtige Amt in den Folgejahren mit den vom Krieg betroffenen Staaten in ganz Europa und Nordafrika verhandelt. Jugendliche aus einer Freiburger Gewerbeschule arbeiten erstmals auf dem Soldatenfriedhof Cassino. Sie reparieren Grabkreuze und leisten gärtnerische Arbeiten.

An 51 Kriegsgräberfahrten nehmen 4.500 Angehörige teil. Bundespräsident Theodor Heuss übernimmt die Schirmherrschaft über den Volksbund. „Schon die Erinnerung daran, dass ich nach dem ersten Weltkrieg zu den Gründungsmitgliedern gehörte, zeigt, dass ich mich der Arbeit des Volksbundes stets verbunden wusste“, schreibt das Staatsoberhaupt an die Bundesgeschäftsstelle.

In beiden Teilen Deutschlands wird über die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen gestritten. Sowohl die Volkskammer der DDR als auch der Bundestag verabschieden im Januar und Februar Wahlgesetze für diesen Fall, die jedoch miteinander nicht kongruent sind. Einer Kontrollkommission der Vereinten Nationen, die die Bedingungen für freie Wahlen untersuchen soll, verweigert die DDR die Einreise.

Im März bietet Josef Stalin den Westmächten an, einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung zu schließen. Deutschland solle neutral sein und in den Grenzen bestehen, die durch das Potsdamer Abkommen fixiert wurden. Die Wahlen sollten nicht von den Vereinten Nationen, sondern von den vier Alliierten kontrolliert werden. Alle ausländischen Truppen sollten aus Deutschland abziehen. Konrad Adenauer dringt bei den Westmächten darauf, diesen Vorschlag abzulehnen, da er um die Freiheit in Deutschland fürchtet.

Die Stalin-Note, der eine zweite im April folgt, zielt erkennbar darauf ab, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die die Staaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) aushandeln, zu verhindern. Am 27. Mai wird dieser EVG-Vertrag geschlossen.

Einen Tag vorher unterzeichnen die Westmächte und die Bundesregierung auch den Deutschland-Vertrag, mit dem die Bundesrepublik für ihr Gebiet staatliche Souveränität erhält. Allerdings wird der Vertrag erst 1955 in Kraft treten.

Im Juli tritt der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) in Kraft. Damit ist die erste supranationale europäische Organisation, aus der später die EU entstehen wird, Wirklichkeit – und die Bundesrepublik ist ein gleichberechtigtes Mitglied in ihr.

Durch eine Vereinbarung zwischen Bundespräsident und Bundeskanzler wird das Deutschland-Lied im Mai zur Nationalhymne erklärt. Bei offiziellen Anlässen soll nur die dritte Strophe gesungen werden.

Ab September gilt das Lastenausgleichsgesetz zur gerechteren Verteilung der Kriegs- und Kriegsfolgeschäden – eine der wichtigsten sozialen Leistungen in der jungen Bundesrepublik.

Auf dem Friedhof Sandweiler in Luxemburg



1953

Beim Vertretertag im Mai in Berlin wird berichtet: 1.828 Listen mit Grablagen sind ausgewertet (1950 waren es 1.027), die positiven Bescheide auf Anfragen erreichen 50 Prozent. Seit der Währungsreform hat der Volksbund 9.140.000 DM für die Gräberfürsorge im Inland aufgewandt. Im September besucht Olav Brunvand, Staatssekretär des norwegischen Verteidigungsministeriums, die Bundesgeschäftsstelle. Sein Besuch führt zu einer Vereinbarung mit Norwegen über die deutschen Kriegsgräber.

Der ägyptische Staatspräsident General Naguib stellt im September der Arbeitsgruppe Afrika einen Fieseler Storch (ein leichtes Aufklärungsflugzeug) für die Gräbersuche in der Wüste zur Verfügung. Die Einsatzgruppe Nordafrika, die im Dezember nach Kassel zurückkehrt, hat über 6.000 Tote aus Wüstengräbern geborgen.

4.400 Angehörige nehmen an 77 Kriegsgräberreisen des Volksbundes teil.

In Italien sind Grablagen von 102.420 deutschen Toten an über 3.000 Orten erfasst. Der Volksbund beginnt mit dem Ausbau seines Umbettungsdienstes.

Jugendliche des CVJM (Christlicher Verein Junger Männer) und des Kolpingwerkes arbeiten zusammen mit flämischen Jugendlichen auf dem deutschen Soldatenfriedhof Lommel/Belgien. Der Jesuitenpater Theobald Rieth organisiert dieses erste Jugendlager nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier entsteht das Motto „Versöhnung über den Gräbern“, das der Volksbund als Leitwort seiner Arbeit übernimmt und Ende der 1960er Jahre durch „Arbeit für den Frieden“ ergänzt.

Die Feierstunde zum Volkstrauertag im Plenarsaal des Bundeshauses wird im Radio übertragen. Schauspieler tragen literarische Texte vor, umrahmt von Musik. Bundeskanzler und Bundespräsident sind anwesend.

In der DDR wird der Kurs in Richtung Sozialismus verschärft. Sowohl innerhalb der SED als auch in ihrem politischen Umfeld der Blockparteien finden „Säuberungen“ statt. Ihr Opfer wird auch der stellvertretende CDU-Vorsitzende in der DDR und Außenminister des Landes Georg Dertinger, der unter dem Vorwurf der Spionage verhaftet wird.

Im März stirbt Josef Stalin. Er hinterlässt ein Machtvakuum, das erst im September durch Nikita Chruschtschow gefüllt wird. In der Zwischenzeit gibt es auch in der DDR große Unsicherheit über den Fortgang des politischen Prozesses.

Ende Mai erhöht die DDR die Arbeitsnormen für Bauarbeiter um über 10 Prozent. Dies führt Mitte Juni zu Unruhen, die am 17. Juni Ost-Berlin und viele Städte der DDR erfassen. Die Demonstrationsteilnehmer, in Ost-Berlin circa 10.000 Menschen, erheben auch politische Forderungen nach freien Wahlen und rufen nach Veränderungen. In Bezug auf Walter Ulbricht heißt es: „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille.“

Die Sowjetarmee schlägt den Aufstand mit massiven militärischen Mitteln nieder. Über 167 Städte wird der Ausnahmezustand verhängt. Rund 20.000 Menschen werden verhaftet und ungefähr 1.400 zu zum Teil langjährigen Haftstrafen verurteilt. 29 Demonstranten werden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das Zentralkomitee der SED beschließt die Rücknahme der Normerhöhung. Die Stellung Walter Ulbrichts, die in der Partei in Frage stand, wird durch die Unruhen und ihre Niederschlagung gefestigt. Im September wird er zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED gewählt.

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt den 17. Juni zu Ehren der Opfer des Aufstands zum gesetzlichen Feiertag, der bis zur deutschen Einheit Bestand haben wird.

Die Bundestagswahlen im September bescheren CDU/CSU eine absolute Mehrheit der Sitze. Konrad Adenauer bleibt Bundeskanzler. Er regiert trotz der CDU-Mehrheit weiterhin mit einem Koalitionskabinett mit der FDP, der Gesamtdeutschen Partei sowie dem Deutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (DB/BHE).

Der spontane Aufstand gegen das SED-Regime beginnt in Berlin und weitet sich schnell auf weite Teile der DDR aus. Aber gegen die sowjetischen Panzer und die Volkspolizei haben die unorganisierten Bürger keine Chance. Am 19. Juni ist der Aufstand niedergeschlagen.



Kriegsgräberstätte Lommel in Belgien

Aus der Geschichte lernen

Schulische und außerschulische Jugend- und Bildungsarbeit

Der Volksbund ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und der politischen Jugendbildung. Er ist weltweit unter den Institutionen, die sich um die Pflege und den Erhalt von Kriegsgräberstätten kümmern, die einzige mit eigenen Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten (JBS). Hinzu kommen zahlreiche Workcamp-Angebote und Fortbildungen. Jugendbildung und Friedenspädagogik sind neben der Gräberpflege und Angehörigenbetreuung Schwerpunkte der Arbeit im Volksbund.

Jährlich treffen sich über 20.000 junge Menschen aus verschiedenen Ländern in den Workcamps, in den Schülerbegegnungen sowie den JBS im In- und Ausland, um sich kennenzulernen, gemeinsame Freizeit zu erleben, auf Kriegsgräber- und Gedenkstätten zu arbeiten und sich mit der deutschen und europäischen Geschichte auseinanderzusetzen. Die wichtigsten Ziele und Aufgaben der internationalen Jugendarbeit des Volksbundes bestehen darin, Verständnis und Vertrauen zwischen jungen Menschen zu schaffen, die Kenntnisse über das jeweilige Partnerland zu vertiefen und persönliche Freundschaften zu fördern.

Junge Menschen sollen in der Auseinandersetzung mit Kriegsgräbern die Gefahren extremistischer Weltanschauungen begreifen und erkennen, dass Kriegsgräberstätten als Mahnmale für

den Frieden, aber auch als internationale Lern- und Begegnungsorte erhaltenswert sind.

Der Volksbund leistet mit seiner internationalen Jugendarbeit wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung von demokratischen Gedenk- und Erinnerungskulturen in Europa. Die gemeinsame Arbeit an Kriegsgräbern in internationalen Gruppen und derer Reflexion führen den Jugendlichen die Folgen der Kriege vor Augen. Durch Begegnungen und Gespräche mit den Menschen des Gastlandes erkunden sie lokale Geschichte und persönliche Schicksale. Sie bekommen Gelegenheit, Grundsteine für eine gemeinsame friedliche Zukunft zu legen.

Blick zurück: Jugendarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg

Schon 1949 fuhren erste Jugendgruppen über die Grenzen und besuchten die Nachbarländer. Sie fanden verstreut liegende deutsche Kriegsgräber und versuchten unter oft schwierigen Bedingungen, die Gräber herzurichten und die Namen der Kriegstoten zu notieren. Dies leiteten sie dem Volksbund zu. Außerdem suchten die jungen Menschen Kontakte zur Bevölkerung. Zunächst gab es verständlicherweise große Vorbehalte gegenüber den Deutschen. Dennoch verfolgten sie ihr Ziel, eine Verständigung und damit die Voraussetzung für eine Versöhnung zu erreichen, beharrlich weiter.



1953 fand das erste offizielle Workcamp des Volksbundes in Lommel, Belgien statt, dessen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ausbau der dort gelegenen deutschen Kriegsgräberstätte mitwirkten. Hier entstand das Leitwort „Versöhnung über den Gräbern“. Es wurde später ergänzt um „Arbeit für den Frieden.“ Dies wurde zum Leitwort der gesamten Arbeit des Volksbundes, bis im Jahr 2018 diese Ziele unter dem Motto „Gemeinsam für den Frieden“ zusammengefasst wurden.

Workcamps

Inzwischen haben mehr als 215.000 junge Menschen aus Deutschland und Europa an über 5.000 Workcamps in 35 Ländern Europas und Afrikas teilgenommen. Der Volksbund entwickelt sie in Kooperation mit verschiedenen Partnern in Deutschland und Europa.

Neben der gemeinsamen Arbeit in einer internationalen Gruppe an den Gräbern stehen der interkulturelle Austausch sowie die historisch-politische Bildung im Vordergrund: Teilnahme an Gedenkveranstaltungen, Besichtigungen, künstlerische Aktionen, Reflexion und Austausch über das Erlebte. Die Teilnehmenden nähern sich schwierigen Themen mithilfe des Einzelbiografischen Ansatzes.

Die Workcamps werden von ehrenamtlichen Teamleitungen begleitet. Die pädagogische Qualität wird durch regelmäßige Aus- und Fortbildungsangebote gesichert. →

Ein besonderes Projekt der Jugendarbeit: Nachwuchsfußballer von Hertha BSC und Liverpool recherchieren 2018 gemeinsamen die Biografien von Vereinskameraden, die im Ersten Weltkrieg gefallen sind und besuchen deren Gräber in Frankreich und in Belgien. In der Gedenkwoche im November 2018 in Berlin treffen sich die Jugendfußballer zu einem Freundschaftsspiel zur Erinnerung an den historischen „Weihnachtsfrieden“ von 1914.



Jugendarbeitskreise (JAK)

Jugendarbeitskreise (JAK) der Volksbund-Landesverbände sind regionale Foren der Jugend im Volksbund. Hier treffen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Jugendprojekten mit Interessierten. Die Jugendarbeitskreise bieten ihnen die Möglichkeit, aktiv mitzuarbeiten. Beispiele dafür sind die Workcamps, die jährliche Sammlung, die Volksbund-Gremien, Seminare, verschiedene Projekte sowie die Zusammenarbeit mit Schulen und Pflegeeinsätze auf Kriegsgräberstätten oder Gedenkstätten. Hinzu kommen zwei bundesweite Veranstaltungen (Pfingsttreffen und Herbsttreffen).

Bundesjugendarbeitskreis (BJAK)

Auf Bundesebene vertritt der Bundesjugendarbeitskreis die Interessen der regionalen Jugendarbeitskreise. Er pflegt den bundesweiten Austausch von Informationen und Vorschlägen. Er koordiniert die überregionale Arbeit, unterstützt die Einrichtung neuer Jugendarbeitskreise und stellt Kontakte zu überregionalen Jugendverbänden her. Die Vorsitzenden des Bundesjugendarbeitskreises vertreten die Interessen der Jugendlichen als Mitglieder im Bundespräsidium.

Bundesjugendausschuss (BJA)

Als Ausschuss des Bundesvorstandes erarbeitet der Bundesjugendausschuss in Zusammenarbeit mit dem BJAK die konzeptionellen Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit und leitet sie in Form von Empfehlungen zu. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist Mitglied des Bundesvorstandes.

Zusammenarbeit mit den Schulen

Neben der Vermittlung historischer Zusammenhänge ist Erziehung zu einem friedlichen Zusammenleben ein wichtiges Ziel der Zusammenarbeit mit Schulen. Auf Landesebene arbeiten pädagogische Beiräte, zahlreiche Schulen kooperieren vor Ort mit dem Volksbund. Sie sollen dabei unterstützt werden, Friedenserziehung als Bestandteil der Bildungspläne in den Bundesländern umzusetzen. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Volksbund wird von der Kultusministerkonferenz im Beschluss zur „Berücksichtigung der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. in Schulen“ empfohlen. Auch der Bundeselterrat gibt Schulen und Eltern die Empfehlung, die Angebote des Volksbundes zu nutzen und ihn in seiner Arbeit zu unterstützen.

Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten

Anfang der 1980er Jahre erweiterte der Volksbund sein Angebot an junge Menschen mit der ersten Jugendbegegnungsstätte im niederländischen Ysselsteyn. Eine friedenspädagogische Idee nahm ihren erfolgreichen Verlauf. Danach sind weitere eigene Häuser hinzugekommen, so 1993 in Lommel in Belgien, 1994 in Niederbronn-les-Bains im Elsass und 2005 auf der Insel Usedom nahe der Kriegsgräberstätte Golm.

Seit 1993 haben über 266.600 junge Menschen die vier Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten des Volksbundes genutzt, überwiegend Schulklassen mit einwöchigen Schulprojekten. Klassenverbände und Projektgruppen können sich dort mit Partnergruppen treffen und gemeinsame Projekte verwirklichen.

„Ich bin auch Botschafterin für mein Land und will zeigen, dass es anders ist, als sich hier viele vorstellen!“, sagt diese junge Workcamp-Teilnehmerin aus der Türkei.



Die Angebote in der schulischen Bildungsarbeit unterscheiden sich in den Bundesländern, häufig sind sie auch für einzelne Regionen oder Orte konzipiert. Kriegsgräberstätten sind bundesweit das zentrale Element der friedenspädagogischen Bildungsarbeit: Hier wird das „Lernen aus der Geschichte für die Gegenwart und die Zukunft“ begreifbar.

Materialien und Projektangebote können den Schulunterricht ergänzen. Dazu zählen zeitgemäße Gestaltung von Gedenken, z. B. zum Volkstrauertag), pädagogische Handreichungen und Ausstellungen. Workshops, History Caching und „Spurensuche“, bei der Einzelbiografien von Kriegstoten erforscht werden, aber auch die Teilnahme an der „Aktion Rote Hand“, Projektfahrten zu den Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten des Volksbundes im In- und Ausland, Fortbildungen und Seminare für Lehrende und Multiplikatoren. Der Deutsch-französische Comic-Wettbewerb für Schulen ist ein neues internationales Projekt. Er richtet sich an junge Menschen im Alter von 14 bis 20 Jahren. Sie sollen in ihrer

persönlichen Umgebung auf die Suche nach Geschichten und Schicksalen gehen und diese in einem Comic darstellen. Der Wettbewerb wird vom Volksbund und dessen französischer Partnerorganisation ONACVG organisiert.

Biografien, Quellen und lokale Beispiele, örtliche Kriegsgräber und Denkmäler vermitteln Aspekte lokaler Geschichte. Die erlebnispädagogischen Angebote verbinden Geschichtsunterricht mit der Nutzung moderner Medien.

In der „Woche der Begegnung“ zum 100-jährigen Bestehen des Volksbundes in Kassel wurde ein neues offenes Bildungsformat angeboten: Gemeinsam mit dem örtlichen Programmkinowurden drei Tage lang ausgesuchte Filme zu den Themen Krieg, Gewalt und Zivilcourage gezeigt. Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende besuchten – mit Unterstützung der Stadtparkasse Kassel und der Stiftung Frieden und Gedenken – die Filme zu einem vergünstigten Eintrittspreis.

Die Jugendlichen gestalten Gedenkveranstaltungen nach ihren Vorstellungen.



1954

Am 28. Mai werden Kriegsgräberabkommen mit Belgien und am 23. Oktober mit Frankreich unterzeichnet.

Die Soldaten stellen mit Abstand die größte Gruppe der Kriegstoten dar – vor allem im Ausland, und das Gesetz regelt nur die Kriegsgräberfürsorge im Inland.

Noch über Jahre hinweg benennt der Volksbund die neu angelegten Grabfelder als Soldatenfriedhöfe. Dennoch hat er bei seiner Arbeit im Ausland zunehmend auch mit anderen Opfergruppen zu tun: Opfer der NS-Justiz, Internierte, hingerichtete Widerstandskämpfer, Zwangsarbeiter. Auch diese Toten bettet der Volksbund auf seine „Soldatenfriedhöfe“ um. Er thematisiert diesen Umstand jedoch nicht öffentlich.

Die umfassendere Definition der Kriegstoten kommt auch in den bilateralen Kriegsgräberabkommen zum Ausdruck: „Unter deutschen Gräbern sind Gräber deutscher Wehrmachtangehöriger oder diesen gleichgestellter Personen oder anderer Personen deutscher Staatsangehörigkeit zu verstehen, die infolge von Kriegseignissen verstorben sind“, heißt es zum Beispiel in dem Abkommen mit Belgien.

Am 11. Mai kommt der Leiter des amerikanischen Gräberdienstes für Westeuropa zu Informationsgesprächen in die Bundesgeschäftsstelle.

Die Zahl der Teilnehmer an Jugendlagern steigt. Das Lager in Lommel erstreckt sich nun über mehrere Wochen, so dass sich verschiedene Gruppen abwechseln können. Versöhnung über den Gräbern wird zum Markenzeichen der Volksbundarbeit.

In einem Brief von Bundeskanzler Adenauer an den Präsidenten des Volksbundes heißt es: „Ich möchte meinen Dank für das bisher Geleistete mit der Bitte verbinden, auch in Zukunft die Betreuung der deutschen Kriegsgräber im Ausland in enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung fortzuführen.“

Die Kirchenkanzlei in der DDR richtet für die Gräberfürsorge ein eigenes Büro in Ostberlin ein. Dort bearbeiten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Anfragen von ostdeutschen Angehörigen zu Grablagen in der DDR. Für westdeutsche Angehörige bleibt das Büro im Westteil der Stadt zuständig. Die Verbindung zwischen beiden Büros hält ein Kurier aufrecht.



Im Januar treffen sich die Außenminister der vier Siegermächte erneut, um über die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhandeln, erzielen jedoch kein Ergebnis. Die Sowjetunion gesteht der DDR deshalb im März erweiterte Souveränitätsrechte zu.

Die Bundesregierung lehnt die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat ab und verkündet den Anspruch, alleinige Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs zu sein. Da es sich bei der DDR nicht um eine Demokratie handele, könne auch nur die Bundesrepublik die Interessen der Deutschen vertreten. Aus dem Alleinvertretungsanspruch resultiert die Hallstein-Doktrin, der zufolge die Bundesrepublik die Beziehungen zu Staaten abbricht, wenn diese diplomatische Kontakte mit der DDR aufnehmen.

Am 4. Juli wird die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland Fußballweltmeister. Dieses Ereignis hat weit über das Sportliche hinaus Bedeutung. Die Deutschen spielen buchstäblich wieder mit und sie haben etwas, worauf stolz sein können und was nicht mit der Vergangenheit verbunden ist.

Ende August lehnt die französische Nationalversammlung den 1952 geschlossenen Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab. Damit sind auch die Überlegungen über eine Einbindung deutscher Soldaten in eine europäische Struktur hinfällig. Ende September kommen die Außenminister der sechs EVG-Staaten sowie der USA, Großbritanniens und Kanadas zu Beratungen zusammen und empfehlen den NATO-Beitritt der Bundesrepublik.

Auf vier Konferenzen vom 19. bis 23. Oktober in Paris wird die künftige Sicherheitsstruktur entschieden: Der 1948 gegründete Brüsseler Pakt der westeuropäischen Staaten, der auch gegen eine neue deutsche Aggression gerichtet war, soll um Italien und Deutschland erweitert und in die Westeuropäischen Union (WEU) umgewandelt werden. Die Bundesrepublik soll der NATO beitreten. Allerdings gelten für Deutschland einige Besonderheiten, so darf die deutsche Armee keinen eigenen Generalstab bilden – und die Bundeswehr hat einen solchen bis heute nicht.

Bundeskanzler Adenauer (links der sowjetische Ministerpräsident Nikolaj Bulganin) erreicht 1955 in Moskau die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen.

1955

Der Volksbund weiht seine ersten beiden Kriegsgräberstätten im Ausland nach dem Zweiten Weltkrieg ein: Am 5. Juni in Sandweiler/Luxemburg (10.895 Tote) – fast 10.000 Menschen kommen zu der Veranstaltung – und am 20. November in Tobruk/Libyen (6.026 Tote). Diese Anlage hat Tischler im Stil der Totenburg gestaltet. Auch bei seinen anderen Arbeiten nach 1945 hat er seinen Stil beibehalten.

Das Kriegsgräberabkommen mit Italien wird unterzeichnet.

An der Feierstunde zum Volkstrauertag im Plenarsaal des Bundeshauses wirken Josef Kardinal Frings, Erzbischof von Köln, und Bischof Otto Dibelius, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands mit. Innenminister Gerhard Schröder spricht die „Totenehrung“, heute Totengedenken.

Ab jetzt ist bis auf wenige Ausnahmen diese kurze Rede neben der Gedenksprache ein eigener Bestandteil der Feierstunde. Meist verliest der Bundeskanzler oder in Vertretung ein Kabinettsmitglied den Text, ab 1976 ist es der jeweilige Bundespräsident.

Den Wortlaut verändern die Vortragenden meist nur geringfügig. Zunächst sind es neben den Soldaten die zivilen Opfer von Flucht, Vertreibung und Bombenangriffen. Im Laufe der Jahre werden weitere Gruppen aufgenommen.

In den 70er Jahren gedenken die Redner der Opfer der deutschen Teilung, mit Beginn der 80er Jahre der Opfer von Terrorismus, seit Beginn der 90er Jahre auch der aktuellen Opfer von Fremdenhass in Deutschland. Seit 2006 werden auf Anregung des Volksbundes die Bundeswehrsoldaten und andere Einsatzkräfte, die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren, in das Gedenken einbezogen.

Der Text wird mit der Zeit weiter differenziert, in Absätze gegliedert, die Strophen ähneln, und vermittelt somit eher den Eindruck eines Gebetes statt eines Redemanuskriptes.

Die Feierstunde wird erstmals im Fernsehen übertragen. An der jährlichen Live-Sendung hält die ARD bis 1969 fest. 1970 bis 1977 und 1979 bis 1980 gibt es keine Übertragung, 1978 sendet das ZDF live, ab 1981 wechseln sich ARD und ZDF ab.

Angehörige kommen zur Einweihung des Friedhofs Sandweiler/Luxemburg am 5. Juni



Die Sowjetunion und die DDR versuchen, die Pariser Verträge durch verschiedene Angebote zu verhindern. Auch innenpolitisch sind die Verträge nicht unumstritten. Die Opposition in Bundestag und Gesellschaft befürchtet die Zementierung der deutschen Teilung. Außerdem richtet sich ihr Widerstand gegen die Wiederbewaffnung (West-) Deutschlands.

Dennoch ratifiziert der Bundestag die Verträge. Am 5. Mai treten sie in Kraft.

Die Bundesrepublik ist jetzt als Staat souverän. Die Alliierten sichern sich Rechte nur noch für Deutschland als Ganzes, für Berlin und für die Stationierung ihrer Truppen.

Einige Monate später spricht die Sowjetunion auch der DDR die volle Souveränität zu.

Anfang Mai wird die Bundesrepublik Mitglied der Westeuropäischen Union (WEU) und der NATO.

Am 14. Mai gründen die Staaten des „Ostblocks“ (UdSSR, DDR, Polen, ČSSR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) und Albanien ein Militärbündnis, den Warschauer Pakt.

Trotz der zunehmenden Spannungen zwischen den Siegermächten und den beiden Teilen Deutschlands beschließen die beiden deut-

schen Olympischen Komitees, eine gemeinsame Mannschaft zu den Olympischen Spielen 1956 im australischen Melbourne zu entsenden.

Im Juni wird das Bundesministerium der Verteidigung geschaffen. Adenauer gibt das Außenministerium an Heinrich von Brentano ab.

Im September reist Bundeskanzler Adenauer nach Moskau. Er vereinbart dort – trotz Hallstein-Doktrin – die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und erreicht die Rückführung der deutschen Soldaten, die sich noch in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befinden.

Für das Saarland ist in einem Statut eine Autonomie bei gleichzeitiger Angliederung an Frankreich vorgesehen. Zwei Drittel der Bevölkerung im Saarland lehnen dies in einer Volksabstimmung im Oktober ab. Damit ist die Saarfrage wieder offen.

Die westdeutsche Wirtschaft stößt an die Grenze fehlender Arbeitskräfte. Im Dezember unterzeichnen die deutsche und die italienische Regierung ein erstes Abkommen über die Beschäftigung von 100.000 italienischen „Gastarbeitern“.

Bundeskanzler Adenauer verhandelt im September in Moskau und erreicht durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Entlassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen. Etwa 9.600 Spätkriegsheimkehrer kommen endlich nach Hause. Sie galten als tot oder verschollen. Im Lager Friedland: Ein Kind sieht zum ersten Mal seinen Vater, der aus der Sowjetunion zurückkommt.



1956

Trotz der Suezkrise gehen die Bauarbeiten an der Kriegsgräberstätte El Alamein weiter. Das Kriegsgräberabkommen mit Ägypten wird im Februar abgeschlossen.

Alle Bemühungen, mit den Staaten des Warschauer Paktes über die deutschen Kriegsgräber ins Gespräch zu kommen, schlagen fehl.

Der Volksbund hat fast 600.000 Mitglieder in 10.205 Ortsgruppen, 300 Kreisverbänden und 32 Bezirksverbänden. Die Zahl der positiven Auskünfte der Zentralgräberkartei kann auf 66 Prozent gesteigert werden. Im Arbeitsjahr 1955 werden 59 Kriegsgräberreisen mit 4.917 Angehörigen gezählt und 13.124 Bescheinigungen zum Erhalt der Fahrpreismäßigung ausgestellt.

In Frankreich und Italien beginnen 150 Mitarbeiter des Umbettungsdienstes mit der Zusammenbettung der deutschen Kriegstoten auf Sammelfriedhöfen.

Kriegsgräberreisen des Volksbundes führen nach Belgien, in die Niederlande, nach Luxemburg, Frankreich – mit Abstand die meisten –,

Italien, Griechenland, Österreich, Finnland, England, Tunesien und Libyen.

Ein Erlass des Verteidigungsministeriums regelt die Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an den örtlichen Gedenkstunden zum Volkstrauertag in Form von Abordnungen oder Ehrenposten.

Der Volksbund löst auch den Friedhof im flämischen Esen-Roggeveld auf, wo Käthe Kollwitz' Skulptur „Die trauernden Eltern“ steht. Die Toten und auch die Skulptur werden auf die deutsche Kriegsgräberstätte nach Vladslo gebracht.

Am 2. Januar rücken die ersten freiwilligen Soldaten der Bundeswehr in die Kasernen ein. Ebenfalls im Januar schafft die DDR die Nationale Volksarmee, wobei sie auf die Strukturen der Kasernierten Volkspolizei zurückgreift. Während in der Bundesrepublik ab Juli die Wehrpflicht gilt, ist die NVA bis zum Mauerbau eine Freiwilligenarmee.

Erster Verteidigungsminister der DDR wird Willi Stoph, der bis zum Ende der DDR eine herausgehobene politische Rolle in der DDR spielen wird.

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU geißelt Parteichef Chruschtschow die Verbrechen Stalins und leitet damit die Entstalinisierung ein, die den gesamten Sowjetblock einschließlich der DDR erfasst. Wenige Tage nach Chruschtschow kritisiert auch Walter Ulbricht, allerdings recht oberflächlich, Stalin. Die DDR-Führung fürchtet, eine zu heftige Fehlerdiskussion könnte das System ins Wanken bringen. Die Ereignisse in Polen und Ungarn befeuern diese Zögerlichkeit.

Unruhen, die im polnischen Poznan (Posen) im Juli die Arbeiter auf die Straße bringen, werden von der Armee niedergeschlagen. In Ungarn

kommt es einige Monate später, im Oktober und November, zu einem Aufstand, der zu einem Eingreifen der Sowjetarmee und einem Regierungswechsel in Ungarn führt. Der nun abgesetzte Ministerpräsident Imre Nagy hatte zuvor den Austritt aus dem Warschauer Pakt verkündet. Das Signal ist eindeutig: Auch wenn Josef Stalin posthum schwerer Verbrechen und des Personenkults angeklagt wird, darf das sozialistische System unter Führung der jeweiligen Kommunistischen Partei nicht in Frage gestellt werden.

In der Bundesrepublik verbietet das Verfassungsgericht im August die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Verständigung der Bundesrepublik mit den westlichen Nachbarn schreitet weiter voran. Im September regeln Deutschland und Belgien ihre Grenzprobleme durch ein Abkommen, im Oktober wird im „Luxemburger Vertrag“ die Saarfrage gelöst. Das Saarland wird am 1. Januar 1957 Teil der Bundesrepublik Deutschland werden. Die wirtschaftliche Angliederung soll bis Ende 1959 erfolgen.

Nur mit einem massiven Einsatz von Panzern und Flugzeugen gelingt es den Sowjets, den Volksaufstand in Ungarn niederzuschlagen. Der Westen protestiert, kann sich aber wie 1953 in der DDR nicht zum Eingreifen durchringen.

1957

Auch im Saarland – nun Teil der Bundesrepublik – gründet der Volksbund einen Landesverband. Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Landesverbandes Mittelrhein (heute Rheinland-Pfalz) findet am 26. und 27. Juni der Vertretertag in Speyer statt.

Die von den Innenministerien der Länder genehmigte Haus- und Straßensammlung erbringt 4.256.000 D-Mark.

Albert Schweitzer (1875 – 1965) empfängt Teilnehmer einer Pressefahrt des Landesverbandes Bayern in seinem Haus in Gunsbach/Elsass.

Das Präsidium beschließt wegen der starken Ausweitung der Bautätigkeit im Ausland die Hinzuziehung freier Architekten und Gartenarchitekten für die Gestaltung deutscher Kriegsgräberstätten. 13 Vertragsarchitekten entlasten die Bauleitung des Volksbundes in München. Die

Beziehungen des Volksbundes zu Robert Tischler, dem Chef der Bauleitung in München, sind wegen dessen eigenmächtigen Vorgehens seit geraumer Zeit angespannt.

Albert Schweitzer (1875 – 1965) empfängt Teilnehmer einer Pressefahrt des Landesverbandes Bayern in seinem Haus in Gunsbach/Elsass. Von ihm stammt das Zitat: „Die Soldatengräber sind die großen Prediger des Friedens, und ihre Bedeutung als solche wird immer zunehmen.“

Durch den Beitritt der DDR zu den vier Genfer Abkommen zum Schutz der Kriegsgräber liegt die Kriegsgräberfürsorge auf ihrem Territorium in staatlicher Verantwortung. Dennoch duldet die Führung örtliche Aktivitäten zur Grabpflege und auch zu Umbettungen.

Deutschland ist der „Treffpunkt“ des Kalten Krieges. Auf dem Gebiet der DDR sind sowjetische Truppen stationiert, auf dem der Bundesrepublik amerikanische, die auch über Atomwaffen verfügen. Konrad Adenauer fordert im April eine atomare Bewaffnung auch der Bundesrepublik, wogegen sich in der Gesellschaft erheblicher Widerstand regt.

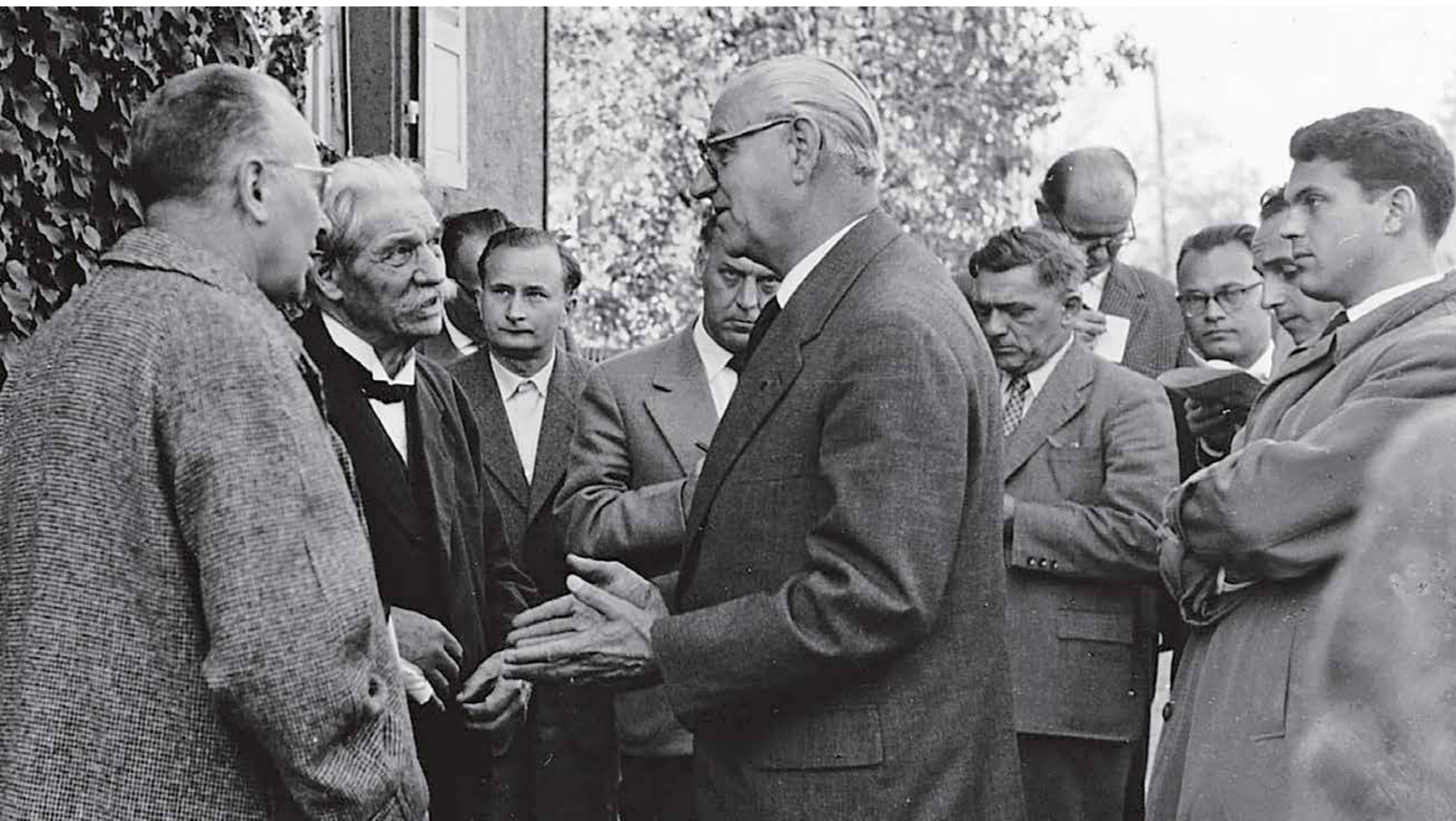
Die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland verstärkt sich. Im März schließen die sechs Staaten der Montanunion die Römischen Verträge, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) geschaffen werden. Das Vertragswerk, mit dem es dann drei Europäische Gemeinschaften gibt, wird am 1. Januar 1958 in Kraft treten.

Zum 1. April rücken die ersten Wehrpflichtigen in die Kasernen der Bundeswehr ein.

Auf der deklaratorischen Ebene setzen beide deutsche Staaten sich weiterhin für die deutsche Einheit ein. Im Juli schlägt die DDR-Volkammer eine Konföderation zwischen beiden Staaten vor, während die Westmächte und die Bundesrepublik in einer Erklärung einem Friedensvertrag mit einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung das Wort reden. Tatsächlich vergrößert sich die politische Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten jedoch.

Bei den Bundestagswahlen im September erzielen CDU/CSU unter Führung von Konrad Adenauer, der mit dem Slogan „Keine Experimente“ für sich geworben hat, die absolute Mehrheit. Adenauer bildet dennoch eine Regierungskoalition mit der Deutschen Partei (DP).

Mitte Oktober nimmt Jugoslawien diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Gemäß der Hallstein-Doktrin bricht die Bundesrepublik daraufhin ihre diplomatischen Kontakte zu dem sozialistischen, aber blockfreien Land ab.



1958

Der Volksbund weiht im Rahmen einer Angehörigenreise die Kriegsgräberstätte Reykjavik/Island (17 Kriegstote) ein.

Im September erreicht der Umbettungsdienst mit 117 deutschen und 150 ausländischen Fachkräften seine höchste Personalstärke.

Der Volksbund erarbeitet einen Katalog von Gestaltungsgrundsätzen für die Kriegsgräberstätten des Zweiten Weltkrieges. Die Friedhöfe sollen sich nach wie vor den jeweiligen landschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten anpassen. Betont aber wird der Anspruch der Hinterbliebenen auf ein zugängliches Einzelgrab. Sammelgräber sollen nur für Kriegstote angelegt werden, deren Gebeine nicht mehr zu trennen sind. Pathetische Formeln sind zu vermeiden und Friedhöfe sind deutlich als Mahnmale zum Frieden zu gestalten.

Das Jugendreferat in der Kasseler Bundesgeschäftsstelle vermittelt Zuschüsse des Bundesjugendplans für Jugendlager und koordiniert die Einsatzorte für interessierte Gruppen.

Auf den Waldfriedhof in Halbe sind seit 1950 fast 20.000 Kriegstote umgebettet worden: Soldaten und Zivilisten, ermordete KZ-Häftlinge, sowjetische Zwangsarbeiter, als Deserteure hingerichtete Soldaten und etwa 4.500 Verstorbene aus dem sowjetischen Speziallager Ketschendorf (1945-47). Die Gräber der Internierten in Halbe aber bleiben ein Tabuthema. Die Zahl der Besucher auf dem Waldfriedhof – auch aus der Bundesrepublik und dem Ausland – ist hoch.

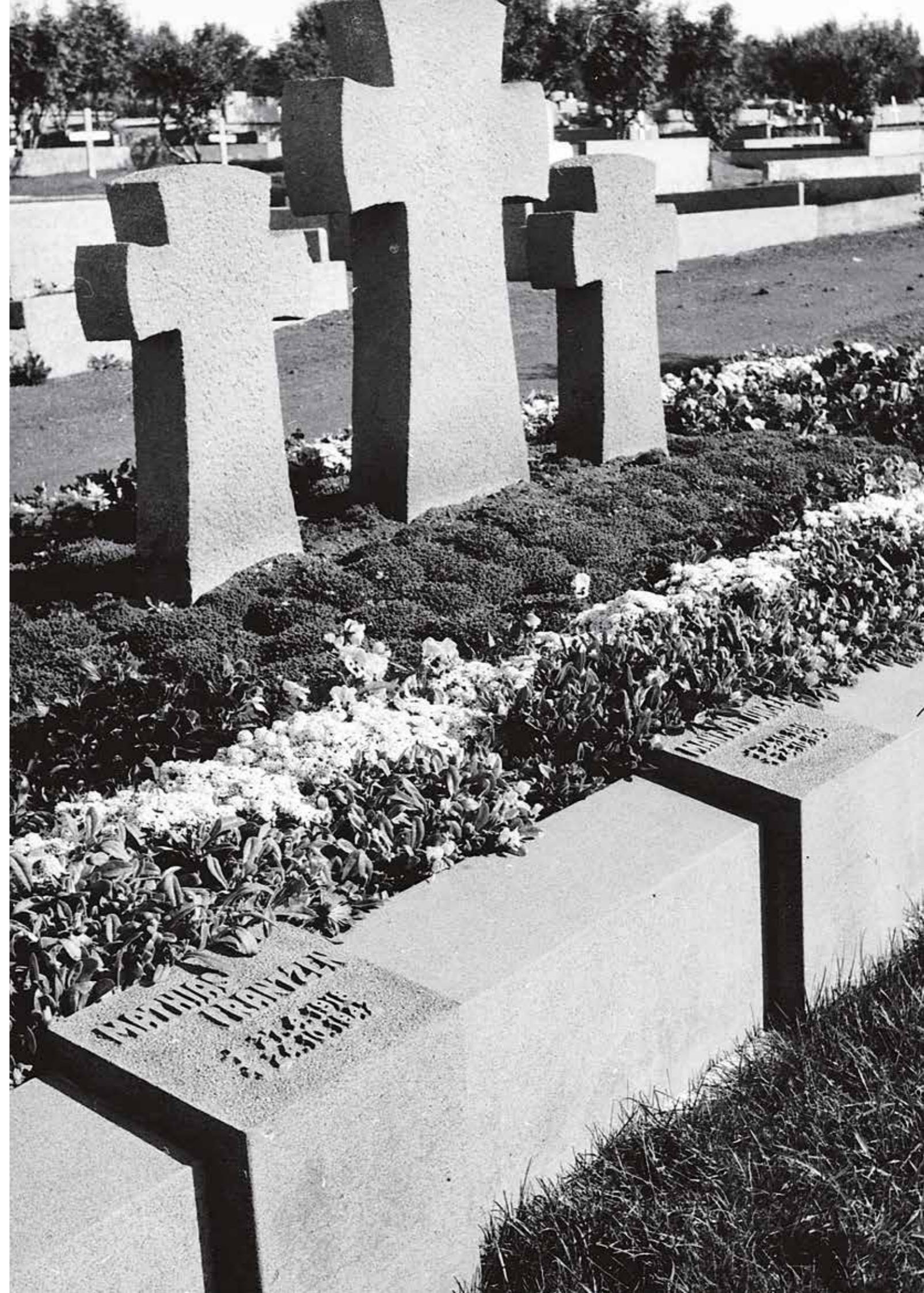
Zum 1. Januar treten die Römischen Verträge in Kraft. Im März wird ein Europäisches Parlament für die drei Europäischen Gemeinschaften geschaffen, welches allerdings noch nicht direkt gewählt ist – das wird erst ab 1979 der Fall sein –, sondern in das die nationalen Parlamente Abgeordnete entsenden.

Auch den Namen „Europäisches Parlament“ wird es erst ab 1962 führen. Jetzt heißt es noch einfach „Versammlung“.

Trotz der anhaltenden Abwanderung von Arbeitskräften aus der DDR in die Bundesrepublik, die über Berlin noch relativ einfach möglich ist, stabilisiert sich die DDR wirtschaftlich so weit, dass sie im Mai die Lebensmittelkarten abschaffen kann. Der Beschluss des V. Parteitag der SED vom Juli, die Bundesrepublik bis 1961, also innerhalb von drei Jahren, wirtschaftlich zu überflügeln, bleibt allerdings Wunschdenken.

Über eine mögliche atomare Bewaffnung der Bundeswehr wird in der Bundesrepublik weiter gestritten. Während der Bundestag im März eine Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen beschließt, sollte es nicht allgemein zu einer Abrüstung in Europa kommen, formiert sich unter dem Slogan „Kampf dem Atomtod“ dagegen ein breiter gesellschaftlicher Widerstand, der auch von den Gewerkschaften, Teilen der Kirchen und der SPD getragen wird. Eine Volksbefragung zu diesem Thema lehnt das Bundesverfassungsgericht ab. Tatsächlich wird es zu einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr jedoch weder jetzt noch in der Zukunft kommen.

Ende November kündigt der sowjetische Partei- und Regierungschef Chruschtschow das Viermächte-Statut über Berlin. Er fordert die Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte „Freie Stadt“ binnen sechs Monaten, ansonsten er die sowjetischen Berlin-Befugnisse auf Ost-Berlin übertragen wolle. Hintergrund ist die anhaltende Fluchtbewegung aus der DDR über West-Berlin in die Bundesrepublik. Die Sowjetunion und die DDR möchten dieses „Schlupfloch“ schließen. Die Westalliierten weisen das Ultimatum zurück. Der Status von ganz Berlin sei Teil der gesamtdeutschen Frage.



In Vossfogi, auf dem hoch über der Sfaxa-Bucht gelegenen Zentralfriedhof der isländischen Hauptstadt Reykjavik, ruhen 17 deutsche Luftwaffensoldaten.



1959

Der Vertretertag am 3./4. Juni erhält zum 40-jährigen Bestehen des Volksbundes einen feierlichen Rahmen.

Eine Vereinbarung mit Finnland ermöglicht dem Volksbund die Arbeit dort. Präsident Gustav Ahlhorn legt aus gesundheitlichen Gründen am 30. September sein Amt nieder. Der stellvertretende Präsident Dr. August Hatteisen führt die Geschäfte weiter.

Die Bundesregierung unterzeichnet im Oktober ein Kriegsgräberabkommen mit Großbritannien. 21.628 Gemeinden und 24.679 Schulen gehören dem Volksbund als korporative Mitglieder an.

Bedeutende Kriegsgräberstätten werden fertiggestellt und eingeweiht: am 6. September Lommel/Belgien (39.094 Kriegstote), der bis dahin größte deutsche Soldatenfriedhof des Zweiten Weltkrieges, am 16. September Pordoi/Italien (9.431 Kriegstote), am 20. September Meran/Italien (2.586 Kriegstote) und am 28. Oktober El Alamein/Ägypten (4.313 Kriegstote). Es sind die beiden letzten Kriegsgräberstätten im Stil der Totenburgen. Mit dem Bau der Kriegsgräberstätte am Pordoi-Pass, die auch wegen der exponierten Lage in den Dolomiten umstritten ist, hatte der Volksbund jedoch bereits vor dem Zweiten Weltkrieg begonnen.

Robert Tischler stirbt nach der Rückkehr von einer Dienstreise nach Belgien.

54 Kriegsgräberreisen führen 3.414 Angehörige an die Gräber ihrer Toten.

Bei der Gedenkstunde zum Volkstrauertag im Bundeshaus wird „Der Andere – Ballade vom Tode im Kriege“, ein Auftragswerk des Volksbundes, uraufgeführt (Text: Otto Heinrich Kühner, Musik: Rudolf von Oertzen). Die Aufführung findet ein sehr geteiltes Echo. Bundeskanzler Adenauer ist aus Protest gegen das Stück der Veranstaltung ferngeblieben.

Seit Mitte der 1950er Jahre hat der Volksbund immer wieder über eine zeitgemäße Gestaltung der Gedenkstunden diskutiert und dabei auch Vertreter des Bundesinnenministeriums, Schriftsteller und Komponisten einbezogen. Ab 1960 setzt sich das traditionelle Schema – Lesung, Ansprache, „Totenehrung“, jeweils durch Musikstücke voneinander getrennt – durch. Auf Landesebene und in den vielen Gemeinden, an denen der Volkstrauertag begangen wird, suchen die Organisatoren auch weiterhin nach alternativen Formen des Gedenktages. Vielerorts trifft der ritualisierte Ablauf der Gedenkstunden nach Vorbild des traditionellen militärischen Gefallenengedenkens auf Ablehnung.



Die Spannungen zwischen Ost und West, die sich auf Deutschland und Berlin immer unmittelbar auswirken, nehmen etwas ab. Im März bestätigt der sowjetische Regierungschef Chruschtschow die von ihm vorher in Frage gestellten Rechte der Westalliierten in Berlin und nimmt sein Berlin-Ultimatum, auf das allerdings auch niemand eingegangen ist, zurück.

Im September besucht Chruschtschow zum ersten Mal und als erster sowjetischer Regierungschef die USA, wo er sich insgesamt 14 Tage aufhält. Seine Gespräche mit Präsident Eisenhower bringen zwar im Hinblick auf Deutschland und Berlin kein Ergebnis, werden aber dennoch als Maßnahme der Vertrauensbildung zwischen beiden Seiten gesehen.

Eine Deutschlandkonferenz der Außenminister der vier Mächte, die im Mai und Juni stattfindet, endet ohne Resultate. Die Lage in Deutschland ist festgefahren, die Teilung zementiert sich, aber aus DDR-Sicht ist die Berlin-Frage nach wie vor ungelöst.

Die Bundesrepublik verstärkt ihre Präsenz in West-Berlin, das nicht zum Bundesgebiet gehört, aber so behandelt wird, als ob dies so wäre. Bundespräsident Heuss eröffnet im Juni mit dem

Schloss Bellevue im Berliner Bezirk Tiergarten einen zweiten Amtssitz des Bundespräsidenten (neben dem in der Bundeshauptstadt Bonn), und der neue Bundespräsident Heinrich Lübke wird in West-Berlin gewählt – was zu Protesten der Sowjetunion führt.

Eigentlich strebt Adenauer die Position des Bundespräsidenten an, gibt dieses Vorhaben jedoch auf, als seine Pläne, das Amt mit größerer politischer Macht auszustatten, auf Widerstand stoßen.

Im November beschließt die SPD in Godesberg ein neues Parteiprogramm, das mit einigen bisherigen Grundsätzen bricht. So bekennt die SPD sich jetzt zur Landesverteidigung, zur Westbindung und zur Marktwirtschaft.

Die DDR, die bisher wie die Bundesrepublik die schwarz-rot-goldene Flagge geführt hat, ergänzt diese im Oktober durch Hammer und Zirkel im Ährenkranz, die für die Arbeiterklasse, die Intelligenz und die Bauernschaft stehen sollen.

Gedenkfeier zur Einweihung der Kriegsgräberstätte Lommel, Belgien

Papst Johannes XXIII. empfängt in Rom am 3. März eine Delegation des Vorstandes zu einer Privataudienz.

Der Volksbund weiht am 5. Juni die Kriegsgräberstätte in Pomezia/Italien (27.487 Kriegstote) und am 5. September den Friedhof in Recogne-Bastogne/Belgien (6.807 Kriegstote) ein. Auch die Kriegsgräberstätten in Norwegen – Oslo, Botn-Rognan, Narvik, Bergen-Solheim und Trondheim-Havstein – werden im September im Rahmen einer Angehörigenreise der Öffentlichkeit übergeben.

Auf dem Vertretertag am 23. September in Kassel wird Dekan a. D. Walter Trepte zum Präsidenten des Volksbundes gewählt.

Das Durchschnittsaufkommen (Sammlungen, Spenden und Beiträge) eines Bundesbürgers für den Volksbund beträgt in diesem Jahr 15,9 Pfennig. Zum Jahresende hat der Volksbund fast 640.000 Einzelmitglieder und 60.000 korporative Mitglieder in 12.853 Ortsgruppen und 349 Kreisverbänden.

Der Umbettungsdienst arbeitet in Frankreich, Italien, Griechenland, Finnland und Großbritannien.

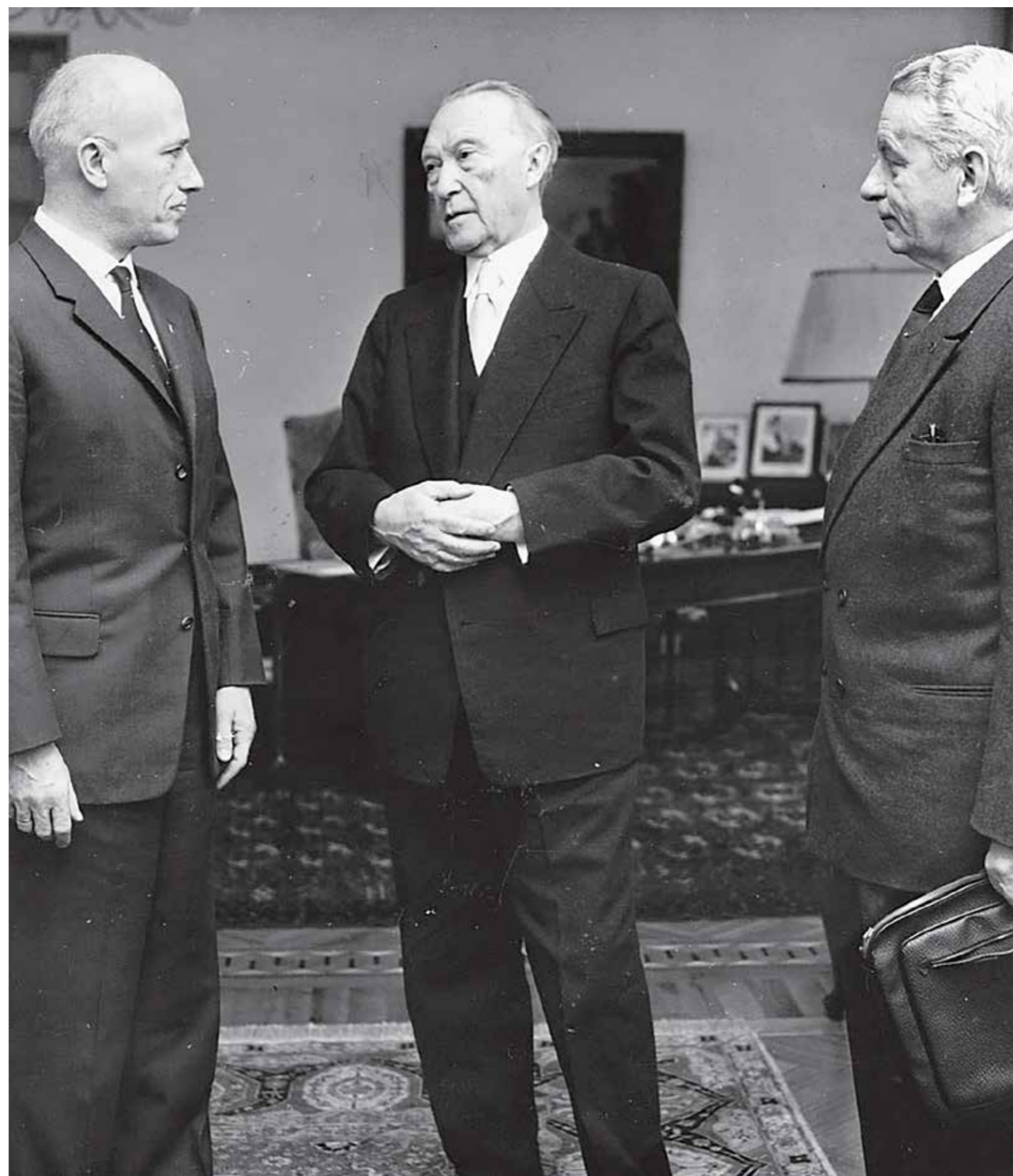
Die Bundesregierung plant die Errichtung eines repräsentativen Ehrenmals für die Kriegstoten und beauftragt den Volksbund, einen Gestaltungsvorschlag zu erarbeiten. In Bonn soll ein würdiger Ort für die Kranzniederlegungen geschaffen werden, der auch die Erinnerung an die Verfolgten des NS-Regimes aufgreift.

Der Volksbund legt einen Entwurf vor, der aus vier Tafeln besteht, die unterschiedliche Aspekte des Kriegsleides schildern. Übergreifender Titel ist „Den Opfern der Kriege“. Über das Thema entwickelt sich zwischen Volksbund, Regierung, Bundespräsidialamt, Bonner Stadt- und Universitätsverwaltung eine Diskussion, die fast zwei Jahre anhält.

Am 31. Dezember scheidet der langjährige Generalsekretär Otto Margraf aus gesundheitlichen Gründen aus den Diensten des Volksbundes.

Im Oderbruch/Brandenburg haben die Mitarbeiter der „Friedhofsbrigade Buckow“, auch bekannt als „Oderbruchbrigade“, in den zurückliegenden

Jahren etwa tausend Kriegstote geborgen und viele identifiziert. Es sind Mitarbeiter der Kirchenkanzlei, die sich um Umbettungen und die Pflege der Kriegsgräber auf zahlreichen kirchlichen und kommunalen Friedhöfen kümmern. Der Volksbund finanziert die Gehälter und das Arbeitsmaterial der Gruppe.



Antrittsbesuch des neuen Volksbundpräsidenten
Walter Trepte bei Bundeskanzler Adenauer

Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt Verpflichtungen als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, indem sie ehemalige Kriegsgegner und -opfer entschädigt. Schon 1952 hatte Adenauer einen entsprechenden Vertrag mit Israel geschlossen, jetzt folgen im März Vereinbarungen mit Norwegen, Dänemark und Griechenland und im April mit den Niederlanden. Diese Entschädigungszahlungen werden oftmals „Wiedergutmachung“ genannt.

Der Begriff wird aber später als verharmlosend kritisiert, da man Leid und Tod nicht „wieder gutmachen“, sondern lediglich den überlebenden Opfern eine materielle Entschädigung anbieten kann.

Im Mai wird der ehemalige SS-Sturmbannführer und frühere Leiter des „Judenreferats“ im Reichssicherheitshauptamt Adolf Eichmann von israelischen Agenten in Argentinien nach Israel entführt und vor Gericht gestellt. Eichmann war einer der Hauptverantwortlichen für die Verfolgung und Ermordung von Millionen Juden. Er wird im Folgejahr in Israel zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Der Eichmann-Prozess wird auch in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und erinnert daran, dass nur wenige Verbrecher des Nationalsozialismus vor Gericht gestellt wurden, aber viele ehemalige Nationalsozialisten wieder in führenden Funktionen in Wirtschaft und Verwaltung zu finden sind.

Ab Ende August verlangt die DDR-Regierung von Bundesbürgern, die Ost-Berlin besuchen wollen, eine Aufenthaltsgenehmigung. Die Bundesregierung protestiert gegen diese Einschränkung des freien Reiseverkehrs und setzt im Gegenzug den Interzonenhandel mit der DDR aus.

Im September stirbt der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck. Er wird in dieser Funktion nicht ersetzt, die DDR schafft vielmehr ein „kollektives Staatsoberhaupt“, den Staatsrat der DDR. Vorsitzender des Staatsrates wird Walter Ulbricht, dessen tatsächliche Macht jedoch von seiner Funktion als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED herrührt.

Im November wird der 43-jährige Demokrat John F. Kennedy zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt.



1961

Der Volksbund weiht sechs Kriegsgräberstätten ein: Cagliari/Italien (435 Kriegstote) am 1. Juni, Glencree/Irland (134 Kriegstote) am 9. Juli sowie am 20. und 21. September in Frankreich die vier Normandie-Friedhöfe Orglandes (10.152 Kriegstote), Saint-Désir-de-Lisieux (3.735 Kriegstote), Marigny (11.169 Kriegstote) und La Cambe (21.139 Kriegstote).

Der Vertretertag findet im August in Flensburg statt. Ministerialrat a.D. Dr. Heinz von Hausen wird am 1. Februar Bundesgeschäftsführer.

„Die Umbettungen deutscher Gefallener im Ausland aus verstreuten Feldgräbern und provisorischen Anlagen auf endgültige Soldatenfriedhöfe sowie die gärtnerische und bauliche Gestaltung deutscher Kriegsgräberstätten machten auch 1961 wieder beträchtliche Fortschritte. Die Zahl der durch den Umbettungsdienst des Volksbundes geborgenen und endgültig gesicherten deutschen Soldatengräber hat bis zum Jahresende 407.000 erreicht. In den letzten drei Jahren hat der Volksbund 17 deutsche Soldatenfriedhöfe in Frankreich, Italien, Belgien, Norwegen, Irland

und Ägypten fertiggestellt und damit 145.308 deutschen Gefallenen ein Stück Heimat in fremder Erde bereitet. Weitere 26 Soldatenfriedhöfe in Frankreich, Italien, Großbritannien, Finnland und Griechenland für mehr als 300.000 deutsche Tote befinden sich im Ausbau oder in der Planung. Die Mittel für die Umbettungen stellt die Bundesregierung zur Verfügung, während die Kosten für die gärtnerische und bauliche Gestaltung der Soldatenfriedhöfe von Bundesregierung und Volksbund gemeinsam getragen werden. Auf 130 deutschen Soldatenfriedhöfen aus beiden Weltkriegen in zwölf europäischen, afrikanischen und überseeischen Ländern wurden 1961 mit Hilfe der Bundesregierung Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen durchgeführt.“ (Karlheinz Leppin, Mitgliederzeitschrift KGF, 12/1961, S. 138)



Im Juni treffen sich der sowjetische Partei- und Regierungschef Chruschtschow und der neugewählte US-Präsident Kennedy in Wien. Unter anderem geht es bei den zweitägigen Unterredungen um Berlin.

Chruschtschow fordert wiederum die Umwandlung West-Berlins in eine neutrale und entmilitarisierte Stadt. In einem erneuten Ultimatum droht der Sowjetführer damit, mit der DDR einen separaten Friedensvertrag zu schließen, wenn die Westalliierten nicht auf seine Forderungen eingehen – was sie nicht tun.

Im Juli verkündet John F. Kennedy in Bezug auf Berlin drei Punkte, auf deren Berücksichtigung die USA bestehen werden. Die „three essentials“ sind die Anwesenheit der West-Alliierten in Berlin, der freie Zugang nach Berlin sowie die Freiheit der West-Berliner.

Am 13. August riegelt die DDR, politisch unterstützt von den Bündnispartnern des Warschauer Pakts, Ost-Berlin ab. Während an der innerstädtischen Grenze auf einer Länge von 43 km eine Mauer entsteht, wird die Außengrenze

West-Berlins zur DDR (112 km) zum Teil auch mit einem Metallgitterzaun „gesichert“. DDR-Bürger und Ost-Berliner können das Land und Ost-Berlin nun nicht mehr verlassen. Auch für West-Berliner ist kein Besuch in Ost-Berlin mehr möglich.

Der Mauerbau schockiert die deutsche und europäische Öffentlichkeit, auch wenn die DDR-Führung die drei Essentials Kennedys respektiert hat. US-Präsident Kennedy schickt noch im August seinen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson nach Berlin und ernennt den in Berlin äußerst populären früheren Gouverneur der amerikanischen Zone Lucius D. Clay, den „Vater der Luftbrücke“, zu seinem Sonderbeauftragten für Berlin.

Willy Brandt unterbricht den Bundestagswahlkampf und eilt nach Berlin, Adenauer kommt erst neun Tage später. Er will kein Öl ins Feuer gießen, verspielt damit jedoch die Sympathie der West-Berliner. „Wo ist der Kanzler? Spielt er Boccia?“ ist auf Transparenten zu lesen. Als er am 22. August an der Westseite des Brandenburger Tors eine Rede hält, verhöhnt ihn die DDR über Lautsprecher.

Mit dem Bau der Mauer in Berlin schließt sich der Eisener Vorhang zwischen Ost- und Westeuropa.

Ein Todesstreifen trennt für 28 Jahre die beiden Teile Deutschlands.

Soldatenfriedhof La Cambe, Frankreich vor dem Ausbau

1962

Das Präsidium beschließt am 16. März die Gründung eines Ausschusses für Jugendfragen, der die Gliederungen des Volksbundes in der Jugendarbeit beraten soll.

Am 28. Juli werden die Soldatenfriedhöfe in Solers/Frankreich (2.228 Kriegstote) und am 29. September in Andilly (33.144 Kriegstote) eingeweiht. Der Friedhof in Andilly ist die größte deutsche Kriegsgräberstätte des Zweiten Weltkrieges in Frankreich.

Am 3. Oktober wird das Kriegsgräberabkommen mit Dänemark unterzeichnet.

An 64 Kriegsgräberreisen nehmen 5.647 Angehörige teil.

Die von den Innenministerien der Länder genehmigte Haus- und Straßensammlung erbringt 5.246 000 D-Mark.

Bei den Besprechungen in Bonn über das Ehrenmal setzt sich als übergeordnete Widmung die Formulierung „Den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft“ durch. Der Volksbund sträubt sich zunächst gegen diese Formel, weil er sich vor allem

als Sachwalter der toten Soldaten und deren Angehörigen sieht, übernimmt sie aber in den kommenden Jahren als Leitmotiv seiner Erinnerungs- und Gedenkkultur.

Die von den Innenministerien der Länder genehmigte Haus- und Straßensammlung erbringt 5.246.000 D-Mark.

Die Widmung wird zur Norm für das offizielle bundesdeutsche Gedenken an die Menschen, die durch den Nationalsozialismus und die Weltkriege ums Leben kamen. Sie hält Einzug in den Text des Totengedenkens und in das 1965 novellierte Gräbergesetz. Das Wort Krieg wird dann zunehmend im Singular gebraucht, wodurch es jedoch eine noch umfassendere Bedeutung erhält.

Kritiker wenden ein, dass diese Formulierung den Unterschied zwischen Tätern und Opfern verwischt, indem alle als Opfer begriffen werden. Die Auseinandersetzung um diese Frage wird fortan die Arbeit des Volksbundes begleiten und hält bis heute an.

Im Januar führt die DDR die allgemeine Wehrpflicht ein. Sie hatte vor dem Bau der Mauer davon abgesehen, um jungen Männern nicht als zusätzlichen Fluchtgrund die Einberufung zur Nationalen Volksarmee zu liefern.

Die Teilung Deutschlands verfestigt sich. Im März beschließt die DDR, dass Bundesbürger nur noch mit Visum einreisen dürfen. Bei einem Fluchtversuch wird im August der 18-jährige Peter Fechter angeschossen. Er liegt schwer verletzt im Todesstreifen in der Nähe des Checkpoint Charlie. Bis schließlich nach einer Stunde von östlicher Seite Hilfe kommt, ist Fechter verblutet. Dieser öffentliche Tod des jungen Mannes führt auf West-Berliner Seite zu Demonstrationen und Unruhen gegen das DDR-Regime und die Tatenlosigkeit des Westens. Peter Fechter wird zum Symbol der Brutalität des „Grenzregimes“ der DDR.

Die Aussöhnung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich intensiviert sich durch einen Staatsbesuch Konrad Adenauers im westlichen Nachbarland im Juli sowie einen Staatsbesuch des französischen Präsidenten Charles de Gaulle in der Bundesrepublik im September. Dieser Besuch stößt in der deutschen Öffentlichkeit auf großes

Interesse und wird von zahlreichen Sympathiegruppen für de Gaulle begleitet.

Im Oktober versucht die Sowjetunion, auf Kuba Mittelstreckenraketen zu stationieren, mit denen sie das amerikanische Festland erreichen könnte. Die US-Regierung unter Kennedy verhängt eine Blockade gegen sowjetische Schiffe und droht mit militärischem Eingreifen. Die Kuba-Krise, die schließlich durch den Rückzug der Sowjetunion entschärft wird, vergrößert die Ost-West-Spannungen erheblich.

Die SPIEGEL-Affäre erschüttert die Republik. Unter dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ werden Defizite der Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr beschrieben. Daraufhin wittert Adenauer „einen Abgrund von Landesverrat“. Die SPIEGEL-Redaktionsräume werden geschlossen, Chefredakteure und der Herausgeber Rudolf Augstein werden verhaftet. Doch der heftige Protest in der Bevölkerung gegen den Angriff auf die Pressefreiheit kostet später Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß das Amt.

Tausende von Angehörigen aus allen Teilen Deutschlands und aus Österreich nehmen an der Einweihung des Soldatenfriedhofes Andilly teil. Mit 33.144 Gefallenen ist er die größte deutsche Anlage des Zweiten Weltkrieges in Frankreich.

Der Staatsbesuch de Gaulles in der Bundesrepublik (hier in Hamburg) leitet eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit ein.





1963

Das Kriegsgräberabkommen mit Griechenland ermöglicht den Bau der Kriegsgräberstätten Maleme auf Kreta und Dionyssos-Rapendoza bei Athen. Die deutschen Kriegstoten sind bereits ab 1959 mit Zustimmung der griechischen Regierung geborgen worden. Die Särge mit den sterblichen Überresten hat der Volksbund zunächst in die Klöster Xenia und Gonia überführt.

In zehn Jahren Jugendarbeit haben mehr als 45.000 Jugendliche aus zwölf Nationen an Jugendlagern mit Arbeitseinsätzen auf Soldatenfriedhöfen in mehreren Ländern teilgenommen. Das findet international große Anerkennung.

In Verdun treffen sich im August 2.000 deutsche und französische Jugendliche, die auf Kriegsgräberstätten in Frankreich arbeiten, und bekunden damit ihren Willen zu einer gemeinsamen friedlichen Zukunft. Es ist der Auftakt zu einer engen Zusammenarbeit zwischen dem in diesem Jahr gegründeten Deutsch-Französischen Jugendwerk und dem Volksbund. Die meisten Jugendlager finden in Frankreich statt.

Die Reihe der Einweihungen setzt sich fort: am 17. August Reillon/Frankreich (5.428 Kriegstote), am 30. August Helsinki-Honkanummi/Finnland (377 Kriegstote), am 31. August Rovaniemi-Norvajärvi/Finnland (2.326 Kriegstote), am 14. September Mont-de-Huisnes/Frankreich (11.956 Kriegstote) und am 26. Oktober Dagneux/Frankreich (19.914 Kriegstote). Auch die Kriegsgräberstätte Saint Peter Port auf der Insel Guernsey/Großbritannien (111 Kriegstote) wird im Rahmen einer Angehörigenreise der Öffentlichkeit übergeben.

Auf der Kriegsgräberstätte in Mont-de-Huisnes, ein kreisrunder zweigeschossiger Bau mit 34 Grufräumen, sind nicht nur deutsche Soldaten begraben, sondern auch fast 600 Zwangsarbeiter, die von den deutschen Truppen aus Belgien, Frankreich, dem damaligen Jugoslawien, den Niederlanden, Polen und Russland auf die Kanalinseln verschleppt worden waren. Auch Häftlinge des deutschen Konzentrationslagers auf Alderney sind hier bestattet – und deutsche Zivilisten, die in französischen Internierungslagern starben, unter ihnen über 60 Kinder.

Konrad Adenauer und Charles de Gaulle unterzeichnen im Januar in Paris den Vertrag über die Zusammenarbeit beider Länder. Der sogenannte Élysée-Vertrag ist die Basis für die Entwicklung freundschaftlicher und gleichberechtigter Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

In der Bundesrepublik ist der Vertrag nicht unumstritten, da de Gaulle damit auch erkennbar die Führungsrolle in Europa einnehmen, Großbritannien aus der Europäischen Gemeinschaft heraushalten und die USA vom Kontinent zurückdrängen möchte. Der Bundestag begleitet die Ratifizierung des Vertrags daher mit einer Resolution, die die transatlantischen Beziehungen würdigt und sich für eine baldige Mitgliedschaft Großbritanniens in der EG ausspricht. Aus französischer Sicht ist der Vertrag dadurch entwertet. Er wird in den folgenden Jahrzehnten dennoch eine erhebliche Wirkung entfalten und viel zu einer engen deutsch-französischen Abstimmung beitragen.

Im Juni besucht US-Präsident John F. Kennedy Berlin, wo er von einer jubelnden Menge emp-

fangen wird. Vor dem Rathaus Schöneberg bekennt er sich zur Freiheit Berlins und spricht den berühmt gewordenen Satz „Ich bin ein Berliner.“

Nach dem tödlichen Attentat auf Kennedy im November in den USA versammeln sich Tausende zu seinem Gedenken auf dem Platz vor dem Rathaus Schöneberg, der wenige Tage später in „John-F.-Kennedy-Platz“ umbenannt wird.

Im Oktober tritt Konrad Adenauer auf Betreiben des Koalitionspartners FDP als Bundeskanzler zurück. Sein Nachfolger wird – in derselben Koalition von CDU/CSU und FDP – der bisherige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard.

Am 17. Dezember unterzeichnen die DDR-Regierung und der Senat von (West-)Berlin das erste Passierscheinabkommen, das es West-Berlinern für die Zeit von Weihnachten und Silvester 1963 ermöglicht, ihre Verwandten in Ost-Berlin zu besuchen. Dies ist die erste Begegnungsmöglichkeit seit dem Bau der Mauer zwei Jahre zuvor. In den 18 Tagen der Gültigkeit der Vereinbarung machen rund 700.000 West-Berliner in ungefähr 1,2 Millionen Besuchen davon Gebrauch.

„Ich bin ein Berliner!“ Mit diesem deutsch gesprochenen Satz gewinnt der amerikanische Präsident John F. Kennedy die Herzen der Berliner, rechts der Regierende Bürgermeister, Willy Brandt.

Die deutsch-französische Verständigung ist das Herzstück der europäischen Einigung: Adenauer und de Gaulle nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages.

Präsident Trepte legt beim Vertretertag in München an der KZ-Gedenkstätte Dachau einen Kranz nieder.

1964

Papst Paul VI. richtet am 26. August einen eindringlichen Friedensappell an die Völker der Welt. Er erinnert an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 50 und an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 25 Jahren. In seiner Botschaft geht er auch auf die Kriegsgräber ein: „Wir möchten den Mantel des Friedens ausbreiten, auch über die Kriegsgräber, auf dass auch die Gefallenen beigesetzt werden, die noch auf dieses letzte Zeichen menschlicher Liebe harren.“

Zwei Kriegsgräberstätten in Frankreich werden eingeweiht: 4. Juli in Beauvais (1.597 Kriegstote) und am 12. September Champigny-Saint-André (19.830 Kriegstote).

Am Vorabend des 17. Juni weiht Bundespräsident Lübke das Bonner Ehrenmal ein. Es ist eine schlichte Bronzetafel mit der reliefartigen Inschrift: „Den Opfern der Kriege und der Gewalt Herrschaft.“ Sie ist im Bonner Hofgarten aufgestellt. 1980 lässt das Bundespräsidialamt die Tafel auf den Bonner Nordfriedhof versetzen.

„Die Tatsache, dass Sie in unsere Länder kamen, in Länder, in die einstmals deutsche Truppen eingefallen sind, war zunächst ein kühnes Unterneh-

men. Dass Sie aber kamen, um Gräber zu pflegen, hat in ganz erheblichem Maße zu einer Annäherung zwischen unseren beiden Völkern beigetragen“, sagt Pfarrer Robert Laprade aus Monthois in den französischen Ardennen während der Jugendtagung, zu der der Volksbund zum Wochenende des Volkstrauertages nach Königswinter eingeladen hat.

65 Gäste aus Dänemark, den Niederlanden, aus Frankreich, Italien und Deutschland, die sich in der Organisation von Jugendlagern oder Arbeitseinsätzen auf Kriegsgräberstätten engagiert haben, nehmen an dem Gedankenaustausch teil.

Die faktische deutsche Zweistaatlichkeit verfestigt sich. Während die Bundesrepublik an der Idee der Wiedervereinigung festhält, treibt die DDR die Trennung voran. Im Januar gibt sie Personalausweise für „Bürger der DDR“ aus.

An den Olympischen Spielen in Innsbruck im Februar und in Tokyo im Oktober nimmt zum letzten Mal eine gesamtdeutsche Mannschaft teil.

Im Juni schließt die Sowjetunion mit der DDR einen Freundschaftsvertrag. Dieser geht von zwei deutschen Staaten aus und bezeichnet West-Berlin als „selbstständige politische Einheit“, also quasi einen dritten deutschen Staat. Die Bundesregierung sowie die Westmächte lehnen diese Auffassung ab.

Der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland hält an und verschärft die Arbeitskräftesituation, zumal durch den Mauerbau keine Erwerbspersonen aus der DDR mehr zuwandern können. Die Bundesregierung schließt daher im März auch mit Portugal eine Anwerbevereinbarung, ähnliche Verträge gibt es bereits mit einigen anderen südeuropäischen Staaten.

Der 1. millionste Gastarbeiter ist ein Portugiese. Er wird im September „mit großem Bahnhof“ empfangen und erhält ein Moped als Willkommensgeschenk.

Am 1. Juli wird Heinrich Lübke erneut zum Bundespräsidenten gewählt.

Im September beschließt die DDR eine Regelung, der zufolge Rentner zu Besuchsreisen in die Bundesrepublik und nach West-Berlin reisen dürfen. Das Fluchtrisiko von Personen im Rentenalter wird als gering eingeschätzt. Sollten Rentner sich dennoch entschließen, im Westen zu bleiben, entsteht der DDR kein wirtschaftlicher Schaden.

Im September stirbt DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl, der bisherige Verteidigungsminister Willi Stoph übernimmt das Amt.

Zwischen DDR-Regierung und dem Senat von Berlin (West) kommt es im September zu einem zweiten, im Zeitraum erweiterten Passierscheinabkommen für Visiten aus West nach Ost.

Im Oktober wird der sowjetische Partei- und Regierungschef Chruschtschow aller Ämter enthoben. Sein Nachfolger als Parteichef wird Leonid Breschnew.

Als letzte der deutschen Kriegsgräberstätten in der Normandie, Frankreich wird Champigny-Saint-André eingeweiht.





1965

Am 1. Juli wird das novellierte Gräbergesetz verkündet. Titel: „Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft.“ Es führt nun alle Personengruppen gemeinsam in Paragraph 1 auf – ergänzt durch die Toten an der innerdeutschen Grenze. Für alle Gruppen gilt das dauernde Ruherecht.

Ein Notenwechsel zwischen dem Königreich Libyen und der Bundesrepublik Deutschland schafft nachträglich die Rechtsgrundlage für die bereits im Jahre 1955 erfolgte Errichtung der Kriegsgräberstätte Tobruk. Sie konnte aufgrund einer mündlichen Genehmigung von König Idris I. gebaut werden.

Folgende Friedhöfe werden eingeweiht:
4. Mai: Cassino/Italien (20.073 Kriegstote),
19. Juni: Pornichet/Frankreich (4.944 Kriegstote),
21. August: Fort-de Malmaison/Frankreich (11.841 Kriegstote), und
25. September: Motta St. Anastasia/Italien (4.561 Kriegstote).

Anfragen nach Grablagen kommen jetzt zu 35 Prozent von Eltern (1960 = 80 Prozent), zu 17 Prozent von Ehefrauen (1960 = 15 Prozent), zu

33 Prozent von Geschwistern (1960 = 2 Prozent) und zu 15 Prozent von Kindern (1960 = 3 Prozent).

Bei der XX. Internationalen Rot-Kreuz-Konferenz in Wien wird von den Delegationen aus über hundert Ländern ohne Gegenstimme eine Resolution angenommen, die den Austausch von Unterlagen über Kriegsgräber durch die nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften empfiehlt.

Der Vertretertag findet in Saarbrücken statt.



Die DDR kämpft um ihre internationale Anerkennung. Im Februar unternimmt der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht einen Staatsbesuch in Ägypten. Das ist seine erste Reise außerhalb des „Ostblocks“ und er knüpft daran Hoffnungen auf eine Ausweitung der diplomatischen Kontakte.

Die Bundesregierung stellt daraufhin die Wirtschaftshilfe an Ägypten als Sanktion gegen den Besuch Ulbrichts ein.

Die Spannungen mit der arabischen Welt verschärfen sich, als Deutschland im Mai diplomatische Beziehungen zu Israel aufnimmt. Neun arabische Staaten brechen ihre Kontakte zur Bundesrepublik ab.

Streit gibt es zwischen den deutschen Staaten und den Alliierten weiterhin um West-Berlin. Während einer demonstrativen Sitzung des Bundestages in Berlin überfliegen sowjetische Düsenjäger den Tagungsort. Außerdem blockieren Sowjetunion und DDR kurzfristig die Zufahrten nach West-Berlin auf dem Land- und dem Wasserweg.

Im August geht der erste Auschwitz-Prozess zu Ende. Belangt werden die Täter nur, wenn ihnen

persönlich eine direkte Beteiligung an Morden nachgewiesen werden konnte. Daher fallen die Urteile nach Auffassung vieler Beobachter zu milde aus, was zu heftigen Protesten führt.

Die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit beschäftigt die westdeutsche Öffentlichkeit weiter. Nach kontroversen Diskussionen verlängert der Bundestag im März die Verjährungsfrist (von 20 Jahren) für NS-Verbrechen um vier Jahre.

Im November laden die katholischen polnischen Bischöfe ihre deutschen Amtsbrüder nach Polen ein. In ihrem Schreiben heißt es: „Wir vergeben und wir bitten um Vergebung.“ Damit wird die Aussöhnung mit Polen eingeleitet.

Die Bundestagswahl vom September bestätigt die regierende Koalition aus CDU/CSU und FDP, Ludwig Erhard bleibt Bundeskanzler.

Im Dezember schließen die Sowjetunion und die DDR einen Handelsvertrag, der die Abhängigkeit der DDR vom „großen Bruder“ verstärkt. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Erich Apel erschießt sich aus Protest dagegen in seinem Dienstzimmer.

Kampf um gleiche Rechte für Farbige in den USA – Martin Luther King (vor der US-Fahne) führt in Montgomery demonstrierende Bürgerrechtler in den Südstaaten an.

Papst Paul VI. empfängt
Präsident Walter Trepte
(rechts) und Vizepräsident
Dr. August Hatteisen
(Mitte).

1966

Ein neues deutsch-französisches Kriegsgräberabkommen, am 19. Juli unterzeichnet, tritt an die Stelle des Abkommens von 1954 und überträgt dem Volksbund die Verantwortung für Erhaltung, Ausbau und Pflege der deutschen Soldatenfriedhöfe des Ersten Weltkrieges.

Die 198 Anlagen hat bis dahin, wie 1919 im Vertrag von Versailles bestimmt, der französische Staat gepflegt. Seit 1957 aber hat der Volksbund schon einzelne Instandsetzungsarbeiten auf deutschen Kriegsgräbern des Ersten Weltkrieges übernommen. Durch eine Verbalnote wird dem Volksbund auch die Erhaltung und Pflege der Grab- und Gedenkstätten aus dem deutsch-französischen Krieg 1870-1871 übertragen.

Mit Tunesien wird ein Kriegsgräberabkommen geschlossen. In Frankreich werden weitere Kriegsgräberstätten des Zweiten Weltkrieges eingeweiht: am 17. September in Noyers-Pont-Maugis (26.843 Kriegstote) und am 1. Oktober in Niederbronn-les-Bains (15.427 Kriegstote).

Einweihung von Niederbronn-les-Bains, Frankreich

An die Stelle des ausscheidenden Ersten Bundesgeschäftsführers Dr. von Hausen tritt Walter Hammersen.

In Schweden werden etwa 300 deutsche Kriegstote von verstreut im ganzen Land liegenden Gräbern auf bereits bestehende Grabfelder in Göteborg, Hälsingborg und Trelleborg überführt.

Fast 6.000 Teilnehmer zählt der Volksbund in seinen 60 Jugendlagern. In der Zentralgräberkartei sind etwa vier Millionen deutsche Kriegsgräber erfasst. Die Bemühungen, mehr Informationen über die Gräber im Osten zu erlangen, bleiben auf offizieller Ebene erfolglos. Aber aus Ungarn und aus der Tschechoslowakei kommen Signale, die eine Gesprächsbereitschaft in Fragen der Kriegsgräberfürsorge andeuten.

Im März wird das vierte und – wie sich herausstellen wird – letzte Passierscheinabkommen zwischen der DDR-Regierung und dem Berliner Senat geschlossen, das für die Oster- und die Pfingstzeit gilt.

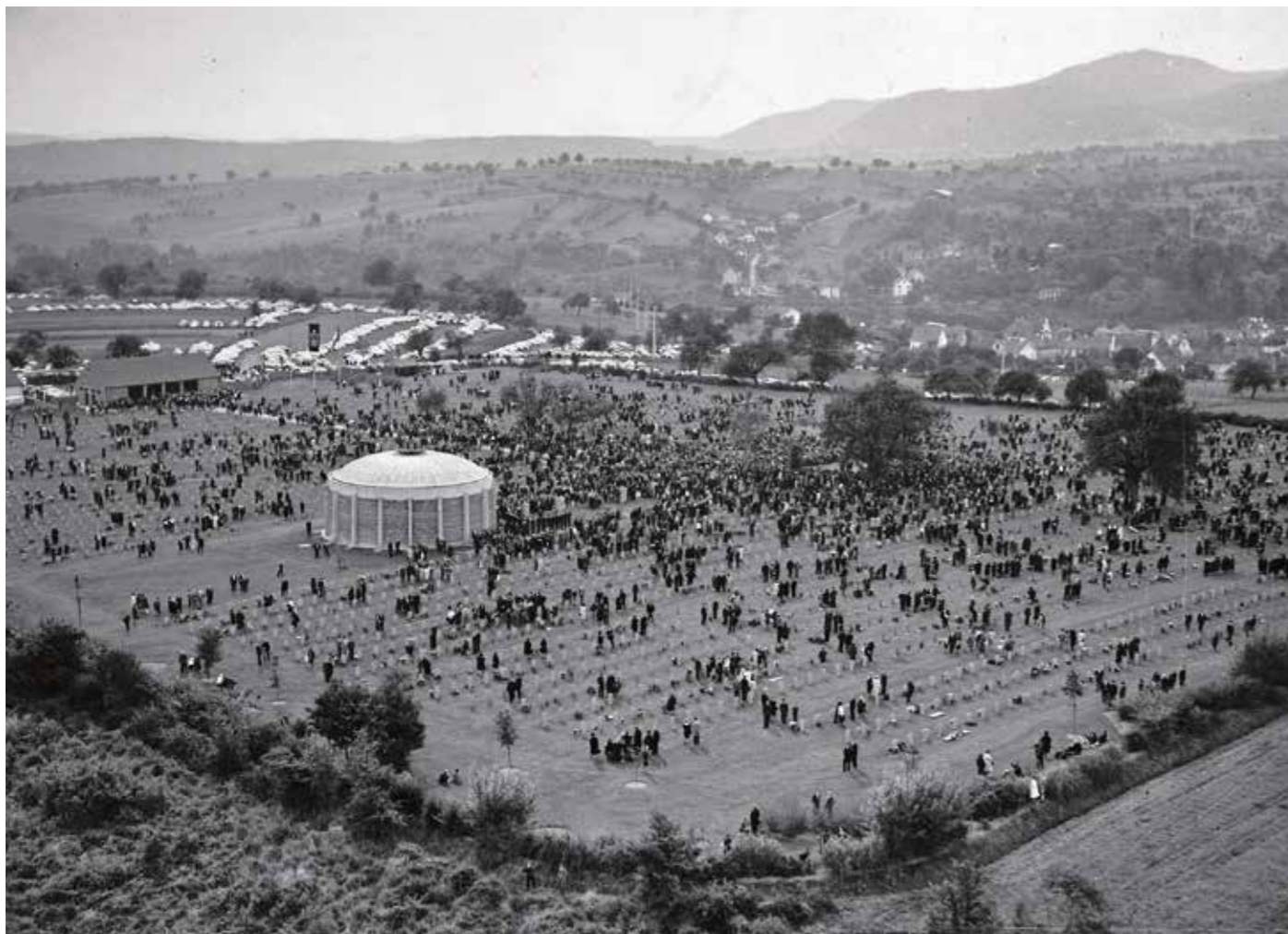
Im Oktober beschließt die FDP-Fraktion, die Koalition mit der CDU/CSU aufzukündigen. Bundeskanzler Erhard tritt zurück. Sein Nachfolger wird der Christdemokrat Kurt-Georg Kiesinger, der eine große Koalition führt. Außenminister in dieser Regierung wird der Sozialdemokrat Willy Brandt, bisher Regierender Bürgermeister von Berlin. Damit ist die SPD zum ersten Mal in der Bundesregierung vertreten.

Die neue Bundesregierung bemüht sich um ein neues Verhältnis zur DDR, die Kiesinger zwar als „Phänomen“ und „Gebilde“ umschreibt, mit der er jedoch in einen Briefwechsel eintritt. Die Regierung Kiesinger legt damit die ersten Grundsteine für die Ost- und Entspannungspolitik der nächsten Jahre. Beiden deutschen Staaten ist klar, dass eine deutsche Einheit nicht in Reichweite

Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt stoßen auf die Zusammenarbeit an – die Große Koalition nimmt ihre Arbeit auf.

ist, wegen der Einbindung in unterschiedliche Allianzen und wegen unvereinbarer politischer Grundsätze. Während die DDR-Volkskammer erklärt hatte, ein gesamtdeutscher Staat könne nur sozialistisch sein, knüpft der neue Minister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, eine Anerkennung der DDR an die Bedingung einer demokratischen Legitimation. Ein geplanter Redneraustausch zwischen der SED und der SPD kommt nach langen Verhandlungen nicht zustande.

Innerhalb der Bundesrepublik entwickelt sich eine zunehmend kritische und auch demonstrationsbereite Öffentlichkeit. Die Verschärfung des Vietnamkriegs der Amerikaner führen zu verstärkten Protesten auch in Deutschland. Das Vorhaben der Bundesregierung, eine gesetzliche Grundlage für einen Notstand zu schaffen („Notstandsgesetze“), auch um alliierte Regelungen abzulösen, stößt auf starke öffentliche Kritik. Studentische Proteste richten sich auch gegen die universitären Strukturen. „Unter den Talaren, der Muff von tausend Jahren“ ist einer der Slogans der erstarkenden Studentenbewegung.





1967

Der Volksbund stellt in drei Ländern neue Kriegsgräberstätten fertig: Am 6. Mai in Costermano/Italien (21.988 Kriegstote), am 10. Juni in Cannock Chase/England (4.970 Kriegstote), am 24. Juni in Berneuil/Frankreich (8.310 Kriegstote) und am 16. September in Bourdon/Frankreich (22.216 Kriegstote).

Bei den Beratungen des Bundeshaushalts kommt es zu Schwierigkeiten wegen der Finanzierung der Ausgaben für Kriegsgräberstätten im Ausland durch die Bundesregierung und den Volksbund. Der Volksbund gibt deshalb ein Rechtsgutachten in Auftrag, das im November 1967 vom ehemaligen Präsidenten des Bundesrechnungshofes Dr. Hans Schäfer vorgelegt wird. Darin heißt es (Auszug): „Die deutsche Kriegsgräberfürsorge ist eine öffentliche Verwaltungsaufgabe, die im Inland den Ländern der Bundesrepublik, im Ausland dem Bund obliegt. Der Bund hat mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe im Ausland den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. beauftragt. Die Kosten für die deutsche Kriegsgräberfürsorge im Ausland sind Aufwendungen für Kriegsfolgelasten, die nach dem Grundgesetz und den Kriegsgräberabkommen der Bund zu tragen hat. Soweit sich der Volksbund gemäß seiner Satzung an den Kosten der deutschen Kriegsgräberfürsorge im Ausland beteiligt, geschieht dies ergänzend und freiwillig.“

Zum Jahresende wird die Bauleitung des Volksbundes in München aufgelöst, ihre Aufgabe übernimmt die Bauabteilung in der Bundesgeschäftsstelle.

Eine erste Angehörigenfahrt des Volksbundes zu Kriegsgräbern in Rumänien verläuft ohne Schwierigkeiten. In der Tschechoslowakei beginnen Arbeiten an deutschen Kriegsgräbern durch örtliche Behörden in Abstimmung mit dem Volksbund.

Eine Jugendgruppe des Landesverbandes Berlin fährt nach Mariánské Lázně (Marienbad). Die Teilnehmer arbeiten auf dem „Berliner Friedhof“. Dort sind Patienten aus Berliner Krankenhäusern begraben, die wegen der Bombenangriffe nach Marienbad evakuiert worden waren und dort verstorben sind. Ein pädagogischer Beirat wird eingerichtet. Er soll den Vorstand in Fragen der Bildungsarbeit beraten und pädagogische Materialien für den Schulunterricht erarbeiten und betreuen.

Der Vertretertag findet in Bremen statt.

Die Bundesrepublik befindet sich in einer wirtschaftlichen Rezession. Das Wachstum schwächt sich ab, im Folgejahr wird es ganz ausbleiben.

Die Arbeitslosenzahlen steigen, wenngleich sie gesamt gesehen weiterhin niedrig sind. Die Bundesregierung bemüht sich, über eine „Konzertierte Aktion“, die Arbeitgeber und Gewerkschaften mit der Regierung an einen Tisch bringt, aus dem Konjunkturtal herauszukommen.

Nach dem Tod des SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler übernimmt im März der Hamburger Helmut Schmidt die Führung der sozialdemokratischen Parlamentarier.

Im April stirbt der frühere langjährige Bundeskanzler Konrad Adenauer im Alter von 91 Jahren.

Die Bundesrepublik entspannt Stück für Stück ihr Verhältnis zu den Ländern Mittel- und Osteuropas. Im Januar nimmt sie diplomatische Beziehungen mit Rumänien auf und verwässert damit die eigene Hallstein-Doktrin, die in den Folgejahren vollständig aufgegeben wird. Im August vereinbart die Bundesregierung die Errichtung von

Handelsvertretungen mit der Tschechoslowakei. Die Studentinnen und Studenten an den deutschen Universitäten stellen nicht nur die bisherigen Verhältnisse in Frage, sondern auch die gesellschaftlichen Lebensweisen sowie die vorherrschende Sexualmoral und probieren in „Kommunen“ neue Formen des Zusammenlebens aus.

Am 2. Juni kommt es in Berlin im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien, Mohammad Reza Pahlawi zu Unruhen, die auch von Parteigängern des Schahs („Jubelperser“) angefacht werden. Die

Polizei reagiert hart. Der Student Benno Ohnesorg wird in der Nähe der Deutschen Oper von einem Polizisten erschossen, der dafür nicht belangt wird und von dem sich viele Jahre später herausstellen wird, dass er ein Mitarbeiter des DDR-Staatssicherheitsdienstes war. Durch

die Tötung von Benno Ohnesorg radikalisiert sich der Studentenprotest, einige von ihnen gleiten später in den Terrorismus ab. Eine dieser Gruppierungen wird sich später „Bewegung 2. Juni“ nennen.

Konrad Adenauer ist tot. Im Kölner Dom wird sein Sarg aufgebahrt. Deutschland trauert um einen großen Staatsmann, der sich immer seine Menschlichkeit bewahrt hat. An den Trauerfeierlichkeiten zu seiner Beisetzung am 25. April nehmen Delegationen aus 54 Staaten teil.

Durch die Tötung von Benno Ohnesorg radikalisiert sich der Studentenprotest, einige Studierende und Sympathisanten gleiten in den Terrorismus ab.

1968

Im Herbst beginnt die bauliche und gärtnerische Gestaltung von zehn deutschen Soldatenfriedhöfen des Ersten Weltkrieges in Frankreich. Im September wird der deutsche Soldatenfriedhof Ploudaniel-Lesneven in der Bretagne (5.831 Kriegstote des Zweiten Weltkrieges) eingeweiht.

Bundespräsident Heinrich Lübke besichtigt anlässlich eines Berlin-Aufenthaltes im Januar die vom Volksbund 1966 errichtete Anlage auf dem ehemaligen Standortfriedhof in Berlin. Dort hat der 1945 zerstörte und 1966 vom Volksbund wiederhergestellte Silberkranz aus dem Ehrenmal in der Neuen Wache einen Platz gefunden.

Junge Menschen, die den Volksbund ablehnen, würden sich weniger an seiner praktischen Gräberfürsorge stören, sondern mehr an manchen Erscheinungsformen des Vereins, den sie als „veraltet, erstarrt und als unwahrhaftig“ ansehen. Vor allem sei die junge Generation „allergisch gegen alles, was als Beschönigung oder Verklärung des Kriegstodes aufgefasst werden könnte.“ Zu diesem Ergebnis kommt ein internes Memorandum des Volksbundes mit dem Titel „Geistige Grundlagen“. Es umschreibt die Bemühungen des Volksbundes um ein zeitgemäßes Image, das die Jugend anspricht, ohne die traditionellen Förderer zu verprellen.

Erstmals führt eine Angehörigenreise nach Jugoslawien zu deutschen Kriegsgräbern in Slowenien.

Die Kultusministerkonferenz würdigt die Arbeit des Volksbundes und empfiehlt den Schulen die Mitwirkung an dessen Aufgaben.

Bundesgeschäftsführer Walter Hammersen scheidet aus den Diensten des Volksbundes.

*stimme und weg –
Mitgliederzeitschrift des Volksbundes,
Ausgabe Nr. 18, März 1968*



Die innenpolitische Unruhe verstärkt sich. Es kommt zu zahlreichen Studentenprotesten, die sich gegen den Vietnamkrieg, aber auch gegen die Notstandsgesetze richten, die vom Bundestag schließlich im Mai mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

Auch die gesellschaftlichen Verhältnisse generell, der Kapitalismus, die Warengesellschaft, die Konsummentalität der Nachkriegsjahre sind Gegenstand der Kritik. Im April werden in Frankfurt zwei Kaufhäuser angezündet. Unter den kurz danach gefassten Brandstiftern sind auch Andreas Baader und Gudrun Ensslin, die zu drei Jahren Haft verurteilt und später in der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) noch eine Rolle spielen werden.

Am 21. August beenden militärische Verbände der Sowjetunion und anderer Staaten des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei mit Gewalt die Reformpolitik des Prager Frühlings.

Im April wird der Studentenführer Rudi Dutschke bei einem Mordanschlag durch einen Rechts-extremisten schwer verletzt. Daraufhin kommt es in vielen Städten der Bundesrepublik zu Protestaktionen. Der Bundestag tritt wegen der Studentenproteste im April zu einer Sondersitzung zusammen.



Bundespräsident Lübke gerät wegen seiner schlichten Formulierungsweise verstärkt in die öffentliche Kritik. Die DDR erhebt zudem Anschuldigungen gegen ihn, im Nationalsozialismus am Bau von Konzentrationslagern beteiligt gewesen zu sein. Lübke bestreitet das. Nach der deutschen Vereinigung wird offenbar, dass die entsprechenden „Beweise“ gegen ihn vom DDR-Staatssicherheitsdienst gefälscht waren.

Die Tschechoslowakei versucht sich unter Parteichef Alexander Dubček an einer weitgehenden Reform des sozialistischen Systems. Am 21. August marschieren die Truppen des Warschauer Paktes in der ČSSR ein und bereiten dem „Prager Frühling“ ein gewaltsames Ende. Die DDR unterstützt den Einmarsch, nimmt jedoch nicht mit eigenen Truppen daran teil, da die Befürchtung besteht, deutsche Truppen in der Tschechoslowakei könnten den Widerstand der Tschechen befördern.

Im September wird die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) als Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD gegründet. Das Zulassen dieser Gründung ist auch als Signal der Entspannung an die sozialistischen Staaten in Europa gedacht.

1969

Der Volksbund besteht 50 Jahre. Die Bundespost gibt aus diesem Anlass eine Sonderbriefmarke heraus. Eine Dokumentation mit dem Titel „Dienst am Menschen, Dienst am Frieden – 50 Jahre Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ wird mit einer Auflage von 111.000 Exemplaren gedruckt.

Die Kriegsgräberstätte am Futa-Pass (30.653 Tote) wird eingeweiht, die größte deutsche Kriegsgräberstätte in Italien. Mit der Gestaltung hat der Volksbund den renommierten Architekten Dieter Oesterlen beauftragt. Mit seiner Konzeption verwirklicht er einen modernen Gegenentwurf zu den traditionellen Gestaltungen von Kriegsgräberstätten. Die öffentlichen Reaktionen auf den Friedhof sind schon während der Bauzeit heftig und kontrovers. Die Grundsätze der zukünftigen Volksbundarbeit werden formuliert und vom Vertretertag in seiner Sitzung vom 12. Juni als Berliner Manifest einstimmig angenommen.

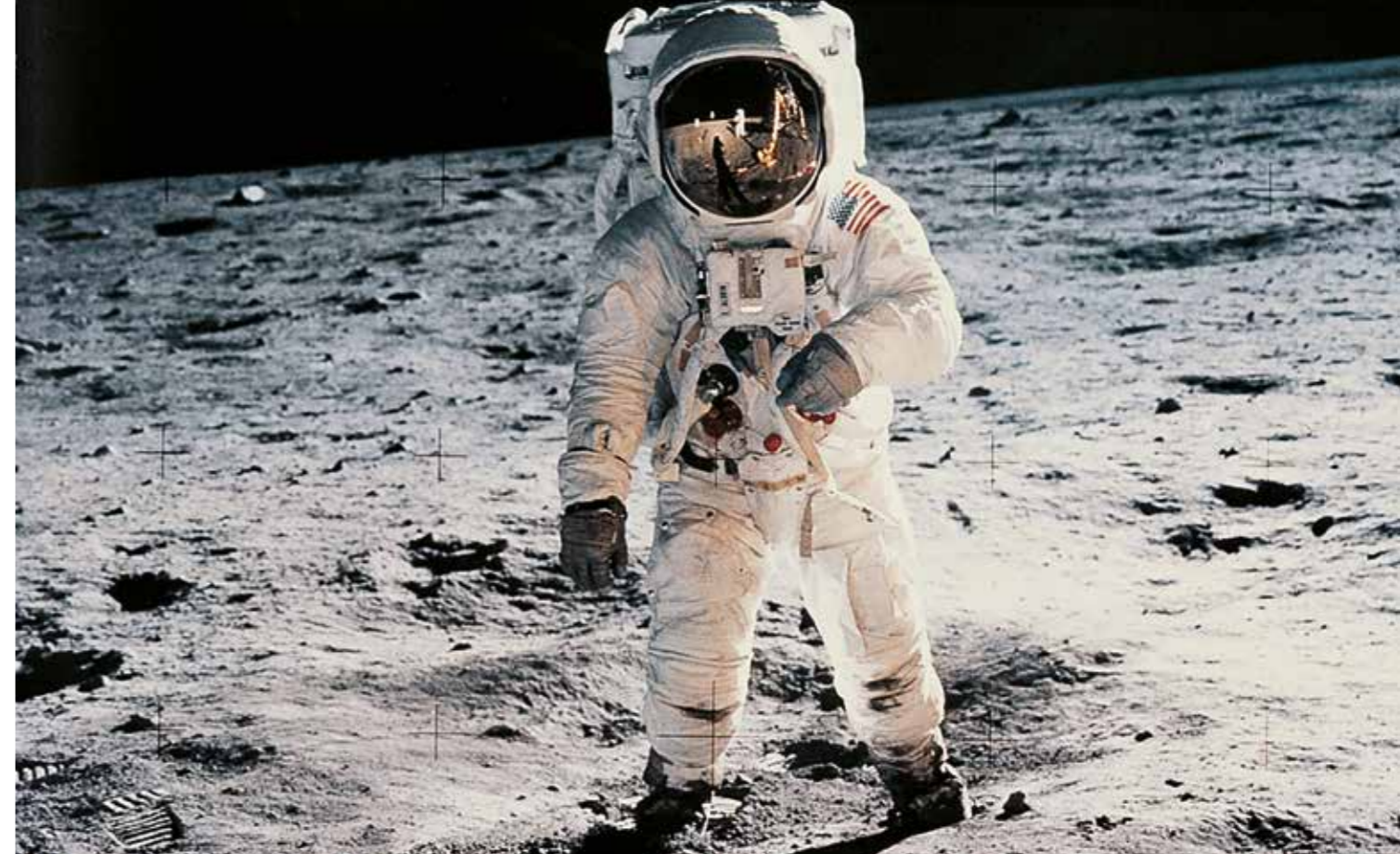
stimme und weg – Mitgliederzeitschrift des Volksbundes, Ausgabe, März 1969

Die gesellschaftskritischen Strömungen kommen auch im Volksbund an.

Berliner Manifest

- Achtung vor dem Menschen ist die Grundlage der Arbeit des Volksbundes. Millionen von Kriegsgräbern erheben diese Forderung ständig neu.
- Ihre Erfüllung verlangt, dass der Volksbund nach Mitteln und Wegen zur Mitarbeit an der Erhaltung des Friedens sucht.
- Der Volksbund sorgt für die Gräber der Kriegstoten und betreut deren Angehörige. Die ursprüngliche Hauptaufgabe – Sorge für die deutschen Soldatengräber – hat sich durch den Totalen Krieg und infolge der politischen Gewaltherrschaft erweitert.
- Der Volksbund hält das Gedenken an die Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft lebendig.
- Er führt die Lebenden an die Ruhestätten der Toten. Nur so können die Gräber mahnen und dazu helfen, neue Kriege zu verhüten.
- Der Volksbund schlägt durch sein Wirken Brücken der Versöhnung von Volk zu Volk. Jugend leistet durch ihre Mitarbeit auf den Friedhöfen einen bedeutsamen Beitrag für die Völkerverständigung.
- Kriegsgräberfürsorge fördert das Verstehen zwischen den Generationen. Die Gräber – warnende Zeichen einer dunklen Zeit – zwingen zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und wirken so in die Zukunft.

Der Volksbund hat 690.721 Mitglieder.



Es ist ein Jahr des Wandels in der Bundesrepublik. Am 5. März wird der Sozialdemokrat Gustav Heinemann im dritten Wahlgang zum Bundespräsidenten gewählt. Die Wahl findet in West-Berlin statt.

Die DDR verbietet allen Mitgliedern der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten bestimmt, die Durchfahrt, so dass diese per Flugzeug anreisen müssen.

Die Beziehungen der Bundesrepublik zu Jugoslawien verbessern sich weiter. Im März heben beide Seiten den Visumzwang für Bürger des anderen Landes auf.

Im April tritt Charles de Gaulle als Präsident Frankreichs zurück, nachdem er ein Referendum über die Regionalreform seines Landes verloren hat. Sein Nachfolger wird Georges Pompidou.

Aus den Wahlen zum Deutschen Bundestag im September geht die CDU/CSU als stärkste Kraft hervor, aber SPD und FDP beschließen eine Koalition gegen die größte Fraktion. Die rechts-extremistische NPD („Nationaldemokratische Partei Deutschlands“), die bereits in mehrere Landtage eingezogen ist, scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde.

Am 21. Oktober wird der Sozialdemokrat Willy Brandt, bislang Außenminister, zum Bundeskanzler gewählt. Sein Stellvertreter ist der

FDP-Vorsitzende und neue Bundesaußenminister Walter Scheel. Willy Brandt kündigt einen gesellschaftlichen und politischen Aufbruch an: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“, sagt er in seiner Regierungserklärung. In Bezug auf die DDR kündigt er an, „über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen.“

Die Evangelische Kirche gründet in der DDR einen eigenen Bund und hebt damit die Einheit mit der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) auf. Der Kontakt zwischen den Kirchenvertretern bleibt jedoch eng.

»... über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen.«

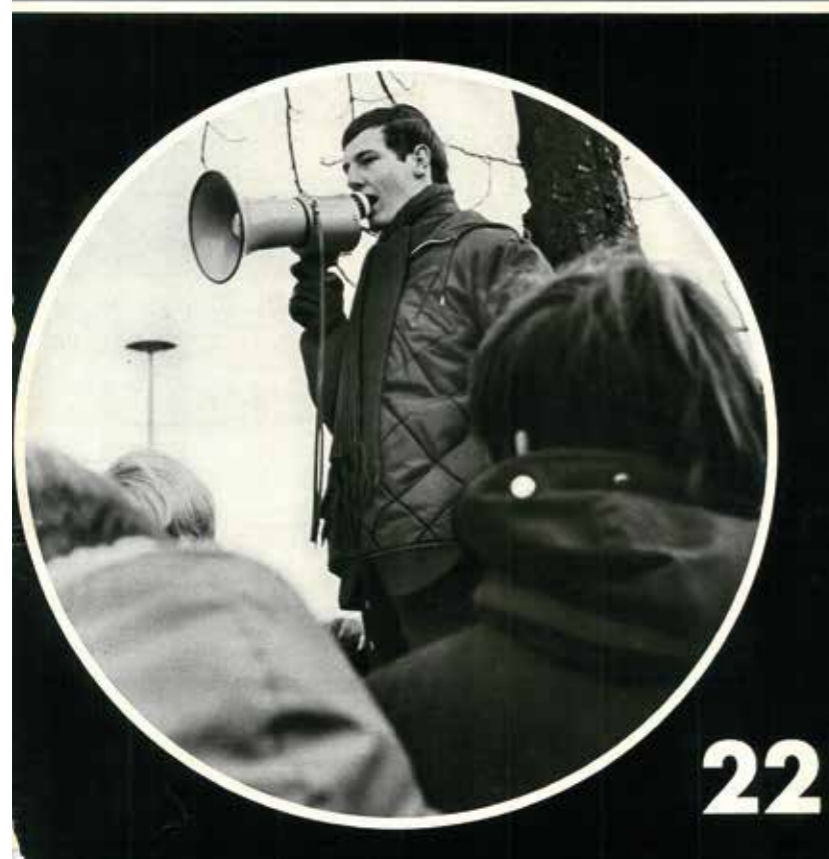
WILLY BRANDT

Im September nehmen die beiden deutschen Staaten Verhandlungen über Fragen des Transitverkehrs auf.

Im Laufe des Jahres ratifizieren sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik den Atomwaffensperrvertrag.

Die DDR wird zunehmend von anderen Staaten diplomatisch anerkannt, allerdings noch nicht von westeuropäischen Ländern, die dabei Rücksicht auf die Bundesrepublik nehmen.

Die ersten Menschen auf dem Mond sind die amerikanischen Astronauten Neil Armstrong und Edwin Aldrin.





1970

In Ellund bei Flensburg, nahe der dänischen Grenze, richtet der Volksbund die Pflegestelle Nord ein. Damit ist die organisatorische Voraussetzung für eine intensivere Pflege der deutschen Kriegsgräber in Skandinavien geschaffen.

Die feierliche Übergabe des U-Boot-Ehrenmals in Möltenort bei Kiel findet ein starkes Echo in der Öffentlichkeit. Die U-Boot-Kameradschaft Kiel hat großen Anteil an der Errichtung und Pflege dieser Gedenkstätte.

Auf dem Vertretertag 1970 scheidet Präsident Trepte aus seinem Amt. Neuer Präsident wird Regierungspräsident Prof. Dr. Willi Thiele.

Im Mittelpunkt der Frauenarbeit des Volksbundes steht der Internationale Frauenkongress in

Hamburg, der unter Beteiligung von 192 Frauen aus 13 Ländern im September veranstaltet wird. Schwerpunkt der Diskussionen ist die Friedensarbeit des Volksbundes.

Bundespräsident und Bundestagspräsident nehmen nicht an der zentralen Gedenkstunde zum Volkstrauertag teil. Der Kanzler lässt sich wegen Krankheit durch den Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen vertreten. Die ARD überträgt die Veranstaltung nicht.

Inhalt der Feierstunde ist neben dem musikalischen Teil eine Lesung und die „Totenehrung“. In den Folgejahren, bis 1979, werden mehrmals die Präsidenten des Volksbundes, Willi Thiele und Josef Schneeberger, die Gedenkansprachen halten.

Auch Frauen sind Leidtragende des Krieges. Sie haben Männer, Väter, Söhne und Brüder verloren. Das Friedenthema steht auf dem Internationalen Frauenkongress des Volksbundes in Hamburg im Mittelpunkt.



Bundeskanzler Brandt kniet vor dem Mahnmal für die jüdischen Toten in Warschau – auch das ein Sinnbild für den deutschen Wunsch nach Verständigung und Versöhnung ohne Vergessen der leidvollen Vergangenheit.

Die neue Bundesregierung treibt mit ihrer Ostpolitik die Verständigung und Kooperation mit den östlichen Nachbarn sowie eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Bundesrepublik und DDR voran. Willy Brandt und sein Staatssekretär Egon Bahr gehen dabei davon aus, dass der erste Schritt eine Neujustierung des Verhältnisses zur Sowjetunion sein muss. Entsprechend führt Bahr im Januar in Moskau Gespräche über einen Gewaltverzichtsvertrag, der im August unterzeichnet wird. Der „Moskauer Vertrag“ regelt einen wechselseitigen Verzicht auf Gewalt sowie eine Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen.

Die deutschen Fernsehsender ändern im März ihr Standbild für die Wetterkarte. Jetzt wird nicht mehr das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 gezeigt, sondern ein Europa ohne Grenzen.

Schon im Februar intensivieren sich auch die wirtschaftlichen Beziehungen durch das Erdgas-Röhren-Geschäft, mit dem die Bundesrepublik sowjetisches Gas erhält und mit Pipeline-Röhren bezahlt. Ob man sich in eine energiepolitische Abhängigkeit von der UdSSR begeben könne, wird in Deutschland kontrovers diskutiert.

Im Laufe des Jahres kommt es auch zu innerdeutschen Kontakten auf höchster Ebene. Zweimal treffen sich Bundeskanzler Willy Brandt und der Vorsitzende des Ministerrats der DDR Willi Stoph zu direkten Gesprächen, im März in Erfurt und im Mai in Kassel.

Im Dezember unterzeichnet Brandt den „Warschauer Vertrag“ in der polnischen Hauptstadt, mit dem die Oder-Neiße-Grenze als unverletzlich bestätigt wird. Bei der Niederlegung eines Kranzes für die Toten des Warschauer Ghettos fällt Brandt auf die Knie, um um Vergebung und Versöhnung zu bitten. Das Bild geht um die Welt und löst in der Bundesrepublik heftige Emotionen aus.

Innenpolitisch beginnt eine Phase des Linksterrorismus. Im Mai befreit die Journalistin Ulrike Meinhof gemeinsam mit anderen den Kaufhausbrandstifter Andreas Baader aus der Haft und geht damit auch selbst in die Illegalität. Es entsteht die „Rote Armee Fraktion“, umgangssprachlich „Baader-Meinhof-Bande“ genannt.

1971

Eine an Papst Paul VI. gerichtete Denkschrift des Volksbundes wird am 4. Februar dem Kardinalstaatssekretär Jean Kardinal Villot im Vatikan übergeben. Der Präsident führt mit Vertretern des Auswärtigen Amtes Gespräche, um die Bestrebungen des Volksbundes und des Auswärtigen Amtes in der Kriegsgräberfrage im Osten neu abzustimmen.

In Abstimmung mit der österreichischen Regierung wird die Zusammenbettung der deutschen Gefallenen aus Vorortfriedhöfen auf dem Zentralfriedhof in Wien abgeschlossen. Auf der Insel Kreta in Griechenland werden 4.405 zunächst im Kloster Gonia aufbewahrte Särge mit den Gebeinen der deutschen Gefallenen auf dem Gelände des neuen deutschen Soldatenfriedhofes bei Maleme eingebettet.

Klaus von Lutzau wird Generalsekretär.

Präsident Thiele fordert, dass die Arbeit des Volksbundes auf eine breitere Basis gestellt wird. Der Verein solle noch stärker als bisher wirksame Beiträge zur Erhaltung des Friedens fordern und leisten. In einer Pressekonferenz in Rom schlägt

er einen gemeinsamen Gedenktag aller Völker an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft vor. Ein solcher gemeinsamer Gedenktag könne mit-helfen, „nationale Ressentiments abzubauen und das Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung für den stets gefährdeten Frieden zu stärken“.

Präsident Thiele fordert, dass die Arbeit des Volksbundes auf eine breitere Basis gestellt wird.

Der Ministerrat der DDR veröffentlicht einen „Beschluss über die Behandlung von Gräbern Gefallener und ausländischer Zivilpersonen“. Sie seien zu erfassen und angemessen zu pflegen. Dazu zählen auch die Gräber von Wehrmachts-soldaten. Die Gräber von SS-Angehörigen seien nur zu registrieren. Die Zahl der Volksbund-Mitglieder ist rückläufig.

Bundesministerin Käthe Strobel besucht auch 1971 Jugendlager des Volksbundes in Belgien, den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien. Die Jugendlager werden durch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und das Deutsch-Französische Jugendwerk mit erheblichen Zuschüssen gefördert.



Im Januar wird der Telefonverkehr zwischen West- und Ost-Berlin wieder aufgenommen, der seit 1952 unterbrochen war.

Trotz der Entspannung zwischen Bundesrepublik und DDR verstärkt die DDR-Regierung die „Sicherungsmaßnahmen“ entlang der deutsch-deutschen Grenze mit dem Verlegen zusätzlicher Minen und Stacheldrahthindernisse.

Im Mai findet ein Machtwechsel in der DDR statt. Die bisherige Nummer Eins, Walter Ulbricht, tritt offiziell aus gesundheitlichen Gründen zurück, tatsächlich hat er die Unterstützung aus Moskau verloren. Ulbricht bleibt bis zu seinem Tod 1973 Vorsitzender des Staatsrates, aber die tatsächliche Macht geht an den neuen Ersten Sekretär (ab 1976 dann: Generalsekretär) des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker über. Honecker ist damit im zweiten Versuch, Ulbricht zu entmachten, erfolgreich.

Im September schließen die vier Kriegsparteien das Viermächte-Abkommen über Berlin, das den freien Zugang nach West-Berlin auf eine solide Grundlage stellt. Gleichzeitig wird bekräftigt, dass

West-Berlin „so wie bisher“ kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist, dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik aber aufrecht erhalten werden dürfen. Die nach wie vor großen Unterschiede zwischen den Alliierten werden mit unklaren Formulierungen („das betreffende Gebiet“) und unterschiedlichen Sprachfassungen überdeckt. Trotz dieser bewussten Ungenauigkeiten entfaltet das Berlin-Abkommen eine positive Wirkung und stellt den Transitverkehr durch die DDR auf eine verlässliche Grundlage.

Auf der Basis des Viermächte-Abkommens schließen die beiden deutschen Staaten ein Transitabkommen. Die Bundesrepublik leistet erhebliche Zahlungen für den Ausbau und den Erhalt der Autobahnen vom Bundesgebiet durch die DDR nach West-Berlin. Bei den Transitreisenden wird eine Personenkontrolle durchgeführt, sie dürfen die Transitstrecke nicht verlassen. Lkw werden verplombt.

Im Dezember erhält Willy Brandt für seine Ost- und Verständigungspolitik den Friedensnobelpreis.



Bundeskanzler Brandt erhält in Oslo den Friedensnobelpreis.



1972

Präsident Thiele führt mit dem Botschafter der UdSSR, Valentin M. Falin, Gespräche über die deutschen Kriegsgräber in der Sowjetunion. Falin sagt zu, dass die Gräber deutscher Kriegsgefangener in Krasnogorsk und Ljublino (Stadtgebiet von Moskau) instand gesetzt werden und der Besuch ermöglicht wird.

Am 9. September übergibt der Volksbund den Soldatenfriedhof in Jaunitzbachtal bei Freistadt in Oberösterreich (2.740 Kriegstote) der Öffentlichkeit.

In Frankreich haben Volksbund-Mitarbeiter auf 55 deutschen Kriegsgräberstätten des Ersten Weltkrieges die Gräber mit fast 44.000 endgültigen Grabzeichen gekennzeichnet. Damit ist etwa ein Viertel der deutschen Kriegsgräber des Ersten Weltkrieges auf französischem Boden mit Metallkreuzen oder Grabzeichen aus Naturstein versehen.

Käte Strobel, Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, besucht das Jugendlager in Narvik/Norwegen. Dort arbeiten zwanzig Ju-

gendliche aus dem Schwarzwald auf der deutschen Kriegsgräberstätte und an den Gräbern jugoslawischer Kriegstoter.

Der Volksbund erhält für die Aktion „Versöhnung über den Gräbern“ den Albert-Schweitzer-Preis der Internationalen Goethe-Stiftung, Basel.

Das Kulturministerium der DDR veröffentlicht Grundsätze für die Gestaltung von Kriegsgräbern.

Papst Paul VI. empfängt Präsident Willi Thiele und Bundesvorstandsmitglied Richard Wagner zu einer Privataudienz. Er würdigt die Arbeit des Volksbundes als „einen wesentlichen Beitrag zur Verständigung der Völker untereinander und damit zur Erhaltung des Friedens“.



In München finden die Olympischen Sommerspiele statt. Am 5. September überfällt ein palästinensisches Terrorkommando die israelische Mannschaft und nimmt Geiseln. Bei einem missglückten Befreiungsversuch durch die deutsche Polizei sterben alle elf Geiseln sowie fünf Geiselnnehmer und ein Polizist. Als im September ein arabisches Kommando eine Lufthansa-Maschine entführt und die Bundesregierung erpresst, lässt diese drei der festgenommenen Attentäter frei, was in Israel scharfe Kritik auslöst.

Im Laufe der Legislaturperiode des Bundestages erodiert das Regierungslager durch den Übertritt mehrerer Abgeordneter, im April verliert die Koalition ihre Mehrheit. Dennoch scheidet ein konstruktives Misstrauensvotum Rainer Barzels gegen Brandt. Viele Jahre später wird sich herausstellen, dass der DDR-Staatssicherheitsdienst wohl zwei CDU-Abgeordnete bestochen hat, das Misstrauensvotum abzulehnen.

Im Mai ratifiziert der Bundestag den Moskauer und den Warschauer Vertrag. CDU/CSU enthalten sich der Stimme.

Die Bundesrepublik wird von einer Reihe von linksterroristischen Anschlägen und Attentaten erschüttert, bei denen fünf Menschen ums Leben kommen und weitere schwer verletzt werden. Im Laufe des Jahres gelingt es der Polizei, neben anderen RAF-Terroristen auch Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof festzunehmen.

Im November kommt es zu vorgezogenen Bundestagswahlen, initiiert durch eine Vertrauensfrage Willy Brandts. Erstmals können bereits 18-Jährige wählen. Nach einem heftigen Wahlkampf erzielt die SPD mit 45,8 Prozent ihr bestes Ergebnis und liegt vor CDU/CSU. Brandt bleibt Kanzler, Scheel (FDP) Außenminister.

Im Dezember schließen die beiden deutschen Staaten den Grundlagenvertrag, mit dem sie ihre Beziehungen normalisieren. Der westdeutsche Verhandlungsführer Egon Bahr dämpft die Erwartungen mit dem Satz: „Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben – und das ist der Fortschritt.“

Im Dezember erhält der Deutsche Heinrich Böll den Nobelpreis für Literatur.

Er läuft und läuft und läuft ... Der 15.007.034ste Käfer läuft vom Band. Damit ist das T-Modell der 20er Jahre von Ford übertroffen, dessen Serienproduktion damals nach 15.007.033 Stück eingestellt wurde.

1973

Die Bemühungen um die Sicherung der Kriegsgräber in Osteuropa stehen auch in diesem Jahr im Vordergrund. Eine Delegation des Deutschen Bundestages bringt das Thema bei einem Besuch in Moskau zur Sprache. Die Kontakte zur sowjetischen Botschaft werden gepflegt. Erstmals darf der Kriegsgefangenenfriedhof in Moskau-Ljublino besucht werden.

Bei einem Besuch des Präsidenten in Tunesien wird eine Einigung über den Bau der Kriegsgräberstätte in Bordj Cedria erzielt.

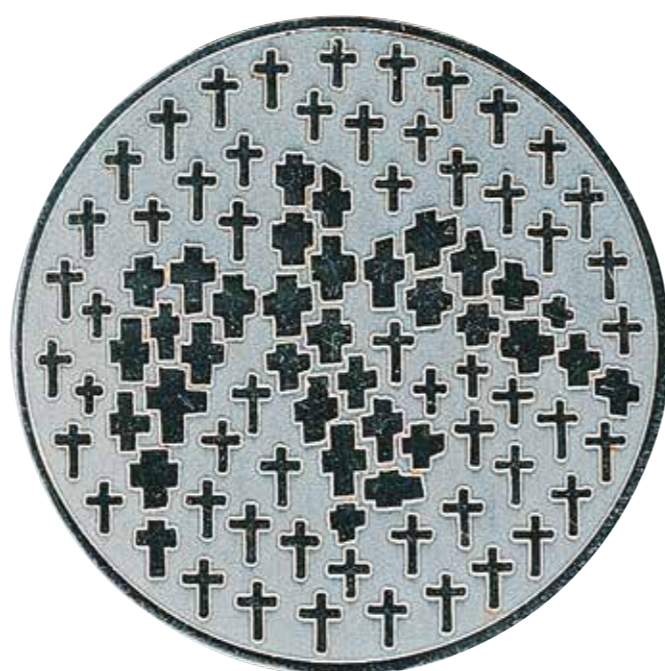
In Frankreich schließt der Umbettungsdienst seine Tätigkeit mit der Umbettung von 898 Gefallenen aus dem Departement Haut Rhin auf den deutschen Soldatenfriedhof in Bergheim/Elsass ab. Aus Anlass des 1.000 Jugendlagers in Frankreich (seit 1957) wird im Juli in Arras ein deutsch-französisches Seminar veranstaltet.

Beim Bundesvertretertag in Düsseldorf erklärt Präsident Thiele, dass die Anlage von Kriegsgräberstätten für die Toten des Zweiten Weltkrieges im Westen bis 1976 abgeschlossen werden könne. Anders sehe es auf den Friedhöfen des Ersten Weltkrieges in Frankreich aus. Dort seien noch auf 130 Anlagen die vorhandenen Holzkreuze

durch dauerhafte Grabkreuze zu ersetzen und gärtnerische Arbeiten auszuführen. Diese Arbeiten würden noch bis 1985 andauern.

Im Osten könne der Volksbund nicht mit der gleichen Versöhnungsbereitschaft wie im Westen rechnen. Doch gebe die fortschreitende politische Entspannung Anlass zur Hoffnung. Voraussetzung sei jedoch, dass es dem Volksbund gelinge, seine Aufgabe als Beitrag zur Friedenssicherung deutlich herauszustellen. Großen Anteil daran habe die Jugendarbeit.

Das Präsidium beschließt die Stiftung einer Ehrenplakette in Silber. Sie kann Persönlichkeiten im In- und Ausland verliehen werden, die sich für die internationale Friedensarbeit des Volksbundes in besonderer Weise eingesetzt haben.



Im Januar wird die Europäische Gemeinschaft zum ersten Mal erweitert: Großbritannien, Irland und Dänemark kommen hinzu.

Nach Abschluss des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages, der im Mai vom Bundestag ratifiziert wird, nehmen auch zahlreiche westeuropäische Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Eine Klage des Freistaats Bayern gegen den Vertrag scheidet vor dem Bundesverfassungsgericht.

Beide deutsche Staaten treten im September den Vereinten Nationen bei.

Ebenfalls auf der Basis des Grundlagenvertrags werden westdeutsche Journalisten in der DDR akkreditiert und können von dort berichten. Im Oktober treffen zum ersten Mal zwei deutsche Fußballmannschaften im Europapokal aufeinander: Bayern München gewinnt gegen Dynamo Dresden 4:3.

Im Verlauf der „Ölkrise“ wird an vier Sonntagen ein Fahrverbot erteilt (Autobahn Heilbronn-Stuttgart).

Nach seinem Scheitern bei der Bundestagswahl tritt Rainer Barzel als CDU-Vorsitzender zurück. Sein Nachfolger wird im Juni der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl.

Im Oktober überziehen Ägypten und Syrien Israel mit einem Krieg. Da sie Israel am höchsten jüdischen Feiertag (Jom Kippur) überfallen, erzielen sie anfangs Erfolge, verlieren dann jedoch den Krieg innerhalb von drei Wochen.

Die arabische Welt verhängt daraufhin ein Öl-embargo gegen Staaten, die Israel unterstützen. Die Bundesrepublik trifft dieses in Form starker Preiserhöhungen. Auf der Basis eines Energiesicherungsgesetzes kommt es im Bundesgebiet im November und Dezember zu vier autofreien Sonntagen, an denen ein generelles Fahrverbot herrscht. Zunehmende Ausnahmegenehmigungen bewirken jedoch, dass die Energieeinsparung gering ist. Die Ölkrise dämpft die wirtschaftliche Entwicklung, so dass die Bundesregierung einen Anwerbestopp für „Gastarbeiter“ aus Nicht-EG-Staaten beschließt.

Nach dem Tod Walter Ulbrichts bestimmt die Volkskammer Willi Stoph zum Vorsitzenden des Staatsrates, Ministerpräsident wird Horst Sindermann.

Mit dem „Prager Vertrag“ nehmen die Bundesrepublik und die ČSSR diplomatische Beziehungen auf. Das Münchner Abkommen von 1938 wird für ungültig erklärt.





1974

Zum ersten Mal kann der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Ulrich Sahm, am Volkstrauertag auf der deutschen Kriegsgräberstätte Moskau-Ljubljino einen Kranz niederlegen.

In enger Zusammenarbeit zwischen dem Suchdienst des Roten Kreuzes in München und der Deutschen Dienststelle in Berlin und dem Volksbund können in etwa 150 Fällen die Anschriften von Familien ermittelt werden, deren Angehörige in Ljubljino begraben sind. Die Suche nach den Adressen weiterer Familien wird fortgesetzt.

Volksbund-Präsident Thiele führt Gespräche mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn. Die DDR-Führung aber sieht keine Veranlassung für direkte Kontakte zum Volksbund.

Erster Träger der 1973 neugeschaffenen Silbernen Ehrenplakette ist der ehemalige Generaldirektor der Commonwealth War Graves Commission, William John Chalmers.

Bundespräsident Scheel übernimmt die Schirmherrschaft über den Volksbund. Er sagt: „Die private Idee, auf die der Volksbund seine Arbeit auf-

gebaut hat, ist förderungswürdig und höher zu bewerten als die staatliche Pflicht.“

Im Sommer helfen Pioniere der französischen Armee und der Bundeswehr den Volksbund-Mitarbeitern bei der Bergung von württembergischen Soldaten, die während des Ersten Weltkrieges in einem Stollensystem am Mont Cornillet bei Reims verschüttet worden waren. Während der mehrwöchigen Arbeiten finden sie die Gebeine von 265 Soldaten. Sie werden anschließend auf der nahegelegenen Kriegsgräberstätte in Warmeriville beigesetzt.

An der Einweihung des deutschen Soldatenfriedhofes Maleme auf Kreta nehmen im Oktober außer 1.500 Angehörigen und ehemaligen Kriegsteilnehmern auch 1.000 Menschen aus den umliegenden Gemeinden teil.

An der Einweihung des deutschen Soldatenfriedhofes Maleme auf Kreta im Oktober nehmen außer 1.500 Angehörigen und ehemaligen Kameraden auch 1.000 Einwohner der umliegenden Gemeinden teil.



Im Januar wird Egon Krenz, der bislang bereits im hauptamtlichen Apparat der Freien Deutschen Jugend (FDJ) arbeitet, deren neuer Vorsitzender.

Im Mai nehmen die Ständigen Vertretungen der Bundesrepublik sowie der DDR ihre Arbeit auf.

Es handelt sich praktisch um Botschaften, die allerdings aufgrund des besonderen Charakters der deutsch-deutschen Beziehungen nicht so heißen. Die Ständige Vertretung West-Deutschlands nennt sich „bei der DDR“, um deutlich zu machen, dass ihr Sitz in Ost-Berlin nicht zur DDR gehört.

Wenige Tage nach der Eröffnung erschüttert ein Skandal die Bundesrepublik. Es stellt sich heraus, dass der Persönliche Referent des Bundeskanzlers, Günter Guillaume, ein Agent des DDR-Staatssicherheitsdienstes ist. Willy Brandt übernimmt dafür die Verantwortung und tritt als Bundeskanzler zurück. Tatsächlich ist ihm die Auswahl Guillaume nicht vorzuwerfen, da die Sicherheitsüberprüfung durch verschiedene Bundesbehörden stattfindet. Allerdings hat der – innenpolitisch sowieso angeschlagene – Bundeskanzler Angst, durch Informationen aus seinem

Privatleben, über die Guillaume verfügt, erpressbar zu werden.

Zum Nachfolger Willy Brandts wird Helmut Schmidt gewählt. Sein Vizekanzler und Außenminister ist der FDP-Politiker Hans-Dietrich Genscher, da der bisherige Amtsinhaber Walter Scheel wenige Tage vorher zum Bundespräsidenten gewählt worden ist.

In Frankreich wird ebenfalls im Mai Valéry Giscard d'Estaing zum Präsidenten gewählt. Er und Helmut Schmidt werden sich gut verstehen und eng zusammenarbeiten.

Im Juni verliert die bundesdeutsche Nationalmannschaft in Hamburg im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft gegen das Team der DDR, wird aber im darauffolgenden Monat dennoch Weltmeister. Der Schütze des Siegestores der DDR, Jürgen Sparwasser vom FC Magdeburg, wird 1988 in die Bundesrepublik flüchten.

Die Errichtung des Umweltbundesamtes in Berlin führt zu heftigen Protesten der DDR und der Sowjetunion, die das als einen Verstoß gegen das Berlin-Abkommen sehen. Dennoch wird das Amt eingerichtet.

Bundespräsident Scheel (rechts Präsident Thiele) übernimmt die Schirmherrschaft über den Volksbund. Er sagt: „Die private Idee, auf die der Volksbund seine Arbeit aufgebaut hat, ist förderungswürdig und höher zu bewerten als die staatliche Pflicht.“

1975

Die Einweihung der Kriegsgräberstätte in Bergheim bei Colmar/Frankreich, des letzten der 22 deutschen Soldatenfriedhöfe des Zweiten Weltkrieges in Frankreich, wird zu einem vielbeachteten Bekenntnis zur Verständigung und der Freundschaft zwischen Deutschen und Franzosen. Professor Dr. Carlo Schmid hält die Gedenkrede.

Günter Gaus, Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR, besucht zum Jahrestag des Kriegsendes den Waldfriedhof in Halbe und legt einen Kranz nieder.

Als letzte der 34 deutschen Kriegsgräberstätten in Dänemark – überwiegend Friedhöfe für Flüchtlinge aus Ostdeutschland – wird das Gräberfeld in Fredericia/Jütland (401 Kriegstote) mit Grabzeichen aus Natursteinen versehen. Die deutsche Kriegsgräberstätte Dionyssos-Rapendoza in Griechenland wird eingeweiht. Die Arbeit des Volksbundes in Griechenland ist jedoch umstritten. Die Exekutionen und die Unterdrückung durch die deutsche Besatzung sind nicht vergessen. In der griechischen Presse erscheinen kritische Artikel gegen den Volksbund.

Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher besuchen die Kriegsgräberstätte Ljublino bei Moskau, Russland.

Auf dem Wiener Zentralfriedhof wird der vom Volksbund gestaltete Teil für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges eingeweiht.

Der Bundespräsident würdigt mit der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik den engagierten Einsatz Präsident Thieles für die Kriegsgräberfürsorge.

Präsident Thiele besucht auf Einladung des Sowjetischen Roten Kreuzes erstmals die Sowjetunion. Er legt in Ljublino/Moskau einen Kranz nieder.

Im November besuchen auch Bundespräsident Scheel und Außenminister Genscher den Friedhof in Ljublino.

Über 800.000 Besucher zählt der Volksbund auf den 28 Kriegsgräberstätten, die mit einem Verwalter besetzt sind. Die Hälfte der Besucher kommt aus der Bundesrepublik. Die höchsten Besucherzahlen haben die Friedhöfe in Sandweiler/Luxemburg und Lommel/Belgien.

Die Bundesrepublik unterfüttert ihre Beziehungen zu den östlichen Nachbarn mit Abkommen über Handel und Zusammenarbeit. Ein solches wird im Januar mit der tschechischen Republik geschlossen, im Juni beschließen die Bundesrepublik und die Sowjetunion die Einrichtung von Tourismusbüros und im Oktober werden mehrere Vereinbarungen mit Polen getroffen.

Diese regeln unter anderem auch die Ausreisemöglichkeit für 125.000 Deutschstämmige aus Polen.

Innenpolitisch beschäftigen nach wie vor die Linksterroristen sowie die Aktionen gegen sie die Öffentlichkeit. Im Februar wird der Vorsitzende der West-Berliner CDU, Peter Lorenz, von der „Bewegung 2. Juni“ entführt. Sie fordert die Freilassung von sechs Häftlingen der „Bewegung 2. Juni“ sowie der RAF, darunter des früheren RAF-Anwalts Horst Mahler. Diese sollen in den Jemen ausgeflogen werden – und werden es auch. Lorenz kommt frei, aber der Staat hat sich – entgegen dem Votum von Bundeskanzler Schmidt – erpressen lassen. Die Verhandlungsführung

lag beim Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Schütz und Schmidt nahm Rücksicht auf die Intervention von Helmut Kohl, Lorenz auf jeden Fall zu retten.

Zwei Monate später überfällt ein Terrorkommando die deutsche Botschaft in Stockholm, um wiederum mit einer Geiselnahme die Freilassung von 26 Häftlingen zu erpressen. Die Bundesregierung lässt sich darauf jedoch nicht ein. Die schwedische Polizei befreit die Geiseln, aber zwei von ihnen werden dabei getötet.

In Helsinki geht nach zweijährigen Verhandlungen die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) zu Ende. Sie verabschiedet am 1. August eine Schlussakte. Teilgenommen haben an der Konferenz außer Albanien alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada. Die KSZE-Schlussakte enthält auch die Garantie von Menschenrechten, worauf sich Oppositionsgruppen in Osteuropa und in der DDR in der Folgezeit berufen. Zwar hat die KSZE-Akte keinen völkerrechtlich verbindlichen Charakter, aber sie ist eine Willenserklärung, die auch die Führer der Warschauer Pakt-Staaten unterzeichnet haben.

Am 1. August 1975 unterzeichneten höchste Repräsentanten aus 35 Teilnehmerstaaten in Helsinki die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.



1976

In Ostberlin trifft der Volksbundpräsident mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR, Staatssekretär Günter Gaus, zusammen. Gegenstand des Gesprächs sind die von der Regierung der DDR festgelegten Bestimmungen über den Besuch von Soldatengräbern und die Möglichkeiten ihrer praktischen Durchführung. Ein entsprechendes Merkblatt wird an die Volksbundgliederungen, an Reisebüros und an Interessenten ausgegeben.

Der sowjetische Botschafter Falin teilt dem Volksbund mit, dass nach dem Friedhof Ljublino nun auch der Kriegsgefangenenfriedhof im Moskauer Stadtteil Krasnogorsk besucht werden könne.

58 Jugendlager in zehn Staaten Europas stehen für die Sommermonate auf dem Programm des Volksbundes. Nahezu 3.000 junge Menschen aus allen Teilen des Bundesgebietes nehmen daran teil. Fünf internationale Jugendlager mit zahlreichen Teilnehmern aus den Nachbarländern finden in der Bundesrepublik statt. Die Zahl der Anmeldungen übersteigt die Zahl der vorhandenen Plätze. Wie schon in den Vorjahren unterstützt die Bundeswehr die Lager durch Bereitstellung von Bussen, Lastwagen, Feldküchen, Zelten und Arbeitsgerät.

Nach Abschluss einer Vereinbarung zwischen der niederländischen Regierung und der Bundesregierung geht die von der niederländischen Armee angelegte deutsche Kriegsgräberstätte Ysselsteyn am 11. November in die Betreuung durch den Volksbund über.

*Bauarbeiten auf der Kriegsgräberstätte
Ysselsteyn, Niederlande*

Im April wird in Ost-Berlin der Palast der Republik eröffnet. Er steht an der Stelle des früheren Stadtschlusses der preußischen Könige.

Das Gebäude enthält Restaurants, Ausstellungsräume, einen Jugendclub und sogar eine Kegelbahn. Der Stolz der DDR-Bevölkerung auf ihren Staat soll damit befördert werden. Der „Palast“ ist zudem Sitz der Volkskammer der DDR.

Auch der 9. Parteitag der SED findet hier im Mai statt. Erich Honecker wird wiedergewählt, seine Bezeichnung ist nun „Generalsekretär“. Er verkündet ein neues Programm, das sich klar von der Bundesrepublik Deutschland abgrenzt und sie auch nicht mehr als Vergleichsmaßstab ansieht. Honecker will nun den Lebensstandard der DDR-Bürger verbessern, gemäß der „Politik der Hauptaufgabe“, die in einer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bestehen soll. Dafür nimmt er auch eine zunehmende Auslandsverschuldung seines Staates in Kauf.

Im Laufe des Jahres kommt es zu einer Rotation innerhalb der politischen Elite der DDR. Der bisherige Vorsitzende des Ministerrats Horst Sindermann wird auf das einflusslose Amt des Volkskammerpräsidenten abgeschoben, Ministerpräsident wird Willi Stoph. Erich Honecker wird Vorsitzender des Staatsrats und des Verteidigungsrates. Damit ist er oberster Repräsentant des Staates, Chef der das Land beherrschenden Partei und der Vorsitzende des über Militärfragen entscheidenden Gremiums. Honecker hat jetzt die politischen Zügel fest in der Hand.

Im Mai wird die RAF-Mitbegründerin Ulrike Meinhof tot in ihrer Zelle aufgefunden. Sie hat sich offensichtlich erhängt. Ein Fremdverschulden kann nicht nachgewiesen werden, die Vermutung beschäftigt dennoch einen Teil der deutschen Öffentlichkeit.

Aus der Bundestagswahl im Oktober gehen CDU und CSU gemeinsam als stärkste Kraft hervor, SPD und FDP behalten aber die Mehrheit und setzen ihre Koalition unter Kanzler Helmut Schmidt fort.

Während einer Tournee in Westdeutschland bürgert die DDR-Regierung den Liedermacher Wolf Biermann aus, was auch in Künstlerkreisen der DDR für heftige Unruhe sorgt.

*Demonstration gegen den Bau
des Atomkraftwerkes Brokdorf*



1977

Präsident Thiele bittet den Präsidenten des Deutschen Bundestages und den Bundeskanzler um stärkere Unterstützung bei Kontakten zu den östlichen Staaten. Die zwischen dem Volksbund und dem Rumänischen Roten Kreuz vereinbarte Erfassung der deutschen Gräber beider Weltkriege in Rumänien wird abgeschlossen.

Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Jugendlager des Volksbundes findet am 6. Juli auf dem Friedhof in Lommel/Belgien eine Gedenkveranstaltung statt.

Erste offizielle Verhandlungen über Fragen der deutschen Kriegsgräberfürsorge führen im September Präsident Thiele und Bundesgeschäftsführer Neumann mit Regierungsvertretern in Belgrad. Die Gespräche werden in einer aufgeschlossenen Atmosphäre geführt und durch eine Reihe informeller Diskussionen ergänzt. Es besteht die Hoffnung, in absehbarer Zeit erste konkrete Schritte vereinbaren zu können.

Kriegsgräberreise nach Russland: Angehörige besuchen den Kriegsgefangenenfriedhof Ljubljino, Russland.

Nach Tobruk in Libyen und El Alamein in Ägypten wird die Kriegsgräberstätte Bordj Cedria/Tunesien (8.562 Kriegstote) am 28. September als dritte deutsche Kriegsgräberstätte in Nordafrika eingeweiht.

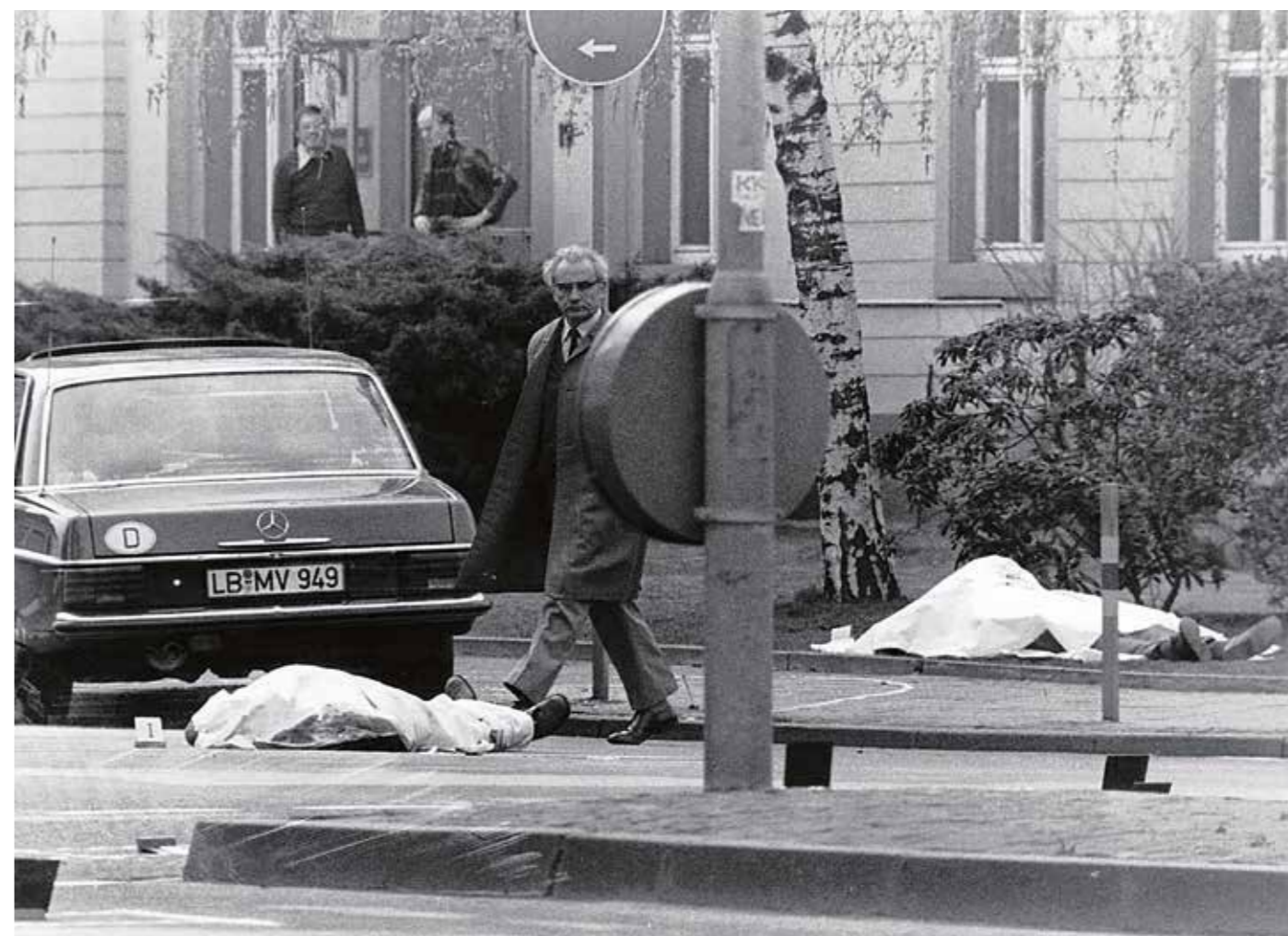
Nach grundlegender Umgestaltung durch den Volksbund wird die internationale Kriegsgräberstätte in Salzgitter-Jammertal im Oktober der Öffentlichkeit übergeben. 4.037 Tote aus fünfzehn Nationen, die während des Zweiten Weltkrieges als Zwangsarbeiter in Salzgitter starben, ruhen auf dieser Anlage. Vertreter der polnischen, sowjetischen, tschechoslowakischen und ungarischen Botschaft nehmen an der Veranstaltung teil.



Wie schon die Ausbürgerung Wolf Biermanns gezeigt hat, kombiniert die DDR-Führung die Annäherung an die Bundesrepublik mit einer schärferen Repression nach innen, zumal sich auch in anderen Ländern des Ostblocks Bewegungen der Opposition formieren.

Honecker knüpft eine großzügigere Reiseregulation an die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik. Andererseits lässt die DDR-Regierung gerne Personen ziehen, von denen sie eine Störwirkung befürchtet. So verlässt im April der Schriftsteller Reiner Kunze die DDR, im Juni folgt ihm der Schauspieler Manfred Krug. Im August wird der Kritiker Rudolf Bahro verhaftet und zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Am DDR-Jahrestag, dem 7. Oktober, kommt es am Alexanderplatz zu blutigen Auseinandersetzungen, die symptomatisch für die Stimmung und die Angst der Regierung sind: Eine Menge von rund 20.000 überwiegend jungen Menschen wartet dort auf ein Konzert, das jedoch wegen eines größeren Unfalls nicht stattfindet. Die Polizei versucht, den Krankenwagen einen Weg zu bahnen, was die Konzertbesucher jedoch

Mordanschläge von Terroristen erschüttern die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Zwei Unbekannte ermorden am 7. April in Karlsruhe Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinen Fahrer.



nicht verstehen. Sie reagieren auf den Polizeieinsatz mit Gewalt und mit regimekritischen Rufen („Was ist Deutschlands größte Schande – die Honecker-Bande“). Die Polizei greift hart durch, es gibt über 300 Festnahmen und später 87 Haftstrafen zwischen sechs Wochen und vier Jahren.

Die Bundesrepublik hat weiterhin mit dem Linksterrorismus zu tun, dem auch der Generalbundesanwalt, Siegfried Buback und der Sprecher des Vorstands der Dresdner Bank, Jürgen Ponto zum Opfer fallen.

Im September wird Arbeitgeber-Präsident Hanns-Martin Schleyer von den Terroristen entführt. Sie verlangen die Freilassung von RAF-Häftlingen. Um die Forderung zu unterstützen, entführt im Oktober ein palästinensisches Kommando eine Lufthansa-Maschine. Die Spezialtruppe des Bundesgrenzschutzes GSG 9 befreit die Geiseln. Die RAF-Häftlinge Baader, Ensslin und Raspe begehen daraufhin in ihren Zellen Selbstmord.

Bundeskanzler Schmidt lehnt jedes Zugeständnis an die Entführer von Schleyer ab. Schleyer wird im Oktober von ihnen ermordet.

1978

Auf dem Bundesvertretertag wird Regierungspräsident i. R. Dr. Josef Schneeberger zum neuen Präsidenten des Volksbundes gewählt. Auf Bitte von Präsident Schneeberger spricht Bundeskanzler Schmidt beim Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew in Bonn auch das noch immer ungelöste Problem der deutschen Kriegsgräber in der Sowjetunion an.

In der Fragestunde des Bundestages am 13. April nimmt die Bundesregierung zum Problem der Kriegsgräberstätten in Ost- und Südosteuropa Stellung. Ihr Sprecher betont, dass die Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit dem Volksbund seit vielen Jahren bestrebt sei, die Frage der Errichtung und Betreuung von Soldatenfriedhöfen in Ost- und Südosteuropa zu regeln.

Die Ministerpräsidenten aller deutschen Bundesländer fassen in Bonn folgenden Beschluss: „Die Bundesregierung wird gebeten, bei den Staaten Osteuropas weiterhin nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass eine für alle Seiten zufriedenstellende Regelung für die deutschen Kriegsgräber in diesen Staaten erreicht wird.“

Das Ungarische Rote Kreuz sichert dem Volksbund die Erhaltung aller deutschen Kriegsgräber in Ungarn zu. Bis Ende 1979 soll die 1969 begonnene Erfassung der deutschen Kriegsgräber abgeschlossen sein.

Bei einem Besuch in Warschau spricht Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auch das Thema der Pflege deutscher Kriegsgräber in Polen an.

Generalsekretär Neumann führt Gespräche mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär Günther Gaus, und mit Vertretern der evangelischen Kirche. Die Erhaltung und Pflege der Kriegsgräber auf dem Gebiet der DDR ist das Hauptthema. In der Bundesrepublik wohnende Angehörige dürfen zum Besuch von Kriegsgräbern in die DDR einreisen und bei den örtlichen Stellen Grabschmuck in Auftrag geben.

Workcamp in Cannock Chase, Großbritannien; Jugendliche ziehen die Grabinschriften nach.



Die DDR befindet sich weiterhin im Aufwind internationaler Anerkennung. Im März kommt der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky als erster westlicher Regierungschef zu einem Staatsbesuch nach Ost-Berlin. Im Mai empfängt Honecker den Palästinenser-Führer Jassir Arafat.

Im August wird der DDR-„Fliegerkosmonaut“ Sigmund Jähn der erste Deutsche im Weltall.

Die Bundesrepublik wird im Mai vom sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew besucht. Man vereinbart eine weitreichende Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet.

Der Linksterrorismus ist nach wie vor ein beherrschendes Thema in der Bundesrepublik. Innenminister Maihofer übernimmt die Verantwortung für Fahndungsspannen im Fall Schleyer und tritt im Juni zurück. Sein Nachfolger wird Gerhart Rudolf Baum.

Die deutschen Terrorverdächtigen Mohnhaupt, Wagner, Boock und Hoffmann werden im Mai in Jugoslawien verhaftet, aber schließlich nicht nach Deutschland ausgeliefert, weil dem Belgra-

der Kreisgericht die Beweise nicht ausreichen. Tatsächlich wollen die jugoslawischen Behörden im Austausch die Auslieferung von kroatischen Separatisten durch die Bundesrepublik erreichen, was diese ablehnt. Die Beschuldigten dürfen in ein Land ihrer Wahl ausreisen und landen im Jemen. Die Bundesregierung wird darüber nicht informiert. Alle vier werden später nach Deutschland zurückkehren und weitere Verbrechen verüben. In Deutschland wird im September Willy Peter Stoll, von dem andere Täter sagen, er sei an der Schleyer-Entführung beteiligt gewesen, erschossen, als er sich seiner Festnahme widersetzt.

Im August muss der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Filbinger zurücktreten, weil ihm vorgeworfen wird, im Dritten Reich als Marinerichter Soldaten zum Tode verurteilt zu haben. Empörung erregt seine Rechtfertigung: „Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein.“

Im Oktober wird der Krakauer Bischof Karol Wojtyła als Johannes Paul II. zum Papst gewählt. Er wird beim Umbruch in Mittelosteuropa eine große Rolle spielen.

Ölpest an der Küste der Bretagne nach der Havarie des Tankers Amoco Cadiz. Durch solche Katastrophen wächst das Umweltbewusstsein vieler Menschen.



1979

Der Volksbund besteht seit 60 Jahren und veröffentlicht aus diesem Anlass eine Denkschrift zur Frage der 3,8 Millionen deutschen Kriegsgräber in den Staaten Ost- und Südosteuropas.

Die Tätigkeit dort ist nach wie vor nicht möglich.

Am 4. Mai hält Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum die Ansprache bei einem Festakt zum 60-jährigen Bestehen und betont, dass die Bundesregierung alles Erdenkliche tun wolle, damit diese Zukunftsaufgabe realisiert werden könne. Hoffnungen auf weitere Gespräche in Jugoslawien und Polen zerschlagen sich jedoch.

Bundespräsident Karl Carstens übernimmt die Schirmherrschaft über den Volksbund. Er erklärt: „Das Wirken des Volksbundes geht weit über die Aufgaben der Fürsorge für die Kriegsgräber hinaus. Durch seine Friedensarbeit unter dem Motto – Versöhnung über den Gräbern – trägt der Volksbund zum besseren Verständnis unter den Völkern in Europa bei.“

Der Bundesvorstand würdigt die Verdienste von Altbundespräsident Walter Scheel um die

Kriegsgräberfürsorge mit der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft.

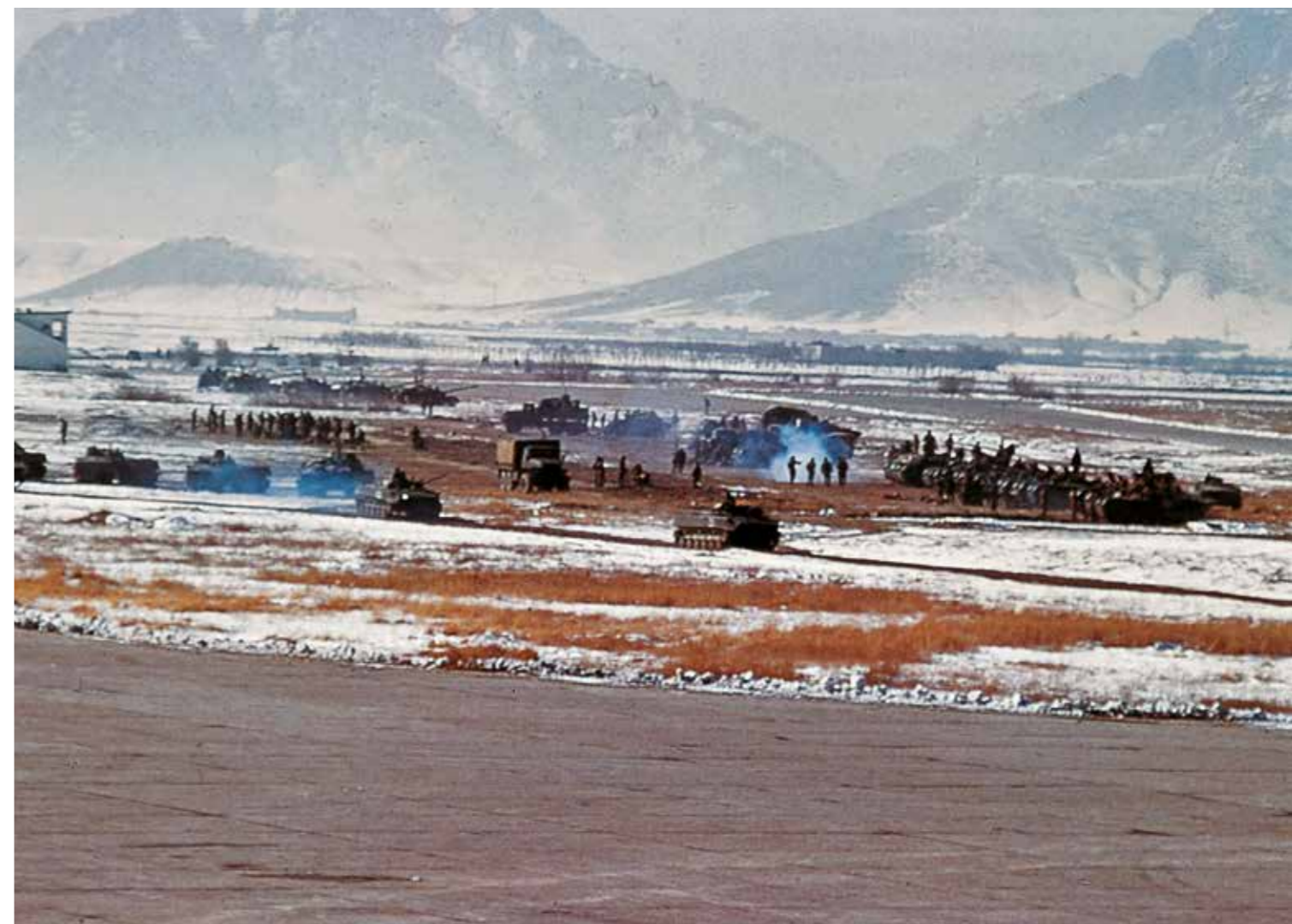
Bei seinem Besuch in Rumänien legt Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Oktober auf dem Friedhof „Pro Patria“ in Bukarest einen Kranz nieder. Dort ruhen 3.855 deutsche Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkrieges.

Der Volksbund erhält für seine völkerversöhnende Arbeit die Goldmedaille der französischen Société d'Encouragement au Bien.

Am 4. Mai gedenkt der Volksbund in der Bonner Beethovenhalle seiner Gründung vor 60 Jahren.



Sowjetische Truppen marschieren am 26. Dezember in Afghanistan ein. Der Widerstand afghanischer Rebellen wird später zu einem erbitterten Partisanenkrieg.



Die beiden deutschen Staaten sind füreinander auch wichtige Objekte der nachrichtendienstlichen Aufklärung. Aufgrund der Angaben eines Überläufers aus der DDR gelingt es der Bundesrepublik, 14 DDR-Spione zu enttarnen.

Im März setzt sich eine Agentin der DDR, die bei der NATO arbeitet, vor ihrer Verhaftung nach Ost-Berlin ab.

Im Februar wird erstmals der vierteilige US-Film „Holocaust“ im deutschen Fernsehen ausgestrahlt. Er erzählt die Verfolgung und Vernichtung der Juden in der Zeit des Nationalsozialismus am Beispiel einer Familie und macht dadurch das Unbegreifbare des Massenmords fassbar. Der Film löst große Betroffenheit und viele Diskussionen über die Verbrechen im Nationalsozialismus aus. Der Begriff „Holocaust“ findet Eingang in den deutschen Sprachgebrauch. Im Juli hebt der Bundestag die Verjährung von Mord ganz auf, so dass NS-Verbrechen zeitlich unbeschränkt verfolgt werden können. Im September entscheidet der Bundesgerichtshof, dass das Leugnen der massenhaften Tötung von Menschen in den Vernichtungslagern (sog. Auschwitz-Lüge) ein Straftatbestand ist.

In der Bundesrepublik formiert sich der Widerstand gegen die Nutzung von Atomenergie, nicht zuletzt weil die Frage der Lagerung des über Jahrtausende strahlenden nuklearen Abfalls ungeklärt ist. Gegen ein Atommülllager im niedersächsischen Gorleben demonstrieren Ende März 40.000 Menschen. Gorleben wird zu einem Symbol der Anti-Atomkraft-Bewegung werden.

Im Mai wird der Christdemokrat Karl Carstens zum Bundespräsidenten gewählt.

Im Juni bestimmen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Gemeinschaft zum ersten Mal die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in einer direkten Wahl.

Ende Oktober vereinbaren die NATO-Mitglieder, ihre Mittelstreckenraketen zu modernisieren, falls der Warschauer Pakt seine Raketen nicht abzieht. Der „NATO-Doppelbeschluss“ wird die öffentliche Debatte über Jahre bestimmen.

Im Oktober zieht die Partei „Die Grünen“ erstmals in ein Landesparlament ein, es handelt sich um die Bürgerschaft in Bremen.



1980

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Richard Stücklen, gibt zum 35. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai die folgende Erklärung zur Frage der deutschen Kriegsgräberfürsorge ab:

„Mit dem Gedenken an die Opfer verbinden wir den Appell, das Andenken der Toten aller Nationen im In- und Ausland zu respektieren. Wir beziehen in diesen Respekt die Pflege der letzten Ruhestätten von Millionen Deutschen im In- und Ausland ein. Dankbar nehmen wir die Tatsache zur Kenntnis, dass die Gräber in zahlreichen Ländern der Welt gepflegt werden können. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat sich dieser Verpflichtung vorbildlich angenommen. (...) Ich möchte den heutigen Tag zum Anlass nehmen, an die Regierungen der osteuropäischen Länder, insbesondere an die Sowjetunion, zu appellieren, sich den humanitären Anliegen der Kriegsgräberfürsorge nicht zu verschließen. Es ist eine über die Grenzen hinausreichende Verpflichtung, die letzten Ruhestätten der Opfer in Würde und Humanität zu gestalten.“

Der Volksbund rechnet damit, im kommenden Jahr erste Arbeiten zur Sicherung und Herrichtung deutscher Kriegsgräber in einigen südosteuropäischen Staaten beginnen zu können. In

Jugoslawien soll ein Friedhof in Belgrad instand gesetzt werden sowie weitere acht Friedhöfe, auf denen deutsche Gefallene und Kriegsgefangene begraben sind. In Braila/Rumänien haben die Arbeiten zum Bau einer deutschen Kriegsgräberstätte begonnen.

Mehr als 500.000 Gefallene hat der Umbettungsdienst seit den 1950er Jahren in Westeuropa und Nordafrika geborgen. 135.000 davon wurden identifiziert. Seit 1953 haben fast 110.000 junge Leute an den Jugendlagern des Volksbundes teilgenommen. Bundeswehrsoldaten sammeln 1980 über 3,7 Millionen Mark. Etwa 30.000 Grabschmuck- und Fotowünsche werden erfüllt.

»Mit dem Gedenken an die Opfer verbinden wir den Appell, das Andenken der Toten aller Nationen im In- und Ausland zu respektieren.«
RICHARD STÜCKLEN

Bundespräsident Carstens besucht während einer Wanderung durch Hessen den Soldatenfriedhof Ludwigstein (mit Stock: Ministerpräsident Holger Börner). Der Landesverband Hessen des Volksbundes hat die Gräberstätte unterhalb der Jugendburg Ludwigstein 1960/1961 angelegt. Hier ruhen 294 Kriegstote aus verschiedenen Ländern, darunter auch Opfer der Gestapo.

Die beiden deutschen Staaten sind in den Vereinten Nationen „angekommen“. Die DDR wird im Januar für zwei Jahre Mitglied des UN-Sicherheitsrats und löst damit die Bundesrepublik ab. Deren UNO-Botschafter wird im September für ein Jahr Präsident der Generalversammlung.

Die Ost-West-Beziehungen sind durch den 1979 erfolgten Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan angespannt. Bundeskanzler Schmidt sagt deswegen im Januar ein Treffen mit Erich Honecker ab. 30 Staaten, darunter auch die Bundesrepublik, nehmen aus Protest gegen die Intervention auch nicht an den Olympischen Sommerspielen im Juli und August in Moskau teil.

Auf der Arbeitsebene werden die Kontakte jedoch fortgesetzt. So schließen die beiden deutschen Staaten im April eine Vereinbarung über die Verkehrswege nach West-Berlin ab und im Mai finden Gespräche über eine Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Technologie statt.

Im Mai stirbt der jugoslawische Staatspräsident Josip Broz Tito, der Zerfall des Vielvölkerstaates Jugoslawien zeichnet sich damit ab.

Im August gibt es Streiks und Unruhen in Polen, vor allem in Gdansk (Danzig). Die Demonstran-

ten erreichen weitgehende Zugeständnisse wie die Garantie des Streikrechts sowie das Recht, Gewerkschaften zu gründen. Noch im selben Monat entsteht die Gewerkschaft Solidarność.

Auf dem Münchner Oktoberfest wird ein Bombenanschlag verübt, der 13 Menschen tötet und über 200 verletzt. Täter ist offensichtlich ein Rechtsextremist, der bei dem Anschlag selbst umkommt.

Bei den Bundestagswahlen am 5. Oktober behalten SPD (42,9 Prozent) und FDP (10,6 Prozent) ihre Mehrheit, auch wenn die CDU/CSU wieder die stärkste Fraktion stellt (44,5 Prozent). Helmut Schmidt bleibt Bundeskanzler.

Im Oktober erhöht die DDR den Zwangsumtausch für westliche Besucher auf 25 Mark pro Tag. SED-Chef Honecker macht die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bundesrepublik zur Voraussetzung einer Verbesserung der Beziehungen. Die Bundesrepublik geht aber weiterhin von einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit aus.

Die politische Landschaft kommt in Bewegung – Gründung der Partei „Die Grünen“ in Karlsruhe.

1981

Eine jugoslawische Delegation unter Leitung von Botschafter a. D. Prof. Dr. Gavro Altman besucht die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes. Die Verhandlungen ergeben weitgehende Übereinstimmung in der grundsätzlichen Frage der Kriegsgräberfürsorge in Jugoslawien.

Der Vertretertag beschließt am 24. Oktober in Mainz: „Die Bundesregierung wird gebeten, sie möge für die Errichtung eines zentralen Gedenk- und Mahnmals auf deutschem Boden besorgt sein. Das Gedenk- und Mahnmal soll Stätte des Gedenkens sein an alle Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft, insbesondere an jene, deren Gräber unerreichbar sind. Das Gedenk- und Mahnmal soll zugleich Ort der Mahnung und der Besinnung sein, darauf, dass der Friede das höchste Gut der Menschheit ist.“

Das Ausbauprogramm der deutschen Kriegsgräberstätten des Ersten Weltkrieges in Frankreich wird abgeschlossen. 150.000 Kreuze, Stelen und

Platten kennzeichnen nun die Gräber der ca. 450.000 in Einzelgräbern bestatteten Kriegstoten.

In mehrjähriger Arbeit haben Jugendliche und Bundeswehrsoldaten auf der deutschen Kriegsgräberstätte Ysselsteyn/Niederlande über 31.000 Natursteinkreuze aufgestellt.

Der Volksbund erreicht in Verhandlungen mit dem Ungarischen Roten Kreuz im September, dass eine deutsche Kriegsgräberstätte im X. Bezirk von Budapest instand gesetzt wird. Auf dieser Anlage ruhen ca. 6.000 Gefallene.

Zur Bundesgartenschau in Kassel wird eine Freiluftausstellung entwickelt, die sechs Monate lang die Besucher über die weltweite Volksbundarbeit informiert.



Erfolgreicher Start der Europarakete Ariane am 19. Juni in Kourou/Französisch-Guayana. An Bord: der europäische Wettersatellit Meteosat 2.



Eine Reihe von Attentaten und politischen Morden erschüttert die deutsche und die Weltöffentlichkeit.

Im März wird der amerikanische Präsident Ronald Reagan, der im Januar sein Amt angetreten hat, Opfer eines Attentats, das er jedoch überlebt. Im Mai wird der hessische Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry von Terroristen erschossen, zwei Tage später ist Papst Johannes Paul II. Opfer eines Anschlags, bei dem er schwer verletzt wird. Im September richtet sich ein Attentat deutscher Linksterroristen gegen den Oberbefehlshaber der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa in Heidelberg. Im Oktober wird der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat von politischen Gegnern ermordet.

Die Europäische Union wird um Griechenland auf zehn Mitglieder erweitert.

In Polen halten die Auseinandersetzungen zwischen der Staats- und Parteiführung und der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność an. Gewerkschaftsführer Wałęsa erhält die Unterstützung von Papst Johannes Paul II. Ende des Jahres weiß die polnische Regierung sich nicht mehr anders zu helfen, als das Kriegsrecht zu verhängen.

Die politische Debatte in der Bundesrepublik wird stark von dem NATO-Doppelbeschluss bestimmt. Sowohl Kanzler Schmidt (SPD) als auch Außenminister Genscher (FDP) drohen im Mai ihren Parteien gegenüber mit Rücktritt, falls sie keine Unterstützung dafür erhalten. Die Parteien stellen sich hinter ihre Vorsitzenden. Im Oktober demonstrieren in Bonn 300.000 Menschen gegen den Doppelbeschluss.

Im Juni geht nach über fünf Jahren der Majdanek-Prozess zu Ende, in dem Aufseher des gleichnamigen Konzentrationslagers vor Gericht standen. Wieder gibt es öffentliche Proteste gegen zu milde Urteile.

Trotz der Verschärfung des Tons zwischen Ost und West bleiben die beiden deutschen Staaten im Gespräch miteinander. Nach einem Briefwechsel zwischen Schmidt und Honecker, in dem beide Seiten ihre Bereitschaft zum konstruktiven Miteinander erklären, reist Bundeskanzler Schmidt im Dezember in die DDR. Die Gespräche am Werbellin-See werden von der Meldung überschattet, dass in Polen zeitgleich das Kriegsrecht verhängt wird.



1982

Die Arbeit des Volksbundes findet Dank und Anerkennung aller Parteien bei einer Aussprache im Plenum des Deutschen Bundestages, die auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU am 30. April stattfindet.

In einem einstimmig gefassten Beschluss heißt es u.a., dass die Erfassung und Pflege deutscher Kriegsgräber nicht allein eine private Aufgabe des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sei, sondern im Interesse aller Deutschen liege. Daher sei es Aufgabe der Bundesregierung, so lange selbst die erforderlichen Verhandlungen zu führen, bis diese vom Volksbund fortgesetzt werden könnten. Besonders herausgehoben wird in der Debatte, dass die Arbeit des Volksbundes die Verständigung, Versöhnung und den Frieden fördere. Dieses dokumentierte sich besonders in seiner Jugendarbeit.

Eine Delegation des Vorstandes unter Leitung des Präsidenten besucht im März auf Einladung des Sowjetischen Roten Kreuzes die Sowjetunion. Ein weiteres Gespräch mit Vertretern des Sowjetischen Roten Kreuzes schließt sich in Kassel an. Es werden Fotos von Gräbern deutscher Kriegsgefangener auf den Gefangenenfriedhöfen Tambow, Kirsanow und Morchansk mit der Erklärung

überreicht, dass diese Friedhöfe künftig von deutschen Reisegruppen besucht werden dürfen. Außerdem erhält der Volksbund Listen mit den Namen von 757 deutschen Soldaten, die auf diesen Anlagen begraben sein sollen.

Der Vertretertag wählt am 18. Oktober in Kassel den bisherigen Vorsitzenden des Landesverbandes Niedersachsen, Verwaltungspräsident a. D. Eduard Haßkamp, zum Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Schneeberger.

Der Jugendausschuss als beratendes Gremium des Präsidiums begeht den 20. Jahrestag seiner Gründung.

Der Landesverband NRW startet das Projekt "Ysselsteyn". Dabei geht es darum, Kriegsgräberstätten als Begegnungsstätten vor allem für Jugendliche zu nutzen. Eine Schulklasse aus Lindlar macht den Anfang und führt eine Projektwoche in Ysselsteyn durch.

In Tarabya bei Istanbul/Türkei wird am 14. November eine Kriegsgräberstätte für 505 Gefallene des Ersten und 172 Gefallene des Zweiten Weltkrieges eingeweiht. Der Volksbund hat hier alle in der Türkei bestatteten deutschen Kriegstoten zusammengebettet.



In der Bundesrepublik kriselt es in der Regierungskoalition. Zwar sprechen alle Abgeordneten von SPD und FDP im Februar Bundeskanzler Schmidt noch einmal das Vertrauen aus, aber die Gemeinsamkeiten zwischen den Regierungsparteien scheinen erschöpft.

Im September kündigt Helmut Schmidt die Koalition auf, die FDP-Minister verlassen das Kabinett. Schmidt möchte vorgezogene Bundestagswahlen erreichen, aber eine neu gebildete Koalition aus CDU/CSU und FDP wählt stattdessen am 1. Oktober Helmut Kohl zum Bundeskanzler. Auch Kohl will Neuwahlen, möchte den Wahlkampf aber aus der Position des Kanzlers führen. Er stellt im Dezember die Vertrauensfrage, bei der ihm seine Koalition, die ihn kurz zuvor gewählt hat, absprachegemäß das Vertrauen entzieht. Der Bundestag wird nach diesem, von vielen Verfassungsrechtlern kritisierten, Verfahren aufgelöst, Neuwahlen werden für den März 1983 angesetzt.

Die schlimmsten Zeiten des Linksterrorismus scheinen vorbei zu sein. Im Juni wird das RAF-Mitglied Sieglinde Hofmann wegen Beteiligung an der Ermordung des Bankiers Jürgen

Ponto zu 15 Jahren Haft verurteilt. Nach wie vor gibt es aber auch Terrorismus von rechts. Im Juni erschießt ein Rechtsextremist drei Ausländer und richtet sich dann selbst.

Die Gefahren der Aufrüstung beschäftigen die Öffentlichkeit in beiden deutschen Staaten weiterhin. Im Februar findet in Dresden ein kirchliches Friedensforum mit rund 5.000 Teilnehmern statt – für die DDR ein außergewöhnlicher Vorgang. In Bonn demonstrieren im Juni anlässlich eines NATO-Gipfels weit über 400.000 Menschen für Frieden und gegen Nachrüstung.

Einige Tage vor dem Gipfel tritt Spanien der NATO bei.

In der Sowjetunion stirbt Staats- und Parteichef Breschnew, sein Nachfolger als Generalsekretär des ZK der KPdSU wird der bisherige Geheimdienstchef Jurij Andropow, der 1983 auch die Funktion des Staatsoberhauptes übernehmen wird.

Zwischen West-Berlin und Hamburg wird die Autobahn eröffnet, die den Transitverkehr nach Norden, der bislang über Landstraßen führte, sehr erleichtert.

An den Protesten gegen den NATO-Doppelbeschluss in Bonn nehmen insgesamt über 400.000 Menschen teil.

1983

Auf Initiative des Volksbundes bilden Vertreter von Vereinen und Verbänden ein Kuratorium zur Errichtung einer nationalen Mahn- und Gedenkstätte des deutschen Volkes auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland.

Zum Vorsitzenden wird der Volksbundpräsident gewählt. Dem Kuratorium gehören an:

- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge,
- Deutsches Rotes Kreuz,
- Deutscher Bundeswehrverband,
- Bund der Vertriebenen,
- Reichsbund der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen,
- Ring deutscher Soldatenverbände,
- Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands,
- Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands,
- Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen.

Im Juli verhandelt eine Delegation des Volksbundes in Moskau abermals mit dem Präsidium des Sowjetischen Roten Kreuzes über deutsche Kriegsgräberstätten in der Sowjetunion. Die-

ses erklärt, dass überirdisch erkennbare deutsche Soldatenfriedhöfe aus der Kriegszeit nicht mehr vorhanden seien. Es könne aber sein, dass weitere Kriegsgefangenenfriedhöfe gefunden würden. Das Sowjetische Rote Kreuz lehne es allerdings ab, dem Volksbund bei der Suche nach deutschen Kriegsgräberstätten zu helfen.

Mit der Einweihung der Kriegsgräberstätte Oberwölbling/Österreich (4.059 Gefallene) im September wird die neunte von insgesamt zehn im Bundesland Niederösterreich geplanten Anlagen fertiggestellt. Der Volksbund pflegt in Österreich die Gräber von insgesamt 24.957 Gefallenen. Diese Arbeit mit Gesamtkosten von zehn Millionen D-Mark ist aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden vom Volksbund finanziert worden. Er arbeitet eng mit dem Österreichischen Schwarzen Kreuz (ÖSK) zusammen.

In Spanien wird die einzige deutsche Kriegsgräberstätte Cuacos de Yuste (26 Gefallene des Ersten Weltkrieges, 154 Gefallene des Zweiten Weltkrieges) eingeweiht.

Eine Volksbundreise führt erstmals zu vier Kriegsgefangenenfriedhöfen in der UdSSR: Morschansk, Kirsanov, Krasnogorsk, Tambow.

Aus den vorgezogenen Bundestagswahlen gehen CDU/CSU mit 48,8 Prozent als Gewinner hervor.

Die FDP erzielt 6,9 Prozent, während die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel unter die Vierzig-Prozent-Marke sinkt. Erstmals im Bundestag vertreten sind die Grünen mit 5,6 Prozent. Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler, Außenminister Genscher sein Vertreter.

Nach wie vor sorgen die Nachrüstungspläne in beiden deutschen Staaten für große Demonstrationen. Im November beschließt der Bundestag gegen die Stimmen nicht nur der Grünen, sondern auch der SPD, am Doppelbeschluss festzuhalten. Wenige Tage später werden die ersten amerikanischen Pershing-II-Raketen in Deutschland stationiert.

Im November kündigt die Staatsanwaltschaft Bonn an, gegen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP), seinen Vorgänger Friderichs (FDP) und den früheren Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen Riemer (FDP) Anklage wegen Bestechlichkeit und Steuerhinterziehung zu erheben. Der Flick-Konzern hatte jahrelang verdeckte Spenden an verschiedene politische Parteien geleistet, „zur Landschaftspflege“, wie der zuständi-

ge Manager sagte. „Die gekaufte Republik“ ist der Titel eines Buches, das die Affäre dokumentiert.

Auch das Vertrauen in die Medien wird erschüttert. Im April meldet die Zeitschrift „Stern“, die Tagebücher Adolf Hitlers gefunden zu haben, und veröffentlicht Auszüge davon. Wenige Wochen später stellen sie sich als komplette Fälschung heraus.

Auf der Transitstrecke nach West-Berlin kommt es im April zu zwei Todesfällen bei einer Vernehmung und bei einer Zollabfertigung. Die daraus resultierende Verschlechterung des deutsch-deutschen Verhältnisses führt zur Absage eines geplanten Besuchs von Erich Honecker in Bonn.

Dennoch unterstützt die Bundesregierung die DDR durch die Bürgschaft für einen Milliardenkredit. Dieser wird durch den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß eingefädelt. Mit dieser Politik unzufriedene Bundestagsabgeordnete treten aus der CSU aus und gründen „Die Republikaner“.

Diese Wand in der Gedenkstätte im heutigen Wolgograd, Russland erinnert an die Kolonne der 110.000 deutschen Soldaten in die sowjetische Kriegsgefangenschaft. Von ihnen sind nur ca. 5.000 nach Hause zurückgekehrt. Viele deutsche Besucher legen hier zum Gedenken an ihre Angehörigen Blumen nieder.





1984

Der italienische Staatspräsident Sandro Pertini empfängt den Präsidenten des Volksbundes. Zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie veranstaltet der Volksbund auf der deutschen Kriegsgräberstätte La Cambe am 8. Juni eine Gedenkfeier.

Altbundespräsident Carstens wird für seine Unterstützung der Kriegsgräberfürsorge die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker übernimmt die Schirmherrschaft über den Volksbund.

Der Präsident nimmt an dem Treffen des Commonwealth-German-French Joint Committee (Gemeinsamer Ausschuss für Kriegsgräbefragen), in dem Erfahrungen und Meinungen ausgetauscht werden, teil. Bei dieser alle fünf Jahre stattfindenden Sitzung, die von der Commonwealth War Graves Commission diesmal in London ausgerichtet wird, sind auch die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Australiens anwesend.

Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand besuchen am 22. September den deutschen Soldatenfriedhof Consenvoye

nördlich von Verdun. Dieses erste Zusammentreffen eines deutschen Kanzlers und eines französischen Präsidenten auf einem deutschen Soldatenfriedhof hat der Volksbund angeregt. Der Soldatenfriedhof Cernay/Frankreich (7.485 Gefallene beider Weltkriege) wird fertiggestellt und unter großer Beteiligung der Bevölkerung und von Veteranenverbänden eingeweiht.

Die internationale Anerkennung der DDR drückt sich in einer Reihe von Staatsbesuchen westlicher Regierungschefs aus.

Im Juni kommt der schwedische Ministerpräsident, im Juli der griechische und der italienische, im November der österreichische Bundeskanzler. Erich Honecker besucht im Oktober Finnland. Am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den sowjetischen Staats- und Parteichef Andropow, der von Konstantin Tschernenko ersetzt wird, treffen im Februar zum ersten Mal Helmut Kohl und Erich Honecker zusammen. Einen für Ende September geplanten Besuch in der Bundesrepublik sagt Honecker jedoch ab, weil er die kritische Diskussion darüber in Westdeutschland als „äußerst unwürdig und abträglich“ empfindet. Trotzdem wollen beide Seiten den Kontakt nicht abreißen lassen, auch wenn selbst der Kulturaustausch sich nicht immer als einfach erweist und Zensurvorgaben im ersten Halbjahr zu Konzertabsagen der westdeutschen Musikgruppe BAP sowie von Udo Lindenberg führen.

Einen ersten Kontakt zwischen Parlamentariern von Bundestag und Volkskammer gibt es im März, als eine Delegation der SPD-Fraktion nach Ost-Berlin reist.

Im Juli verbürgt die Bundesregierung erneut einen Kredit an die DDR über fast eine Milliarde D-Mark. Ende November gibt die DDR bekannt, dass sie die letzten Selbstschussanlagen abgebaut hat. Geschossen wird an der DDR-Grenze jedoch weiterhin.

Im Mai wird Richard von Weizsäcker, bislang Regierender Bürgermeister von Berlin, zum Bundespräsidenten gewählt.

An den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles nehmen DDR-Sportler, bei den Winterspielen in Sarajewo im Februar das erfolgreichste Team, nicht teil. Dies wird als Antwort auf den Boykott der Olympiade vier Jahre zuvor in Moskau gesehen. Aus dem Ostblock tritt nur Rumänien an.

Im September treffen der französische Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl in Verdun zusammen, um der Opfer des Ersten Weltkriegs zu gedenken. Das Bild der beiden Politiker, die sich während der Nationalhymnen an der Hand halten, geht als Symbol der Versöhnung um die Welt.

Händedruck als Symbol der Versöhnung: Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl auf der Kriegsgräberstätte Verdun vor dem Memorial auf dem Douaumont in Frankreich.

1985

Bei der Einweihung des neuen Kriegsmuseums in Ypern/Belgien, zu dessen Ausstattung der Volksbund eine Serie von Großfotos deutscher Kriegsgräberstätten beigesteuert hat, bedankt sich der Präsident des Volksbundes bei König Baudouin für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den belgischen Behörden und Institutionen.

Der Parlamentarische Ring, dem Abgeordnete der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, der SPD und der FDP angehören, informiert sich in Italien auf den Kriegsgräberstätten Pomezia und Cassino über die Arbeit des Volksbundes.

Papst Johannes Paul II. empfängt am 9. Januar eine Delegation des Volksbundes im Vatikan.

Der Volksbund stellt nach mehrjähriger Arbeit ein Gedenkbuch fertig, das die Namen von 63.686 deutschen Marinesoldaten enthält, die im Zweiten Weltkrieg auf See gefallen oder verschollen sind. Der Präsident des Volksbundes überreicht das Buch dem Präsidenten des Deutschen Marinebundes, Konteradmiral a. D. Hans-Arend Feindt.

Für den Volksbund beginnt eine neue Ära: der Abschluss der großen Baumaßnahmen. Nur die Friedhöfe in Blumau bei Wien und in Dely Ibrahim bei Algier sind noch fertigzustellen. Präsident Haßkamp beschreibt die neue Situation bereits zum Jahresanfang: „Die Beendigung der großen Baumaßnahmen ist in der Geschichte des Volksbundes sicher ein bedeutsames Ereignis. In Zukunft werden wir uns daher verstärkt neben den immer wieder anfallenden Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen mit der Pflege der rund 350 deutschen Kriegsgräberstätten in 80 Ländern der Erde befassen können.“

Das gelte allerdings nicht für die Länder im Osten: „Nichts wird uns hier in den Schoß fallen. Umso größer muss daher unser Eifer sein, um so größer unsere Geduld, umso fester unser Wille, gerade auch diesen Völkern zu zeigen, dass deutsche Kriegsgräberfürsorge ein Werk der Humanität und damit ganz natürlich auch ein Weg zur Verständigung unter den Völkern ist.“

Privataudiienz im Vatikan: Papst Johannes Paul II. empfängt am 9. Januar eine Delegation des Volksbundes; von links: Präsident Eduard Haßkamp, Papst Johannes Paul II., Hans Niemeyer (Leiter der Geschäftsstelle Süd des Volksbundes), Hilde Haßkamp, Richard Wagner und Dr. Hans Krefß.



Am 1. Februar wird der Vorstandsvorsitzende der Motoren- und Turbinen-Union (MTU), Ernst Zimmermann, erschossen. Bei einem Bombenanschlag auf den Frankfurter Flughafen, dessen Urheber nicht bekannt sind, sterben im Juni drei Menschen, viele werden verletzt. Sieben Wochen später unternimmt die RAF einen Anschlag auf die amerikanische Luftwaffenbasis am Südrand des Frankfurter Flughafens. Hier kommen zwei Menschen zu Tode.

Im März stirbt der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko. Sein Nachfolger als Generalsekretär der Kommunistischen Partei wird Michail Gorbatschow. Staatschef wird einige Wochen später der bisherige Außenminister Gromyko. Dessen Nachfolger ist Eduard Schewardnadze. Helmut Kohl und Erich Honecker nutzen die Beerdigungsfeierlichkeiten in Moskau wiederum für ein Gespräch.

Am 8. Mai, dem vierzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, hält Bundespräsident von Weizsäcker eine vielbeachtete und kontrovers diskutierte Rede. Er sagt unter anderem:

Die Kranzniederlegung von Kohl und Reagan auf dem Soldatenfriedhof Bitburg sorgt für Kontroversen, da dort auch Soldaten der Waffen-SS bestattet sind.



„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

Im Mai stattet US-Präsident Reagan der Bundesrepublik einen sechstägigen Besuch ab, in dessen Verlauf er auch gemeinsam mit Kanzler Kohl einen Kranz auf dem Soldatenfriedhof Bitburg niederlegt. Da dort auch Soldaten der Waffen-SS beerdigt sind, erfährt diese Geste heftige öffentliche Kritik.

Auch die Westmächte intensivieren ihre Kontakte zur DDR. Im April kommt erstmals ein britischer Außenminister nach Ost-Berlin, im Juni folgt der französische Premierminister.

Auf der Glienecker Brücke, die nur alliierten Militärpersonen zugänglich ist, findet im Juni ein Agentenaustausch statt: „25 CIA-Freizeitagenten gegen vier Ostspione“ beschreibt der „Spiegel“ den größten Agentenaustausch des Kalten Krieges.

Im August erschüttert ein neuer Spionagefall die Bundesrepublik. Ausgerechnet der für die Abwehr der DDR-Spionage Zuständige setzt sich in die DDR ab und gibt dort sein Wissen preis.

1986

Adolf Barth wird neuer Generalsekretär. Der niederländische Generalmajor a. D. Frans Jan Gerard Brackel, ein ehemaliger Widerstandskämpfer, erhält für seine Verdienste um die Aussöhnung und den Erhalt der deutschen Kriegsgräber in den Niederlanden die Verdienstplakette des Volksbundes.

Der Bundespräsident gedenkt mit einer Kranzniederlegung auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Budapest erstmals in einem Land des Warschauer Paktes der in Ungarn gefallenen deutschen Soldaten.

Die korporative Mitgliedschaft des Verbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) im Volksbund wird öffentlich bekannt und löst in der Presse, in der Politik und auch im Volksbund heftige Diskussionen aus. Der Verband verzichtet daraufhin auf seine Mitgliedschaft, um zu verhindern, dass der Volksbund „im tages- und parteipolitischen Streit Schaden erleidet.“

Im September wird der deutsche Soldatenfriedhof Dely Ibrahim/Algerien (63 Gefallene des Ersten und 495 Gefallene des Zweiten Weltkrieges) eingeweiht. Es ist der letzte im Westen gebaute Friedhof. Zahlreiche Diplomaten, darunter mehr als 20 Botschafter, nehmen an der Einweihung teil. Besonders symbolträchtig ist die Geste des britischen und des deutschen Botschafters, die gemeinsam einen Teil der Hecke entfernen, die die deutsche von der britischen Kriegsgräberstätte trennt.

Auf dem Friedhof in Constanta/Rumänien werden unter Anleitung des Umbettungsdienstes 348 deutsche Gefallene umgebettet. Danach beginnt die gärtnerische Gestaltung des Friedhofes.



Der französische Premierminister Jacques Chirac legt auf dem deutsch-französischen Soldatenfriedhof Souain, auf dem Gefallene des Ersten Weltkrieges ruhen, einen Kranz nieder. Er begrüßt dort auch Teilnehmer eines Jugendlagers des Volksbundes.

Zum 1. Januar erweitert sich die Europäische Gemeinschaft um Spanien und Portugal auf nunmehr zwölf Mitglieder.

In Moskau findet im Februar ein Parteitag der KPdSU statt, auf dem Generalsekretär Gorbatschow weitgehende Reformen ankündigt. Seine Politik wird sich in den nächsten Jahren um die Begriffe „Perestrojka“ (Umbau) und „Glasnost“ (Transparenz) drehen, was in der DDR mit großer Aufmerksamkeit und bei der Führung der SED auch mit Besorgnis zur Kenntnis genommen wird. Der Chefideologe der SED wird 1987 in einem Interview sagen, für die DDR entstehe aus dem neuen Kurs Gorbatschows kein Handlungsbedarf. Wenn ein Nachbar seine Wohnung neu tapeziere, gäbe es ja auch keinen Grund, dies in der eigenen Wohnung zu tun.

Anlässlich der Beerdigung des ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme treffen Helmut Kohl und Erich Honecker erneut zusammen.

Kurz zuvor besucht mit Volkskammerpräsident Sindermann der bislang ranghöchste Repräsentant der DDR die Bundesrepublik.

Im April tötet eine Bombe in einer Berliner Diskothek in Berlin zwei Menschen und verletzt ca. 200 weitere. Da in dem Club auch amerikanische Soldaten verkehren und die USA die libysche Regierung für den Anschlag verantwortlich machen, bombardiert die amerikanische Luftwaffe Ziele in Libyen.

Am 26. April kommt es zu einer Havarie des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl in der Ukraine. Der Reaktorkern schmilzt und radioaktive Strahlung wird freigesetzt. Große Teile Europas werden verstrahlt. Deutsche Landwirte können ihre Produkte nicht mehr verkaufen und erhalten von der Bundesregierung eine materielle Entschädigung. Der Widerstand gegen die Nutzung der Kernkraft wird durch dieses Unglück angefacht.

Im Juli werden ein Vorstandsmitglied von Siemens sowie sein Fahrer Opfer eines RAF-Anschlags. Im Oktober wird ein Abteilungsleiter des Auswärtigen Amtes von der RAF erschossen.

Im Oktober nennt Bundeskanzler Kohl Michail Gorbatschow in einem Atemzug mit NS-Propagandachef Goebbels. Dies führt zu einer Eintrübung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses.



Die Explosion des Kernreaktors in Tschernobyl ist ein Schock für die ganze Welt.



1987

Der Primas der römisch-katholischen Kirche in Polen, Josef Kardinal Glemp, besucht die deutsche Kriegsgräberstätte in Lommel (Belgien). In der Kapelle des Friedhofes gedenkt er im Beisein des Bürgermeisters und polnischer Priester aller Toten der Kriege.

Zuvor hat er den polnischen Soldatenfriedhof aufgesucht und eine Messe für die Gläubigen polnischer Herkunft in der nahegelegenen Bergbaustadt Beringen gelesen.

Während seines Staatsbesuches in der Sowjetunion sucht Bundespräsident Richard von Weizsäcker den deutschen Kriegsgefangenenfriedhof in Ljublino auf. In Griechenland legt er auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Dionyssos-Rapendoza einen Kranz nieder, in Norwegen an den Gräbern der deutschen Gefallenen in Oslo-Alfaset.

Seit 20 Jahren besteht die Städtepartnerschaft zwischen Damvillers/Frankreich und Zierenberg/Hessen. Die Bürgermeister unterschreiben eine Freundschafts-urkunde. Wie viele andere Partnerschaften ist auch diese durch die Arbeit von Jugendlichen auf einem deutschen Soldatenfriedhof entstanden.

Zur Eröffnung des Jugendlagers – 45 Teilnehmer aus sieben Nationen – auf dem „Friedhof der Namenlosen“ in Oerbke bei Fallingbostal, wo mehr als 30.000 sowjetische Kriegsgefangene in Massengräbern beerdigt sind, erscheinen als Gäste auch zwei Vizekonsuln des sowjetischen Generalkonsulates in Hamburg.

Der Vertretertag findet in Berlin statt. Der bisherige erste stellvertretende Präsident, Hans-Otto Weber, wird zum neuen Präsidenten des Volksbundes gewählt.



Bei den Bundestagswahlen im Januar verlieren CDU/CSU, sind aber mit 44,3 Prozent stärkste Fraktion und können ihre Koalition mit der FDP fortsetzen. Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler, Hans-Dietrich Genscher Außenminister.

Im Februar werden die früheren Wirtschaftsminister Friderichs und Graf Lambsdorff im Flick-Prozess wegen Steuerhinterziehung zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Im März tritt Willy Brandt nach 23 Jahren als Vorsitzender der SPD zurück, weil die Partei seinem Vorschlag für eine Pressesprecherin nicht folgen will. Sein Nachfolger wird im Juni Hans-Jochen Vogel.

Im Mai wird in der Bundesrepublik die Volkszählung durchgeführt, über die jahrelang zuvor gestritten worden war.

Im Juni findet vor dem Reichstagsgebäude, und damit unmittelbar an der Berliner Mauer, ein Konzert von David Bowie und einigen Musikgruppen statt. Tausende Ost-Berliner wollen das Konzert ebenfalls hören. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Volkspolizei, die versucht, den Zugang zum Grenzstreifen abzuriegeln.

Im September findet der zweimal verschobene Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik statt. Honecker wird

mit allen Ehren, die Kennzeichen eines Staatsbesuchs sind, empfangen. Er sieht damit die DDR als gleichberechtigten zweiten Staat anerkannt.

Wenige Tage später erschüttert ein innenpolitischer Skandal die Bundesrepublik. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel (CDU) wird beschuldigt, seinen Kontrahenten Björn Engholm (SPD) im Wahlkampf bespitzeln zu lassen. Barschel leugnet zunächst, tritt aber dann zurück. Einen Monat später wird er tot in der Badewanne eines Schweizer Hotels aufgefunden. Ein Bild des Toten wird von einer Illustrierten veröffentlicht und löst eine Debatte über journalistische Ethik aus.

Bei Verhandlungen zwischen US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow im Dezember wird die „doppelte Nulllösung“ vereinbart. Beide Seiten verzichten auf Mittelstreckenraketen (INF Vertrag).

Uwe Barschel gibt den Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-Holsteins sein „Ehrenwort“, dass die gegen ihn erhobenen Vorwürfe haltlos seien.

1988

Bundesaußenminister Genscher legt während eines Staatsbesuches in Polen auf dem deutschen Soldatenfriedhof Humin einen Kranz nieder.

Unter dem Motto „Jugend überwindet Grenzen“ empfängt Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker in Bonn über 2.000 junge Menschen. Darunter ist auch eine Gruppe des Volksbundes mit Jugendlichen aus Norwegen, Dänemark, Belgien, Frankreich, Portugal, Italien, Großbritannien, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland.

Präsident Weber begleitet Bundeskanzler Dr. Kohl auf dessen Reise in die Sowjetunion.

Dr. Manfred Steinkühler, deutscher Generalkonsul in Mailand, fordert die Beseitigung des Grabes von SS-Offiziers Christian Wirth auf der Kriegsgräberstätte in Costermano am Gardasee. Wirth ist verantwortlich für Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Polen und im Adriaraum. Zwei weitere SS-Offiziere sind in Costermano begraben – Franz Reichleitner und Gottfried Schwarz. Sie haben als Haupttäter an der Ermordung von behinderten Menschen, Juden, Sinti und Roma mitgewirkt.

Der Streit löst eine heftige öffentliche Debatte aus, an der das Auswärtige Amt, deutsche und italienische Journalisten, Politiker und Opferverbände Anteil haben und die über 20 Jahre hinweg immer wieder von neuem entfacht wird. Der Volksbund nimmt dies zum Anlass, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Präsident Weber, der die Exhumierung der Toten strikt ablehnt, erklärt dazu im November:

„Der Volksbund (...) verurteilt alle, die während des NS-Regimes Unmenschlichkeiten verübt haben. Aber gute oder böse Tote gibt es nicht. Sie sind der irdischen, von Menschen gestalteten Gerechtigkeit entzogen. Friedhöfe sind keine Gerichtsstätten.“ (Weiteres siehe 2005)

Bulgarien sagt dem Volksbund die Instandsetzung des deutschen Soldatenfriedhofes in Sofia zu. Der während des Iran-Irak-Kriegs von Bomben getroffene deutsche Soldatenfriedhof in Bagdad/Irak wird wieder hergerichtet.

Erstmals nehmen sowjetische Jugendliche an einem internationalen Jugendlager des Volksbundes teil.

Jugendempfang beim Bundespräsidenten im Garten der Villa Hammerschmidt: Richard von Weizsäcker am Stand der Volksbundjugend.



Mittelosteuropa und die Sowjetunion erleben verstärkten Druck von oppositionellen Bewegungen und versuchen, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu stabilisieren.

In den baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen fordern starke gesellschaftliche Kräfte die staatliche Unabhängigkeit ihrer Länder.

Am Rande der offiziellen Gedenkveranstaltung zu Ehren der ermordeten Politiker Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg demonstrieren im Januar in Ost-Berlin Menschen mit dem Wort von Rosa Luxemburg „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“. Der Staatssicherheitsdienst verhaftet circa 120 Personen und stellt viele von ihnen vor die Wahl, sich in die Bundesrepublik abschieben zu lassen oder für Jahre im Gefängnis zu verschwinden. 54 Oppositionelle werden so zur Ausreise genötigt. Im April treten die Beschäftigten eines Stahlwerks im polnischen Krakau in den Streik.

Die Sowjetunion holt im Mai ihre Truppen aus Afghanistan zurück. Im Laufe des Jahres zieht die Sowjetunion Mittelstreckenraketen aus der DDR ab, in der Bundesrepublik kommt es eini-

ge Monate später zum Abzug der ersten Pershing-II-Raketen.

Gorbatschow wird auch Staatschef der UdSSR und fordert radikale Reformen des sozialistischen Wirtschaftssystems, denen die DDR sich jedoch verweigert.

Ungarn erlaubt ab Januar seinen Bürgern Reisen in den Westen ohne ein Ausreisevisum, wie es bislang notwendig war. Die ungarische Regierungspartei nimmt im Mai personelle Wechsel vor.

Ein Konzert von Michael Jackson vor dem Reichstagsgebäude führt im Juni wie schon eine ähnliche Veranstaltung mit David Bowie im Vorjahr zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen in Ost-Berlin und der Volkspolizei, die Menschenansammlungen direkt an der Grenze zu verhindern sucht.

Einen Mordanschlag der RAF übersteht der Staatssekretär im Finanzministerium Tietmeyer unverletzt.

Im November muss Bundestagspräsident Jenninger nach einer sehr unglücklich formulierten Rede zur Judenverfolgung zurücktreten. Nachfolgerin wird die CDU-Politikerin Rita Süßmuth.

Katastrophe auf dem Flugtag in Ramstein: Ein Flugzeug einer italienischen Kunstflugstaffel stürzt ab und explodiert in der Zuschauermenge. Über 50 Menschen sterben, 340 werden verletzt.





1989

Im April nimmt der Volksbund Arbeitsbeziehungen zum Tschechoslowakischen Roten Kreuz auf.

Über diese Verbindung wird der Wunsch der Stadtverwaltung von Liptovsky-Mikulas bekannt, 73 deutsche Kriegsgräber wegen Wohnungsbaumaßnahmen auf den örtlichen Friedhof umzubetten.

Der Vertretertag in Bonn steht unter dem Zeichen des siebzigjährigen Bestehens des Volksbundes. Der Bundeskanzler würdigt in seiner Ansprache das Engagement des Volksbundes. Die schulische und außerschulische Jugendarbeit wird in die Satzung aufgenommen. In Paragraph 3 heißt es jetzt:

„Der Volksbund hat unter anderem folgende Aufgaben: Die Begegnung junger Menschen an den Ruhestätten der Toten zu fördern; Jugend- und Bildungsarbeit zu betreiben, insbesondere an Schulen, Hochschulen, sonstigen Einrichtungen und in Arbeitskreisen.“

Zum Auftakt des Staatsbesuchs von Michail Gorbatschow in der Bundesrepublik übergibt der sowjetische Botschafter in Bonn dem Präsidenten des Volksbundes und dem Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes Listen mit 992 Namen der auf vier Friedhöfen – in Kasan, Jelabuga, Kagan und Kokand – bestatteten deutschen Kriegs-

gefangenen. Dies ist ein großer Erfolg der internationalen Zusammenarbeit.

Während des Staatsbesuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen, an dem auch Präsident Weber teilnimmt, wird folgende gemeinsame Erklärung abgegeben:

„Beide Seiten stimmen darin überein, dass die Möglichkeit, Gräber der Toten der Kriege aufzusuchen, zu erhalten und zu pflegen, eine ausschlaggebende, weil die Gefühle der Menschen unmittelbar berührende Bedeutung hat. Sie nehmen deshalb mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis, dass die beiderseitigen Rot-Kreuz-Gesellschaften unter Beteiligung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und des Ministeriums für Raumordnung und Bauwesen der Volksrepublik Polen dazu inzwischen Kontakte aufgenommen haben und die Gründung einer Arbeitsgruppe beabsichtigen. Sie werden diese Zusammenarbeit fördern.“

Durch die politische Entwicklung in Ost- und Südosteuropa können junge Menschen aus Polen, der UdSSR und Ungarn an den Internationalen Jugendlagern in der Bundesrepublik teilnehmen.



„... nach meiner Kenntnis ist das sofort, unverzüglich.“ Mit diesen Worten verkündet SED-Politbüromitglied Schabowski den Fall der Mauer bei einer Pressekonferenz am 9. November. Noch in derselben Nacht stürmen Tausende die Grenzübergangsstellen zwischen Ost- und West-Berlin.

Das gesamte Jahr ist von Unruhe geprägt. Ungarn beginnt im Mai mit dem Abbau von Überwachungsanlagen und Stacheldraht an der Grenze zu Österreich. Nach den Kommunalwahlen in der DDR im Mai erstatten mehrere Bürger Anzeige wegen Wahlfälschung.

Erstmals finden in der Volksrepublik Polen Parlamentswahlen statt, bei denen Kandidaten der Opposition zugelassen sind. Tadeusz Mazowiecki wird der erste nichtkommunistische Regierungschef in einem Land des Warschauer Paktes.

Etwa 900 DDR-Bürger nutzen im August eine Veranstaltung an der österreichisch-ungarischen Grenze bei Sopron (Ödenburg) zu einer (von Ungarn stillschweigend gebilligten) Flucht in den Westen.

Im September lässt Ungarn etwa 10.000 DDR-Bürger nach Österreich ausreisen. Auch die DDR-

Bürger, die sich in den Botschaften der Bundesrepublik in Prag und Warschau aufhalten, können ausreisen.

Bei den offiziellen Feiern zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung kommt es zu den größten Protestkundgebungen seit dem 17. Juni 1953. Am 9. Oktober versammeln sich bei der jetzt schon traditionellen Montagsdemonstration in der Leipziger Innenstadt 70.000 Teilnehmer. Am 16. Oktober sind es 120.000 Menschen, die skandieren: „Wir sind das Volk.“ Später heißt es: „Wir sind ein Volk.“

Am 18. Oktober tritt Erich Honecker auf Druck des Politbüros als SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzender zurück. Nachfolger ist Egon Krenz. Im November demissioniert die Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

Bundeskanzler Kohl verkündet im November vor dem Bundestag einen Zehn-Punkte-Plan zur Herstellung der deutschen Einheit. Das Brandenburger Tor wird kurz vor Weihnachten für den Fußgängerverkehr geöffnet.

Der rumänische Diktator Ceausescu wird am 22. Dezember durch einen Volksaufstand gestürzt und erschossen.



Nach dem Fall der Mauer strömen in den folgenden Tagen zahlreiche Menschen in den Westen.

Gedenkveranstaltung in Bonn zum 70-jährigen Bestehen des Volksbundes. Zu den Ehrengästen gehört Altbundespräsident Carstens. Bundeskanzler Kohl hält die Ansprache.

1990

Im November besucht eine polnische Delegation die Bundesgeschäftsstelle.

Die Abordnung wird von Izabela Gutfeter, Generalsekretärin des Polnischen Roten Kreuzes, geleitet und berät mit der Geschäftsleitung unter anderem die Abwicklung der Umbettungsarbeiten von etwa 2.500 gefallen deutschen Soldaten vom Soldatenfriedhof Warschau-Powazki auf eine Anlage bei Joachimow-Mogily. Grund ist der Bau einer Umgehungsstraße über das Friedhofsgelände.

Der Volksbund veranstaltet ein erstes deutsch-französisch-polnisches Jugendlager. Mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk, das ein Jahr später entsteht, wird sich eine enge Zusammenarbeit entwickeln wie zuvor schon mit den französischen Kollegen.

Der Volksbund wird um Beratung und finanzielle Hilfe bei der Instandsetzung von Kriegsgräberstätten in den neuen Bundesländern gebeten, wie u. a. Weimar, Buchenwald, Halbe, Beeskow, Nardt-Hoyerswerda und weiteren 20 Städten.

Am 4. Juli gründet der Volksbund in Hagenow den ersten Kreisverband Mecklenburg-Vorpommerns.

Viktor G. Kulikow, Marschall der Sowjetunion, stattet dem Volksbund einen Informationsbesuch ab und erklärt, dass die Freigabe weiterer deutscher Soldatenfriedhöfe in der UdSSR in Aussicht stehe.

Im Januar ist die kurzzeitige Karriere von Egon Krenz als Staats- und Parteichef in der DDR am Ende.

Er legt sein Volkskammer-Mandat nieder, nachdem er zuvor schon den Parteivorsitz an Gregor Gysi und auch den Vorsitz des Staatsrats verloren hat.

Aus den ersten freien Wahlen zur Volkskammer im März geht die CDU-geführte „Allianz für Deutschland“ mit über 48 Prozent der Stimmen als Siegerin hervor. Die Sozialdemokraten erzielen knapp 22 Prozent. Die bisherige SED, die sich jetzt Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) nennt, kommt auf gut 16 Prozent der Stimmen. Das „Bündnis 90“, ein Zusammenschluss mehrerer Oppositionsgruppen, erringt weniger als 3 Prozent. Die Wahlbeteiligung liegt bei über 93 Prozent. Neuer Ministerpräsident der DDR wird der CDU-Vorsitzende Lothar de Maizière. Seiner Regierung gehören sämtliche Parteien der Allianz für Deutschland sowie Liberale und Sozialdemokraten an.

Sowohl der SPD-Vorsitzende Ibrahim Böhme als auch der Chef des Demokratischen Aufbruchs, eine der Parteien der Allianz für Deutschland, werden als Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes enttarnt und treten von ihren Ämtern zurück.

Im Juni wird die mutmaßliche RAF-Terroristin Susanne Albrecht in der DDR festgenommen. Es stellt sich heraus, dass die DDR einer Reihe von RAF-Mitgliedern Unterschlupf geboten hat. In der Folgezeit kommt es zu weiteren Festnahmen. Am 1. Juli wird in der DDR die D-Mark als Zahlungsmittel eingeführt. Die DDR-Mark wird gemäß einem vereinbarten Umtauschschlüssel eingetauscht.

Kohl und Gorbatschow verständigen sich im Juli darauf, dass mit der deutschen Einheit alle Viermächterechte außer Kraft gesetzt werden und Deutschland über seine Bündniszugehörigkeit frei entscheiden, also de facto NATO-Mitglied bleiben kann. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag bestätigt diese Absprachen im September und fixiert die Anerkennung der polnischen Westgrenze.

Am 3. Oktober wird die deutsche Einheit vollzogen. Auch Berlin ist wiedervereinigt. Aus den Bundestagswahlen im Dezember gehen CDU/CSU als Sieger hervor. Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler.

Weltgeschichte in gelockerter Atmosphäre – die letzten Hindernisse auf dem Weg zur deutschen Einheit sind beseitigt.

Internationale Jugendbegegnung in Bremen



1991

In den fünf neuen Bundesländern gründen sich Landes- und Kreisverbände. Das ehemalige Ost-Berlin wird vom Landesverband Berlin betreut.

Auf dem Waldfriedhof in Halbe marschieren rechtsradikale Gruppen auf. Auch in den Folgejahren – bis etwa 2005 – nutzen Neonazis den Friedhof am Vortag des Volkstrauertages für Kundgebungen. Bündnisse demokratischer Kräfte rufen zu Gegendemonstrationen auf. Der Volksbund lässt den Parkplatz vor dem Friedhof zurückbauen, damit die Rechtsextremen keine Aufmarschfläche mehr haben. 2006 beschließt der Landtag von Brandenburg eine Änderung des Versammlungsrechts. Seitdem sind Aufmärsche und Kundgebungen an Gräberstätten verboten.

danach erfasst, gesichert und in einen würdigen Zustand versetzt werden. Für nicht mehr auffindbare deutsche Gefallene wird eine zentrale Ehrenstätte errichtet.“

Der Bundesjugendarbeitskreis, in dem die Jugendarbeitskreise der Landesverbände und auch die Jugendlichen der Volksbundgliederungen ohne Jugendarbeitskreis vertreten sind, nimmt seine Arbeit auf.

Die ersten Unruhen des jugoslawischen Bürgerkrieges überschatten die Neueinweihung des k.u.k. Marinefriedhofes im kroatischen Pula. Dort ruhen auf einem Friedhofsteil 316 deutsche Gefallene des Zweiten Weltkrieges.

Der erste wiederhergerichtete deutsche Soldatenfriedhof in der Tschechoslowakei, Rakovník (Rakonitz, 28 Kriegstote), wird eingeweiht; in Ungarn sind es die Kriegsgräberstätten Székesfehérvár (Stuhlweißenburg, 2.329 Kriegstote), Hajmáskér (518 Kriegstote), Pecs (Fünfkirchen, 217 Kriegstote) und Esztergom (Gran, 447 Kriegstote). In Lettland wird die Kriegsgräberstätte Riga (432 Kriegstote) eingeweiht, in Polen die Anlage in Joachimow-Mogily (2.563 Tote).

Eine Volksbunddelegation besucht auf Einladung des Oberbürgermeisters die Stadt Wolgograd. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: „Eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Volksbundes, der Stadt Wolgograd und des Vereins „Ewiges Gedenken den Soldaten“, wird dafür sorgen, dass die noch vorhandenen Friedhöfe für deutsche Soldaten aus der Zeit der Kämpfe und

Auf dem Friedhof in Joachimow-Mogily, Polen, eingeweiht am 5. Oktober 1991, ruhen 2.563 deutsche Gefallene beider Weltkriege. Bei der Einweihung spricht Bundesministerin Hannelore Rönsch.



Die Sowjetunion versucht im Januar in Lettland, wie schon im Vorjahr in Litauen, die Unabhängigkeitsforderungen militärisch niederzuschlagen, ohne die Bestrebungen jedoch brechen zu können.

Im Februar löst sich der Warschauer Pakt, das östliche Militärbündnis auf, im Juni der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Ende März sprechen sich 99 Prozent der Georgier für die Unabhängigkeit ihres Landes aus. Die Sowjetunion beginnt zu zerfallen. Zwar wird ein Putsch gegen Gorbatschow im August niedergeschlagen, aber Ende des Jahres ist auch die UdSSR am Ende. Die 15 Sowjetrepubliken werden souveräne Staaten. Als Auffanglösung wird die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gegründet, der die baltischen Länder und Georgien jedoch nicht angehören. Die Rechtsnachfolge der Sowjetunion übernimmt Russland unter seinem im Juni gewählten Präsidenten Boris Jelzin.

Die DDR-Volkskammer hat zur Privatisierung des Vermögens der Volkseigenen Betriebe eine Treuhand-Anstalt gegründet. Deren Präsident, der

westdeutsche Manager Detlev Carsten Rohwedder, wird am 1. April von der RAF ermordet. Seine Nachfolgerin wird die ehemalige Finanzministerin von Niedersachsen Birgit Breuel (CDU).

Am 20. Juni entscheiden die Abgeordneten des Bundestages mit knapper Mehrheit, dass Berlin nicht nur die deutsche Hauptstadt ist, sondern auch der Regierungssitz wird. Der Streit darüber ging fast durch alle Parteien.

Im Zusammenhang mit dem Zerfall Jugoslawiens brechen kriegerische Konflikte zwischen den Teilrepubliken aus. Einem kurzen Krieg zwischen Serbien und Slowenien folgen ein vierjähriger militärischer Konflikt zwischen Serbien und Kroatien und weitere Kriege. Viele Kriegsflüchtlinge suchen auch in Deutschland Schutz.

Neonazis überfallen im September im nordsächsischen Hoyerswerda Vietnamesen und Mosambikaner, die zumeist Arbeiter im Braunkohlewerk Laubag und im Gaskombinat „Schwarze Pumpe“ sind. Sie lösen eine Welle der Gewalt gegen Ausländer auch in anderen deutschen Städten aus.

Der Konflikt zwischen Kroaten und Serben weitet sich aus. Ehemalige Nachbarn und Freunde werden zu Feinden. Die jugoslawische Bundesarmee unterstützt die serbische Seite. Wie in vielen Kriegen leidet die Zivilbevölkerung am meisten. Eine Frau in Borovo Naselje verkauft etwas von den ihr verbliebenen Habseligkeiten an einen Soldaten.



1992

Dr. Gerhard Holz wird Generalsekretär. Bei Bautzen, Sachsenhausen und Buchenwald werden in der Nähe der ehemaligen sowjetischen Straflager Massengräber aus der Nachkriegszeit entdeckt.

In Ungarn wird der Friedhof Bajna (173 Gefallene des Zweiten Weltkrieges) eingeweiht. Es folgen Einweihungen in Bad Radkersburg/Österreich (579 Gefallene beider Weltkriege), in Przemysl/Polen (etwa 2.000 deutsche Soldaten des Ersten Weltkrieges), in Zborov/Slowakei (1.194 Gefallene des Zweiten Weltkrieges), in Celje/Slowenien (2.907 Tote beider Weltkriege), die Kriegsgräberstätte Mariánské Lázně (Marienbad)/Tschechoslowakei (525 deutsche Soldaten des Zweiten Weltkrieges und 1.483 zivile Kriegstote).

Präsident Weber informiert Kanzleramtsminister Dr. Friedrich Bohl über die umfangreichen Aufgaben in Osteuropa, die ohne finanzielle Hilfe der Bundesregierung nicht lösbar sind. Er bittet zugleich im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Kriegsteilnehmer- und Kriegsofervverbände, die Neue Wache in Berlin als zentrale Mahn- und Gedenkstätte für alle Kriegstoten und Vermissten neu zu gestalten.

Zum 50. Jahrestag der Schlacht von El Alamein/Ägypten findet die internationale Gedenkfeier in der deutschen Kriegsgräberstätte statt. 5.000 Besucher, unter ihnen die Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Griechenlands, nehmen an der Gedenkveranstaltung teil.

Nach 45 Jahren findet die zentrale Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag wieder in Berlin statt.

Am 16. Dezember wird in Moskau das deutsch-russische Kriegsgräberabkommen unterzeichnet. Russland ist der erste Staat in Osteuropa, mit dem ein derartiges Abkommen geschlossen wird. Beide Seiten verpflichten sich, die Kriegsgräber des Vertragspartners im eigenen Hoheitsgebiet zu schützen und das dauernde Ruherecht der Kriegstoten zu gewährleisten. „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt den Volksbund mit der technischen Durchführung der Aufgaben in der Russischen Föderation, die sich aus diesem Abkommen für die deutsche Seite ergeben.“ Der Präsident ist zur Unterzeichnung des Abkommens eingeladen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1993 in Kraft.

Ewige Flamme in der Gedenkstätte in Wolgograd (ehemals Stalingrad), Russland



Nach wie vor geraten führende Politiker aus der ehemaligen DDR in den Verdacht, mit dem Staatssicherheitsdienst (Stasi) zusammengearbeitet zu haben.

So legen nun veröffentlichte Akten nahe, dass der DDR-Ministerpräsident der Übergangszeit, Lothar de Maizière, der bereits 1991 alle Ämter abgegeben hat, der Stasi zuarbeitete. Im Januar bestreitet der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe eine unlautere Verbindung mit der Stasi. Die brandenburgische Bildungsministerin verlässt wegen Stolpes Umgang mit den Vorwürfen im Oktober dessen Kabinett. Der thüringische Ministerpräsident Josef Duchac tritt wegen Stasi-Kooperation zurück. Sein Nachfolger wird der frühere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, der damit der einzige Politiker ist, der Ministerpräsident von zwei Bundesländern war.

Soldaten der DDR-Grenztruppen werden wegen der Schüsse, die sie während ihres Dienstes auf Flüchtlinge abgegeben haben, vor Gericht gestellt. Der erste dieser „Mauerschützenprozesse“ beginnt im Januar.

Im November beginnt der Prozess gegen Honecker, Stoph, Mielke und andere wegen Verbrechen in der DDR.

Im August zündet ein rechtsradikaler Mob in Rostock-Lichtenhagen ein Ausländerwohnheim an. Die mehrtägigen Ausschreitungen werden von Tausenden Schaulustigen mit Beifall begleitet. Die Polizei ist überfordert und zieht sich zeitweise völlig zurück. Rostock ist der traurige Höhepunkt einer langen Reihe von Übergriffen und Brandanschlägen auf Ausländer und ihre Wohnheime. Im Bundesgebiet kommt es nun zu zahlreichen Demonstrationen und Lichterketten gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit. In München und Berlin nehmen zwischen 300.000 und 400.000 Menschen an diesen Veranstaltungen teil.

Zudem beschäftigt die in einen Bürgerkrieg mündende Auflösung Jugoslawiens die europäische und auch deutsche Öffentlichkeit. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks sind wegen der Jugoslawien-Kriege 600.000 Menschen auf der Flucht.

Willy Brandt, Altbundeskanzler und ehemaliger SPD-Vorsitzender, stirbt im Alter von 78 Jahren.

1993

Der 1992 begonnene Wiederaufbau des Umbettungsdienstes wird fortgeführt. Über 50 deutsche und 150 ausländische Mitarbeiter sind in den meisten Ländern Osteuropas im Einsatz.

Bei einem Arbeitsbesuch des Generalsekretärs in der russischen Stadt Jaroslavl am 21. April wird die Pflege eines deutschen Kriegsgefangenenfriedhofes vereinbart.

Die Unterzeichnung des Rahmenvertrages über die Zusammenarbeit des Volksbundes mit dem russischen Verband für internationale Zusammenarbeit bei der Pflege von Soldatengedenkstätten am 13. Mai schafft konkrete Voraussetzungen für die Arbeit des Volksbundes in Russland.

Am 15. Mai wird die deutsche Kriegsgräberstätte in Karlovy Vary (Karlsbad) – als dritte Anlage in der Tschechischen Republik – unter großer Beteiligung der Bevölkerung eingeweiht. Am 4. und 5. September folgen die Kriegsgräberstätten in Pärnu (Pernau) und Viljandi (Fellin) in Estland, am 1. und 2. Oktober in Ungarn die Einweihungen der Soldatenfriedhöfe Nagykanizsa und Böhönye, am 16. Oktober die Einweihung des Grabfeldes in Kraków (Krakau), Polen.

Auf Einladung der slowenischen Regierung verhandeln Präsident Weber und Generalsekretär Dr. Holz vom 1. bis 4. Juni über den Bau der Kriegsgräberstätten Kranj (Krainburg) und Ljubljana (Laibach) in Slowenien.

Im November legt der Vorstand die Farbe der Volksbundfahne neu fest: An die Stelle des bisherigen schwarzen Untergrundes tritt die Farbe Türkis.

Seit 1953 helfen junge Leute dem Volksbund in Lommel/Belgien bei der Pflege der größten deutschen Kriegsgräberstätte des Zweiten Weltkrieges. Im Eingangsbäude des Friedhofes hat der Volksbund eine Jugendbegegnungsstätte geschaffen. Dort werden – wie schon in Ysselsteyn/Niederlande – Jugendgruppen und Schulklassen betreut. Am 28. Oktober wird in Niederbronn/Frankreich der Grundstein zu einer weiteren Jugendbegegnungsstätte gelegt.

Die zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag findet im Plenarsaal des Deutschen Bundestages im Berliner Reichstagsgebäude statt. Mit einer Kranzniederlegung wird die Neue Wache als zentrale Mahn- und Gedenkstätte eingeweiht.

Seit 40 Jahren sind die internationalen Jugendbegegnungen des Volksbundes, die Workcamps, zu einem Markenzeichen geworden.



Am 1. Januar treten für die Europäische Gemeinschaft die Regeln des Binnenmarkts in Kraft. Trotz einiger noch vorhandener Einschränkungen gelten jetzt in der ganzen EG die vier Freiheiten, die der Waren, der Dienstleistungen, des Kapitals und der Arbeitskräfte.

Zum 1. Januar vollzieht sich auch die friedliche Auflösung der Tschechoslowakei in zwei Staaten.

Im Januar reist der haftunfähige Erich Honecker nach Chile aus.

Bei einem Anschlag der RAF auf einen Gefängnisneubau in Hessen entsteht ein großer Sachschaden.

Bei einem von Rechtsextremisten verübten Anschlag auf ein Wohnhaus in Solingen sterben im Mai fünf aus der Türkei stammende Menschen.

Im Mai tritt der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Engholm zurück, weil er vor dem Barschel-Untersuchungsausschuss die Unwahrheit gesagt hat. Auch sein Amt als SPD-Vorsitzender gibt Engholm auf. Sein Nachfolger wird im Juni Rudolf Scharping, der sich gegen den niedersächsischen Ministerpräsi-

denten Gerhard Schröder in einer Mitgliederbefragung durchsetzt.

Im Juni versucht die GSG-9 in Bad Kleinen, zwei RAF-Terroristen zu verhaften. Einer der beiden Verdächtigen sowie ein Polizeibeamter kommen dabei zu Tode. Bundesinnenminister Dr. Seiders tritt zurück, Generalbundesanwalt, Dr. Alexander v. Stahl wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Das Strafverfahren gegen den früheren DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph wird im August aus gesundheitlichen Gründen eingestellt. Der langjährige Stasi-Chef Mielke wird im Oktober wegen eines 1931 begangenen Doppelmordes zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Am 1. November tritt der Vertrag von Maastricht in Kraft, mit dem aus der Europäischen Gemeinschaft die Europäische Union (EU) wird. Gleichzeitig wird die Einführung einer gemeinsamen Währung, des Euro, beschlossen. Diese wird 1999 Realität werden. Bundeskanzler Kohl ist es wichtig, dass dies noch in dem Jahrhundert der beiden Weltkriege geschieht, um ein Zeichen der Versöhnung mit Frankreich zu setzen.

Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina setzt sich das ganze Jahr über blutig fort.

Panzer vor dem Weißen Haus in Moskau, dem Sitz des russischen Parlaments



1994

Die deutsch-polnische Stiftung Pamięć (Gedenken) wird die von der deutsch-polnischen Kriegsgräberkommission getroffenen Entscheidungen in Polen unterstützen.

Präsidentin der am 17. März gegründeten Stiftung wird Izabela Gutfeter, vormals Generalsekretärin des Polnischen Roten Kreuzes. Generalsekretär Dr. Gerhard Holz ist Vorsitzender des Stiftungsrates.

Der Volksbund trifft am 25. April – noch vor der Unterzeichnung eines deutsch-ungarischen Kriegsgräberabkommens – eine Vereinbarung mit dem ungarischen Verteidigungsministerium zur Zusammenarbeit in allen Fragen der Kriegsgräberfürsorge.

Am 29. April legt der Volksbund in Rossoschka bei Wolgograd (bis 1961 Stalingrad) den Grundstein für den Sammelfriedhof für die deutschen Gefallenen zwischen Don und Wolga.

Die Veranstaltung des Volksbundes anlässlich seiner Gründung vor 75 Jahren steht unter dem Motto „Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen“ Dr. Manfred Rommel, Oberbürgermeister

von Stuttgart und Präsident des Deutschen Städtetages, dankt dem Volksbund in seiner Gedenksprache für sein humanitäres Wirken. Zum Jubiläum erscheint eine Sondermarke der Bundespost.

Die Gedenkstunde des Volksbundes in La Cambe anlässlich der alliierten Landung in der Normandie, an der Repräsentanten aus England, Frankreich und Deutschland teilnehmen, steht unter dem Motto der Versöhnung. Viele Veteranen gedenken bei ihren Besuchen auf den Soldatenfriedhöfen auch der gefallenen Gegner.

Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog übernimmt die Schirmherrschaft über den Volksbund.

In Poznan (Posen)/Polen, Prešov (Eperies) und Humenné/Slowakische Republik, Olaine/Lettland, Focsani/Rumänien und Rjasan/Russland werden Kriegsgräberstätten eingeweiht.

Die dritte Jugendbegegnungsstätte des Volksbundes wird in Niederbronn-les-Bains/Frankreich eingeweiht. Ein Viertel der Jugendlager, für die sich der Begriff „Workcamps“ durchsetzt, findet in Osteuropa statt.

Am 29. April wird in Rossoschka bei Wolgograd der Grundstein des Sammelfriedhofes für die zwischen Don und Wolga gefallenen deutschen Soldaten gelegt. Gegen den Bau deutscher Kriegsgräberstätten in Russland regt sich zunehmend Widerstand, vor allem in Kreisen russischer Kriegsveteranen und Kommunisten.



19 Wahlen – zum Europaparlament, zum Bundestag, zu Landtagen und Kommunalvertretungen – machen das Jahr für die Deutschen zum „Superwahljahr“.

Bei den Bundestagswahlen im Oktober erzielen CDU/CSU mit 41,5 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis. Dank der 6,9 Prozent für die FDP reicht es aber für die Koalition zu einer absoluten Mehrheit der Sitze. Die SPD schneidet mit 36,4 Prozent und Bündnis 90/Die Grünen mit 7,3 Prozent ab. Auch die PDS gelangt trotz eines Stimmanteils von nur 4,4 Prozent in den Bundestag, da sie vier Direktmandate erzielt. Helmut Kohl (CDU) bleibt Bundeskanzler, es ist das fünfte Mal, dass er in dieses Amt gewählt wird. Rita Süßmuth (CDU) bleibt Präsidentin des Bundestages und damit die ranghöchste Frau in Deutschland.

Zum 1. Januar treten die Regelungen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) in Kraft. Das ist eine Assoziation der Europäischen Freihandelszone EFTA mit der Europäischen Union. Das EFTA-Mitglied Schweiz hat den Vertrag nicht ratifiziert, aber Island, Norwegen und Liechtenstein sind jetzt de facto Mitglieder des EU-Binnenmarkts.

Im Mai kommt es in Magdeburg zu einer Hetzjagd rechtsradikaler Jugendlicher auf Afrikaner. Dabei werden sechs Personen verletzt. Die Rädelführer müssen für mehrere Jahre ins Gefängnis gehen.

Aus den Direktwahlen zum Europäischen Parlament gehen CDU/CSU als stärkste Kraft (38,8 Prozent) hervor. Die PDS, die FDP und die rechtsradikalen Republikaner scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde, während die SPD mit 32,2 Prozent und die Grünen mit 10,1 Prozent aus der Wahl hervorgehen.

Am 1. Juli tritt der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Roman Herzog die Nachfolge von Dr. Richard von Weizsäcker als Bundespräsident an.

Im November übernimmt mit Prof. Dr. Jutta Limbach (SPD) zum ersten Mal eine Frau die Leitung des Bundesverfassungsgerichts.

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina findet kein Ende. Weder die Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen noch Bombardements serbischer Stellungen durch die NATO können die Auseinandersetzungen stoppen.

Im ostafrikanischen Ruanda beginnt im April ein Bürgerkrieg. In wenigen Wochen kommen durch unvorstellbare Greuelthaten Hunderttausende von Menschen ums Leben, Hunderttausende fliehen in die Nachbarländer. Das Elend in den riesigen Flüchtlingslagern ist unbeschreiblich.

1995

Der Volksbund betreut in 34 Ländern 459 Friedhöfe mit den Gräbern von rund 1,6 Millionen Kriegstoten; 127 davon liegen in Ländern des früheren Warschauer Paktes.

Der Schwerpunkt der Bautätigkeit liegt in Polen, Russland, der Tschechischen Republik und Ungarn. Mehrere deutsche Kriegsgräberstätten im Osten werden öffentlich eingeweiht: Sopron (Ödenburg) am 22. Juli, Szeged (15. September) und Veszprem (16. September) in Ungarn; Ruskoje (Germau) in Russland (Kaliningrader Gebiet/Ostpreußen) am 20. August; Przemysl in Polen (7. Oktober); Hunkovce in der Slowakischen Republik (8. Oktober).

Der Umbettungsdienst arbeitet in 14 Ländern. Die Mitarbeiter bergen die Gebeine von 29.035 Gefallenen. Durchschnittlich die Hälfte der geborgenen Kriegstoten kann identifiziert werden. Aber die Bedingungen im Osten sind anders als im Westen. Viele Gräber sind nur schwer zu errei-

chen, überbaut oder von Überbauung bedroht. In manchen Regionen – auch in Brandenburg – entwickelt sich ein Wettlauf mit Grabräubern, die einen internationalen Markt mit Militaria beliefern.

Erstmals helfen Soldaten der Bundeswehr dem Volksbund bei der Pflege eines deutschen Soldatenfriedhofes in Ungarn.

Bei einer Gedenkveranstaltung in Mariánské Lázně (Marienbad)/Tschechien würdigt der Volksbund das Entgegenkommen der Stadt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte dem Wunsch des Volksbundes zugestimmt, auf der dort bestehenden Kriegsgräberstätte 2.000 deutsche Gefallene aus West- und Nordböhmen einzubetten, die ursprünglich in Cheb (Eger) bestattet werden sollten.

Zum ersten Mal nach 1971 erhält eine Reisegruppe des Volksbundes die Genehmigung zum Besuch der deutschen Kriegsgräberstätte Tobruk/Libyen.



Zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in Europa ruft der Volksbund die Aktion Ginkgo ins Leben. Auf Kriegsgräberstätten wie hier in Lommel in Belgien, in Schulen, in Parks und an Straßen werden Ginkgo-Bäume als Symbol der Erinnerung und der Hoffnung auf Frieden gepflanzt. Vor allem Schulen beteiligen sich an der Aktion.

Zum 1. Januar treten Österreich, Finnland und Schweden der Europäischen Union bei, die damit 15 Mitglieder zählt.

Der Wegfall des Ost-West-Konflikts hat den bislang neutralen Staaten diese Möglichkeit zum Beitritt gegeben.

Im März tritt das Schengener Abkommen in Kraft. Nach 10-jähriger Vorbereitungszeit wird nun ein Raum des kontrollfreien Reisens zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Spanien und Portugal geschaffen. Das Abkommen ist kein europäisches Recht, wird aber 1999 in die Europäischen Verträge überführt und auf fast alle EU-Staaten und einige weitere Länder ausgeweitet werden.

Im Juli stürmen bosnisch-serbische Truppen die UN-Schutzzone Srebrenica. Unter den Augen der UN-Soldaten führen sie circa 40.000 Bosniaken ab, von denen rund 8.000 ermordet werden. Die passive Zuschauerrolle der niederländischen UN-Soldaten empört die Weltöffentlichkeit. Tatsächlich sind die Truppen jedoch ungenügend ausgerüstet und haben keinen Befehl zum Eingreifen. Dieses Gefühl von Hilflosigkeit und Scham wird einige Jahre später auch in Deutschland eine Rolle spielen, wenn es um einen Einsatz im Zusammenhang mit dem Kosovo gehen wird.

Die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU) besucht das Atommüllendlager in Gorleben. Zeitgleich demonstrieren tausende Gegner der Atomenergie.

Das Gebiet um die japanische Stadt Kobe ist schwer von den verheerenden Folgen eines Erdbebens betroffen.



2016 und 2017 werden die Hauptverantwortlichen für dieses Massaker, der Führer der bosnischen Serben Karadžić sowie der Oberbefehlshaber der Truppen Mladić, vom Haager Kriegsverbrechertribunal zu 40 Jahren bzw. lebenslanger Haft verurteilt werden. Erst im Dezember kommt es auf großen internationalen Druck mit dem Abkommen von Dayton zu einem Friedensvertrag. In vier Jahren sollen rund 250.000 Menschen ums Leben gekommen sein. Viele Flüchtlinge können nicht in ihre zerstörten oder von anderen Volksgruppen besetzten Heimatorte zurückkehren. Die Bundeswehr entsendet Soldaten für die Friedenstruppe der Vereinten Nationen.

Im November wird der SPD-Vorsitzende Scharping, der bereits von Gerhard Schröder schwer angegriffen worden war, auf einem Parteitag handstreichartig vom saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine abgelöst.





1996

In Ost- und Südosteuropa werden folgende Soldatenfriedhöfe eingeweiht: Zagreb-Vrapce und Zagreb-Mirogoj in Kroatien (11. Mai), Cernjachovsk (Insterburg) am 6. Juli und Primorsk (Fischhausen) am 7. Juli im russischen Teil Ostpreußens; Kuressaare (Arensburg) auf der estnischen Insel Saaremaa (Ösel; 20. Juli), Iasi in Rumänien (21. September), Nowgorod in Russland (21. September), Mławka in Polen (5. September).

Im russischen Kronstadt wird ein Gedenkstein für 46 deutsche und sowjetische Marinesoldaten enthüllt, die dort 1944 fielen.

Die Mitarbeiter des Umbettungsdienstes bergen in elf Ländern die Gebeine von 37.282 Gefallenen.

Im östlichen Ausland finden 23, im westlichen Ausland 40, in Deutschland 14 Jugendlager statt. 3.207 Jugendliche aus 22 Ländern nehmen teil. 117 Gruppen mit 2.929 Jugendlichen und anderen Teilnehmern nutzen die vier Jugendbegegnungsstätten des Volksbundes.

In 72 Arbeitseinsätzen helfen 1.096 Soldaten und Reservisten der Bundeswehr dem Volksbund bei der Instandsetzung und der Pflege von Soldatenfriedhöfen im In- und Ausland.

An der Informationsveranstaltung des Volksbundes in Narva/Estland nehmen 90 Personen aus dem ganzen Land teil. Trotz kontroverser Diskussion stößt das Bestreben des Volksbundes, Sammelfriedhöfe für die deutschen Kriegstoten anzulegen, auf Verständnis.

Am 26. September werden an der deutschen Kriegsgräberstätte La Cambe das neue Informationszentrum und der Friedenspark eröffnet.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) fordert in seiner Gedenkrede in Berlin dazu auf, den Volkstrauertag als Gedenktag für Menschenrechte und Menschenwürde zu verstehen.

Am 31. Dezember gehören dem Volksbund 271.790 Mitglieder an. 11.230 ehrenamtliche Mitglieder engagieren sich für die Kriegsgräberfürsorge. Über eine Million Bürger spenden regelmäßig oder gelegentlich.



Im Januar kommt es in Lübeck zu einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim, zehn Menschen finden dabei den Tod.

Nach dem Friedensvertrag von Dayton strukturiert sich das ehemalige Jugoslawien neu. Die neue „Bundesrepublik Jugoslawien“ besteht nur noch aus Serbien und Montenegro. Die deutsche Regierung erkennt diesen Staat im Januar an. Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina sind nun ebenfalls selbstständige Staaten. Der Bundestag genehmigt im Dezember die Beteiligung der Bundeswehr an der „Stabilization Force“ (SFOR), einer NATO-geführten Truppe, die den Frieden im weiterhin instabilen Bosnien-Herzegowina erhalten soll.

Im Mai scheitert in einer Volksabstimmung die Fusion der Bundesländer Berlin und Brandenburg. Zwar stimmt eine Mehrheit der Berliner für das Zusammengehen – wenn man die Zahlen differenziert: nur die West-Berliner – aber in Brandenburg wird das gemeinsame Bundesland abgelehnt.

Nachdem bereits Prozesse gegen Mauerschützen sowie gegen die oberste Führungsebene der

DDR stattgefunden haben, verurteilt das Landgericht Berlin zum ersten Mal sechs ehemalige Kommandeure der Grenztruppen wegen der Tötung von Flüchtlingen an der Mauer. Der frühere Grenztruppenchef erhält mit 6 ½ Jahren die höchste Freiheitsstrafe, die anderen Urteile liegen bei etwas über drei Jahren.

Im Dezember beenden Bundesaußenminister Klaus Kinkel und sein tschechischer Amtskollege Lubomír Zaorálek langwierige Verhandlungen über eine deutsch-tschechische Erklärung, die das Verhältnis der beiden Staaten auf eine neue Grundlage stellen soll. Die Bundesregierung bekennt sich darin zur deutschen Verantwortung für das Münchner Abkommen 1938 und seine Folgen der Flucht und Vertreibung vieler Tschechen aus dem Grenzgebiet und der Zerschlagung der Tschechoslowakei. Die tschechische Regierung bedauert die Vertreibung der Deutschen aus dem Sudetenland nach dem Krieg. Weiter heißt es: „Beide Seiten stimmen darin überein, dass das begangene Unrecht der Vergangenheit angehört und werden daher ihre Beziehungen auf die Zukunft ausrichten.“

Tierischer Protest: Wegen des Preisverfalls von Rindfleisch durch die BSE-Krise treiben französische Bauern ihre Herden bis ins Zentrum von Paris.

Bundeskanzler Helmut Kohl legt auf der deutschen Kriegsgräberstätte bei Kiew, Ukraine einen Kranz nieder. Erst auf seine Intervention hin konnte nach langer Verzögerung mit dem Bau des Sammelfriedhofs begonnen werden.

1997

Die im Mai 1995 gestartete gemeinsame Aktion von Volksbund und DRK-Suchdienst ist weitgehend abgeschlossen.

Gesucht wurden Angehörige von in sowjetischer Kriegsgefangenschaft verstorbenen deutschen Soldaten – über diese hat der Suchdienst Unterlagen aus ehemals sowjetischen Archiven erhalten. Über 100.000 Karten und Briefe haben den Suchdienst erreicht.

In den Ländern Osteuropas baut der Volksbund weitere 26 Friedhöfe für in Kriegsgefangenschaft verstorbene deutsche Soldaten aus. Ein möglichst großer Teil der noch vorhandenen Anlagen soll nach und nach in einer schlichten Form wieder hergerichtet werden.

Im Jahre 1990 betreute der Pflegedienst 343 Kriegsgräberstätten in 24 Ländern. 1997 sind es bereits 609 Anlagen in 39 Ländern.

sam deutsche Soldaten, die auf der deutsch-französischen Kriegsgräberstätte in Colmar Gräber des Ersten Weltkrieges instand setzen.

Auf Einladung des Volksbundes tagt der Bundeselternrat in Kassel, um sich über die Friedensarbeit des Volksbundes zu informieren. Ergebnis ist eine gemeinsame Erklärung, die zur Unterstützung der Kriegsgräberfürsorge als Arbeit für den Frieden aufruft.

Im Dezember unterzeichnet der stellvertretende Kultusminister der Republik Litauen, Naglis Puteikis, in Kassel einen Vertrag, der die künftige Zusammenarbeit des Volksbundes mit dem litauischen Kulturministerium regelt.

Weitere Kriegsgräberstätten werden eingeweiht: Estland: Rakvere (Wesenberg), Tartu (Dorpat), Lettland: Dzukste (Wenden), Cesis, Russland: Korostyn, Tschechien: Jihlava (Iglau), Pacov (Patzau), Plzen (Pilsen), Polen: Modlin.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hartmut Bagger, und sein französischer Amtskollege, General Philippe Douin, besuchen gemein-

Auf den Kriegsgefangenenfriedhof Lynga I, Russland ruhen 30 Tote.



Im Januar unterzeichnen der deutsche und der tschechische Regierungschef die im Vorjahr ausgehandelte deutsch-tschechische Erklärung. Sie wird in Teilen des politischen Spektrums kritisiert.

Sowohl die deutschen Vertriebenenverbände als auch die tschechischen Kommunisten meinen, ihre Seite habe zu viele Zugeständnisse gemacht.

Ebenfalls im Januar tritt der amerikanische Präsident Bill Clinton seine zweite Amtszeit an.

In Deutschland gibt es heftige Diskussionen über die „Wehrmachtausstellung“, die die Verstrickung der Wehrmacht in den Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten zeigt und bis 1999 in insgesamt 34 deutschen und österreichischen Städten zu sehen sein wird. Damit wird das Bild von der „anständigen“ Wehrmacht im Gegensatz zur „unanständigen“ SS zerstört.

Am 1. März kommt es zu Demonstrationen beider Seiten, den 4.000 Gegnern der Ausstellung stehen 8.000 Befürworter gegenüber.

Im März erschüttert in Krefeld ein Brandanschlag auf die Wohnung einer türkischen Familie die deutsche Öffentlichkeit. Drei Menschen werden dabei getötet, zwei weitere schwer verletzt.

Im August werden der letzte DDR-Staatsratsvorsitzende Krenz sowie die früheren SED-Politbüromitglieder Kleiber und Schabowski wegen der Schüsse an der Mauer zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Schabowski ist der einzige von ihnen, der seine Mitschuld eingesteht und sich mit der Politik der DDR kritisch auseinandersetzt.

Im Oktober unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union den Amsterdamer Vertrag, der 1999 in Kraft treten wird. Der Vertrag erweitert die Rechte des Europäischen Parlaments, überführt „Schengen“ in den gemeinschaftlichen Rechtsbestand und schafft einen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“. Die entscheidende vorgegebene Aufgabe löst der Vertrag allerdings nicht, nämlich die politischen Grundlagen für die für das Jahr 1999 geplante Währungsunion zu legen.

Am 31. August stirbt die britische Prinzessin Diana an den Folgen eines Autounfalls. Mit einer großen Trauerfeier in der Londoner Westminster Abbey nimmt die Welt sechs Tage später Abschied.





1998

Im Januar unterzeichnen der französische Staatssekretär Jean-Pierre Masseret und Präsident Hans-Otto Weber in Straßburg eine Vereinbarung zur gemeinsamen Wiederherrichtung des Kriegsgefangenenfriedhofes im Wald von Rada bei Tambow/Russland.

Hier starben von 1942 bis 1946 etwa 22.000 Häftlinge und Kriegsgefangene aus 22 Nationen, darunter zahlreiche zwangseingezogene Franzosen aus dem Elsass „Malgré-nous“.

Im Rahmen seines Staatsbesuches in der Ukraine weiht Bundespräsident Roman Herzog gemeinsam mit dem Gouverneur des Charkower Gebietes den dortigen deutschen Soldatenfriedhof ein.

Weitere Friedhofseinweihungen: Klaipeda (Memel)/Litauen, Potelitsch/Ukraine, Dobrowolsk (Pillkallen)/Russland, Siemianowice (Laurahütte)/Polen, Split/Kroatien, Tallinn (Reval)/Estland, Tambow-Rada/Russland, Valka/Lettland, Vazec/Slowakische Republik.

Die Gestaltung der Friedhöfe folgt keinem einheitlichen Muster. An vielen Anlagen arbeiten ortsansässige Architekten mit. Auf dem Ge-

denkplatz an zentraler Stelle erhebt sich ein Hochkreuz. Die Gräber sind in der Regel durch Kreuze mit mehreren Namen gekennzeichnet.

Zudem hat die Bauabteilung einen neuen Typ des Sammelfriedhofes im Osten entwickelt, bei dem die Gräber nicht mehr einzeln gekennzeichnet sind. Lediglich einige Symbolkreuzgruppen auf den Grabflächen deuten an, dass hier Menschen begraben sind. Die Namen der Toten sind auf Stelen oder liegenden Platten in alphabetischer Reihenfolge dokumentiert.

Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundeswehr arbeiten deutsche Soldaten auf Kriegsgräberstätten in Estland. In Magdeburg wählt der Bundesvertretertag des Volksbundes Karl-Wilhelm Lange, Regierungspräsident a. D., zum neuen Präsidenten. Die Delegierten ernennen Hans-Otto Weber zum Ehrenpräsidenten.

Die Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Ysselsteyn wird neu gestaltet und erweitert.



Nach 16 Jahren geht die Ära Helmut Kohl zu Ende.

Bei der Bundestagswahl Ende September wird die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Gerhard Schröder stärkste Partei (fast 41 Prozent der Stimmen). Zusammen mit den 6,7 Prozent von Bündnis 90/Die Grünen reicht dies für die absolute Mehrheit der Sitze. CDU/CSU (35,1 Prozent) und FDP (6,2 Prozent) können ihre Koalition nicht fortsetzen. Auch die PDS zieht mit 5,1 Prozent in den Bundestag ein. Im Oktober wird Gerhard Schröder zum Bundeskanzler gewählt, Außenminister und Vizekanzler wird der Grüne Joschka Fischer. Der ostdeutsche Sozialdemokrat Wolfgang Thierse übernimmt das Amt des Bundestagspräsidenten.

Der bisherige Bundeskanzler Kohl gibt den Vorsitz der CDU auf. Sein Nachfolger wird im November Wolfgang Schäuble.

Bei den Olympischen Winterspielen im Februar ist Deutschland die erfolgreichste Nation.

Im Mai legen die Staats- und Regierungschefs der EU fest, wer an der 1999 beginnenden Währungsunion des Euro teilnehmen darf. Es sind

alle EU-Länder außer Dänemark und Großbritannien, die eine Sonderregelung haben, nicht teilnehmen zu müssen (sog. opt-out), Schweden, das noch abwarten will, und Griechenland, das die Bedingungen nicht erfüllt.

In der zu Serbien gehörenden, aber überwiegend von Albanern besiedelt Provinz Kosovo kommt es zunehmend zu Unruhen mit dem Ziel, Kosovo aus dem serbischen Staatsverband herauszulösen. Zahlreiche Anschläge kosovarischer Unabhängigkeitskämpfer und harte Reaktionen der serbischen Sicherheitsorgane fordern viele Opfer. Im Oktober erklärt der serbische Präsident unter massivem Druck der internationalen Gemeinschaft seine Bereitschaft, den Konflikt friedlich zu lösen. Die OSZE beschließt eine Beobachtungsmission, die NATO richtet nach den Erfahrungen mit der UNO-Mission in Srebrenica eine Einsatzgruppe ein, die Beobachter notfalls schnell befreien kann (EXFOR – Extraction Force). Der Bundestag billigt im Oktober die Beteiligung der Bundeswehr an der EXFOR und auch an eventuellen Militärschlägen der NATO gegen Serbien.



Das schwerste Zugunglück seit Bestehen der Bundesrepublik fordert am 3. Juni in Eschede 101 Todesopfer, 88 Reisende werden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Der neue Bundeskanzler Gerhard Schröder mit seiner Frau Doris

1999

Jahrelange Verhandlungen und Planungen mit zahlreichen Rückschlägen finden ihren Abschluss mit der Einweihung der Kriegsgräberstätte Wolgograd-Rossoschka am 15. Mai.

Etwa 700 Menschen aus Deutschland sind zu diesem Anlass nach Wolgograd gereist. Wegen der NATO-Intervention im Kosovokrieg hat die Gebietsduma kurzfristig die offizielle Veranstaltung untersagt, weshalb keine politischen und diplomatischen Repräsentanten an der Einweihung teilnehmen. Die Reisegruppen aus Deutschland, in der Mehrzahl Angehörige, aber werden freundlich empfangen. Weitere Einweihungen: Kranj/Slowenien, Kurdirkos-Naumiestis (Neustadt)/Litauen, Saldus (Frauenburg)/Lettland, Taurage (Taugoggen)/Litauen, Opava (Troppau)/Tschechien.

Anlässlich der 25. Wiederkehr der Einweihung der Kriegsgräberstätte Maleme auf Kreta/Griechenland wird eine dreisprachige Dokumentation im Eingangsbereich installiert, um die jährlich etwa 100.000 Besucher des Friedhofes besser zu informieren.

Die Zahl der registrierten Besucher auf den deutschen Kriegsgräberstätten bleibt mit rund 800.000 weiterhin hoch. Die Anzahl der deutschen Besucher ist rückläufig, dafür steigt die Zahl ausländischer Gäste.

Auch in Deutschland forciert der Volksbund die Umbettungen: Im brandenburgischen Oderbruch werden etwa 500 deutsche und sowjetische Gefallene auf die umliegenden Kriegsgräberstätten umgebettet.

Der Volksbund geht online und stellt Informationen über die Grablagen von Millionen deutscher Gefallener frei zugänglich im Internet zur Verfügung. Über 10.000 Interessenten nutzen in den ersten Wochen den neuen Service. Der Datenbestand wird laufend ergänzt.

Die zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag veranstaltet der Volksbund ab 1999 im Plenarsaal des renovierten Reichstagsgebäudes in Berlin.

Angehörige auf der Kriegsgräberstätte Rossoschka, Russland



Europa hat eine neue Währung, den Euro.

Er gilt ab Januar in den elf festgelegten Staaten bis 2002 nur als Buchgeld, das heißt, die Scheine und Münzen lauten vorläufig weiterhin auf D-Mark. In den Geschäften werden die Preise in beiden Währungen ausgezeichnet. 1 Euro entspricht 1,95583 DM.

Im Februar wird ein Asylbewerber von rechtsradikalen Jugendlichen durch Guben gehetzt und kommt dabei ums Leben.

Im März kommt es zum Bruch zwischen dem SPD-Parteivorsitzenden Lafontaine und Bundeskanzler Schröder. Lafontaine tritt als Bundesfinanzminister und als SPD-Vorsitzender zurück und gibt sein Bundestagsmandat auf. Schröder übernimmt den SPD-Vorsitz, Finanzminister wird Hans Eichel, der kurz zuvor die Landtagswahl in Hessen verloren hat.

Polen, Ungarn und Tschechien werden im März NATO-Mitglieder.

Die Auseinandersetzungen im Kosovo spitzen sich zu und fordern immer mehr Opfer. Im März greift die NATO militärisch ein und bom-

Nach 17 vergeblichen Versuchen gelingt erstmals die Weltumrundung mit einem Ballon.



bardiert Ziele in Serbien. Die Bundeswehr ist an dem Einsatz beteiligt, was zu einer kontroversen Diskussion in Deutschland, speziell bei den Grünen führt. 500.000 Albaner sind vor serbischen Truppen und Angriffen auf der Flucht, es werden wöchentlich mehr. Viele von ihnen kommen in den Nachbarländern Mazedonien und Albanien unter, Tausende kommen auch nach Deutschland. Die Deutschen spenden über 75 Mio. Euro für die Flüchtlinge. Im Juni kapituliert die serbische Führung unter Präsident Milošević, gegen den bereits seit Mai eine Anklage vor dem Internationalen Gerichtshof anhängig ist. Die Bundeswehr beteiligt sich an der Kosovo-Friedenstruppe KFOR (Kosovo Force).

Der Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin beginnt. Im April findet die erste Bundestagsitzung im umgebauten Reichstagsgebäude statt. Ebenfalls im Reichstagsgebäude wird im Mai der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau zum Bundespräsidenten gewählt.

Am 31. Dezember erklärt der russische Präsident Jelzin seinen Rücktritt und ernennt Ministerpräsident Wladimir Putin zu seinem Nachfolger.

Johannes Rau wird Bundespräsident; neben ihm seine Ehefrau Christina.





2000

Am 12. März übernimmt der Volksbund die Pflege der Kriegsgräberstätte Golm auf der Insel Usedom. Hier entsteht eine weitere Jugendbegegnungsstätte.

Generalsekretär Dr. Gerhard Holz tritt am 31. März in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Burkhard Nipper.

Auf Anregung des Volksbundes gründen 13 deutsche Städte im Mai das Deutsche Riga-Komitee, um mit Hilfe der Bundesregierung die Errichtung einer Gedenkstätte bei Riga zu finanzieren. In den Jahren 1941/42 wurden etwa 25.000 deutsche, österreichische und tschechoslowakische Juden dorthin deportiert und ermordet. Bundespräsident Johannes Rau empfängt die Gründungsmitglieder zu einem Gespräch.

Im Rahmen der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover veranstaltet der Volksbund ein internationales Jugend- und Kulturfest.

Bundeswehrsoldaten aus dem sächsischen Schneeberg und polnische Soldaten aus Wrocław (Breslau) treffen im Mai zu einem gemeinsamen Arbeitseinsatz auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Nadolice Wielki (Groß Nädlitz) zusammen. Es ist der erste freiwillige Arbeitseinsatz

von Bundeswehrsoldaten an deutschen Kriegsgräbern in Polen. Im August arbeiten erneut Soldaten beider Nationen in Stare Czarnowo (Neumark) zusammen.

Am 10. Juli erhält Volksbund-Präsident Lange in Berlin aus der Hand des russischen Botschafters Sergej B. Krylow eine Dankurkunde des Präsidenten der Russischen Föderation. Wladimir Putin dankt dem Volksbund „für den großen Beitrag zur Erhaltung und Pflege der russischen Kriegsgräber auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland“.

Große Aufmerksamkeit findet die Einweihung der Kriegsgräberstätte Sologubowka bei St. Petersburg am 9. September. Der Volksbund wird die unmittelbar neben dem Friedhof stehende Kirche Mariä Himmelfahrt restaurieren lassen.

Außer der Kriegsgräberstätte Sologubowka weiht der Volksbund in fünf Ländern acht weitere Anlagen ein: Bratislava (Pressburg)/Slowakische Republik, Kirowograd/Ukraine, Baltisk (Pillau)/Russland, Kaunas/Litauen, Salla/Russland, Kiew/Ukraine, Pulawy/Polen.

Der Umbettungsdienst des Volksbundes birgt 52.841 Gefallene.

Die CDU-Spendenaffäre erreicht jetzt auch den CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble, der den Erhalt und die nicht ordnungsgemäße Verbuchung einer großen Spende zugeben muss. Er erklärt, für seine Ämter nicht erneut zu kandidieren.

Im Februar wird er als Fraktionsvorsitzender durch Friedrich Merz abgelöst, im April übernimmt Angela Merkel von ihm den Parteivorsitz.

Helmut Kohl tritt im Januar auf Druck der Partei vom Ehrenvorsitz der CDU zurück. Im selben Monat wird ein Strafverfahren gegen ihn eröffnet. Er behauptet, er habe von einigen Persönlichkeiten Spenden bekommen, diesen aber sein Ehrenwort gegeben, sie nicht zu nennen, weshalb er das auch nicht tun könne. Jahre später wird als gesichert gelten, dass es diese Spender nie gab, sondern dass das Geld aus schwarzen Kassen der Partei, die durch in der Schweiz „gewaschene“ Zuwendungen aus der Industrie kamen, stammte.

Nach 18-monatigen zähen Verhandlungen beschließt der Deutsche Bundestag am 6. Juli das Gesetz zur Entschädigung von überlebenden NS-Zwangsarbeitern.

Im Januar tritt der frühere DDR-Staats- und SED-Parteichef Egon Krenz seine Haft an, nachdem Versuche, das Urteil aufheben zu lassen, vor dem Bundesgerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht gescheitert waren. Krenz legt Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, einer Einrichtung des Europarats, ein, die er 2001 auch verlieren wird. Knapp vier Jahre später wird Krenz aus der Haft entlassen werden.

Das frühere Politbüromitglied Günter Schabowski wird im Oktober vom Regierenden Bürgermeister von Berlin begnadigt.

Im Juni kommt es in Dessau wieder zum Tod eines Migranten, der von Rechtsradikalen schwer verletzt wurde. Die Täter werden gefasst und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Nach Unruhen, Demonstrationen und Streiks in Serbien gewinnt das von Zoran Đinđić geführte Bündnis die Wahlen. Đinđić wird im November Ministerpräsident und will das Land auf einen modernen und friedlichen Weg führen. 2003 wird er von einem Scharfschützen erschossen werden.

Korea: Erstmals seit 55 Jahren treffen sich die Staatsoberhäupter von Nord- und Südkorea, Kim Jong Il und Kim Dae Jung. In beiden Hauptstädten kommt es zu ergreifenden Szenen, als sich nach fünf Jahrzehnten der Trennung Familienangehörige wiedertreffen.

Eine junge Israelin, Teilnehmerin eines internationalen Jugendlagers, zieht Namensinschriften auf dem Lagerfriedhof in Gurs/Frankreich nach. Dort liegen 1.070 überwiegend jüdische Deportierte aus Südwestdeutschland begraben.

Das Riga-Komitee:

Gedenken an die Opfer des Holocaust

Auch im Volksbund entwickelte sich – analog zur Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland – das Gedenken an die Opfer des Holocaust erst spät nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das Riga-Komitee entstand nach Abschluss des deutsch-lettischen Kriegsgräberabkommens, in dem der Volksbund im Auftrag der Bundesregierung auch für die Gräber der deutschen Deportationsopfer in Lettland Verantwortung übernahm.

Am 23. Mai 2000 gründeten auf Initiative des Volksbundes Repräsentanten aus 13 deutschen Großstädten gemeinsam mit Volksbund-Präsident Karl Wilhelm Lange im Beisein von Delegationen aus Riga und Wien das Deutsche Riga-Komitee. Am selben Tag empfing Bundespräsident Johannes Rau die Vertreterinnen und Vertreter in seinem Amtssitz in Berlin.

Das Riga-Komitee als erinnerungskultureller Zusammenschluss von Kommunen, die in dieser Form gemeinsam an die Deportationsgeschichte ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Nationalsozialismus erinnern, ist einzigartig in Europa.

Am 1. Februar 2019 ist mit der Stadt Wesel die 61. Mitgliedsstadt beigetreten. Weitere Beitritte in nächster Zeit sind zu erwarten.

Ziele und Aufgaben des Deutschen Riga-Komitees sind:

- das Gedenken an die ermordeten Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zu bewahren und so an das Schicksal von über 20.000 deutschen Juden zu erinnern, die in den Jahren 1941/42 nach Riga deportiert und dort in ihrer überwiegenden Zahl im Wald von Bikernieki ermordet wurden und
- der auf einer langen gemeinsamen Geschichte ruhenden Beziehungen der Länder Lettland und Deutschland, ihrer weiteren Entwicklung und dem Frieden in Europa zu dienen.

Im Jahr 2000 wurde – nach bereits bestehenden Plänen – der Ausbau der Gräber- und Gedenkstätte Riga umgesetzt, die zu den Zielen – wie es in der Gründungsurkunde lautet – „einen bedeutenden, die Heimatstädte umschließenden zeitgeschichtlichen Beitrag leisten“ soll. In Zusammenarbeit mit dem Riga-Komitee, seiner lettischen Partnerorga-

nisation und der Stadtverwaltung Riga errichtete der Volksbund den Opfern innerhalb kurzer Zeit eine würdige Gräber- und Gedenkstätte im Wald von Bikernieki.

Am 30. November 2001 erfolgte unter Beteiligung der lettischen Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga und des lettischen Ministerpräsidenten Andris Berzins die Einweihung der von der Bundesregierung und vielen deutschen Städten finanzierten Gräber- und Gedenkstätte für deportierte und ermordete deutsche, österreichische sowie tschechoslowakische Juden.

Neben der weit überwiegenden Anzahl von jüdischen Opfern wurden in Bikernieki auch lettische (politisch) Verfolgte und Kriegsgefangene unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher Nationalität ermordet.

Die Einweihung am 60. Jahrestag des „Rigaer Blutsonntag“ (am 30. November 1941 erfolgte die gewaltsame Räumung des Ghettos und die Ermordung der dort bis dahin eingepferchten lettischen Juden) verdeutlichte, dass sich das Riga-Komitee in seiner Arbeit auch den lettischen Opfern des Holocaust verbunden fühlt.

Seit 1992 führt der Volksbund regelmäßig Jugendbegegnungen und Workcamps in Riga durch. Bei der Organisation und der Durchführung arbeitet er eng mit den im Riga-Komitee zusammengeschlossenen Heimatstädten zusammen.

Mit der Pflege der Anlage durch lettische, deutsche und Jugendlicher anderer Nationen wird ein lebendiges Band der Erinnerung und der Begegnung zwischen Riga und den Städten geknüpft, von denen damals die Sammeltransporte ausgingen.

Die große Beteiligung der Mitgliedsstädte an gemeinsam durchgeführten Gedenk- und Erinnerungsreisen (seit 2010) sowie Symposien (seit 2012) zeigt die hohe Identifizierung der Mitglieder mit den bei Gründung vereinbarten Zielen.

Bis heute wurden für die Gräber- und Gedenkstätte in Riga-Bikernieki knapp 380.000 Euro und für die Gedenkstätte in Rumbula rund 64.000 Euro von Seiten des Volksbundes aufgewendet. Die Kosten für Pflege und Erhalt der Gräber- und Gedenkstätte in Riga-Bikernieki belaufen sich auf ca. 10.150 Euro pro Jahr. →

Einweihung der Gedenkstätte Riga-Bikernieki, Lettland 2001





Nicht nur in Bikernieki, sondern auch an anderen Orten widmet sich der Volksbund dem Gedenken an die jüdischen Opfer des Holocaust. So veranstaltete im Jahr 2000 der Landesverband Baden-Württemberg zum ersten Mal ein Jugendcamp des Volksbundes in Gurs, Frankreich.

Am 22. Oktober 1940 wurden auf Befehl der nationalsozialistischen Gauleiter Robert Wagner (Baden) und Josef Bürckel (Pfalz) 6.504 badische und saarpfälzische Juden innerhalb weniger Stunden aus ihren Häusern geholt und in Sonderzügen in das Internierungslager Gurs am Fuße der Pyrenäen deportiert. Bereits im ersten Winter starben unter den unmenschlichen Bedingungen dort über 650 Personen. Sie ruhen auf dem Lagerfriedhof in Gurs. Die bis dahin Überlebenden wurden 1942 von Gurs ins Vernichtungslager Auschwitz geschafft und dort ermordet.

gend- und Bildungsarbeit des Volksbundes intensiv genutzt, um an die Opfer des Holocaust zu erinnern.

Im Maison d'Izieu – ein 80 Kilometer von Lyon entfernt liegendes Hofgut in der Gemeinde Izieu – wurden vom Mai 1943 bis zum April 1944 mehr als 100 jüdische Kinder aufgenommen, deren Eltern von den Nationalsozialisten deportiert worden waren, um sie der Verfolgung zu entziehen. 44 jüdische Kinder wurden am Morgen des 6. April 1944 auf Befehl des Lyoner Gestapo-Chefs Klaus Barbie zusammen mit ihren sieben Betreuern über Drancy in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Seit 1994 ist das Maison d'Izieu eine Gedenkstätte und wurde vom Landesverband Sachsen-Anhalt im Rahmen seiner Workcamps in Dagneux regelmäßig besucht.

Im Jahre 2005 fertigte der Volksbund auf der Basis der Ergebnisse einer 1996 begonnenen Befragung der Gemeinden durch das „L'Office national des anciens combattants et victimes de guerre“ (ONAC) eine Liste der Orte an, auf deren Friedhöfen noch Gräber von Deportierten existieren. Erhalten geblieben sind die großen Gräberanlagen in Gurs, Portet-sur-Garonne, Rivesaltes, Noë, Nexon und Perpignan, deren Bestand gesichert ist.

Was im Sommer 2000 begonnen wurde, setzt sich bis heute mit weiteren Workcamps in Gurs – seit 2002 im Wechsel mit Rivesaltes – fort.

Mit dem Maison d'Izieu wurde in Frankreich ein weiterer Gedenkort in der außerschulischen Ju-

Beim Ausbau der Gedenkstätte Malyj Trostenez in Weißrussland beteiligte sich der Volksbund bei der Finanzierung mit insgesamt 100.000 Euro. Ende Juni 2018 wurde die Gedenkstätte durch die drei Staatspräsidenten Frank-Walter Steinmeier (Bundesrepublik Deutschland), Alexander Van der Bellen (Österreich), Aljaksandr Lukaschenka (Weißrussland) eingeweiht. Zudem hat sich der Volksbund mit weiteren 100.000 Euro an den beiden im Rahmen des Projektes Malyj Trostenez entstandenen Wanderausstellungen beteiligt, die an verschiedenen Orten in Belarus und Deutschland gezeigt wurden bzw. noch gezeigt werden, um an die Opfer der Erschießungsstätte in Malyj Trostenez zu erinnern.



Gedenkstätte Malyj Trostenez/Belarus: Die künstlerisch gestalteten Koffer am Platz der Hoffnung erinnern an die deportierten Menschen. (Foto links)

Riga-Bikernieki in Lettland Auf der Inschrift der Tafel steht: „Ach Erde bedecke mein Blut nicht, und mein Schreien finde keine Ruhestätte! Hiob 16; 18“ (Foto rechts)

2001

Zeichen der Versöhnung:
Am Pariser
Triumphbogen begehen
Franzosen und Deutsche
unter Beteiligung des
Volksbundes am 9. Mai
erstmals gemeinsam das
Gedenken an die Opfer
der Weltkriege.



Die Stiftung Gedenken und Frieden wird am 6. April im Berliner Abgeordnetenhaus mit einem Startkapital von fünf Millionen Deutsche Mark ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist die nachhaltige Förderung der Volksbundarbeit und die Sicherung der Pflege der deutschen Kriegsgräberstätten in aller Welt.

Die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes ist seit 50 Jahren in Kassel ansässig und begeht das Datum mit einer öffentlichen Veranstaltung.

Auf dem neuen Sammelfriedhof in Riga-Beberbeki betten Bundeswehrsoldaten erstmals Gefallene ein.

Der Volksbund nimmt am 22. Juni den Waldfriedhof Halbe in seine Pflege. Zu der Gedenkveranstaltung – 60 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion – kommen über 4.500 Teilnehmer aus Deutschland und Russland. In seiner Ansprache sagt Volksbundpräsident Karl-Wilhelm Lange: „Die Soldatenfriedhöfe in unseren Ländern gleichen aufgeschlagenen Geschichtsbüchern. Diese von Krieg gezeichnete Geschichte können wir nicht ändern – aber wir können aus ihr lernen: Dass wir uns ändern können!“

In Kiel-Mölnort erhält am 12. Juli die nachgegossene Adlerfigur auf dem U-Boot-Ehrenmal ihren seit 1936 angestammten Platz zurück. Die Anlage an der Kieler Außenförde erinnert an die gefallenen U-Boot-Fahrer des Ersten und Zweiten Weltkrieges.

Im estnischen Jõhvi (4. August) und im litauischen Vilnius-Vingio-Park (18. August) werden ebenfalls neue deutsche Kriegsgräberstätten unter großer Anteilnahme der Angehörigen, der Bevölkerung und politischer Vertreter beider Nationen eingeweiht. Weitere Einweihungen gibt es am 2. September in Korpowo/Russland, am 15. September in Valasske Mezirici (Walachisch Meseritz)/Tschechien und am 19. September in Sewastopol-Gontscharnoje/Ukraine.

In Riga-Bikernieki/Lettland wird am 30. November unter Beteiligung der lettischen Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga und des lettischen Ministerpräsidenten Andris Berzins die Gräber- und Gedenkstätte für deportierte und ermordete deutsche, österreichische sowie tschechoslowakische Juden eingeweiht.

Der 11. September markiert das dramatische und einschneidende Ereignis dieses Jahres: Terroristen entführen vier amerikanische Flugzeuge und bringen sie gezielt zum Absturz. Zwei Flugzeuge werden in das World Trade Center in New York gelenkt, eines in das amerikanische Verteidigungsministerium. Ein viertes Flugzeug stürzt ebenfalls ab, die Passagiere haben es jedoch im Kampf mit den Entführern geschafft, dass dies über freiem Feld geschieht. Insgesamt sterben bei den Anschlägen über 3.000 Menschen.

Die NATO erklärt zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall, demzufolge alle Mitgliedstaaten bei einem Angriff auf einen von ihnen eingreifen.

Die Weigerung der afghanischen Regierung, den Drahtzieher der Anschläge, Osama bin Laden, auszuliefern, führt zum Afghanistan-Krieg, an dem auch Deutschland sich beteiligt. Bundeskanzler Schröder (SPD) erreicht die Zustimmung des Bundestags, indem er die Entscheidung mit der Vertrauensfrage verbindet.

Der 11. September verändert das Sicherheitsdenken der westlichen Staaten und macht die Bedrohung durch islamistischen Terror deutlich. Einige der Terroristen hatten vor dem Anschlag auch in Deutschland gewohnt und die Tat von dort geplant.

Vor dem Hintergrund des Anschlags vom 11. September verblassen andere Ereignisse:

Ab Januar dürfen Frauen bei der Bundeswehr auf Grund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs Dienst an der Waffe leisten. Im Juni wird der Sozialdemokrat Klaus Wowereit Regierender Bürgermeister von Berlin. Er ist der erste

Politiker in Deutschland, der sich offen zu seiner Homosexualität bekennt. („Ich bin schwul und das ist auch gut so.“)

Im Juni verabschiedet der Bundestag das Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“, mit der ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge aus der Zeit des Nationalsozialismus entschädigt werden.

Die serbische Regierung liefert Ende Juni den früheren Präsidenten Slobodan Milošević an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag aus. Das Prozessende wird er nicht mehr erleben, da er 2006 sterben wird.

Anschlag auf das World Trade Center: Terroristen steuern am 11. September zwei entführte Verkehrsflugzeuge direkt in die Gebäude. Bei den anschließenden Explosionen und dem Einsturz der Zwillingtürme kommen tausende Menschen ums Leben.





2002

Die neue Autorenbuchreihe „Erzählen ist Erinnern“ gibt ab Jahresanfang den Erinnerungen von Kriegsteilnehmern oder ihren Kindern Raum.

Hans Koschnick (SPD), ehemaliger Bremer Bürgermeister und Bosnien-Beauftragter der Bundesregierung, wird am 21. Mai erster Kuratoriumsvorsitzender der im Vorjahr gegründeten Stiftung Gedenken und Frieden.

Bundespräsident Johannes Rau legt am 29. Mai auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Ljubljana (Laibach) gemeinsam mit dem slowenischen Staatspräsidenten Milan Kučan einen Kranz für die Opfer der Weltkriege nieder. Die Anlage wird drei Tage später offiziell eingeweiht.

Die Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte des Volksbundes in Ysselsteyn/Niederlande feiert ihren 20. Geburtstag mit hunderten Gästen. Unter dem Motto „Blumen gegen das Vergessen“ schmücken Jugendliche 3.000 Gräber von unbekanntem Soldaten.

Die Kriegsgräberstätte Smolensk, Stadtteil Nishnjaja Dubrowinka (Waldfriedhof) weiht der Volksbund am 15. Juni ein, die Anlage in Mamonowo (Heiligenbeil)/Russland am 29. Juni.

Der Bundestag verabschiedet am 4. Juli eine Entschließung, in der er den Anspruch des Volksbundes auf nachhaltige finanzielle Unterstützung seitens der Bundesrepublik Deutschland bekräftigt. Die Bundestagsfraktionen bestätigen dem Volksbund, dass er die „Aufgabe zur Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des Ersten und Zweiten Weltkrieges und für die Opfer rassistischer sowie politischer Verfolgung im Ausland“ im staatlichen Auftrag wahrnimmt.

2.000 Gäste kommen am 28. September zur Einweihung der Kriegsgräberstätte Rshew/Russland. Sie ist ein Zeichen der Versöhnung, da an diesem Tag auch der russische Friedhof in einem gemeinsamen Festakt seiner Bestimmung übergeben wird.

In Polen wird die deutsche Kriegsgräberstätte in Nadolice Wielkie (Groß-Nädlitz) am 5. Oktober, zwei Wochen später die Anlage in Budaörs/Un-garn eingeweiht.

Der Bundesvertretertag des Volksbundes wählt den Berliner Landesvorsitzenden Reinhard Führer am 22. November als Nachfolger von Karl-Wilhelm Lange zum neuen Präsidenten.

Seit dem 1. Januar gibt es den Euro, der seit 1999 als Buchgeld genutzt wurde, auch in Scheinen und Münzen.

Die Währungsunion mit elf weiteren Staaten ist damit vollständige Realität. Griechenland hatte sich 2001 der Währungsunion angeschlossen. Jahre später wird sich herausstellen, dass die dabei vorgelegten Zahlen manipuliert waren.

Die Frage, in welchem Verhältnis Tierschutz und religiöse Toleranz stehen, beschäftigt die Öffentlichkeit. Im Januar erlaubt das Bundesverfassungsgericht muslimischen Metzgern, nach islamischem Ritus zu schächten. Die Tiere müssen dabei ausbluten.

Im April wird auf eine Synagoge auf der Insel Djerba (Tunesien) durch die Terrorgruppe Al-Qaida ein Bombenanschlag verübt, bei dem 21 Menschen sterben, davon 14 Deutsche.

Zwar dürfen seit 2001 Frauen in der Bundeswehr dienen, sie müssen es aber nicht. Das Bundesverfassungsgericht hält es in einer Entscheidung mit dem Grundgesetz vereinbar, dass nur Männer wehrpflichtig sind.

Im Juli entlässt Bundeskanzler Schröder (SPD) den Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD). Dieser hatte zugegeben, von einem PR-Berater 140.000 D-Mark kassiert zu haben.

Im August kommt es entlang der Elbe zu einer Hochwasserkatastrophe, die 20 Menschenleben fordert und einen Schaden von 20 Mrd. Euro anrichtet.

Das entschlossene Reagieren der Bundesregierung und die dabei entstehenden Bilder tragen dazu bei, dass die SPD die Bundestagswahl im darauffolgenden Monat gewinnt. Sie bleibt stärkste Partei, der Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen gewinnt deutlich Stimmen hinzu. Gerhard Schröder bleibt Bundeskanzler, Außenminister Joschka Fischer sein Vertreter.

Die Vorsitzende der CDU, Angela Merkel, übernimmt die Leitung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und löst damit gegen seinen Willen Friedrich Merz ab.

Im November lädt der NATO-Gipfel sieben Staaten zur Mitgliedschaft ein. Es sind die früheren Sowjetrepubliken Estland, Lettland, Litauen, außerdem Rumänien, Bulgarien, Slowenien und die Slowakei. 2004 werden sie der NATO beitreten.

Kurze Pause für die freiwilligen Helfer, die Sandsäcke zum Schutz gegen die Wassermassen aufschichten. Das Hochwasser geht als Jahrhundertflut in die Geschichtsbücher ein.

Innenminister Otto Schily stellt am 27. März in der Stiftung Neue Synagoge Berlin das „Buch der Erinnerung“ vor.

Das zweibändige Werk, herausgegeben vom Volksbund, gibt erstmals einen Gesamtüberblick über die 1941 bis 1945 ins Baltikum verschleppten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden. Es enthält über 31.300 Namen und Lebensdaten.

Ende März liegt die Genehmigung der belarussischen Behörden zur Errichtung einer Kriegsgräberstätte in Berjosa/Belarus (Weißrussland) vor. Der Volksbund beginnt umgehend mit den Bauarbeiten für den ersten Sammelfriedhof in Belarus.

Am 23. Mai wird die neue Kriegsgräberstätte in Siauliai (Schaulen/Litauen) eingeweiht. Zwei Tage später gedenken die Trauergäste auch der Opfer des Untergangs der „Füsilier“ und weiterer Schiffskatastrophen zwischen Kurischem Haff und Rigaer Bucht mit der Einweihung des Gedenksteins auf der Kriegsgräberstätte Klaipeda (Memel)/Litauen.

Die Einweihung der Kriegsgräberstätte Olomouc (Olmütz)/Tschechien folgt am 13. Juni. Die neue Kriegsgräberstätte in Bartosze (Bartossen)/Polen wird am 9. August eingeweiht, die Kriegsgräberstätte in Kaliningrad (Königsberg)/Russland weiht der Volksbund am 23. August ein. Neben den deut-

schen Gefallenen wird hier auf einer Gedenktafel auch an 3.000 russische Opfer der Kämpfe um Königsberg erinnert. Auf der Kriegsgräberstätte Mont-de-Huisnes/Normandie wird am 6. September der Einweihung des Friedhofs vor 40 Jahren gedacht.

An 50 Jahre Jugendarbeit erinnert der Volksbund am 13. September in Lommel/Belgien. Bis 2003 haben insgesamt über 4.300 Workcamps stattgefunden. Zugleich begeht die gleichnamige Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte ihr zehnjähriges Bestehen.

Die Kirche Mariä Himmelfahrt in St. Petersburg-Sologubowka/Russland wird dank der großzügigen Spenden der Förderer des Volksbundes am 20. September nach der Grundsanierung wieder eingeweiht. „Dies ist ein einzigartiges Ereignis in der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen und ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung von Verständigung und Zusammenarbeit unserer Völker“, sagt der St. Petersburger Metropolit Vladimir.

Das Foto zeigt die ersten Einbettungen auf der Kriegsgräberstätte Berjosa in Weißrussland (Belarus).



Deutschland ist wirtschaftlich in keiner guten Verfassung. Wissenschaftler und Journalisten im In- und Ausland sprechen von dem Land als dem „kranken Mann Europas“.

Die Zahl der Arbeitslosen liegt bei fast 4,5 Millionen. Die Bundesregierung präsentiert im März ein Reformprogramm, das den Titel „Agenda 2010“ trägt und im Juni vom SPD-Parteitag mit 90-prozentiger Zustimmung akzeptiert wird. Kern sind Reformen des Arbeitsmarkts und der Sozialsysteme, die nach einem Berater der Bundesregierung, Peter Hartz, „Hartz-Reformen“ genannt werden.

Diese Reformen, besonders „Hartz IV“, mit dem Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt werden und die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld verkürzt wird, stoßen in Teilen der deutschen Öffentlichkeit und bei den Gewerkschaften auf massiven Widerstand.

Gegen den Irak wird seitens der USA der Vorwurf erhoben, er besitze Massenvernichtungswaffen, die er gegen die USA einsetzen wolle. Außenminister Powell vertritt diese These vor

dem Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen und legt dafür Beweise vor, die sich später als falsch herausstellen. Powell wird diese Rede zwei Jahre später als „Schandfleck meiner Karriere“ bezeichnen. Im März marschieren amerikanische und britische Truppen im Irak ein und stürzen das Regime von Saddam Hussein. Dieser wird im Dezember von amerikanischen Truppen festgesetzt und später von der neuen irakischen Regierung nach einem Gerichtsprozess hingerichtet werden. Deutschland und Frankreich beteiligen sich nicht am Irak-Krieg, was zu einem deutsch-amerikanischen Zerwürfnis führt.

Im März marschieren amerikanische und britische Truppen im Irak ein und stürzen das Regime von Saddam Hussein.

Im November findet in Georgien die „Rosenrevolution“ statt. Nach Parlamentswahlen, bei denen Fälschungen vermutet wurden, kommt es zu großen Demonstrationen, die schließlich zum Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadze und der Machtübernahme von Micheil Saakaschwili führen.

Im Dezember wird der frühere DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz aus der Haft entlassen. Seine Reststrafe wird zur Bewährung ausgesetzt.

Der Begriff „Rosenrevolution“ wurde einem Zitat des ersten georgischen Präsidenten Swiad Gamsachurdia entlehnt: „Wir werden Rosen statt Kugeln auf unsere Feinde werfen.“



2004

Gerhard Schröder auf der britischen Kriegsgräberstätte Ranville in der Normandie, Frankreich.



Im März steht dank des Engagements der Volksbundförderer der erste Granitwürfel der Aktion „Namen für Rossoschka“. So erhalten die Angehörigen der Vermissten der Kämpfe um Stalingrad einen Ort zum Trauern.

Am 8. Mai – Jahrestag des Kriegsendes 1945 in Europa – werden auf dem Waldfriedhof in Halbe die Gedenktafeln für die über 4.600 dort ruhenden Opfer des sowjetischen Speziallagers Nummer 5 in Ketschendorf eingeweiht.

An die Landung der Alliierten vor 60 Jahren in der Normandie erinnert der Volksbund am 29. Mai in La Cambe. Zu dieser Veranstaltung organisiert der Volksbund ein internationales Workcamp, dessen Teilnehmer an der Gedenkzeremonie mitwirken und später mit Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammentreffen. „Uns verbindet heute mehr als uns trennt: Wünsche, Hoffnungen, aber auch Sorgen. Wir sind dankbar und froh, dass wir uns 60 Jahre nach der Landung der Alliierten als Freunde respektvoll begegnen können“, heißt es in der Ansprache der Jugendlichen aus vier Nationen. Wenig später besucht auch der damalige Kardinal Joseph Ratzinger (ab April 2005 Papst Benedikt XVI.) den deutschen Friedhof in La Cambe.

Kurz nach seiner Wahl am 23. Mai zum neunten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland übernimmt Prof. Dr. Horst Köhler die Schirmherrschaft über den Volksbund.

Es folgen die Einweihungen der neuen Kriegsgräberstätten in Daugavpils (Dünaburg)/Lettland am 9. Juli, in Jelgava (Mitau)/Lettland am 11. Juli. Im französischen Champigny-Saint-André veranstaltet der Volksbund am 25. September eine Gedenkfeier anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Kriegsgräberstätte.

Im März wird Spanien von einer Terrorwelle erschüttert, die sich gegen verschiedene Regionalzüge richtet und über 190 Menschen das Leben kostet. Die Terrororganisation Al-Qaida bekennt sich zu den insgesamt zehn Bombenanschlägen, bei denen auch 1.500 Menschen verletzt werden.

In Deutschland gibt Gerhard Schröder im März den SPD-Vorsitz an Franz Müntefering ab.

Im Mai erweitert sich die Europäische Union um zehn Staaten auf 25: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien sowie die Mittelmeerinseln Malta und Zypern treten der EU bei. An den Europawahlen im Juni nehmen die neuen Mitglieder zum ersten Mal teil, allerdings in den meisten Fällen mit einer niedrigen Wahlbeteiligung. Stärkste Kraft bei den Wahlen wird die Europäische Volkspartei, zu der CDU und CSU gehören.

Am 23. Mai wird der Direktor des Internationalen Währungsfonds Horst Köhler zum Bundespräsidenten gewählt. Er folgt Johannes Rau nach und tritt das Amt am 1. Juli an.

Im September überfallen in Beslan (Nordossetien) tschetschenische Terroristen eine Schule und nehmen mehr als 1.200 Kinder, Eltern und Lehrer als Geiseln. Bei der Befreiungsaktion durch russische Sicherheitskräfte sterben mehr als 360 Menschen, darunter 172 Kinder.

Im November wird George W. Bush erneut zum amerikanischen Präsidenten gewählt.

Der niederländische Filmemacher und Islam-Kritiker Theo van Gogh wird im November in Amsterdam von einem aus Marokko stammenden Islamisten erschossen. Das Attentat entzündet auch in Deutschland Debatten über die Integration von Muslimen.

In der Ukraine kommt es im November nach den Präsidentenwahlen zu heftigen Vorwürfen des Wahlbetrugs, die zu wochenlangen Protesten, der sogenannten Orangen Revolution, führen. Das Oberste Gericht annulliert die Wahl schließlich. Bei der Neuwahl Ende Dezember gewinnt der Reformler Viktor Juschtschenko.

Am 26. Dezember erschüttert ein Tsunami mehrere Länder am Indischen Ozean. In Thailand, Indien und Indonesien sterben dabei über 230.000 Menschen, darunter auch 534 Deutsche.

Der Tsunami am 2. Weihnachtsfeiertag ist eine der größten Naturkatastrophen seit Menschengedenken. Rund 230.000 Menschen verlieren in den Fluten ihr Leben.



2005

50 Jahre Partnerschaft von Volksbund und Bundeswehr – unter diesem Motto stehen 2005 die etwa 100 Arbeitseinsätze, die von den freiwilligen Helfern in Uniform geleistet werden. Soldatinnen, Soldaten und Reservisten engagieren sich außerdem bei der Sammlung, den Workcamps oder Gedenkveranstaltungen.

Die große Gedenkveranstaltung des Volksbundes zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Europa findet am 30. April auf den russischen und deutschen Kriegsgräberstätten in Baruth und Halbe statt.

Zum 50-jährigen Bestehen der Kriegsgräberstätte Sandweiler in Luxemburg hält Premierminister Jean-Claude Juncker eine denkwürdige Ansprache.

Ein weiteres wichtiges Ereignis ist die Einbettung der ersten 1.000 Kriegstoten in Apscheronsk, Russland am 30. August unter Mitwirkung von Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan.

Die neue Kriegsgräberstätte in Berjosa/Belarus (Weißrussland) wird am 1. Oktober mit der Einbettung der ersten 500 Gefallenen eingeweiht.

Der Volksbund ruft einen Wissenschaftlichen Beirat ins Leben, den Professor Rolf Wernstedt leitet. Das Gremium befasst sich mit der anhaltenden Auseinandersetzung um die Gräber der NS-Täter in Costermano (siehe 1988) und erarbeitet Vorschläge für die Beilegung des Konfliktes:

„Die Gebeine bleiben auf dem Friedhof, weil in unserer Kultur jedem Individuum ein Grab gebührt. Die Rangbezeichnungen werden von den Grabsteinen gelöscht. Die bronzenen Buchtafeln werden insgesamt entfernt und in ein Sepulkralmuseum verbracht (...). Im Eingangsbereich des Friedhofs wird eine kurze historische Erklärungstafel angebracht und auch auf die Verbrechen und die dort liegenden Personen hingewiesen.“

Die Vorschläge werden 2006 umgesetzt. Der Beirat spricht sich dafür aus, so auch auf anderen Kriegsgräberstätten zu verfahren, auf denen bekannte Kriegsverbrecher begraben sind, dies aber noch nicht auf den Friedhöfen thematisiert wird, zum Beispiel in La Cambe und Maleme.

„Hartz IV“, der vierte Teil der Arbeitsmarktreformen tritt in Kraft und trifft viele.

Die Arbeitslosigkeit liegt bei über fünf Millionen Menschen und nun verkürzt sich die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe („Arbeitslosengeld 2“) wird mit der Sozialhilfe zusammengelegt. Den Widerstand gegen die Reformen bekommt vor allem die SPD zu spüren. Enttäuschte Sozialdemokraten und Gewerkschafter gründen die WASG („Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“), die im Juni ein Wahlbündnis mit der PDS bildet. Im Laufe des Jahres ändert die PDS ihren Namen erneut und nennt sich fortan „Die Linkspartei. PDS“.

Bundeskanzler Schröder strebt vorgezogene Neuwahlen an, nachdem die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen für seine Partei verloren gehen. Am 1. Juli stellt er im Bundestag die Vertrauensfrage, die er geplant verliert. Bundespräsident Köhler löst den Bundestag auf.

Die Bundestagswahlen gewinnt die CDU mit einem hauchdünnen Vorsprung. Angela Merkel wird Bundeskanzlerin einer CDU/CSU-FDP-Koalition.

Im April stirbt Papst Johannes Paul II., der an dem Umbruch in Mitteleuropa, besonders in Polen, großen Anteil hatte. Sein Nachfolger wird der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger, der sich

als Papst Benedikt XVI. nennt. „Wir sind Papst“, titelt die Bild-Zeitung.

Im Mai wird in Berlin das Denkmal für die ermordeten Juden Europas eingeweiht, das mitten in der Stadt an die Opfer des Holocaust erinnern soll und zu der auch eine Informationsausstellung gehört.

Der 2004 beschlossene EU-Verfassungsvertrag scheitert Ende Mai und Anfang Juni in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Die EU verordnet sich eine Denkpause, die bis 2007 anhalten wird.

Anfang Juli verüben Terroristen in London Bombenanschläge in öffentlichen Verkehrsmitteln. Nur zwei Wochen später sterben bei einem Terrorattentat im ägyptischen Badeort Scharm el Scheich über 80 Personen.

Die SPD bekommt im November mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Platzeck wieder einen neuen Vorsitzenden.

Horst Köhler bei einer Gedenkveranstaltung gemeinsam mit Pfadfinderinnen und Workcamp-Teilnehmern.

Wir sind Papst!
Das wird zur Schlagzeile 2005





2006

Tschechische Journalisten veröffentlichen Fotos aus einer ehemaligen Fabrikhalle in Usti nad Labem (Aussig), wo der Volksbund in Pappsärgen die Gebeine von 4.300 deutschen Kriegstoten aufbewahrt.

Sie sollten auf einem in Prag geplanten Friedhof beerdigt werden, das Projekt war jedoch nicht realisiert, ein anderer Friedhof noch nicht gefunden. Die deutschen und tschechischen Medien bewerten die Lagerung der Toten als Skandal. Das tschechische Militär hilft bei der Räumung der Halle und transportiert die Gebeine zu einem alternativen Aufbewahrungsort. Die Suche nach einem geeigneten Gelände für einen Friedhof dauert fast zwei Jahre.

Die Kriegsgräberstätte Chisinau in der Republik Moldau wird am 20. Juni, die Anlage in Sowjetsk (Tilsit)/Russland am 30. Juni der Öffentlichkeit übergeben. Die Einweihungen der Kriegsgräberstätten in Stare Czarnowo (Neumark)/Polen und Tirana/Albanien folgen am 15. Juli und am 19. November. Allein zur Gedenkfeier in Stare Czarnowo nahe Szczecin (Stettin), dem letzten großen Sammelfriedhof in Polen, kommen

über 1.000 Besucher. Die Kriegsgräberstätten Tschernjachowsk (Insterburg)/Russland und Kuressaare/Estland sind zehn Jahre alt.

Ein großes Projekt des Volksbundes erreicht am 9. September mit der Einweihung der Namenwürfel in Rossoschka bei Wolgograd, dem ehemaligen Stalingrad, ein wichtiges Zwischenziel. Zahlreiche Angehörige, aber auch Zeitzeugen beider Nationen nehmen an der Gedenkfeier in der russischen Steppe teil.

In ihrer Ansprache zum Volkstrauertag dankt Bundeskanzlerin Angela Merkel dem Volksbund und seinen Mitgliedern für seine Friedensarbeit: „Mit dem Gedenken an das furchtbare Leid vergangener Tage geht eine eindringliche Mahnung an uns Lebende einher: Die Ermahnung, uns immer wieder für Frieden einzusetzen und entschieden gegen Unfreiheit, Krieg, Gewalt und Terror vorzugehen. Der Volksbund hält mit seinem Engagement diese Mahnung aufrecht. Er trägt sie besonders durch seine Jugendarbeit auch in die Zukunft.“

Das Bundeslandwirtschaftsministerium teilt im Januar mit, dass die deutschen Wälder durch Luft- und Bodenverschmutzung weiterhin stark geschädigt sind.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist weiterhin angespannt. Über fünf Millionen Menschen in Deutschland haben keinen Job. Die Arbeitslosigkeit liegt Anfang des Jahres bei 12,1 Prozent, das ist eine der höchsten Arbeitslosenquoten in Europa.

Im Februar erklärt das Bundesverfassungsgericht die Regelung, der zufolge entführte Flugzeuge, die als Waffe eingesetzt werden sollen, abgeschossen werden dürfen, für verfassungswidrig.

Im März tritt der SPD-Vorsitzende Platzek nach wenigen Monaten von seinem Amt zurück. Sein Nachfolger wird der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck.

Unter großer Begeisterung der Zuschauer findet vom 9. Juni bis zum 9. Juli die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland statt. Es zeigt sich ein positives, nicht aggressives Nationalgefühl, viele schmücken ihre Autos mit deutschen Flaggen – für Nachkriegsdeutschland etwas Neues.

Kurz vorher wird in Berlin der neue Hauptbahnhof eröffnet. Die Nationalelf verliert im Halbfinale gegen die italienische Mannschaft, die später Weltmeister wird.

Im Juni trennt Montenegro sich von Serbien und ruft seine Unabhängigkeit aus.

Im Juli werden in Regionalzügen nach Dortmund und Koblenz Kofferbomben entdeckt, die aufgrund ihrer fehlerhaften Konstruktion nicht zünden. Die beiden Täter werden kurze Zeit später gefasst.

Im September genehmigt der Bundestag den Einsatz der Bundeswehr im Seegebiet vor der libanesischen Küste als Teil einer Friedensmission der Vereinten Nationen. Es geht darum, Waffenlieferungen an die Hisbollah zu verhindern. Große Empörung ernten Fotos vom Bundeswehreininsatz in Afghanistan, die im Oktober veröffentlicht werden. Sie zeigen deutsche Soldaten, die mit Totenschädeln posieren.

Im Oktober führt Nordkorea zum ersten Mal einen Atomtest durch. Die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel werden dadurch verschärft.

Karikaturenstreit: Die Proteste in der islamischen Welt nach der Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen 2005 durch eine dänische Zeitung dauern an.



2007

*Gemeinsame Arbeit:
Deutsche und russische Soldaten betten
in Sologubowka/Russland 4.000 Opfer
des Zweiten Weltkriegs ein.*



In einem Strategiepapier beschreibt der Volksbund die Schwerpunkte für Friedhofsbau und -pflege sowie die Suche und Umbettung der deutschen Kriegstoten im Osten.

Bis 2015 müssen noch erhebliche Anstrengungen, besonders bei den Umbettungen, unternommen werden. Danach wird es mangels örtlicher Zeitzeugen sehr viel schwieriger werden, Kriegstote zu finden. Die Ausarbeitung ist Grundlage für die Gespräche mit der Bundesregierung über die Höhe der bis 2015 benötigten staatlichen Finanzmittel. In der Tat erhöht die Bundesregierung ihre Zuwendungen. Wichtigste Einnahmequellen sind und bleiben jedoch – auch langfristig – die Beiträge und Spenden der Bürger.

40. Jahrestag der Einweihung des Friedhofs Costermano: In ihren Ansprachen erinnern Karl-Heinz Kälberer, stellvertretender Präsident des Volksbundes, und der deutsche Generalkonsul in Mailand, Dr. Axel Hartmann, an die berechnete Trauer der Angehörigen, aber auch an die Verbrechen, die im Zweiten Weltkrieg durch Deutsche verübt wurden.

Im litauischen Puorai findet das erste Förderer-Workcamp des Volksbundes statt. Dabei arbeiten Förderer – ähnlich wie bei Workcamps oder Arbeitseinsätzen der Bundeswehr – ehrenamtlich auf deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland.

In Bourdon/Frankreich, Vladslo/Belgien und Cannock Chase/Großbritannien finden Gedenkstunden anlässlich des 40-jährigen beziehungsweise 50-jährigen Bestehens der deutschen Kriegsgräberstätten statt.

In Sebesh/Russland wird am 8. September eine neue Kriegsgräberstätte eingeweiht. Bis zu 50.000 Kriegstote können hier beerdigt werden. Am Tag der Einweihung wirken auch deutsche und russische Soldaten mit, die zuvor erstmals in gemeinsamer Arbeit 4.000 deutsche Kriegstote auf der Kriegsgräberstätte in Sologubowka beerdigt haben.

Am 21. und 22. September weiht der Volksbund in Lettland die Kriegsgräberstätten Riga-Beberbeki und Ogre ein. Bundeswehrgeneralinspekteur Wolfgang Schneiderhan verspricht, dass die Bundeswehr die Friedensarbeit des Volksbundes auch künftig engagiert unterstützen werde.

Zum 1. Januar übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft, zu dieser Zeit auch noch die Präsidentschaft im Europäischen Rat, also der Staats- und Regierungschefs.

Unter deutscher Federführung wird ein neuer EU-Vertrag ausgearbeitet, der an die Stelle des gescheiterten Verfassungsvertrags treten soll und in der zweiten Jahreshälfte in Portugals Hauptstadt unterzeichnet wird („Lissabonner Vertrag“).

Die Europäische Union erweitert sich zum Jahresbeginn um Bulgarien und Rumänien auf nunmehr 27 Mitglieder. Auch die Eurozone wird größer, da Slowenien ihr beiträgt.

Der Bundestag beschließt im März das Gesetz zur stufenweisen Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Für jeden Geburtsjahrgang wird das Renteneintrittsalter um einen Monat nach hinten verschoben, bis die Grenze von 67 Jahren erreicht ist.

Deutschland hat auch die Präsidentschaft der G8-Staaten, der acht wichtigsten Industrieländer der Welt, inne. Im Juni findet ein G-8-Gipfel in Heiligendamm statt, bei dem über den Klimaschutz sowie Hilfsmaßnahmen für Afrika beraten wird. Auch der im Vormonat neu gewählte französische Präsident Nicolas Sarkozy nimmt an dem Gipfel teil. Verbindliche Beschlüsse werden bei diesen Gipfeln nicht gefasst.

In Berlin tritt die Partei „Die Linke“ zu ihrem Gründungsparteitag zusammen. Vorsitzende werden der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine sowie der PDS-Politiker Lothar Bisky.

Die Rechtschreibreform, die in allen deutschsprachigen Ländern gilt, wird nach Ablauf einer Übergangsfrist im August in allen Teilen für deutsche Schulen verbindlich.

Ab Dezember gilt für Polen und die Tschechische Republik das Schengener Übereinkommen, so dass an der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenze keine Kontrollen mehr stattfinden.

Im Dezember wird auch die EU-Grundrechtecharta feierlich verkündet. Sie war ausgearbeitet worden, um den Grundrechtebestand in der Europäischen Union zu fixieren.

Im Zug der Ausgestaltung des europäischen Binnenmarkts läuft im Dezember das Briefmonopol der Deutschen Post aus.

*Friedlicher Protest:
In Myanmar (Burma)
protestieren buddhistische
Mönche gegen die Militärdiktatur. Die Bewegung
wird gewaltsam niedergeschlagen.*





Jana Reichbott, eine von 88 Jugendlichen vom Jugendarbeitskreis Schleswig-Holstein besucht den Waldfriedhof Halbe.



2008

Papst Benedikt XVI. dankt bei einer Generalaudienz am 20. Februar dem Volksbund für seine Arbeit.

Am 11. März verleiht die luxemburgische Stiftung Fondation du Mérite Européen eine Goldmedaille an den Volksbund und zeichnet damit die europäische Jugendarbeit des Volksbundes aus.

Das Jahr 2008 ist der 90. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkrieges. Der Volksbund erinnert daran in zahlreichen Gedenkveranstaltungen, zum Beispiel in Langemark/Belgien und Cambrai/Frankreich. Selbst neun Jahrzehnte nach Kriegsende werden in den ehemaligen Kampfgebieten immer noch Kriegstote gefunden. Zahlreiche Jahrestage der Einweihung von Kriegsgräber- und -gedenkstätten sind zu begehen: Kiel-Möltenort (70 Jahre), Vladslö/Belgien (50 Jahre), Oberwölbling/Österreich (25 Jahre), Potelitsch und Charkow/Ukraine, Vazec/Slowakische Republik sowie Siemianowice (Laurahütte)/Polen, alle 10 Jahre.

Am 6. September wird die Kriegsgräberstätte Apscheronsk, Russland eingeweiht. Hier im Kaukasusgebiet können bis zu 30.000 Kriegstote bestattet werden.

Der Volksbund will sein Profil als Träger und Förderer der Gedenk- und Erinnerungskultur stärken. Ein Ansatz dazu ist das politisch-wissenschaftliche Kolloquium „Darf der Rote Baron wieder Held sein?“ am 16. Oktober in Berlin.

Die Diskussion um das Bundeswehrenmal in Berlin hält an. Präsident Führer fordert, auch den im Einsatz gestorbenen Bundeswehrangehörigen das dauerhafte Ruherecht zu gewähren.

Starkes Medieninteresse begleitet die Einbettung von 5.500 deutschen Kriegstoten im tschechischen Cheb (Eger) am 12. November. Nach langwierigen Verhandlungen erhalten auch diese Toten, die zum Teil schon vor Jahren geborgen worden waren, endlich eine würdige Ruhestätte.

Zum Volkstrauertag in Berlin hält der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker die Gedenkrede. „Wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen. Nirgendwo besser, nirgendwo eindringlicher, nirgendwo bewegender ist zu spüren, was das europäische Gegeneinander an Schlimmstem bewirken kann“, sagt er.

Der Volksbund will sein Profil als Träger und Förderer der Gedenk- und Erinnerungskultur stärken.

Im Februar erklärt der Kosovo seine Unabhängigkeit, nachdem jahrelange Versuche der Vereinten Nationen, in der Frage des Verhältnisses zwischen Kosovo und Serbien zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, gescheitert sind.

Der Internationale Gerichtshof wird zwei Jahre später in einer Stellungnahme feststellen, dass die von Serbien und Russland heftig kritisierte Unabhängigkeitserklärung nicht gegen das Völkerrecht verstoße. Die Unabhängigkeit Kosovos wird abgesichert und eingeschränkt durch eine Mission der Vereinten Nationen (UNMIK) und eine Rechtsstaatmission der Europäischen Union (EULEX). Die Sicherheit des Kosovo wird durch die NATO garantiert (KFOR).

Im April beschließt die NATO die Aufnahme Albaniens und Kroatiens.

Im Juni lehnt die irische Bevölkerung den – in Deutschland bereits im April ratifizierten – Lisboner Vertrag ab, wird ihn aber in einem zweiten Referendum im Oktober 2009 billigen.

In Belgrad wird im Juli der wegen Völkermords gesuchte ehemalige bosnische Serbenführer Radovan Karadžić verhaftet und an das Kriegsver-

In Belgrad wird im Juli der wegen Völkermords gesuchte ehemalige bosnische Serbenführer Radovan Karadžić verhaftet und an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausgeliefert.

brechertribunal in Den Haag ausgeliefert. Das Gericht wird den dann 70-Jährigen 2016 zu 40 Jahren Gefängnis verurteilen.

Im August versucht die georgische Regierung unter Präsident Saakaschwili, die abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien mit Gewalt in den Staatsverband zurückzuholen, scheitert jedoch an einer militärischen Intervention Russlands.

Nachdem im September die CSU bei einer Landtagswahl die absolute Mehrheit verloren hat, treten der Parteivorsitzende Huber sowie Ministerpräsident Beckstein zurück. Horst Seehofer übernimmt beide Ämter.

Ausgelöst durch Immobilienspekulationen in den USA zieht die Finanzkrise immer größere Kreise. Im Oktober schaffen die Eurostaaten einen „Rettungsschirm“, der in finanzielle Bedrängnis geratenen Eurostaaten mit Krediten aushilft. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und Finanzminister Steinbrück (SPD) garantieren den Deutschen, dass ihre Einlagen sicher seien, und verhindern so eine Panik am deutschen Finanzmarkt.

„Yes We Can“: Mit diesem Slogan gewinnt Barack Obama die US-Präsidentenwahlen. Er ist der erste farbige Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Finanzkrise: Der Kurssturz an den Börsen in der ganzen Welt schockiert Aktienhändler und Bevölkerung gleichermaßen. Eine gigantische Spekulationsblase ist geplatzt, mit nahezu unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft.

2009

In Cassino gedenken Angehörige und Veteranen vieler Nationen am 19. Mai der Opfer der Kämpfe vor 65 Jahren.

Zum 65. Jahrestag der Landung in der Normandie am 6. Juni schmücken Soldaten der deutsch-französischen Brigade dank der Spenden der Volksbundförderer die Kriegsgräberstätte La Cambe in Frankreich mit 3.500 weißen Blumensträußen. Die Aktion „Blumen gegen das Vergessen“ erinnert an die unbekanntenen Toten.

Besondere Gedenkfeiern: Die Kriegsgräberstätte Futa-Pass/Italien ist 40 Jahre, die Kriegsgräberstätten Narva/Estland und Saldus/Lettland sind zehn Jahre alt.

Über 2.000 in der Mehrzahl zivile Tote, die von Oktober 2008 bis April 2009 aus einem Massengrab in Malbork (Marienburg)/Polen geborgen wurden, erhalten am 14. August ein würdiges Begräbnis auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Stare Czarnewo bei Szczecin (Stettin). Es sind hauptsächlich Frauen und Kinder, die unter ungeklärten Umständen gegen Kriegsende ums Leben kamen. Die zufällige Entdeckung der Toten bei Bauarbeiten

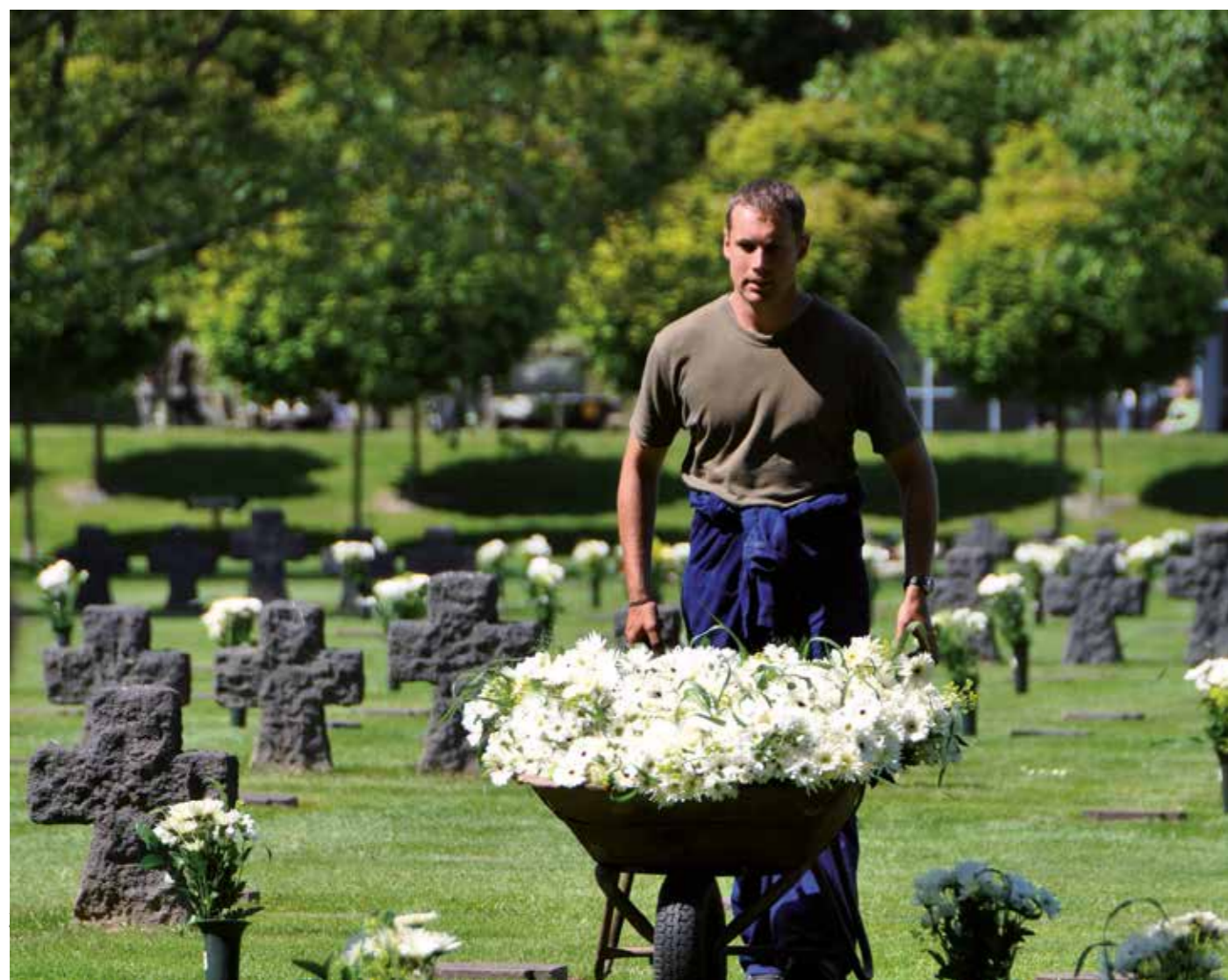
im Stadtzentrum hat in der deutschen und polnischen Presse zu heftigen Diskussionen geführt.

In Pordoi/Italien wird am 15. August an die Eröffnung des Friedhofs vor 50 Jahren erinnert, die Anlage in Prilep/Mazedonien wird am 29. August neu eingeweiht. Eine Gedenkfeier am 11. September erinnert an das 50-jährige Bestehen der Kriegsgräberstätte Lommel/Belgien, gespendete Blumensträuße schmücken auch hier die Gräber unbekannter Soldaten. Die neue Kriegsgräberstätte in Kursk-Besedino wird am 17. Oktober ihrer Bestimmung übergeben. Am 24. Oktober folgt eine Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der Kriegsgräberstätte El Alamein/Ägypten.

Die Umbetter des Volksbundes bergen über 42.000 Kriegstote – Schwerpunkt ihrer Arbeit ist Osteuropa.

Das Verteidigungsministerium veranlasst, dass künftig die Gräber von Soldaten und Zivilangehörigen der Bundeswehr, die bei Auslandseinsätzen sterben, als „Ehrengrab der Bundeswehr“ gekennzeichnet werden, sofern die Hinterbliebenen zustimmen.

Blumen gegen das Vergessen – so lautet das Motto der Volksbund-Spendenaktion zum 65. Jahrestages der Landung in der Normandie. In La Cambe schmücken Soldaten dabei die Gräber mit tausenden Blumensträußen.



Im Januar, unmittelbar nach Amtsantritt, ordnet der neue US-Präsident Obama die Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo auf Kuba an, dessen Haftbedingungen auch in Europa für Kritik sorgen. Bis zum Ende seiner Amtszeit acht Jahre später wird dies nicht geschehen sein.

Im Mai wird in Prag als Pendant zur Union für das Mittelmeer die Östliche Partnerschaft ins Leben gerufen, mit der sechs osteuropäische Länder, die keine EU-Beitrittsperspektive haben, näher an die Europäische Union herangeführt werden sollen. Das sind Belarus, die Ukraine und die Republik Moldau, außerdem die Kaukasusrepubliken Armenien, Aserbaidschan und Georgien.

Im Mai wird Horst Köhler zum zweiten Mal zum Bundespräsidenten gewählt.

Aus der Europawahl im Mai gehen die Konservativen – in Deutschland CDU und CSU – als Sieger hervor. Die Wahlbeteiligung beträgt im EU-Durchschnitt und auch in Deutschland nur rund 43 Prozent.

Im September wird das Ehrenmal für die Toten der Bundeswehr eingeweiht.

Ein Bundeswehr-Oberst befiehlt im September in der Nähe von Kundus in Afghanistan die Bombardierung zweier von den Taliban entführter

Tanklastwagen, wobei 142 Zivilisten getötet werden. Dies löst in Deutschland politische Spannungen aus.

Der Bundestag rehabilitiert 64 Jahre nach Kriegsende im September die sogenannten Kriegsverräter der Wehrmacht und hebt die entsprechenden Urteile der NS-Militärjustiz auf.

Aus der Bundestagswahl im September entsteht eine Koalition aus CDU/CSU und FDP. Angela Merkel bleibt Bundeskanzlerin, Vizekanzler und Außenminister wird der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle. Der unterlegene SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier übernimmt den Vorsitz der SPD-Fraktion.

Im Oktober bestätigen die Iren im zweiten Durchgang den Vertrag von Lissabon, der im Dezember in Kraft tritt.

Im November wird Sigmar Gabriel zum Vorsitzenden der SPD gewählt.

Im Dezember erhält die deutsche Schriftstellerin Herta Müller den Literaturnobelpreis.

Zehn Jahre nach Beendigung des Kosovo-Krieges beantragt Serbien im Dezember die Aufnahme in die EU.

Das Ziel des Vertrages von Lissabon ist es, die EU demokratischer, transparenter und effizienter zu machen.



2010

Zum 65. Jahrestag der Zerstörung Dresdens wendet sich der Volksbund öffentlich gegen die politische Instrumentalisierung des Gedenkens durch rechtsradikale Demagogen und beteiligt sich im Februar an der Menschenkette, zu der Parteien, die Kirchen, Gewerkschaften und verschiedene Initiativen aufgerufen haben.

Stoppt den Einsatz von Kindersoldaten – das ist die Forderung des internationalen Aktionsbündnisses Rote Hand, in dem auch der Volksbund aktiv mitwirkt.

Repräsentanten aus 24 Städten, die Mitglied im Deutschen Riga-Komitee sind, gedenken am 9. Juli an der Gräber- und Gedenkstätte in Riga-Birknieki der über 25.000 Menschen, die 1941/42 an diesem Ort ermordet wurden. Anlass der Gedenkreise ist das 10-jährige Bestehen des Deutschen Riga-Komitees.

Die Kriegsgräberstätten in Cheb (Eger)/Tschechische Republik mit über 5.500 Toten und Jemantscha bei Woronesh/Russland mit über 1.100 deutschen Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges werden eingeweiht. Auf dem Sammelfriedhof Duchowschtschina bei Smolensk in Russland werden über 7.000 Kriegstote feierlich eingebet-

tet. Zum zehnjährigen Bestehen des Friedhofes in Sologubowka bei St. Petersburg spricht Alt Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Die Kriegsgräberstätten Recogne-Bastogne/Belgien, Pomezia/Italien, Oslo-Alfaset/Norwegen und Lommel/Belgien bestehen seit 50 Jahren.

Fußball-Nationaltorwart Manuel Neuer, Speerwerferin Steffi Nerijs, der Sänger und Moderator Gunther Emmerlich, der Schauspieler Peter

Sodann und viele weitere Prominente unterstützen öffentlich den Volksbund. Bundespräsident Christian Wulff übernimmt die Schirmherrschaft über den Volksbund.

Das Schulprojekt „Historische Spurensuche“ des Landesverbandes Ham-

burg wird mit dem Bertini-Preis ausgezeichnet.

Gemeinsam mit der Hanns-Seidel-Stiftung lädt der Volksbund zu einem kulturwissenschaftlichen Kolloquium in das Bildungszentrum Kloster Banz ein. Thema sind die kollektiven Erinnerungen in Deutschland und Polen.

Die Gemeinschaftsgrabstätte für Stifter des Volksbundes auf dem Waldfriedhof Heerstraße in Berlin wird eingeweiht.

Das Schulprojekt »Historische Spurensuche« des Landesverbandes Hamburg wird mit dem Bertini-Preis ausgezeichnet.

Nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags im Dezember 2009 wird nun mit Herman van Rompuy der erste ständige Präsident des Europäischen Rates gewählt. In den Ministerräten rotiert der Vorsitz weiterhin alle sechs Monate.

Die Staats- und Regierungschefs der EU beschließen im März, Griechenland durch Kredite zu unterstützen, fordern dabei aber gleichzeitig drastische Reformen in Griechenland ein.

Im April beginnt die Verlegung der Ostsee-Pipeline zwischen Russland und Deutschland (Nord Stream). Die mittelosteuropäischen und die baltischen Länder kritisieren dieses Vorhaben, weil sie damit als Transitländer ausgeschaltet werden und befürchten, verstärkten Erpressungen von Seiten Russlands ausgesetzt zu sein.

Der polnische Präsident Lech Kaczyński und viele weitere hochrangige Vertreter Polens kommen bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe der russischen Stadt Smolensk ums Leben. Sein Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński, früherer Ministerpräsident und nun Oppositionsführer, beschuldigt Russland eines Attentats und wird diese These auch aufrechterhalten.

Ende September schlagen die Auseinandersetzungen um das Projekt »Stuttgart 21« in Gewalt um.

Am 31. Mai tritt Bundespräsident Horst Köhler von seinem Amt zurück. Sein Nachfolger wird einen Monat später der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, der sich gegen Joachim Gauck im dritten Wahlgang durchsetzt.

Ende September schlagen die Auseinandersetzungen um das Projekt „Stuttgart 21“ in Gewalt um. In Stuttgart soll der Bahnhof unter die Erde verlegt werden, um so aus dem jetzigen Kopfbahnhof ein Bahndrehkreuz zu machen und oberirdisch Baufläche zu gewinnen. Allerdings

müssen dafür Bäume gefällt werden, was auf wütende Proteste vieler Menschen stößt. 2011 werden die Bürger Baden-Württembergs sich in einer Volksabstimmung mehrheitlich für das Projekt aussprechen.

Erst dann werden die Konfrontationen abebben.

Zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober spricht zum ersten Mal Christian Wulff als Bundespräsident. Er sagt, mittlerweile gehöre auch der Islam zu Deutschland. Dieser Satz wird über Jahre kontrovers diskutiert werden.

Trauerfeier für den polnischen Präsidenten Lech Kaczyński und seiner Ehefrau, die bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen sind

Der Präsident des Volksbundes, Reinhard Führer (Mitte) erhält das Bundesverdienstkreuz.



2011

Die flämische Regierung unterstützt den Volksbund bei der Sanierung der deutschen Kriegsgräberstätte in Hooglede, südlich von Ostende.

Geert Bourgeois, stellvertretender Regierungschef und als Minister auch für Denkmalschutz und Tourismus zuständig, erklärt bei einem Treffen mit Präsident Reinhard Führer, dass seine Regierung 188.000 Euro für die geplanten Arbeiten zur Verfügung stelle.

Die vier deutschen Kriegsgräberstätten des Ersten Weltkrieges in Flandern – Hooglede, Langemark, Vladslö, Menen – stehen

unter Denkmalschutz und sind daher als kulturelles Erbe Flanderns anerkannt. In Vorbereitung auf den hundertsten Jahrestag des Kriegsbeginns 2014 wird die flämische Regierung weitere Renovierungen in Langemark und Vladslö finanzieren.

Nach umfangreicher Sanierung, vor allem der Gruftanlage, wird die Kriegsgräberstätte Motta St. Anastasia auf Sizilien wieder eingeweiht.

Die Kriegsgräberstätte Schatkowo in Belarus wird eingeweiht. Die Friedhöfe in Jöhvi/Estland, Korpowo/Russland und Sewastopol-Gontscharnoje/Ukraine bestehen seit zehn Jahren. Im Vorfeld der Gedenkstunde in Korpowo richten

deutsche und russische Soldaten gemeinsam Kriegsgräber beider Nationen in der Region wieder her.

Im Zusammenhang mit den alljährlichen Veranstaltungen zum Gedenken an die Landung der Alliierten 1944 in der Normandie erinnert der Volksbund mit einer Gedenkstunde am 4. Juni in Orglandes an das 50-jährige Bestehen der deutschen Kriegsgräberstätten in der französischen Region: Marigny, La Cambe, Désir-de-Lisieux und Orglandes. 1963 und 1964 kamen noch Mont-de-Huisnes und Champigny-Saint-André hinzu. Diese Friedhöfe

haben als Orte der Jugendbegegnung und der Anbahnung von Gemeinden- und Kreispatenschaften eine besondere Bedeutung für die deutsch-französische Verständigung erlangt.

Mitarbeiter des Volksbundes bergen 46 Tote aus einem Massengrab im Leinawald bei Altenburg/Thüringen.

Außenminister Guido Westerwelle unterzeichnet das deutsch-montenegrinische Kriegsgräberabkommen, rechtliche Grundlage für die Arbeit des Volksbundes auch in diesem Balkanstaat.

Mitarbeiter des Volksbundes bergen 46 Tote aus einem Massengrab im Leinawald bei Altenburg/Thüringen.

Friedhof Hooglede in Belgien – die Steine des Gedenkraumes stammen von der Weltausstellung 1938 in Paris.



Im Januar kommt es in Tunesien zu Protesten gegen die Regierung, Demonstrationen und Forderungen nach Demokratie erreichen bald auch Algerien, Ägypten, Bahrain, Marokko, Irak und den Jemen. Der Arabische Frühling beginnt.

Verteidigungsminister zu Guttenberg tritt von seinem Amt zurück und gibt sein Bundestagsmandat auf, nachdem er Vorwürfe, seine Doktorarbeit abgeschrieben zu haben, nicht entkräften kann.

Im März geht die NATO gegen das Regime des libyschen Machthabers Gaddafi vor. Die Bundeswehr beteiligt sich daran nicht.

Zur Rettung der Gemeinschaftswährung „Euro“ beschließen die Staats- und Regierungschefs der Eurozone im März, einen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu schaffen, der Euro-Staaten durch Kredite unterstützen kann.

Am 11. März lösen die Folgen eines Erdbebens im japanischen Atomkraftwerk Fukushima eine Kernschmelze aus. Der Bundestag beschließt in einer Sondersitzung den vorzeitigen Atomausstieg.

Im Mai gelingt es Spezialeinheiten der USA, den Terroristenführer Osama bin Laden in Pakistan aufzuspüren und zu töten.

Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg wird Wilfried Kretschmann erstmals ein Grüner zum Ministerpräsidenten gewählt. Im Mai gelingt es Spezialeinheiten der USA, den Terroristenführer Osama bin Laden in Pakistan aufzuspüren und zu töten.

Zum 1. Juli wird die Wehrpflicht in Deutschland zwar nicht abgeschafft, aber außer Kraft gesetzt. Im Saarland wird im August Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) zur neuen Ministerpräsidentin des Saarlandes gewählt.

Am 4. November erschließen sich aus Anlass einer Polizeikontrolle die Bankräuber Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt. Ihre Komplizin Beate Zschäpe, die mit ihnen jahrelang im Untergrund gelebt hat, setzt die gemeinsame Wohnung in Brand und flüchtet, stellt sich jedoch kurz darauf der Polizei. Es erweist sich, dass die drei das Zentrum eines neonazistischen Netzwerks, des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ waren, das aus Fremdenhass neun Menschen ausländischer Herkunft sowie eine Polizistin getötet und viele weitere verletzt hat.

Im November geht die umstrittene Nordstream-Pipeline in Betrieb, eröffnet wird sie von Bundeskanzlerin Merkel und dem russischen Präsidenten Medwedjew.

Fukushima – nach der verheerenden Explosion im gleichnamigen Kernkraftwerk in Japan steht diese Ortsbezeichnung neben Tschernobyl als Synonym für die unbeherrschbaren Gefahren der Kernkraft.

Im Januar wird die Neufassung des Gräbergesetzes bekannt gegeben. Der erste Paragraph erhält nun die Vorbemerkung: „Dieses Gesetz dient dazu, der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in besonderer Weise zu gedenken und für zukünftige Generationen die Erinnerung daran wach zu halten, welche schrecklichen Folgen Krieg und Gewaltherrschaft haben.“

Der Volksbund schließt sich einer deutsch-polnischen Projektgruppe an, die sich die Bergung der „Kinder vom Kamper See“ zum Ziel gesetzt hat. Über 70 deutsche Kinder, ihre Betreuerinnen und die Besatzung starben am 5. März 1945 auf der Flucht vor den sowjetischen Truppen bei einem Flugzeugabsturz im damaligen Westpommern. Bis heute liegen die Toten und das Wrack am Grund des Resko Przymorskie, des Kamper Sees bei Trzebiatow (Treptow an der Rega). Die Erinnerung an die Tragödie bewegt die Öffentlichkeit in Polen und Deutschland. Das Projekt scheitert jedoch an technischen und finanziellen Problemen.

Die Kriegsgräberstätten in Solers und Andilly in Frankreich werden 50 Jahre alt.

„Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen“ – unter diesem Titel steht ein Seminar, das der Volksbund mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin organisiert.

Seit 1992 hat der Volksbund über 750.000 Exhumierungen durchgeführt.

Bundespräsident Joachim Gauck ist neuer Schirmherr des Volksbundes. Anlässlich des Weltfriedenstages berichtet der Entertainer Gunter Emmerlich in der Kasseler Karlskirche über seine Bemühungen, das Kriegsschicksal des Vaters aufzuklären.

Die „AG Hannemann“, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Landesverbände und der Bundesgeschäftsstelle, die sich unter Leitung des Vizepräsidenten Prof. Volker Hannemann seit 2010 mit Fragen zur Weiterentwicklung der Volksbundarbeit befasst, legt dem Bundestag ihre Empfehlungen vor. Der Bundestag beauftragt Arbeitsgruppen, Vorschläge für die konkrete Umsetzung der Empfehlungen zu erarbeiten. Es beginnt eine anhaltende verbandsinterne Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis und der Zukunftssicherung des Volksbundes. Umfassende Reformen sind gewünscht.

Bundespräsident Joachim Gauck ist neuer Schirmherr des Volksbundes.

Seit 1992 hat der Volksbund über 750.000 Kriegstote geborgen und auf würdige Kriegsgräberstätten umgebettet. Das Foto zeigt eine Exhumierung in einem Waldgebiet bei Riga.



Auch das Jahr 2012 wird vom Arabischen Frühling geprägt.

Am 17. Februar tritt Bundespräsident Christian Wulff von seinem Amt zurück. Vorwürfe der Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung im Amt in seiner Zeit als Ministerpräsident hatten dazu geführt, dass die Staatsanwaltschaft Hannover die Aufhebung der Immunität von Wulff beantragt hatte.

Wulff agiert unglücklich mit der Presse, was durch die Veröffentlichung eines Anrufs vom ihm bekannt wird. 2014 wird er in einem Strafprozess freigesprochen werden. Sein Nachfolger wird Joachim Gauck, der ihm zwei Jahre vorher unterlegen war.

Im März schließen die meisten EU-Staaten einen Fiskalpakt zur Stärkung der Haushaltsdisziplin vor dem Hintergrund der Eurokrise. Da zwei Mitgliedstaaten sich weigern, das Abkommen zu übernehmen, wird es außerhalb des europäischen Rechts als multilaterale Vereinbarung geschlossen.

Barack Obama besiegt bei den 57. Wahlen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Mitt Romney mit 51,1 Prozent der Stimmen.



In Russland wird im März Wladimir Putin erneut zum russischen Präsidenten gewählt. Er tauscht mit dem bisherigen Präsidenten Medwedjew die Positionen und ernannt diesen im Mai zum Ministerpräsidenten.

Frankreich wählt im Mai François Hollande zum Staatspräsidenten. Im Wahlkampf hatte dieser sich stark gegen Deutschland abgegrenzt.

Die Bundesanwaltschaft erhebt im November Anklage gegen Beate Zschäpe und vier weitere Personen aus dem Umfeld des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). Der Prozess, in dem Zschäpe zu lebenslanger Haft verurteilt wird, wird bis 2018 dauern.

Im November wird Barack Obama für eine zweite Amtszeit zum US-Präsidenten gewählt.

Die NATO stationiert im November in der Türkei an der Grenze zu Syrien Luftabwehrraketen. Auch die Bundeswehr ist mit zwei Flugabwehrraketen-Batterien dort vertreten, wird den Stützpunkt jedoch wegen deutsch-türkischer Spannungen 2017 nach Jordanien verlegen.

Im Dezember erhält die Europäische Union den Friedensnobelpreis. Damit wird ihr Engagement für die Schaffung und Erhaltung des Friedens gewürdigt.



2013

Die deutschen Kriegsgräberstätten Rovaniemi in Finnland, Mont-de-Huisnes und Dagneux in Frankreich bestehen seit 50 Jahren.

Die restaurierte Adler-Skulptur kommt nach gut einem Jahr wieder zurück zum U-Boot-Ehrenmal Möltenort in der Kieler Förde. Die Mitgliederzeitschrift erhält einen neuen Titel. Sie heißt nun „frieden“.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière hält am 3. August die Gedenkansprache bei der Einweihung der deutschen Kriegsgräberstätte in der russischen Kleinstadt Duchowschtschina bei Smolensk. Über 30.000 Gefallene hat der Volksbund in den vergangenen Jahren dorthin umgebettet. Es ist der letzte Sammelfriedhof, den er in Russland errichtet. An der Veranstaltung nehmen neben etwa 200 Gästen aus Deutschland auch deutsche und russische Soldaten teil, die zu ihrem jährlichen gemeinsamen Arbeitseinsatz zusammentreffen.

In Halbe übergeben Präsident Reinhard Führer und Landtagspräsident Gunter Fritsch, der auch Vorsitzender des Volksbund-Landesverbandes Brandenburg ist, die Bildungsstätte des Volks-

bundes offiziell ihrer Bestimmung. Sie ist in der Alten Schule untergebracht, wo auch künftig die Räume der Landesgeschäftsstelle sind.

Der Theologe und Politiker Markus Meckel wird neuer Präsident des Volksbundes. Die Schwerpunkte seiner politischen Arbeit liegen in der Pflege internationaler Beziehungen, in der Aufarbeitung von Geschichte und in der Förderung von Demokratie und Menschenrechten.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière verleiht dem ehemaligen Volksbundpräsidenten Reinhard Führer das „Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold“.

95 Jahre nach ihrem Tod erhalten die 21 deutschen Soldaten, die 1918 im „Kilianstollen“ nahe der elsässischen Gemeinde Carspach verschüttet wurden, eine würdige Ruhestätte auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Illfurth, südlich von Mülhausen. Französische Archäologen haben 2011 den Stollen freigelegt und die Toten geborgen.

Wiederherstellung des U-Boot-Denkmal
Kiel-Möltenort



Im Februar wird Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) der Dokortitel wegen Plagiats entzogen. Als dieses ihrem Kabinettskollegen zu Guttenberg (CSU) geschehen war, hatte sie ihn heftig kritisiert. Schavan tritt zurück.

Der „deutsche Papst“ Benedikt XVI. gibt aus gesundheitlichen Gründen sein Amt Ende Februar auf. Es geschieht zum ersten Mal in der Neuzeit, dass ein Papst nicht durch Tod, sondern durch Rücktritt aus dem Amt scheidet. Sein Nachfolger wird der argentinische Bischof Jorge Mario Bergoglio, der den Namen „Franziskus“ annimmt.

Im April stürzt in Sabhar in Bangladesch eine Textilfabrik ein. Bei diesem Unglück sterben über 1.100 Menschen, weitere 2.400 werden verletzt. Dies löst auch in Deutschland eine Diskussion über die Verantwortung der auftraggebenden Handelsketten aus.

Im Juni wird die Öffentlichkeit durch einen früheren Mitarbeiter des amerikanischen Spionagedienstes NSA, Edward Snowden, über das Ausmaß der Datensammlung und -ausspähung durch die NSA informiert. Es stellt sich heraus, dass auch das Mobiltelefon von Bundeskanzle-

rin Merkel abgehört wurde. Snowden flieht über verschiedene Stationen nach Russland und erhält dort Asyl.

Zum 1. Juli wird Kroatien das 28. Mitglied der Europäischen Union.

Bei der Bundestagswahl im September werden CDU/CSU mit 41,5 Prozent stärkste Kraft, können aber ihre Koalition mit der FDP nicht fortsetzen, da diese an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Es kommt nach langen Verhandlungen zu einer „Großen Koalition“ aus CDU/CSU und SPD. Angela Merkel bleibt Bundeskanzlerin, Vizekanzler und Wirtschaftsminister wird Sigmar Gabriel (SPD).

Die Bürger von München und einigen weiteren Gemeinden lehnen im November in Volksabstimmungen eine Bewerbung um die Olympischen Winterspiele im Jahr 2022 ab.

Der ukrainische Präsident Janukowitsch verweigert im November die Unterzeichnung des mit der EU ausgehandelten Assoziierungsabkommens. Dies führt zu wochenlangen heftigen Protesten gegen ihn, die sich auch auf dem Hauptplatz in Kiew, dem Maidan, manifestieren.

Der Bombenanschlag auf den traditionsreichen Boston-Marathon löst weltweit Entsetzen aus.

2014

Die nächsten vier Jahre stehen im Zeichen der öffentlichen Erinnerung an den Ersten Weltkrieg vor hundert Jahren. Der Volksbund, der rund 400 Friedhöfe dieses Krieges pflegt und der sich im Gefolge der „Hannemann-Empfehlungen“ zunehmend als aktiver Akteur in der Erinnerungs- und Gedenkkultur versteht, macht auf seine Arbeit aufmerksam.

Er konzipiert eine ganze Reihe von Diskussionsveranstaltungen, gestaltet Ausstellungen, startet eine gesonderte Internetseite zum Thema und lädt zu Gedenkveranstaltungen auf Kriegsgräberstätten ein.

An den Beginn des Ersten Weltkrieges erinnert der Volksbund mit einer Gedenkstunde am 2. August auf der Kriegsgräberstätte in Metz-Chambière.

Am 3. August besuchen Bundespräsident Joachim Gauck und der französische Staatspräsident François Hollande gemeinsam die Gedenkstätte auf dem Hartmannswillerkopf in den Südvogesen. Die Anlage wird zu einem deutsch-französischen "Gedenkomplex" umgestaltet, an dem sich der Volksbund finanziell beteiligt. Er organisiert zum Besuch der beiden Staatsoberhäupter eine deutsch-französische Jugendbegegnung in Colmar.

Der Preis des Westfälischen Friedens geht an die Jugendarbeit des Volksbundes.

Der Volksbund hat eine Nachbildung der Skulpturengruppe „Die trauernden Eltern“ von Käthe Kollwitz anfertigen lassen und stellt sie am 20. September in der russischen Stadt Rshew vor dem Eingang zum Friedenspark auf. Unter den Unbekannten auf dem deutschen Friedhof liegt wahrscheinlich auch der Enkel von Käthe Kollwitz.

Der mit jeweils 50.000 Euro dotierte „Preis des Westfälischen Friedens“ geht an die Jugendarbeit des Volksbundes und an die Astronauten der Internationalen Raumstation (ISS). Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) würdigt als Laudator den aktiven Beitrag der Jugendarbeit des Volksbundes zur internationalen Verständigung.

Auf dem französischen Soldatenfriedhof Notre-Dame-de-Lorette in der Region Nord-Pas de Calais weiht Staatspräsident Hollande am 11. November den „Ring der Erinnerung“ ein. Das Denkmal listet die Namen von 580.000 Soldaten auf, die in der heftig umkämpften Region ihr Leben verloren – in alphabetischer Reihenfolge, unabhängig von Rang und Nationalität. Seit 1992 hat der Volksbund mehr als 800.000 Kriegstote umgebettet.



Deutschland ist Fußball-Weltmeister. Das Foto entstand kurz nach dem Siegtreffer zum 1:0 durch Mario Götze. Es war der vierte Titelgewinn der deutschen Nationalelf.

Trotz der Schuldenkrise, die die Staaten der Währungsunion etwas kosten kann, vergrößert sich die Eurozone zum 1. Januar um Lettland auf 18 Mitglieder.

Nach schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei, die 70 Menschenleben fordern, setzt sich der ukrainische Präsident Janukowitsch am 22. Februar nach Russland ab.

Ende Februar besetzen russische Truppen die Krim und gliedern sie in den russischen Staatsverband ein. Die internationale Gemeinschaft verurteilt die Annexion der Krim scharf.

Durch russische Soldaten „auf Urlaub“ (Putin) sowie von Russland unterstützte Separatisten werden im Frühjahr die Städte Lugansk und Donezk abgespalten und zu „Volksrepubliken“ erklärt. Bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen sterben in den nächsten Jahren tausende Menschen. In Europa herrscht wieder Krieg. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland kommt zum Erliegen. Die Europäische Union verhängt Sanktionen gegen Russland.

Am Rande der Feiern zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie kommt es zu Gesprächen zwischen Bundeskanzlerin Mer-

kel sowie den Präsidenten von Russland, Frankreich und der Ukraine. Eine Lösung der Krise wird jedoch in diesem „Normandie-Format“ nicht erreicht.

Aus den Wahlen zum Europäischen Parlament gehen die Konservativen als Sieger hervor. Ihr Kandidat Jean-Claude Juncker wird einige Monate später Präsident der Europäischen Kommission, Martin Schulz bleibt Parlamentspräsident.

In Dresden, später auch in anderen Städten, finden ab Oktober wöchentliche Demonstrationen gegen die Politik der Bundesregierung sowie gegen eine vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“ statt. Diese „Pegida“-Kundgebungen entwickeln sich zu Sammelpunkten des Rechtsradikalismus.

Am 1. Dezember übernimmt der frühere polnische Ministerpräsident Donald Tusk das Amt des Präsidenten des Europäischen Rats.

Am 5. Dezember wird mit Bodo Ramelow zum ersten Mal ein Mitglied der Linkspartei Ministerpräsident eines Bundeslandes, nämlich Thüringens.



WVL
Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe



2015

Das neue Referat „Erinnerungskultur und Netzwerkarbeit“ im Berliner Hauptstadtbüro nimmt im Januar seine Arbeit auf. Es soll Themen und Kompetenzen des Volksbundes stärker in der Öffentlichkeit darstellen und ihn mit Partnern aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft vernetzen.

Zwei Jugendprojekte der Volksbund-Landesverbände Thüringen und Bremen erhalten Auszeichnungen für ihre internationale Friedensarbeit.

Hundert Jahre nach den Kämpfen um die türkische Halbinsel Gallipoli lädt der Volksbund im April zu einer Gedenkstunde auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Tarabya ein. Der Friedhof liegt im Norden Istanbul, der Bau wurde 1915 begonnen. Inzwischen sind hier fast 700 deutsche Gefallene beider Weltkriege bestattet.

Die zentrale Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa findet auf dem Waldfriedhof in Halbe statt. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hält die Ansprache.

Präsident Meckel begleitet am 6. Mai Bundespräsident Joachim Gauck bei dessen Besuch der sowjetischen Kriegsgräberstätte im westfälischen Schloss Holte-Stukenbrock. Einen Tag später reist er mit Außenminister Steinmeier nach Wolgograd. Dort besuchen Steinmeier und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow auch die deutsche Kriegsgräberstätte in Rossoschka. Meckel hält die Gedenkrede am 9. Mai in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen in Neubrandenburg. Weitere Gedenkstunden veranstaltet der Volksbund auf den Kriegsgräberstätten in Pornichet und Fort-de-Malmaison/ beide Frankreich, in Esbjerg/Dänemark, in Przemysł/Polen und Hunkovce/Slowakei. Auf dem Pordoi-Pass/Italien erinnert er an die Toten des Alpenkrieges 1915-1918.

Daniela Schily wird am 1. September Generalsekretärin des Volksbundes. Erstmals übernimmt damit eine Frau das Amt der Geschäftsleitung.

Auf Initiative des Office National des Anciens Combattants et Victimes de Guerre (ONACVG) und des Volksbundes gründet sich im Oktober in Niederbronn die „Kontaktgruppe von Kriegsgräberdiensten in Europa“.

„Wir schaffen das.“ Bundeskanzlerin Merkel reagiert mit diesem Satz am 31. August auf den starken Zustrom von Flüchtlingen, die über die sogenannte Balkanroute durch die Westbalkanstaaten und Ungarn nach Deutschland kommen.

Insgesamt werden in diesem Jahr 890.000 Geflüchtete registriert, wie viele zusätzlich unregistriert ins Land kommen, ist nicht bekannt. Transitstaaten versuchen, die Flüchtlinge schnell weiterzuleiten oder ihnen den Aufenthalt so unangenehm wie möglich zu machen. Anfang September beschließt Merkel, in Ungarn gestrandete Flüchtlinge ohne Prüfung ihres Asylanspruchs in Deutschland aufzunehmen. Diese humanitäre Geste wird als generelle Öffnung der deutschen Grenzen missverstanden und erhöht den Migrationsdruck auf Deutschland, dessen Verwaltung sich bald überfordert zeigt. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer wirft der Bundeskanzlerin, deren Koalition auch Seehofers Partei CSU angehört, Rechtsbruch vor und droht ihr mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

Während die Stimmung in der Bevölkerung anfangs sehr positiv ist, man spricht von einer „Will-

kommenskultur“, ändert sich diese, als es in der Silvesternacht vor dem Kölner Hauptbahnhof zu sexuellen Übergriffen durch Asylbewerber kommt.

Brandanschläge auf Asylbewerberheime und Gebäude, die als solche dienen sollen, nehmen zu.

Am 13. November kommt es in Paris zu einer Serie verheerender Terroranschläge durch islamistische Extremisten, die 130 Menschenleben fordern.

Die Migration, ihre Bewältigung und die Angst vor islamistischem Terror sind die zentrale Punkte der politischen Diskussion in Deutschland.

Im September wird offenbar, dass die Firma Volkswagen ihre Dieselfahrzeuge mit einer speziellen Vorrichtung ausgestattet hat, die bei Tests niedrigere Abgaswerte produzieren als im täglichen Betrieb. Dadurch werden die gesetzlichen Vorgaben zum Teil deutlich überschritten. Entdeckt wird der Skandal in den USA, wo Volkswagen für Strafen und Entschädigungen über 25 Mrd. Euro zahlen muss.

Flüchtlinge suchen bessere Lebensbedingungen in Westeuropa.

Eine Nation unter Schock: Nach dem Attentat auf die Redaktion der Satire-Zeitschrift Charlie Hebdo trauert ganz Frankreich. Es ist der Beginn einer ganzen Anschlagserie, die im Jahr 2015 Frankreich, Europa und viele weitere Länder mit menschenverachtenden Terrorangriffen überzieht.

2016

Am 5. März weiht der Volksbund an der Uferstraße des Resko Przymorskie (Kamper See) einen Gedenkplatz für die „Kinder vom Kamper See“ ein.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident François Hollande legen Kränze auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Consenvoye bei Verdun nieder.

Die Deutsche Nationalstiftung zeichnet den Volksbund für seine Gedenk-, Bildungs- und Jugendarbeit mit dem Nationalpreis aus, der mit 50.000 Euro dotiert ist. Die Laudatio in der Friedrichstadtkirche in Berlin hält am 15. Juni Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow beschließen am 22. Juni ein gemeinsames Projekt zur Suche und Digitalisierung von Archivunterlagen über sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Mit der Koordination des Projektes auf deutscher Seite beauftragt das Auswärtige Amt den Volksbund.

Indessen wächst unter den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unmut über das Amtsverständnis und Füh-

rungsverhalten des Präsidenten. Die Situation spitzt sich zu, als Markus Meckel im Sommer in mehreren Presseverlautbarungen die Kritik an seinem Verhalten als mangelnde Bereitschaft zur Reform abtut. Für den 23. September ist ein außerordentlicher Bundesvertretertag in Göttingen anberaumt, bei dem über die Abberufung des Präsidenten entschieden werden soll. Einen Tag vorher tritt Meckel zurück.

Die Delegierten beschließen den Wortlaut des Leitbildes und auch die „Göttinger Erklärung“, in der sie die Notwendigkeit von Reformen bekräftigen. Beide Texte gehören zur Grundlage der zukünftigen Arbeit des Volksbundes.

Als stellvertretender Präsident nimmt der ehemalige Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan bis zur Wahl eines neuen Präsidenten dessen Aufgaben kommissarisch wahr.

Nach der umfangreichen Sanierung des Friedhofes in Vladslo weiht der Volksbund die Anlage am 7. Oktober wieder ein. Dabei stellt er sein neues Informationssystem vor.

Am 19. November weiht der Volksbund die Kriegsgräberstätte in Podgorica, der Hauptstadt von Montenegro, ein.

Im Januar hebt die Europäische Union die Sanktionen gegen den Iran auf, da er sich an die Verpflichtungen aus dem Atomabkommen hält.

Deutschland war neben den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats der Verhandlungspartner des Iran. Ziel des Atomabkommens ist es zu verhindern, dass der Iran sich Atomwaffen aneignet. 2018 wird US-Präsident Trump das Abkommen für die USA aufkündigen, die EU will daran festhalten.

Im März schließt die EU mit der Türkei ein Abkommen, das die Rückführung illegal nach Griechenland kommender Flüchtlinge vorsieht. Der „Flüchtlingsdeal“ führt zu seinem Rückgang der Zahl der Migranten, bleibt aber politisch umstritten.

Ende März verspottet der Comedian Jan Böhm in seiner Sendung den türkischen Präsidenten Erdoğan, was zu einer Verschlechterung des deutsch-türkischen Verhältnisses führt. Erdoğan verlangt vergeblich die Bestrafung Böhmers auf der Basis eines Paragraphen des Strafgesetzbuches, der die Beleidigung ausländischer Vertreter von Staatsorganen ahndet und den der Bundestag im Folgejahr

aufheben wird. Im Juni trüben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter ein, als der Bundestag die Massaker an den Armeniern im Osmanischen Reich im Jahr 1915 als Völkermord bezeichnet.

Am 23. Juni entscheiden die Bürger des Vereinigten Königreichs mit Mehrheit, die Europäische Union zu verlassen. Der „Brexit“ wird die europäische Politik in den nächsten Jahren beschäftigen.

Am 15. Juli versuchen Teile des türkischen Militärs, Präsident Erdoğan zu stürzen. Der Putsch scheitert und führt zu einer Verfolgung von Tausenden von Funktionsträgern und Journalisten, die Erdoğan als Putschisten ansieht. Die Verhandlungen der Türkei um einen EU-Beitritt werden ausgesetzt.

Im November wird Donald Trump zum Präsidenten der USA gewählt.

Im Dezember unternimmt ein Attentäter einen Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt, dem zwölf Menschen zum Opfer fallen. Der Täter Anis Amri wird vier Tage später von der italienischen Polizei gestellt und aufgrund seiner Gegenwehr erschossen.

Zum 100. Jahrestag der Schlacht um Verdun legen Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatschef Hollande Kränze auf dem Friedhof Consenvoye nieder.

Verleihung des deutschen Nationalpreis an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge





2017

Ab 12. März können Besucher der Kriegsgräberstätte Golm sich vor Ort kostenlos die App „Digitaler Friedhof“ herunterladen und auf den eigenen mobilen Geräten nutzen. Dieser digitale Rundgang auf einer Kriegsgräberstätte ist in Deutschland derzeit einzigartig.

Das Projekt wird vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und der Landeszentrale für politische Bildung gefördert.

Die Mitglieder des Bundesvertretertages wählen am 28. April in Berlin einstimmig Wolfgang Schneiderhan zum Präsidenten des Volksbundes. „Wir begreifen unsere Arbeit als wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer internationalen Erinnerungs- und Gedenkkultur in Europa“, sagt Schneiderhan.

Der Volksbund startet eine Plakatkampagne zum Thema Europa. An über 1.200 Standorten sind die Plakate zu sehen. Das Motiv: Ein Grabfeld mit vielen Grabkreuzen. Der Schriftzug DARUM EUROPA! erinnert an das Zitat von Junker „...wer an Europa zweifelt, sollte Soldatenfriedhöfe besuchen.“ Es gibt Kritik an der eindeutigen Europa-Positionierung, aber die meisten Reaktionen sind positiv.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übernimmt die Schirmherrschaft über den Volksbund.

Auf der Kriegsgräberstätte in Bartosze (Bartoszen)/Polen bettet der Volksbund am 15. Juli 3.000 Tote ein. Sie sind vergangenes Jahr in Torun (Thorn) bei Bauarbeiten entdeckt und geborgen worden.

Am 9. September wird in Sebesh, der Friedhof existiert seit zehn Jahren, der 900.000 Kriegstote mit dem Namen Vincent Cieluch beige setzt, den der Umbettungsdienst im Osten geborgen hat.

Staatspräsident Emmanuel Macron und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier weihen am 10. November das neue Historial auf dem Hartmannswillerkopf ein, das zugleich Informationszentrum, Begegnungsraum und Museum ist.

An den Abschluss des deutsch-russischen Kriegsgräberabkommens vor 25 Jahren erinnert der Volksbund am 12. Dezember mit einer Gedenkstunde auf dem Parkfriedhof Marzahn in Berlin und einem Festakt im deutsch-russischen Museum in Karlshorst. Festredner ist Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages.

Vincent Cieluch, der 900.000 Kriegstote in Osteuropa wird identifiziert und auf dem Friedhof in Sebesh, Russland eingebettet.



Am 17. Januar lehnt das Bundesverfassungsgericht das Verbot der NPD ab. Sie sei zwar verfassungswidrig, aber zu unbedeutend, um der Demokratie in Deutschland Schaden zuzufügen.

Im Januar gibt Martin Schulz das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments ab und wechselt in die deutsche Politik. Zwei Monate später wählt die SPD ihn zum Bundesvorsitzenden und zum Kanzlerkandidaten. Er erfährt anfangs breite Unterstützung innerhalb und außerhalb der Partei, die darauf viele Hoffnungen für die Bundestagswahl setzt und vom „Schulz-Zug“ spricht.

Im Februar wird der Sozialdemokrat Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten gewählt.

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 60. Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge verabschieden die Staats- und Regierungschefs der EU am 25. März eine Erklärung, die den Willen zu weiterer europäischer Zusammenarbeit bekräftigt und dabei auch eine differenzierte Integration als Möglichkeit nennt. Die britische Premierministerin nimmt an dem Treffen nicht teil. Vier Tage später erklärt ihr Land offiziell, dass es die EU verlassen will. Ab diesem Zeitpunkt läuft eine Zweijahresfrist.

Zwischen März und Mai finden Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen statt, die die SPD entgegen den Erwartungen alle verliert. Damit verschlechtern sich die Ausgangsbedingungen für die Bundestagswahl.

Im Mai wählen die Franzosen im zweiten Wahlgang Emmanuel Macron zum Präsidenten.

Bei der Bundestagswahl im September büßen die großen Parteien Stimmen ein, die FDP gelangt wieder und die AfD erstmals in den Bundestag, diese sogar als drittstärkste Partei. Die Sozialdemokraten, die nur noch 20,5 Prozent der Stimmen erringen, kündigen die Koalition auf und wollen in die Opposition gehen.

Langwierige Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU, den Grünen und der FDP werden schließlich von der FDP abgebrochen. Die SPD erwägt, nun doch in eine Koalition einzutreten, will dies aber nach Abschluss der Verhandlungen einem Mitgliedervotum unterwerfen. Dazu kommt es im Jahr 2017 nicht mehr.

Der neue Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender beim Bürgerfest im September 2019 vor dem Schloss Bellevue



2018

75 Jahre nach dem Ende der Kämpfe um Stalingrad nimmt eine Delegation des Volksbundes mit Präsident Wolfgang Schneiderhan in Wolgograd an den offiziellen Gedenkzeremonien teil. Auf der deutschen und der russischen Kriegsgräberstätte in Rossoschka gedenken sie am 3. Februar gemeinsam mit Angehörigen der Kriegstoten.

In Zusammenarbeit mit diplomatischen Vertretungen und Kulturinstituten veranstaltet der Volksbund öffentliche Lesungen, Vorträge und Seminare, in denen Interessierte das Kriegsende 1918 und seine Auswirkungen auf die Gedenkkultur diskutieren.

Präsident Schneiderhan begleitet Bundespräsident Steinmeier bei der Einweihung der Gedenkstätte Malyj Trostenez am 29. Juni. Malyj Trostenez, heute ein Vorort von Minsk, war zwischen 1942 und 1944 die größte deutsche Vernichtungsstätte auf dem Gebiet der besetzten Sowjetunion. Der Volksbund hat den Bau der Gedenkstätte unterstützt.

Mitte August startet eine deutsch-russische Expedition in die Höhenlagen des Nordkavkasus. Die Gruppe setzt sich aus Soldaten der Bundeswehr und der russischen Armee, Vertretern des deutschen Militärattaché-Stabes in Moskau und

aus Mitarbeitern des Volksbundes unter Leitung von Generalsekretärin Daniela Schily zusammen. In der Nähe des Kluchor-Passes nahe der russisch-georgischen Grenze finden sie zahlreiche Relikte des einstigen Kampfgeschehens. Die gesuchten Friedhöfe finden sie nicht.

In der Woche vor dem Volkstrauertag, kommen 500 junge Menschen in Berlin zur internationalen Jugendbegegnung „Youth for Peace – 100 Jahre Ende Erster Weltkrieg, 100 Ideen für den Frieden“ zusammen. Veranstalter sind neben dem Deutsch-Französischen Jugendwerk der Volksbund sowie viele weitere europäische Jugendorganisationen. Sie entwickeln gemeinsam Ideen für den Frieden. Dieses Ideenpapier überreichen sie bei der Abschlussveranstaltung an Bundespräsident Steinmeier und Präsident Macron.

Mitte August startet eine deutsch-russische Expedition in die Höhenlagen des Nordkavkasus.

Mit einem Freundschaftsspiel zwischen den U-17-Fußballmannschaften von Hertha BSC und dem Liverpool FC am 16. November erinnern die Nachwuchsspieler an den historischen „Weihnachtsfrieden“ von 1914. Staatspräsident Emmanuel Macron hält die Ansprache zur Zentralen Gedenkstunde im Bundestag. Es ist ein leidenschaftliches Bekenntnis zum geeinten Europa und zur deutsch-französischen Freundschaft.



Im März entscheiden sich 66 Prozent der SPD-Mitglieder für eine Koalition mit CDU/CSU, so dass die Regierungsbildung beginnen kann. Der Plan von Martin Schulz, selbst das Amt des Außenministers zu übernehmen, scheitert am Widerstand der Partei.

Schulz gibt auch den Parteivorsitz auf. Seine Nachfolgerin wird im April Andrea Nahles die erste Frau an der Spitze der SPD. Angela Merkel bleibt Bundeskanzlerin, Vizekanzler wird Finanzminister Olaf Scholz.

Nach wie vor ist die Arbeit von Koalition und Regierung durch öffentlich ausgetragene Differenzen zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU beeinträchtigt.

In Italien bildet sich im Juni eine Regierung aus einer links- und einer rechtspopulistischen Partei, deren gemeinsamer Nenner eine eher ablehnende Haltung gegenüber der EU ist. Damit fällt Italien als Partner für eine Reform der Europäischen Union aus.

Nach einer Auseinandersetzung mit tödlichem Ausgang bei einem Stadtfest in Chemnitz kommt es Ende August zu ausländerfeindlichen Ausschreitungen. Der Sprecher der Bundesregierung spricht im Auftrag der Kanzlerin von „Hetzjagden auf Ausländer“. Der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz widerspricht

öffentlich. Der Streit um seine Ablösung droht die Regierungskoalition zu sprengen.

Bei den Landtagswahlen in Bayern verliert die CSU im Oktober die absolute Mehrheit. Markus Söder bleibt Ministerpräsident, jetzt in einer Koalition mit den Freien Wählern. Parteichef Seehofer wird für das schlechte Wahlergebnis verantwortlich gemacht, im November kündigt er an, das Amt im Januar 2019 abzugeben.

Die Landtagswahlen in Hessen bescheren der regierenden CDU ebenfalls Verluste, auch wenn sie ihre Koalition mit den Grünen mit knapper Mehrheit fortsetzen kann. Angela Merkel kündigt daraufhin an, im Dezember nicht mehr für das Amt der Parteivorsitzenden zu kandidieren.

Auf dem CDU-Parteitag im Dezember setzt sich die Generalsekretärin der Partei Annegret Kramp-Karrenbauer knapp gegen den früheren Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz durch und wird CDU-Vorsitzende.

Die Gedenkrede zum Volkstrauertag im Plenarsaal hält der französische Staatspräsident Emmanuel Macron.

2019

In diesem Jahr kann der Volksbund auf sein 100-jähriges Bestehen zurückblicken. Auch fast 30 Jahre nach Öffnung des Eisernen Vorhangs werden durch ihn bis Jahresende noch weit über 20.000 Tote geborgen. In den kommenden Jahren wird der Volksbund jährlich rund 15.000 Tote bergen können. Diese beeindruckenden Zahlen dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Umbetter des Volksbundes erst knapp die Hälfte aller Grablageinformationen vor Ort überprüfen konnten.

Deutsch-österreichisch-ungarische Gedenkfeier auf dem Pordoi-Pass; circa 150.000 Soldaten starben zwischen 1915 und 1918 während der Kämpfe in den Alpen.

Zugleich verlieren zunehmend mehr Menschen das Bewusstsein dafür, dass die europäische Einigung dem Kontinent eine lange, meist friedliche Zeit verschafft hat. Damit das Wissen um die

Schrecken und Folgen der Kriege nicht verloren geht, will der Volksbund die von ihm betreuten Kriegsgräberstätten zu Lernorten weiterentwickeln, die sich auch jungen Menschen interessant präsentieren und die Folgen von Krieg und Gewalt begreiflich machen. Innerhalb des dazu entwickelten Projektes konnten in 2019 mehrere Ausstellungen z.B. auf der deutschen Kriegsgräberstätte des Zweiten Weltkrieges in La Cambe, Frankreich und auf dem Soldatenfriedhof des Ersten Weltkrieges am Pordoi-Pass, Italien eröffnet werden. In diesen Ausstellungen erfahren Interessierte historische Hintergründe, aber sie lernen auch Menschen kennen, die dort bestattet sind. Es sind Lebensgeschichten, geprägt von Krieg und Gewalt, von Verbrechen und Unrecht, aber auch von Mut, Liebe und Menschlichkeit.

Im Laufe des Jahres präsentiert der Volksbund unter dem Leitthema „Mut zum Frieden“ seine Arbeiten und Aufgaben. Höhepunkte sind die Woche der Begegnung in Juni in Kassel, die mit einem Empfang des Bundespräsidenten und dem anschließende Tag des Friedens auf dem Kasseler Königsplatz endet und der Festakt am 16. September im Welsaal des Auswärtigen Amtes in Berlin. Die vielen Besucher nehmen beeindruckt das neue Gesicht des Volksbund wahr.

Auch im Ausland erntet der Volksbund große Aufmerksamkeit, als er z. B. im September in Russland auf der Kriegsgräberstätte Rossoschka 1.837 deutsche Gefallene aus der Schlacht um Stalingrad oder in Belgien über 80 deutsche Soldaten des Ersten Weltkrieges bestattet.

Am Volkstrauertag am 17. November widmet sich der Volksbund dem achtzigsten Jahrestag des Überfalls des nationalsozialistischen Deutschlands auf Polen. Die Gedenkansprache in der zentralen Gedenkstunde im Bundestag hält der ehemalige Stadtpräsident von Breslau, Dr. Rafal Dutkiewicz.



Ausstellungseröffnung im Kulturbahnhof Kassel

Begegnung mit der Geschichte: Paul Troy trifft auf seinen Großvater Charles Doucette, der in der Ausstellung präsentiert wird, hier mit Daniela Schily und Wolfgang Schneiderhan.

Segen für die 1.837 Kriegstoten auf dem Friedhof Rossoschka





2019

Am 19. Januar 2019 gibt der bisherige CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sein Amt an den neuen bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder ab.

Ebenfalls im Januar 2019 unterzeichnen Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Macron den Vertrag von Aachen, der den Elysée-Vertrag von 1963 fortschreibt und eine enge Zusammenarbeit beider Länder regelt. Dennoch treten im Laufe des Jahres deutliche Meinungsunterschiede zwischen den beiden Regierungen auf, die sich auf die Weiterentwicklung der EU beziehen.

Der für März vorgesehene Austritt Großbritanniens aus der EU findet zu diesem Zeitpunkt

nicht statt, weil es der britischen Premierministerin May nicht gelingt, im britischen Unterhaus eine Mehrheit für eine Austrittslösung zu erhalten. Ein von Mays Nachfolger Boris Johnson verhandelter „Brexit-Deal“ zum 31. Oktober wird vom britischen Unterhaus Mitte Oktober nicht angenommen, so dass die Entscheidung über den Austritt des Vereinigten Königreichs erneut vertagt wird.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai steigt die Wahlbeteiligung sowohl in der EU insgesamt als auch in Deutschland über 10 Prozent statt. Das Europäische Parlament wählt im Juli die bisherige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zur neuen Präsidentin der Europäischen Kommission. Diese

kann ihr Amt jedoch nicht wie geplant antreten, da das Europäische Parlament einige Anwärter auf ein Kommissar-Amt zurückweist.

Im Juni wird in der Nähe von Kassel der Regierungspräsident Walter Lübcke von einem Rechtsradikalen erschossen. Diese Tat führt zu einer intensiven Diskussion über Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland und die „geistigen Brandstifter“ solcher Taten.

Die Relevanz dieser Debatte wird durch einen Anschlag auf die Synagoge in Halle an der Saale bestätigt. Der Attentäter gibt an, er habe so viele Juden wie möglich töten wollen. Es gelingt ihm nicht, die Tür der Synagoge aufzusprengen, auf der Straße tötet er zwei Passanten.

Die Bundesregierung legt im September ein Maßnahmenpaket zum Schutz des Klimas vor, das zu heftigen innenpolitischen Diskussionen führt.

Die Türkei beginnt einen Krieg gegen die Kurden in Syrien. Die Bundesregierung stoppt daraufhin alle künftigen Waffenlieferungen an die Türkei, lässt aber die Abwicklung bestehender Verträge weiterhin zu.

Der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration wird am 22. Januar 2019 von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Emmanuel Macron im Krönungssaal des Aachener Rathauses unterzeichnet. Ganz links der französische Minister für Europa und Äußeres: Jean-Yves Le Drian, rechts neben der Kanzlerin der deutsche Außenminister Heiko Maas.



Europäische Dimension

75 Jahre Gedenken an die Schlacht von Monte Cassino

Etwa 3 Kilometer nördlich der Stadt Cassino liegt der deutsche Soldatenfriedhof Cassino. Er birgt alle deutschen Soldaten, die im südlichen Teil des italienischen Festlandes gefallen sind, und zwar etwa südlich der Linie Pescara-Terracina.

Vom Thyrrhenischen Meer, vom Lauf des Garigliano über Cassino hinweg nach Nordosten bis in die unwegsamen Abruzzen hinein zog sich die sogenannte „Gustav-Linie“, um deren Durchbrechung die Alliierten fünf Monate hindurch rangen. Hier war einer der Schwerpunkte der Kämpfe in Italien.

Man schätzt, dass über 20.000 Wehrmachts-soldaten und ca. 55.000 alliierte Soldaten starben, die Zahl der italienischen Zivilisten ging in die Tausende.

Besucher aus der ganzen Welt reisten nach Monte Cassino.

Im deutsch-italienischen Kriegsgräberabkommen von 1955 ist vereinbart worden, in der Nähe

von Cassino einen deutschen Soldatenfriedhof anzulegen, der alle im süditalienischen Raum gefallenen deutschen Soldaten (mit Ausnahme Siziliens) aufnehmen sollte. Hier haben die deutschen Kriegstoten das dauernde Ruherecht. Ihre Zahl beläuft sich auf 20.076. Sie wurden in den Jahren 1959 und 1960 durch die Umbetter des Volksbundes aus zahllosen kleineren Friedhofsanlagen und aus verstreuten Feldgräbern geborgen. Oftmals gelang es, die Toten anhand gefundener Gegenstände auch zu identifizieren. Während einer Veranstaltung im Mai 2019 wurde auf dem deutschen Soldatenfriedhof aller Opfer der Schlacht um den Monte Cassino – alliierter Soldaten, Zivilisten, deutscher Soldaten – gedacht. Angehörige, Veteranen und zahlreiche Delegationen aus unterschiedlichen Ländern waren gekommen. Blumenkränze der Botschaften Neuseelands, Australiens, und der Vereinigten Staaten machten deutlich, welche Reichweite der Zweite Weltkrieg erlangt hatte. Tragweite und Tragödie dieses Krieges bündelten sich an diesem Ort wie in einem Brennglas.

Alles kann im Krieg verloren gehen

Der Erzabt des Klosters Monte Cassino, Donato Ogliari Osb zitierte die Worte, die Papst Pius XII. am 24. August 1939 angesichts des drohenden Krieges gesprochen habe: „Es ist die Kraft der Vernunft, nicht die Kraft der Waffen, die die Gerechtigkeit auf den Weg bringt ... Im Frieden geht nichts verloren. Alles kann im Krieg verloren gehen.“

Er berichtete, dass bei der verheerenden Zerstörung durch die Bombardierung der Abtei die Inschrift „PAX“ nicht vernichtet worden sei. Heute throne die Inschrift – als Versprechen und Warnung – über der alten Eingangstür der Abtei.

Detlef Fritzsch vom Bundesvorstand des Volksbundes warnte vor der Glorifizierung des Kämpfens und Sterbens der Soldaten. „An diesem Ort, wo Menschen tausendfach den Tod fanden, erkennen wir den Wert des Lebens“. Monte Cassino habe in den Gedenkkulturen vieler Nationen eine besondere Bedeutung. „Wir stehen hier also

nicht nur an einem Ort, an dem Familien aus nahezu aller Welt den Verlust von Angehörigen beklagen, sondern wir befinden uns auch in einer Region, in der eine Zeitenwende eingeleitet wurde. Monte Cassino hat somit eine europäische Dimension.“

Das anschließende Vaterunser erklang in vielen verschiedenen Sprachen und betonte noch einmal die Internationalität der Gedenkveranstaltung. Nach den Kranzniederlegungen, dem Totensignal und der italienischen und deutschen Nationalhymne wurde die Veranstaltung mit einem Empfang beschlossen. Hier ergaben sich viele besondere Treffen – zwischen Delegationen aus den Ländern, zwischen Veteranen und Angehörigen, zwischen Jüngeren und Älteren aus ganz verschiedenen Regionen.

Versöhnung, Begegnung, Engagement für den Frieden – das hat die Teilnehmenden an diesem Tag vereint und wurde von ihnen als Botschaft mit nach Hause genommen.

Dr. Sigurd Rink, evangelischer Militärbischof und Erzabt des Klosters Monte Cassino, Donato Ogliari Osb



Kompliziertes Gedenken

75 Jahre nach der Landung der Alliierten in der Normandie



In den frühen Morgenstunden des 6. Juni 1944 war das Meer kaum zu sehen. So erinnern sich Augenzeugen. Tausende von Kanonenbooten und Kriegsschiffen der Westalliierten landeten an Strandabschnitten in der Normandie an. Es war das größte amphibische Manöver des Zweiten Weltkrieges und ein wichtiger Wendepunkt dieses Krieges. An diesem Tag begann die Befreiung Frankreichs und Europas von der nationalsozialistischen Besetzung.

Die erbitterten Kämpfe forderten Hunderttausende Menschenleben: das waren Soldaten, der kriegführenden Nationen, aber auch fast 20.000 französische Zivilisten. Davon zeugen heute noch die vielen Kriegsgräberstätten und Soldatenfriedhöfe in der Normandie.

75 Jahr später gedenken Vertreter von Politik und Militär der beteiligten Nationen den dramatischen Ereignissen auf vielen Veranstaltungen auf den Kriegsgräberstätten, in Kirchen und an den Plätzen des Geschehens.

Der Friedhof La Cambe ist eine unmittelbare Folge des Kriegsgeschehens

Der Volksbund lud am 5. Juni zur Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der historischen Ereignisse auf die Kriegsgräberstätte La Cambe ein. Dort sind über 21.000 deutsche Soldaten bestattet.

Die Feierlichkeiten, an denen rund 900 Menschen teilnahmen, wurden von dem Bürgermeister von La Cambes, Bernard Lenice eröffnet. Er betonte die Bedeutung der Kriegsgräberstätte La Cambe als Ort des Erinnerns und berichtete von wachsenden Besucherzahlen: „Respektvoll betreten sie unseren Friedhof, gehen in sich und begreifen, was für eine Katastrophe solch ein Krieg bedeutet, der keine Gnade für niemanden kennt.“

Boris Pistorius, niedersächsischer Minister für Inneres und Sport warnte von Nationalismus und Populismus, der in weiten Teilen Europas wieder auf dem Vormarsch sei. „Dieser Entwicklung müssen wir gemeinsam entschlossen entgegenzutreten. Das vereinte Europa ist eine der größten Errungenschaften unserer Zeit. Gerade deshalb brauchen wir ein vereintes Europa als Friedensgaranten mehr denn je.“

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Frankreich, Dr. Nikolaus Meyer-Landrut erinnerte an die deutsche Geschichte, die sich auch auf dem Friedhof in La Cambe widerspiegelt: „... Wir kennen die Geschichte der deutschen Soldaten, vom einfachen Soldaten bis hin zu den Kriegsverbrechern und den Helden der Nazipropaganda, die hier in La Cambe begraben liegen...“

Das Gedenken auf deutscher Seite ist kompliziert

Die Problematik des deutschen Gedenkens formulierte Volksbund-Präsident Wolfgang Schneiderhan in seiner Ansprache: „(...) die Alliierten

werden morgen sagen können: ‚Wir ehren unsere Helden, die für die Freiheit Europas gekämpft haben und gestorben sind‘. Das Gedenken auf deutscher Seite ist komplizierter. Was können wir sagen? Die gefallenen deutschen Soldaten liegen in fremder Erde, nicht weil sie als Befreier, sondern weil sie als Besatzer ins Land gekommen waren. Dieses Eingeständnis, dass die deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg das Instrument eines kaltblütig geplanten Angriffs- und Vernichtungskrieges waren, ist bitter (...) Versöhnen heißt nicht vergessen, heißt nicht, einen ‚Schlussstrich zu ziehen‘, heißt nicht die Vergangenheit totzuschweigen. Versöhnung hat zur Voraussetzung, dass man sich der Vergangenheit und seiner Verantwortung stellt...“

Viele Menschen waren vergeblich gestorben

Die Teilnahme an einem Workcamp ist eine besondere und eindringliche Erfahrung für viele Jugendliche. Der italienische Student Nicola Vazza berichtete von seinen Eindrücken. „Während meiner Teilnahme am Workcamp 2015 kamen wir mehrmals hierher, um die Gräber zu säubern ... Es war ein regnerischer Tag mit bewölktem Himmel und ich konnte nur Traurigkeit empfinden. Angesichts dieser großen Tragödie war ich sprachlos und nachdenklich. Noch immer nachdenklich hatte ich nach einigen Tagen der Arbeit und der Bemühungen, dem, was ich tat, mehr Aufmerksamkeit zu widmen, schließlich die Erleuchtung. Ich erkannte, dass viele Menschen – viele von ihnen jünger als ich – vergeblich gestorben waren und in Gräbern liegen, die nicht einmal ihren Namen tragen. Dadurch erkannte ich, was ich für ein Glück hatte und habe, in Frieden leben zu können, ohne Angst vor Bomben und Tod ...“

Die Teilnahme an Workcamps hat schon fast Tradition in Nicolas Familie. Bereits sein Großvater hatte während des Workcamps in La Cambe 1957 mit vielen jungen Teilnehmern aus ganz Europa geholfen, den Friedhof zu gestalten. Auf diesem Workcamp wurde das Motto „Versöhnung über den Gräbern“ geprägt.

Ort der Begegnung und Ort der Vergebung

Die Geschichte ist eine gute Lehrerin – aber wir müssen auch gute Schüler sein – auch dies könnte ein Motto des Volksbundes sein. Das Lernen aus der Geschichte ist Kernstück der Bildungsarbeit im Volksbund. Die Eröffnung der neuen

modernen Ausstellung auf der Kriegsgräberstätte in La Cambe passte deshalb gut zu dieser Gedenkveranstaltung.

Diese Ausstellung präsentiert didaktisch und medial ansprechend aufbereitet die militärisch-historischen Zusammenhänge und die Geschichte der Region und der Kriegsgräberstätte. Im Mittelpunkt jedoch stehen die Menschen – die Biografien von Kriegstoten aus fast allen beteiligten Nationen. Die Besucher erfahren die Geschichte von Adolf Diekmann, der für das



Massaker von Oradour verantwortlich war, von Otto Muthesius, der als Kriegsgefangener beim Minenräumen stirbt und sie lernen auch alliierte Soldaten kennen. Einer davon ist Charles Doucette, ein kanadischer Soldat, der am 7. Juni 1944 in deutsche Kriegsgefangenschaft gerät und von Soldaten der SS-Division „Hitlerjugend“ erschossen wird.

Aber nun – fast 75 Jahre später kommt es zu einer besonderen Begegnung: Troy Paul, der Enkel von Charles Doucette ist mit Frau und Tochter aus seiner kanadischen Heimat nach La Cambe gereist. Als er seinem Großvater Charles in der Ausstellung begegnet, ist er überwältigt. Sein inniger Wunsch ist es, einem deutschen Veteranen zu begegnen, um mit ihm sprechen zu können- und ihm vergeben zu können. Dies hätte auch seine Mutter gewollt. Dieser Wunsch konnte ihm an diesem Abend erfüllt werden. Die Ausstellung bot die Chance zum Lernen und sie wurde zu einem Ort der Begegnung und der Versöhnung.

Der Volksbund hatte zu Spenden für „Blumen für die Unbekannten“ aufgerufen.

Nicola Vazza zeigt ein Bild seines Großvaters auf einem Workcamp 1957.

Mehr als eine Feier

Woche der Begegnung des Volksbundes in Kassel



1919 wurde der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gegründet, um sich der Toten und Vermissten des Ersten Weltkriegs anzunehmen. Keiner seiner Gründer hätte wohl gedacht, dass es diese Organisation 100 Jahre später noch geben werde, noch geben müsse.

So war auch klar, dass der Volksbund diesen Jahrestag nicht begehen konnte wie eine andere Organisation oder ein Unternehmen den 100. Geburtstag feiern würde. Der Erfolg des Volksbundes, 100 Jahre nach seiner Gründung noch aktiv zu sein, ist das Ergebnis einer ungeheuren Niederlage von Frieden und Menschlichkeit im 20. Jahrhundert.

Die Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag verwiesen daher immer wieder auf die Verantwortung, die die Vergangenheit auferlegt hat, aber darüber hinaus waren sie ausgerichtet auf die Ziele, die der Volksbund verfolgt und die seine haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter antreiben.

„Frieden braucht Mut“ war das gemeinsame Motto der Veranstaltungen, die nicht zufällig zu einer Woche der Begegnung zusammengefasst wurden.

Frieden – Mut – Begegnung waren nämlich die Stichworte, die diese Tage im Juni 2019 bestimmten.

Frieden ist kein Gut, das man ein für alle Mal errungen hat. Er muss immer wieder neu gesichert werden. Das ist eine Lehre aus dem 20. Jahrhundert, wo nur zwei Jahrzehnte nach dem Ersten Weltkrieg, einem industriell geführten Krieg mit 17 Millionen Toten, der Zweite Weltkrieg begann. Aber Kriege entstehen nicht einfach, sie werden gemacht. Und sie werden vorbereitet durch Hassbotschaften, Propaganda, Chauvinismus und Provokationen. Diesen rechtzeitig entgegenzutreten, erfordert Mut und Zivilcourage. Die Kriegsgräberstätten zeigen eindrücklich, was auf dem Spiel steht und welche Konsequenzen es hat, wenn die Gesellschaft nicht mit Mut und Rückgrat den Hetzern und Nationalisten, den Lügern und Kriegstreibern entgegentritt.

→

Klaus Lage



Im Zeichen des Kreuzes – ein Choreografie von 150 Jugendlichen



Das Quartett „Trio Schlagerlust“ sorgt für gute Stimmung.

Für die Arbeit des Volksbundes ist die Begegnung wichtig: Die Begegnung zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Organisation, die sich täglich mit Tod, Leid und Krieg beschäftigen, und der übrigen Gesellschaft; zwischen den Alten, die noch Zeitzeugen sind, und den Jungen, die vom Schicksal der Alten lernen können und es nicht wiederholen sollen; zwischen den Menschen in Deutschland und denen der Nachbarländer, die nur miteinander

»In einer Zeit, in der Nationalismus und Extremismus zu neuen Spaltungen führen können, ist Ihre Friedensarbeit von unschätzbarem Wert – für Deutschland und für Europa!«

**BUNDESPRÄSIDENT
FRANK-WALTER STEINMEIER**

ter und Mitarbeiterinnen, wie er seinen Beitrag zur Aufarbeitung der Kriege und zur Sicherung einer friedlichen Zukunft versteht. →

den Frieden herstellen und erhalten können.

Mit diesen Überlegungen waren die Schwerpunkte der Woche der Begegnung festgelegt.

Auf dem Königsplatz gab der Volksbund einen Einblick in seine komplexe Tätigkeit und informierte durch seine Mitarbei-





Ernste und fröhliche Momente in der Woche der Begegnung

Eine Ausstellung „Der Krieg und ich“, die mit einer Rede der Vorsitzenden der Jüdischen Kultusgemeinde, Charlotte Knobloch, eröffnet wurde, Filmvorführungen in einem Kasseler Kino, zu dem die Jugendlichen ermäßigten Eintritt hatten, eine Tanzperformance von Schülerinnen und Schülern, Bürgerbegegnungen an einer langen Tafel, die mehrere hundert Menschen zusammenführte, ein ökumenischer Gottesdienst, an dem auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier teilnahm, ein Heißluftballon mit der Aufschrift „Gemeinsam für den Frieden! Gemeinsam für Europa“, Lesungen und Diskussionen bestimmten das Bild.



Ein Konzert der Big Band der Bundeswehr unter Klaus Lage lockte 3.000 Besucherinnen und Besucher auf den Königsplatz in Kassel und bot damit dem Volksbund Gelegenheit, für seine vielfältige Arbeit zu werben – und auch zu sammeln.



Es war zum Zeitpunkt der Woche der Begegnung erst wenige Tage her, dass der Regierungspräsident von Kassel einem rechtsextremistisch motivierten Mordanschlag zum Opfer gefallen war. Dieses Ereignis überschattete die Veranstaltungen, machte auf der anderen Seite aber auch deutlich, wie nötig das Eintreten für Demokratie und Frieden ist. Bei einem Treffen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Volksbundes sagte Bundespräsident Steinmeier unter anderem: „In einer Zeit, in der Nationalismus und Extremismus zu neuen Spaltungen führen können, ist Ihre Friedensarbeit von unschätzbarem Wert – für Deutschland und für Europa!“

Für den Volksbund ist dies Ansporn und Auftrag, seine Tätigkeit weiterzuführen – bei der Pflege der Kriegsgräberstätten und der Betreuung der Angehörigen genauso wie in der Bildungs- und Begegnungsarbeit. Und in diesem Bewusstsein hat er seiner Gründung vor 100 Jahren und seiner Geschichte gedacht und daraus Kraft geschöpft.

Bundespräsident mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Volksbundes



In Zeiten, in denen die Demokratie nicht ungefährdet ist ...

Festakt: 100 Jahre Volksbund im Auswärtigen Amt

Im September 2019 beging der Volksbund sein 100-jähriges Bestehen mit einem Festakt im Welsaal des Auswärtigen Amtes, in dem der Rückblick auf die Geschichte der Organisation mit dem Ausblick auf die Schwerpunkte der künftigen Arbeit verbunden wurde.

Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Michele Müntefering, begrüßte die rund 500 Veranstaltungsgäste im Namen des Bundesaußenministers und ging auf die Arbeit des Volksbundes ein:

„Wo Demokratie standhaft und lebendig ist, da pflegen Demokratinnen und Demokraten auch die Erinnerung, da widmen sie sich der Bildung der kommenden Generation. Einer Generation, die aus Geschichte lernen kann. Ich bin dankbar dafür, dass die Bundesregierung sich dabei auf den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge als starken, zuverlässigen Partner stützen kann. Ich kann Ihnen versichern, dass auch die Bundesregierung weiterhin an der Seite des Volksbundes steht.“

Volksbund-Vizepräsident
Wolfgang Wieland
eröffnet die Ausstellung.

In seiner Festrede ließ der Präsident des Volksbundes, Wolfgang Schneiderhan, die Geschichte der Organisation Revue passieren: Gegründet aus der Mitte der Gesellschaft, nicht gegen den Staat, aber neben ihm, übernahm der Volksbund 1919 die Aufgabe, sich um die Kriegstoten und Vermissten des Ersten Weltkriegs zu kümmern. Da dieser Krieg im Wesentlichen jenseits der deutschen Grenzen ausgefochten wurde, bedingte das von Beginn an eine enge Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertretern anderer Staaten.

Nach dem Ersten Weltkrieg ging es darum, die Gefallenen zu bergen, zu identifizieren und sie würdig zu bestatten. Der Akzent des Gedenkens lag auf der Heldenverehrung: „Gefallen für Volk und Vaterland“. Die ersten Ansätze, die auf Frieden und Versöhnung gerichtet waren, fielen bald dem nationalsozialistischen Terrorregime zum Opfer, zu dessen willfährigem Handlanger sich der Volksbund leider gemacht habe.

Der Zweite Weltkrieg hinterließ ein zerstörtes Europa, Not und Verzweiflung und kostete zwischen 60 und 70 Millionen Menschenleben. Hunderttausende Soldaten waren auch auf deutschem Boden gefallen – und der Volksbund musste seine Arbeit wieder aufnehmen und sich gleichzeitig reorganisieren.

Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs konnte der Volksbund seine Arbeit auch in den Ländern Mittelost- und Osteuropas aufnehmen und dort bis zum heutigen Tag weit über 900.000 Kriegstote bergen und würdig bestatten. Auch in der ehemaligen DDR konnte der Volksbund erst nach der deutschen Vereinigung Landesverbände gründen.

Heute betreut der Volksbund 832 Kriegsgräberstätten in 46 Ländern mit 2,8 Millionen Kriegsgräbern. Und immer noch suchen Angehörige nach ihren Toten und Vermissten. Die Gräbersuche online wird täglich fast 10.000 Mal aufgerufen. „Der Volksbund“, so Schneiderhan, „verbindet Erinnerung und Gedenken mit Bildung und Begegnung. ... Die Kriegsgräberstätten mit ihren scheinbar unendlichen Gräberreihen lassen die Besucher erschauern. Aber sie erklären nichts. Deshalb gestalten wir die Friedhöfe zu Lernorten um, ohne ihnen den Charakter als Stätten der individuellen Trauer zu nehmen.“ →

Sophie Rothe, Sprecherin JAK Berlin
und Rolf Wernstedt, ehemaliger
Landesvorsitzender in Niedersachsen





Die Ewiggestrigen wollen das Gestrige ewig machen

Wolfgang Schneiderhan forderte eindringlich, aus der Geschichte zu lernen:

„Die Rechtsextremen sprechen ja gerne davon, Deutschland müsse sich aus seiner Vergangenheit befreien. Wir können das Erbe der Vergangenheit aber gar nicht ignorieren oder ausschlagen, in vielen Bereichen wollen wir das auch nicht ... Vergangenheit gibt es nur als Ganzes. Goethe ja, Hitler nein, Siemensstadt ja, Theresienstadt nein – das geht nicht. Wer sich mit der deutschen Vergangenheit beschäftigt, weiß auch, wohin es führt, wenn ewig Gestrige versuchen, das Gestrige ewig zu machen und Nationalismus und Fremdenhass das Wort reden.“

Präsident Schneiderhan forderte abschließend mit Blick in die Zukunft Mut! Mut zum Kompromiss, Mut zur Selbstbeschränkung, Mut zur Verantwortung, Mut diffamierender Propaganda entgegenzutreten. „Frieden braucht Mut – aber der Mut lohnt sich, denn er schafft die Grundlage für ein menschliches und menschenwürdiges Leben. Die Kriegsgräberstätten zeigen, was auf dem Spiel steht, wenn uns dieser Mut verlässt.“

Nach dieser eindringlichen Rede folgte die Uraufführung eines Musikstücks zu Ehren des 100. Geburtstags des Volksbundes. Komponiert wurde es von Guido Rennert unter dem Titel „Arbeit für den Frieden – eine Fantasie nach Themen von Christoph Scheibling für Kammerensemble, Gesang und Ferntrompeten“. Das Stück nimmt die Geschichte des Volksbundes auf und wird ergänzt von Stimmen und Impressionen. Die Totensignale der internationalen Partnerorganisationen werden von Ferntrompeten geblasen.

Wenige Stunden vor dem Festakt hatte der Volksbund bereits im Lichthof des Auswärtigen Amtes die Ausstellung „Europa, der Krieg und ich“ eröffnet. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, lobte nicht nur das Dargestellte als informativ und selbstkritisch, sondern ging auch auf die Bildungsarbeit des Volksbundes ein: „Sie leisten nicht nur eine unschätzbare Arbeit für die Erinnerungskultur, sondern auch einen ungemein wichtigen Beitrag für die Verständigung zwischen den Ländern, sie bauen Brücken in ganz Europa.“

Ausstellungseröffnung
im Lichthof



Daniela Schily und Veronique Peaucelle, Generaldirektorin ONAC-VG unterzeichnen das Memorandum.



Prof. Dr. Kruse, Prof. Dr. Neitzel und Prof. Dr. Faulenbach diskutieren über das neue Buch zur Geschichte des Volksbundes.



Die Geschichte des Volksbundes wird musikalisch interpretiert.



Der Krieg hinterlässt tiefe Spuren

Einbettung von über 1.800 deutschen Soldaten in Wolgograd

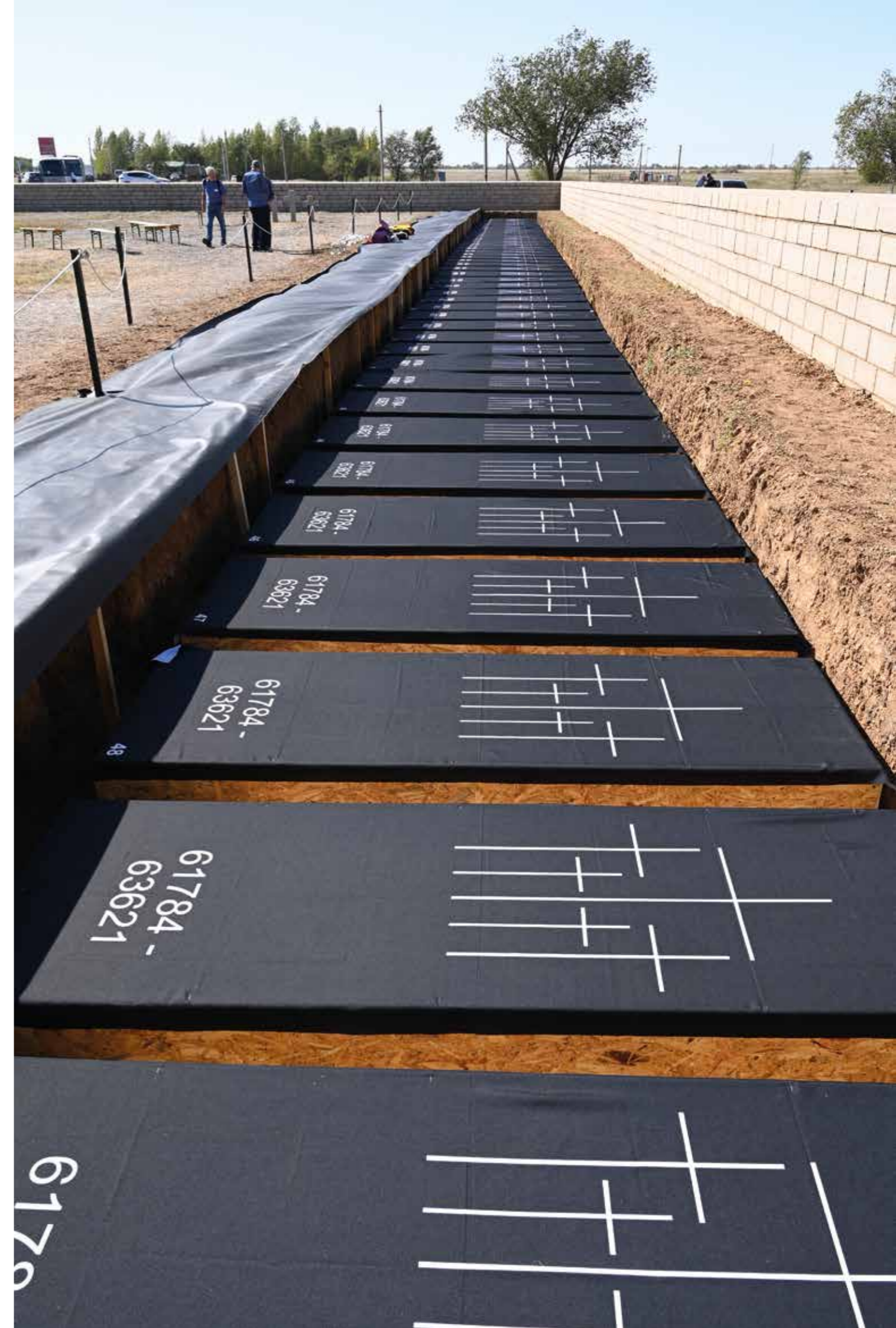
„Stalingrad“ – das ist eine der schrecklichsten Signaturen des Zweiten Weltkriegs.

Rund 700.000 Menschen haben bei der Schlacht um diese Stadt zwischen dem Sommer 1942 und dem Februar 1943 ihr Leben gelassen, die meisten von ihnen Sowjetsoldaten und Zivilisten. Die Schlacht war auch ein Wendepunkt in der Kriegsgeschichte. Es wurde deutlich, dass Deutschland diesen Krieg, den es vom Zaun gebrochen hatte, nicht gewinnen wird.

Heute heißt die Stadt „Wolgograd“, aber die Schrecken des Krieges sind nicht verblasst.

In der Nähe von Wolgograd liegt die Kriegsgräberstätte Rossoschka. Hier sind mehr als 62.000 deutsche Tote der Schlacht um Stalingrad beerdigt. Auf dem gegenüberliegenden sowjetischen Friedhof haben rund 20.000 Tote der Roten Armee ihre letzte Ruhe gefunden. →

In den Särgen liegen die sterblichen Überreste von 1.837 Menschen.





Von vielen Vermissten bleibt nur der Name.

Im Oktober 2018 stießen Arbeiter in der Stadt bei der Verlegung einer Abwasserleitung auf Knochen – sie fanden zuerst Pferde- und dann immer mehr Menschenknochen.

Innerhalb kurzer Zeit wurden die sterblichen Überreste von 1.837 deutschen Soldaten gefunden, die in den Kämpfen um Stalingrad starben; 158 Erkennungsmarken sichergestellt. 75 Jahre nach Kriegsende konnten ihre Angehörigen informiert werden und erhielten so Gewissheit über den Verbleib ihrer Väter, Brüder und Großväter.



Am 12. September 2019 wurden diese Toten auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Rossoschka (40 Kilometer vor Wolgograd) feierlich beigesetzt. Es war eine stille Zeremonie, lediglich ein Segen wurde von der Pfarrerin der Moskauer Emmaus-Gemeinde, Aljona Hofmann, gesprochen.

Am Vorabend hatte Volksbund-Präsident Wolfgang Schneiderhan der russischen Seite für ihre Unterstützung gedankt. Es sei keine Selbstverständlichkeit, dass die deutschen Toten in russischer Erde bestattet werden dürften. „Deshalb sind wir heute voller Demut angereist.“ Schneiderhan betonte, dass Kriegsgräberstätten wie Rossoschka zentral wichtig für das Gedenken und die Versöhnungsarbeit seien. „Es sollte unser Ziel sein, deutsche Jugendliche hierher nach Wolgograd zu bringen.“ An einem solchen Ort sei leicht zu verstehen, wie wichtig die Aussöhnung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern sei. Die Forderung ‚Nie wieder Krieg‘ sei dabei nur der Anfang, es gehe darum, mutig und aktiv für den Frieden einzutreten. „Wir müssen unsere Sensoren für die ewigestrigen Parolen schärfen und ihnen entgegnetreten“, mahnte Schneiderhan, „denn der physischen Gewalt geht immer verbale Gewalt voraus.“

Die Einbettungsaktion wird wohl nicht die letzte in Rossoschka gewesen sein. Nur einen Tag vor der Zeremonie hatten Mitarbeiter des Volksbundes einen alten Wehrmachtsfriedhof in der Nähe von Wolgograd entdeckt. Fünf deutsche Gefallene konnten an diesem Tag geborgen werden. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass noch weitere gefunden werden.



Friedenskappelle in Rossoschka

Auf den Kreuzen stehen die Namen der Soldaten, die man identifizieren konnte.





International statt nationalistisch

Begegnungen in Langemark

Für den Volksbund war es eine schicksalhafte Veranstaltung: Im 100. Jahr seines Bestehens wurden die Gebeine deutscher Soldaten des Ersten Weltkrieges auf dem Friedhof in Langemark eingebettet. Über 800 Menschen hatten sich an einem windigen Oktobertag auf der Kriegsgräberstätte versammelt, um die feierliche Einbettung der 84 deutschen Soldaten zu begleiten.

Die Toten waren bei archäologischen Arbeiten an der früheren Stellung „Hill 80“ bei Wijtschate (Heuvelland) gefunden worden. Zur Bergung

dieser Toten hatten Menschen aus ganz Europa mit einem transnationalen Crowdfunding-Projekt beigetragen. Unter wissenschaftlicher Begleitung hatten sie deutsche, britische, französische und südafrikanische Tote geborgen und ihre Funde dokumentiert. Der Volksbund leistete inhaltliche und finanzielle Unterstützung. Der Ausbettungsleiter Simon Verdegem betonte die besondere Symbolkraft und Bedeutung dieses transnationalen Projektes: „Ich wage zu glauben, dass das Wissen, dass Menschen aus der ganzen Welt ihre Kräfte gebündelt haben, um ihre Gebeine zu bergen, sie Ruhe finden lässt. Es kann als Symbol für Frieden und Versöhnung zählen.“ →

Nach 100 Jahren finden die geborgenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges ihre letzte Ruhe.

Vor hundert Jahren wurde der Volksbund gegründet – mit dem Auftrag, gefallene deutsche Soldaten des Ersten Weltkrieges zu suchen, zu finden und würdig zu bestatten. Deshalb wirkte die Einbettung von fast 100 Tote des Ersten Weltkrieges im 100. Jahr des Bestehens in Langemark fast symbolisch.

Langemark hat eine besondere Bedeutung. Es ist ein Ort, der zwei Mal von der nationalistischen deutschen Propaganda missbraucht wurde. Im November 1914 behauptete die Oberste Heeresleitung, dass junge Regimenter mit dem Deutschlandlied auf den Lippen die feindlichen Stellungen eingenommen hätten. In Wirklichkeit wurden die Soldaten ins feindliche Maschinengewehrfeuer gehetzt. Ungeachtet des verlustreichen und militärisch sinnlosen Manövers stilisierten die Nationalsozialisten daraus den Mythos einer opferbereiten Jugend, um im nächsten Krieg wieder junge Männer in den Tod zu schicken.

„Auf diesem Friedhof“, so hatte es Wolfgang Schneiderhan in seiner Gedenkrede formuliert, „gibt es die Inschrift ‚Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen‘, eine Zeile aus

dem Gedicht „Soldatenabschied“ von Heinrich Lerch aus dem Jahr 1916. An diesem Satz ist alles falsch. Deutschland, Belgien, Polen, Europa – sie werden nur leben, wenn sie nicht im Kampf gegeneinander sterben, sondern miteinander das Morgen friedlich gestalten.“

Langemark zeigt, wie sich das Gedenken verändert hat: Heute ist es international statt nationalistisch. Dort, wo vor über hundert Jahren ein Mythos aus einer Lüge kreiert wurde, treffen sich heute Menschen aus der ganzen Welt: zum Erinnern und aus Interesse an der gemeinsamen Geschichte. Schon seit den frühen fünfziger Jahren begegnen sich Kinder und Jugendliche in der Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte des Volksbundes in Lommel, lernen aus der Geschichte und für die Zukunft.

Eine Fußnote: Am frühen Morgen des Tages der Gedenkfeier stellten Bundeswehrosoldatinnen und -soldaten an fünfhundert Gräbern der unbekannt Soldaten Blumensträuße auf. Plötzlich stoppte ein Bus – englische Kadetten sprangen heraus und halfen spontan beim Aufstellen der Blumensträuße. Ein schönes Symbol für Versöhnung und Freundschaft – nach hundert Jahren.



Vom Glück in Frieden zu leben sprachen diese Schülerinnen und Schüler.

Die Einbettung fand großes internationales Medieninteresse.





Hand in Hand

Zusammenarbeit mit der Bundeswehr

Der Volksbund wird von Reservistenverbänden, Traditionsverbänden und der Bundeswehr in seiner Arbeit unterstützt.

Die Grundlage für die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr bilden ein zwischen dem Volksbund und der Bundeswehr geschlossener Vertrag sowie der jeweils gültige Erlass des Verteidigungsministeriums. In diesem Erlass sind die Hilfeleistungen der Bundeswehr für den Volksbund definiert und geregelt. Die Bundeswehr unterstützt den Volksbund beispielsweise bei der Haus- und Straßensammlung, bei Arbeitseinsätzen auf Kriegsgräberstätten, den Workcamps und bei verschiedenen Gedenkveranstaltungen sowie Benefizkonzerten.

Ohne diese Hilfeleistungen der Bundeswehr müsste der Volksbund in einigen Bereichen er-

hebliche Einschränkungen hinnehmen. Durch die freiwillige Teilnahme von Reservisten, Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr an der Haus- und Straßensammlung wird jährlich im Schnitt ein Betrag von rund 1,9 Millionen Euro gesammelt (Stand 2018). Der Anteil der Bundeswehr an der Pflege und der Instandsetzung von Kriegsgräberstätten im In- und Ausland ist ebenfalls erheblich. In nahezu allen Ländern Europas helfen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, diese Orte der Erinnerung und des Gedenkens in einem würdigen Zustand zu erhalten. Tausende von Angehörigen der Bundeswehr haben so Kriegsgräberstätten kennengelernt und sind dem Volksbund aufgrund dieser Erfahrungen besonders verbunden. →

Ein Arbeitseinsatz der Bundeswehr auf einer Kriegsgräberstätte auf Sizilien (Foto links)

Die Bundeswehr unterstützt den Volksbund bei Gedenkveranstaltungen, hier am 18. November auf der sowjetischen Kriegsgräberstätte in Pankow, aber auch bei Pflegearbeiten auf den Kriegsgräberstätten. (Fotos rechte Seite)





Junge Menschen vieler Nationalitäten treffen sich Jahr für Jahr in den Workcamps, um Kriegsgräber zu pflegen und sich mit der gemeinsamen Vergangenheit zu beschäftigen. Die Bundeswehr stellt dabei Busse und Fahrer für die meisten dieser Jugendbegegnungen bereit. An zahlreichen Gedenkveranstaltungen im In- und Ausland ist die Bundeswehr ebenso beteiligt. Sie stellt Kranzträger, Ehrenformationen und entsendet Musikkorps. Zusätzlich gibt es viele Benefizkonzerte mit Beteiligung von Musikkorps der Bundeswehr.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Vorgaben ist die Bundeswehr in Einzelfällen auch für Hilfen ansprechbar, die nicht ausdrücklich im

Erlaß aufgelistet sind. Für die erforderlichen Genehmigungen findet der Volksbund bei der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr stets ein offenes Ohr.

Heute beschäftigt der Volksbund ehemalige Stabsoffiziere der Bundeswehr als Beauftragte für die Zusammenarbeit. Diese Bundeswehrbeauftragten halten Verbindung zur Truppe, informieren über die Ziele, Aufgaben und Projekte, bieten organisatorische Unterstützung und koordinieren die Zusammenarbeit. Zugleich ist der Volksbund bestrebt, die Bedeutung der Kriegsgräberfürsorge in den Streitkräften zu vermitteln, u. a. mit Angeboten für die Historisch-Politische Bildung.

Zusammenarbeit mit den Reservisten

Die Zusammenarbeit mit dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. (VdRBw) beruht auf einer Vereinbarung vom 1. Februar 1996 (Neufassung: 17. Dezember 2012). Für den Volksbund sind die Reservisten der Bundeswehr besonders wichtig. Es sind Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ihre Erfahrungen mit der Kriegsgräberfürsorge in unsere Gesellschaft tragen. Reservisten helfen dem Volksbund – wie die Bundeswehr – bei der Pflege der Kriegsgräberstätten im In- und Ausland. Sie unterstützen ihn bei der Haus- und Straßensammlung und arbeiten freiwillig auf deutschen Kriegsgräberstätten. Bei der Sammlung erzielen sie jährlich ein Ergebnis von über 650 000 Euro (Stand: 2018).

Mit der Auflösung vieler Standorte der Bundeswehr gewinnt die Arbeit der Reservisten zusätzlich an Bedeutung. Mit ihrer Hilfe sollen an diesen Orten zu erwartende Ausfälle bei der Sammlung möglichst aufgefangen werden. Für die Betreuung der Reservisten setzt der Volksbund Reservistenbeauftragte ein. Ihre Aufgabe ist insbesondere die Informationsarbeit. Auch der VdRBw engagiert sich zunehmend für die Friedensarbeit der deutschen Kriegsgräberfürsorge. Der Volksbund ist bestrebt, diese Zusammenarbeit noch zu intensivieren.

Mitte August startet eine deutsch-russische Expedition in die Höhenlagen des Nordkaukasus.

Verschieden und gemeinsam

Die Europäische Kontaktgruppe

Die Arbeit mit Kriegsgräberstätten fordert immer auch zur Auseinandersetzung mit grenzüberschreitender Erinnerung und Verständigung heraus.

Viele Kriegsgräberstätten finden sich am Ort selbst oder zumindest in der Nähe der einstigen Kampfgebiete. Nach Ende der beiden Weltkriege befanden sich viele Grablagen im Ausland. Zudem sind auf den Friedhöfen oftmals Tote unterschiedlicher Nationen zu finden.

Völkerrechtliche Abkommen, aber auch die Anteilnahme der Angehörigen am Schicksal ihrer Toten im Ausland zwangen somit die Kriegsparteien zur praktischen Zusammenarbeit und wechselseitigen Fürsorge für die Gräber im eigenen Land. Die organisierte Kriegsgräberfürsorge in ihrer modernen Form hatte somit immer schon eine internationale Dimension – trotz der ungelösten Konflikte zwischen den Staaten in der Zwischenkriegszeit. Angehörigenreisen zu den Gräbern führten auch auf der persönlichen Ebene zu grenzübergreifenden Kontakten. Gleichwohl wurde meist noch getrennt und in sehr gegensätzlichen Narrativen der Toten gedacht. Die Zäsur des Zweiten Weltkriegs und der Schoah beendete bald schon wieder diese ersten Formen internationaler Begegnung und praktischer Zusammenarbeit.

Nach 1945 galt es, noch viel mehr Kriegsoffer zu bestatten. So kam es in der Nachkriegszeit im Zuge von Aussöhnungsbemühungen und europäischer Integration zumindest in Westeuropa

wieder zu einer stärkeren Kooperation der nationalen Kriegsgräberdienste. Diese beschränkte sich nicht nur auf administrative oder technische Zusammenarbeit bei der Anlage und Pflege von Friedhöfen: Internationale Bildungs- und Begegnungsprojekte brachten Menschen unterschiedlicher Generationen an den Kriegsgräberstätten zusammen.

So verstärkten sich die zivilgesellschaftlichen Bande, die zuvor durch individuelle Kontakte zwischen Angehörigen und Mitarbeitern der Kriegsgräberdienste geknüpft worden waren. Hier bildete sich eine alltäglich gelebte Wirklichkeit von partnerschaftlicher Grabpflege und ersten Formen gemeinsamen Gedenkens über Ländergrenzen hinweg – in deren Kontext die symbolträchtigen Versöhnungsgesten zwischen Staatsmännern wie François Mitterrand und Helmut Kohl an den Kriegsgräbern erst ihre Wirksamkeit entfalten konnten.

Mit dem Ende des Eisernen Vorhangs bekam diese Zusammenarbeit eine ganz neue Dynamik. Wichtige Archivbestände wurden zugänglich, Millionen von Kriegstoten konnten so überhaupt erst gesucht und umgebettet werden. In bilateralen Kriegsgräberabkommen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern wurden nicht nur die rechtlichen Fragen geklärt, sondern den Partnerstaaten auch Unterstützung bei der Kriegsgräberpflege zugesichert – ein wichtiger Impuls für eine intensive Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa. Neben Gefallenen betraf dies später auch andere Opfergruppen wie



Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, die erst ab den 1990er Jahren nach und nach öffentliche Aufmerksamkeit bekamen.

Auf Initiative des Volksbundes und seiner französischen Partnerorganisation ONAC-VG schlossen sich 2015 Organisationen der Kriegsgräberpflege aus mehreren Ländern zur Europäischen Kontaktgruppe Kriegsgräberfürsorge zusammen. Die Mitgliedsorganisationen sind unterschiedlich aufgebaut – von staatlichen Behörden über Stiftungen bis hin zu Vereinen. Allen gemeinsam ist die Erfassung der Kriegstoten und die Grabpflege. Die Kontaktgruppe dient dem fachlichen Austausch von der Gräberpflege über die Bildungsarbeit bis zur Angehörigenbetreuung sowie zur Abstimmung multilateraler Projekte.

Die Gedenkveranstaltungen 100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs stellten die internationale Zusammenarbeit auf der politischen wie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene auf eine neue Stufe. Mit seinen internationalen Partnern

organisierte der Volksbund eine gemeinsame Gedenkwoche von mehreren hundert Jugendlichen in Berlin und einen deutsch-französischen Comic-Wettbewerb. Ähnliche Gemeinschaftsprojekte sind für die anstehenden Gedenkjahre an den Zweiten Weltkrieg angedacht.

Die internationale Netzwerkarbeit in der Europäischen Kontaktgruppe bereichert die konkrete Arbeit der nationalen Mitgliedsorganisationen vor Ort und schafft auf europäischer Ebene eine Anlaufstelle. So kann hier die Fachkompetenz und Vernetzung der Mitglieder gebündelt eingebracht werden. Einmal im Jahr treffen sich die Organisationen zu einer internationalen Tagung in den jeweiligen Mitgliedsstaaten. Diese fanden in den letzten Jahren schon zweimal in internationalen Bildungsstätten des Volksbundes statt. Dort nutzen sie zudem die Gelegenheit, sich vor Ort über die praktische und pädagogische Arbeit zu informieren und an gemeinsamen Gedenkveranstaltungen teilzunehmen.

Mitglieder der europäischen Kontaktgruppe aus Österreich, Ungarn, Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden

Die Namenlosen

Gräberfürsorge für zivile Kriegstote

Auf vielen Kriegsgräberstätten sind auch zivile Kriegstote begraben, deutsche, aber auch Menschen anderer Nationalität. Allein auf dem Waldfriedhof Halbe ruhen etwa 4.500 Internierte des sowjetischen Speziallagers Ketschendorf, und neben den tausenden Gefallenen ist eine nicht zu beziffernde Anzahl von zivilen Opfern der Kesselschlacht begraben.

Ähnliches gilt für den Golm. Auch unter den dort bestatteten Opfern der Bombardierung Swinemüdes 1945 sind sehr viele unbekannte Zivilisten, zumeist Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten, deren Trecks sich damals in der Hafenstadt stauten.

Das sind zwei Beispiele aus dem Inland. Hier ist das dauernde Ruherecht der zivilen Kriegstoten seit 1952 durch das damals beschlossene „Gesetz über die Sorge für die Kriegsgräber“ – kurz: „Gräbergesetz“ – gewährleistet. Die rechtliche Situation im Ausland regeln die bilateralen Kriegsgräberabkommen. Die Vereinbarungen mit den Staaten, in denen es eine große Zahl an zivilen deutschen Toten gegeben hat, erkennen diese als Kriegstote an.

Auch auf den deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland bilden die Opfer von Flucht und Vertreibung die größte Gruppe der zivilen Kriegstoten. In Dänemark sind 15.000 deutsche Vertriebene – darunter 7.000 Kinder – begraben, die nach ihrer Flucht über die Ostsee interniert worden waren und in den Lagern starben. Sie ruhen gemeinsam mit den deutschen Soldaten auf 34 Friedhöfen. Fast alle Namen sind überliefert und auf Kreuzen, Grabplatten oder Stelen dokumentiert.

In Polen sind mehr als 10.000 Zivilisten auf den deutschen Kriegsgräberstätten begraben. Ihre Zahl wird noch zunehmen, weil der Umbettungsdienst jährlich weitere Gräber mit Vertreibungsoffern findet. Aber fast alle müssen als Unbekannte beigesetzt werden. Es gibt bei den Gebeinen nur selten Anhaltspunkte zur Identifizierung dieser Toten.

Auf den deutschen Kriegsgräberstätten in Russland liegen etwa 1.200 zivile deutsche Tote, davon über 500 in Kaliningrad (Königsberg) und fast ebenso viele in Baltijsk (Pillau). Zu den Toten in Baltijsk zählen auch 200 Opfer des versenkten Flüchtlingsschiffes Wilhelm Gustloff.

Mit Tschechien gibt es nach wie vor kein Abkommen. Dort ist die gezielte Suche nach zivilen deutschen Kriegstoten nicht gestattet. Wenn aber die Umbetter Gräber öffnen, in denen sowohl Gebeine von deutschen Soldaten als auch von Zivilisten zu finden sind – bei vielen ehemaligen Internierungslagern ist dies der Fall –, können alle Gebeine auf die deutschen Kriegsgräberstätten überführt werden. Dort ruhen insgesamt etwa 6.000 deutsche Zivilpersonen, viele in Cheb (Eger) und Brno (Brünn). Die Gesamtzahl schließt auch die fast 3.000 Patienten aus Berliner Krankenhäusern ein, die wegen der Bombenangriffe nach Karlovy Vary (Karlsbad) und Mariánské Lázně (Marienbad) evakuiert worden waren und dort verstarben.

Weitgehend unklar sind nach wie vor die Informationen über die Gräber der zivilen deutschen Kriegstoten in den Balkanstaaten. Im ehemaligen Jugoslawien, hauptsächlich in Serbien, wurde ab 1944 der Großteil der deutschen Bevölkerung interniert. Zehntausende Donauschwaben verloren ihr Leben. Längst nicht alle Massengräber sind bekannt. Die seit Jahren in einigen



Balkanstaaten verbreitete nostalgische Sicht auf die jugoslawische Geschichte erschwert die Aufarbeitung dieses Themas.

Nach der Befreiung ihres Landes haben auch die französischen Verwaltungen deutsche Zivilisten in Lagern inhaftiert. Auch hier kam es zu Todesfällen. Wie viele dieser Toten der Volksbund in den 1950er und 1960er Jahren auf die deutschen Kriegsgräberstätten umgebettet hat, lässt sich nicht genau beziffern.

Ein eigenes Thema repräsentieren die Gräber- und Gedenkstätten der deutschen Juden, die 1940 nach Südfrankreich und 1941/42 nach Riga und Minsk deportiert wurden.

Mahnmal für die Bombenopfer in Hamburg

Bei der Bombardierung Hamburgs verloren rund 55.000 Zivilisten ihr Leben.



Geschichte gibt es nur als Ganzes

Auszüge aus der Rede von Wolfgang Schneiderhan am 16. September 2019 beim Festakt im Auswärtigen Amt

In diesem Jahr wird der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 100 Jahre alt. Das ist ein Jahrestag und eine wichtige Wegmarke für uns – aber es ist kein Grund zu feiern.

Dass es den Volksbund und vergleichbare Organisationen in anderen Staaten gibt, ist das Ergebnis einer gravierenden Niederlage. Menschlichkeit, Frieden und das Zusammenleben mit den Nachbarn waren gescheitert und hatten zu einem Krieg mit 17 Millionen Toten geführt.

Als der Volksbund aus der Gesellschaft heraus 1919 gegründet wurde, bestand seine Aufgabe darin, die deutschen Gefallenen zu bergen, zu identifizieren und würdig zu bestatten.

Da der Erste Weltkrieg im Wesentlichen außerhalb Deutschlands ausgetragen worden war, lagen auch die getöteten deutschen Soldaten im Ausland. Deren Bestattung war gemäß dem Versailler Vertrag eigentlich die Aufgabe des jeweiligen Staates, in dem die Soldaten den Tod fanden. Deutschland wollte auf die Kriegsgräberstätten für seine Gefallenen jedoch Einfluss nehmen, um seine eigenen Vorstellungen von Gedenken und Ehrung zur Geltung zu bringen. Von vornherein war der Volksbund dabei auf internationale Zusammenarbeit angewiesen, was

diplomatisch delikater war. Schließlich waren die Länder, in denen die Soldaten bestattet werden sollten, bis kurz zuvor Feindesland gewesen.

Die Anlage der Kriegsgräberstätten nach dem Ersten Weltkrieg folgte dem Geist der Zeit: „Gefallen für Volk und Vaterland“ lauteten die Inschriften oft.

Man wollte den Angehörigen einen Ort schaffen, an dem sie trauern konnten, aber man wollte auch dem Soldatentod einen Sinn geben. Es gab einige wenige frühe Tendenzen, darüber hinaus zu gehen. So sagte der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe am ersten Volkstrauertag, das war am 5. März 1922, unter anderem: „Leiden zu lindern, Wunden zu heilen, aber auch Tote zu ehren, Verlorene zu beklagen, bedeutet Abkehr vom Hass, bedeutet Hinkehr zur Liebe, und unsere Welt hat die Liebe not.“

Die Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten bereitete diesem Ansatz jedoch ein jähes Ende. Jetzt wurde der Tod der Soldaten endgültig zum Heldentod verklärt und zum Ansporn für weitere vermeintliche Heldentaten, sprich für Aggression und Krieg, genommen. Aus dem Volkstrauertag wurde der „Heldengedenktag“ als Teil der nationalsozialistischen Propaganda.



Beschämt müssen wir feststellen, dass der Volksbund sich diesen Tendenzen nicht nur nicht entzogen, sondern sie aktiv unterstützt hat. Zwar ist es richtig, dass der Volksbund nicht in das nationalsozialistische Organisationsgefüge einbezogen wurde, aber dies war auch nicht nötig. Der Volksbund funktionierte auch so im Sinne der Machthaber.

Die Diktatur des sogenannten Dritten Reichs von innen zu überwinden, ist leider nicht gelungen. Schließlich bedurfte es der militärischen Niederlage Deutschlands, um die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten zu beenden.

1945 und in den Jahren danach stand der Volksbund, der sich erst einmal selbst reorganisieren musste, vor Herausforderungen einer anderen Dimension. Der Zweite Weltkrieg hat zwischen 60 und 70 Millionen Opfer gefordert. Anders als im Ersten Weltkrieg waren hunderttausende deutsche Soldaten auch auf deutschem Boden gefallen und der Volksbund wurde mit ihrer Erfassung beauftragt.

Tätig werden konnte der Volksbund allerdings nur in den Westzonen und der daraus entstandenen Bundesrepublik Deutschland. Erst nach der deutschen Vereinigung konnte der Volksbund in der ehemaligen DDR tätig werden. Zuvor geschah dies durch eine verdeckte Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche in der DDR.

Lassen Sie mich nun auf heute und auf das Morgen kommen.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist nach wie vor eine von gesellschaftlichen Kräften getragene Organisation. Obwohl die Mitgliederzahl aus einseharen Gründen

zurückgeht, haben wir über 85.000 Mitglieder und über 213.000 Spenderinnen und Spender.

Der Volksbund betreut mehr als 830 Kriegsgräberstätten in 46 Ländern. Eine Zahl, die auch zeigt, wie weit der Krieg Leid und Elend geschaffen hat.

Insgesamt kümmern wir uns um über 2,8 Millionen Kriegsgräber. —>

Einbettung von Vincent Cieluch in Sebesch, Russland.



Im Inland sind seit 1952 die Kommunen für die Anlage und Pflege der Kriegsofopferstätten zuständig, aber der Volksbund berät und unterstützt sie dabei. Möglich ist uns das nur durch die Hilfe vieler Partner: die Bundesregierung, Landesregierungen, Kommunen, Spender, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Ein besonderer Dank geht an die Bundeswehr und die Reservisten, die uns durch Arbeitseinsätze und Sammlungen helfen.

Die Nachfrage nach dem Schicksal der Angehörigen der beiden Kriege ist ungebrochen. Wir haben eine Online-Gräbersuche eingerichtet, mittels derer man ermitteln kann, wo ein Kriegsgefallener bestattet ist. Diese Suchfunktion wird im Jahr 3,5 Millionen Mal angeklickt, statistisch also an jedem Kalendertag fast 10.000 Mal.

Erst seit den Veränderungen in Mitteleuropa im Zusammenhang mit den demokratischen Revolutionen und dem Zerfall der Sowjetunion können wir auch dort tätig werden. Im letzten Jahr haben wir in Mitteleuropa und in der ehemaligen Sowjetunion knapp 24.000 Gefallene umgebettet und würdig bestattet. Von ungefähr

800.000 Toten wissen wir noch, 250.000 hoffen wir, noch bergen und beerdigen zu können.

Die Kriegsgräberfürsorge und die Angehörigenbetreuung sind also nach wie vor wichtige Felder unserer Tätigkeit und werden es auch bleiben. Schließlich haben die Gefallenen völkerrechtlich ein ewiges Ruherecht.

Aber seit vielen Jahren kümmert sich der Volksbund nicht nur um die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, sondern setzt sich aktiv dafür ein, dass solche Verluste erst gar nicht entstehen. Der Volksbund ist nicht nur einer der wichtigsten Träger der Erinnerungskultur in Deutschland. Er verbindet auch Erinnerung und Gedenken mit Bildung und Begegnung, die Arbeit auf den Kriegsgräberstätten mit dem Einsatz für den Frieden.

Die Kriegsgräberstätten mit ihren scheinbar unendlichen Gräberreihen lassen die Besucher erschauern. Aber sie erklären noch nichts. Deshalb gestalten wir die Friedhöfe zu Lernorten um, ohne ihnen den Charakter als Stätten der individuellen Trauer zu nehmen.



Ein Teil dieses Projekts ist die Forschung zu den Gefallenen. Wir können ihnen nicht ihr Leben zurückgeben, aber wenigstens ihre Biografie und damit ihre Individualität.

Wir wollen deutlich machen, dass in diesem Grab eben nicht ein XY liegt, sondern ein konkreter Mensch mit einem Namen und einer Lebensgeschichte, mit einer Familie und einer Freundin, mit Hoffnungen und Plänen für die eigene Zukunft.

Wir haben im letzten Jahr ein interessantes Projekt durchgeführt. Nachwuchsfußballer einiger europäischer Clubs, aus Deutschland waren Hertha BSC und Schalke 04 dabei, haben die Gräber von Fußballern ihrer Vereine besucht, die im Ersten Weltkrieg gefallen waren. Sie haben deren Biografien recherchiert und ihnen Briefe geschrieben. Einige haben darüber in der zentralen Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag vor dem Bundespräsidenten und dem französischen Präsidenten berichtet.

Über 100 Jahre waren die Gefallenen, mit denen die jungen Sportler sich beschäftigten, da schon

tot. Dennoch entstand eine erstaunliche Nähe und Betroffenheit. Diese jungen Menschen werden sich nicht mehr einreden lassen, dass man Konflikte am besten mit militärischer Gewalt lösen könnte.

Kriege brechen ja nicht aus, sie werden gemacht. Sie sind das Ergebnis eines Prozesses, der mit der Herabwürdigung anderer Menschen – sei es wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung – beginnt, der über Demokratieverächtlichkeit und kriegerische Rhetorik in ein Denkschema führt, in dem es nur eine Lösung gibt, und zwar eine, die keine Kompromisse und keinen Diskurs mehr ermöglicht.

Darum sind Begegnungen so wichtig, sie sind die beste Schutzimpfung gegen Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Volksbund bereits begonnen, internationale Jugendtreffen durchzuführen, die unter zwei Leitsätzen standen und stehen: „Versöhnung über den Gräbern“ und „Arbeit für den Frieden“.

Gedenkveranstaltungen in Belgien und Italien

Wir betreiben vier Jugendbildungsstätten, in denen sich Jugendliche aus verschiedenen Ländern begegnen, miteinander diskutieren, auf Soldatenfriedhöfen arbeiten, sich kennenlernen und miteinander auch Freizeit verbringen.

In allen unseren Landesverbänden gibt es aktive und engagierte Bildungsreferentinnen und -referenten, die in und mit den Schulen, aber auch in der außerschulischen Bildung Angebote ausarbeiten und vor allem jungen Menschen so ermöglichen, mehr über die Vergangenheit zu erfahren.

Die Rechtsextremen sprechen ja gerne davon, Deutschland müsse sich aus seiner Vergangenheit befreien.

Wir können das Erbe der Vergangenheit aber nicht ignorieren oder ausschlagen, in vielen Bereichen wollen wir das ja auch nicht. Die deutsche Kultur, die deutsche Wissenschaft, der deutsche Erfindergeist, die deutsche Wirtschaft – das alles nehmen wir doch gerne für uns in Anspruch und wir können darauf stolz sein, auch wenn wir es nicht selbst geschaffen, sondern zu einem großen Teil von den Generationen vor uns erhalten haben. Aber Vergangenheit gibt es nur als Ganzes. Goethe ja, Hitler nein, Siemensstadt ja, Theresienstadt nein – das geht nicht.

Wer sich mit der deutschen Vergangenheit beschäftigt, weiß auch, wohin es führt, wenn Demokratie und Toleranz verächtlich gemacht werden, wenn ewig Gestrige versuchen, das Gestrige ewig zu machen und Nationalismus und Fremdenhass das Wort reden.

Aus der Vergangenheit erwächst keine individuelle Schuld für die Nachgeborenen, aber eine Verantwortung, sich für Frieden und Versöhnung einzusetzen, auch im eigenen Interesse.

Frieden kann nach der Geschichte des 20. Jahrhunderts nur auf der Basis von Versöhnung stabil sein. Wir wissen vielleicht am besten, dass das nicht immer einfach ist. Wir pflegen die Grabstätten von Soldaten im Ausland, die in diese Länder als Invasoren, Aggressoren, Okkupanten

und in einer Reihe von Fällen auch als Kriegsverbrecher gekommen sind, die getötet haben, bevor sie getötet wurden. Die Zustimmung der lokalen Bevölkerung und der kommunalen und zentralen Regierung können wir nur erreichen, indem wir uns zur deutschen Schuld und Verantwortung klar bekennen, indem wir das Leiden der Menschen vor Ort anerkennen und indem wir deutlich machen, dass wir der Toten gedenken, sie aber nicht als Helden ehren wollen.

Ich bin vor wenigen Tagen aus Wolgograd, dem früheren Stalingrad zurückgekommen. Wir haben dort 1.800 deutsche Soldaten eingebettet, die wie insgesamt rund 700.000 Menschen ihr Leben bei der Schlacht um Stalingrad verloren haben. Bei der überwiegenden Zahl der Toten handelt es sich um Soldaten der sowjetischen Armee. Die Stadt, deren Bevölkerung ein ungeheures Martyrium erlebte, wurde zu 90 Prozent zerstört. Da können Sie sich doch nicht hinstellen und sagen: „Schluss, aus, vorbei – das waren doch nur zwölf Jahre der tausendjährigen ruhmreichen Geschichte Deutschlands.“

»Frieden in Europa ist nicht selbstverständlich. Die Überwindung von Nationalismus und Rassismus, von Hass und Intoleranz, von Unterdrückung und Verfolgung braucht Mut und Ausdauer.«

DIE REPRÄSENTANTEN DER FÜNF VERFASSUNGSORGANE RUFEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DES VOLKSBUNDES AUF

Wer aus Feindschaft Freundschaft machen möchte, muss die Leiden der anderen und die eigene Schuld eingestehen und darf sie nicht als „Fliegenschiss“ verniedlichen und die Opfer damit geringschätzen und verhöhnern.

Versöhnung, Verständigung, Frieden – das tun wir nicht nur für andere. Aber es geht nur mit den anderen. Wir können froh sein, dass wir mit all unseren Nachbarn in der Europäischen Union vereint sind – mit Ausnahme der Schweiz, mit der es aber ebenfalls enge und freundschaftliche Beziehungen gibt.

Man mag sich in der Europäischen Union über dieses ärgern und über jenes unzufrieden sein, aber wir sollten allen Versuchen entschieden entgegenzutreten, diese Union zu diskreditieren und zu destabilisieren. Wir haben das 2017 mit einer Plakatkampagne auf den Punkt gebracht. Ein großes Foto zeigte eine Kriegsgräberstätte und zusätzlich nur zwei Worte: „Darum Europa!“



Die Spitzen der fünf Verfassungsorgane: der Bundespräsident, der Präsident des Bundesrates, die Bundeskanzlerin, der Präsident des Bundestags und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts haben im Juni dieses Jahres die Arbeit des Volksbundes öffentlich gewürdigt. In ihrem gemeinsamen Aufruf, den übrigens alle wichtigen Zeitungen kostenlos veröffentlicht haben, heißt es unter anderem: „Frieden in Europa ist nicht selbstverständlich. Die Überwindung von Nationalismus und Rassismus, von Hass und Intoleranz, von Unterdrückung und Verfolgung braucht Mut und Ausdauer.“

Wir wollen mit unserer Bildungs- und Begegnungsarbeit diesen Mut, sich für den Frieden einzusetzen, stärken.

Tatsächlich ist es – allen Geschichten von tapferen Kriegerern zum Trotz – nämlich der Frieden, der Mut benötigt. Das ist der Mut des Alltags, der Mut, den wir alle jeden Tag aufbringen müssen, aber auch aufbringen können.

Der Mut zur Selbsterkenntnis, der Mut zur Selbstbeschränkung, der Mut zum Kompromiss, der Mut auf den anderen zuzugehen, der Mut zur Empathie, der Mut zur Verantwortung, der Mut zur Wahrhaftigkeit, der Mut, diffamierender Propaganda entgegenzutreten, der Mut zum eigenen Gewissen.

Ja, Frieden braucht Mut – aber der Mut lohnt sich, denn er schafft die Grundlage für ein menschliches und menschenwürdiges Leben. Die Kriegsgräberstätten zeigen, was auf dem Spiel steht, wenn uns dieser Mut verlässt.

Deshalb betreiben wir Bildungsarbeit, die man mit den Stichworten Verantwortung, Versöhnung und Verständigung, Gedenken, Denken und Gestalten sowie Frieden, Freiheit und Zukunft beschreiben kann.

Hundert Jahre Volksbund, das ist also Trauer und Erinnerung, Grabpflege und Angehörigenbetreuung, Information und Bildung, das ist Begegnung und Europa, das ist Jugend und Zukunft, das ist Ernst bezüglich des Gestern und Lust auf ein demokratisches und friedliches Morgen.

„Kriegsgräberfürsorge ist Arbeit für den Frieden in Europa“, sagen die Repräsentanten der fünf Verfassungsorgane in ihrer Unterstützung für den Volksbund.

So gehen wir in das zweite Jahrhundert unserer Organisation. Je mehr uns auf diesem Weg begleiten, desto einfacher wird es sein, Erfolg zu haben.

Plakatkampagne „Darum Europa!“ aus dem Jahr 2017

Peace Line: Europa erfahren

Engagement für die Zukunft der Erinnerung

Noch vor 15 Jahren hätte wahrscheinlich kaum eine politische Partei in Frage gestellt, dass die Europäische Union als Ergebnis der Friedensbemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg eine notwendige und für alle Vertragsstaaten gewinnbringende supranationale Einrichtung ist.

Erstmals mit dem Scheitern einer europäischen Verfassung, deren Ratifizierung in Frankreich und den Niederlanden 2005 nicht zustande kam und daraufhin zunächst politisch nicht weiter vorangetrieben wurde, hat sich herausgestellt, dass der von den Regierungen angestrebte Einigungsprozess von vielen Bürgern kritisch gesehen wird.

Seitdem hat sich diese Entwicklung verstärkt, zum einen durch die Banken- und Finanzkrise 2008 und deren Folgen, dann durch die sogenannte „Flüchtlingskrise“ ab 2015 und das Referendum zum Austritt Großbritanniens aus der EU 2016. EU-Staaten untereinander, aber auch deren Gesellschaften haben sich darüber immer mehr gespalten. Euroskeptiker, nationalistische und rechtspopulistische Parteien haben gleichzeitig davon enorm profitiert und sind vielerorts in Regierungsverantwortung gekommen.

Der Volksbund ist keine Partei im Streit um die Ausgestaltung der Europäischen Union. Aber aus seinem Auftrag heraus setzt er sich mit ganzer Kraft für die europäische Integration ein. Sie ist die Konsequenz aus zwei Weltkriegen und dem unermesslichen Leid, das diese über die Menschen in Europa und darüber hinaus gebracht haben. Diese Möglichkeit, den Frieden auf unserem Kontinent dauerhaft zu sichern, darf nicht verspielt werden.

Der Volksbund blickt zu Beginn seines zweiten Jahrhunderts daher nicht nur zurück, sondern auch voraus. Die Erinnerung an die Opfer des Holocaust, der Kriegsverbrechen und der Kriegshandlungen, an die Zerstörung durch und die Befreiung vom Nationalsozialismus sind die Themen dieses Gedenkjahres, aber auch die Fragen der nachhaltigen Sicherung des Friedens und der Versöhnung in Europa.

Zur Versöhnung und dem friedlichen Miteinander gehört, dass man voneinander weiß und versteht, was die anderen Europäer beschäftigt. Deutschland und alle anderen vom Zweiten Weltkrieg betroffenen Staaten werden 2020 in unterschiedlicher Weise auf das Jahr 1945 zurückblicken. Viele werden nochmals an die Schmerzen und Verletzungen erinnert werden, die ihnen durch diesen Angriffs- und Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands zugefügt wurden. Viele werden aufzeigen, was die politischen Vorstellungen für eine Friedensordnung europa- und weltweit waren, die sich nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs herausbildeten. Dabei ist sicherlich die Ost- und Westperspektive wiederum sehr unterschiedlich.

Das Signal, das innerhalb dieses Gedenkreises und Erinnerungszyklus von Deutschland ausgehen wird, sollte einen klar bekennenden, aber auch europäisch richtungsweisenden Charakter haben. Von deutscher Seite müssen gerade 2020 erinnerungskulturelle Impulse ausgehen, die Menschenrechte, Völkerverständigung und demokratisches Bewusstsein künftiger Generationen stärken und eine Versöhnung mit der Vergangenheit ermöglichen helfen.



Hier setzt das Projekt „Peace Line. Europa erfahren“ an. Es basiert auf der Idee, junge Menschen im Alter zwischen 18 und 26 Jahren aus verschiedenen Staaten gemeinsam auf einer Route durch mehrere Länder West- und Mitteleuropas reisen zu lassen. Auf dieser „Peace Line“ besuchen sie Gedenk- und Erinnerungsorte des Ersten und des Zweiten Weltkriegs, der Teilung Europas sowie des europäischen Aufbruchs. Pädagogisch versierte Teamerinnen und Teamer begleiten sie auf ihrer Reise.

Sie lernen miteinander über die geschichtlichen Ereignisse und lernen voneinander die unterschiedlichen Sichtweisen („Narrative“), die in ihrem jeweiligen Land vorherrschend sind. So kann es gelingen, das nationale Herangehen an historische Ereignisse auch in anderem Licht zu sehen und aufeinander zuzugehen. Damit wird eine Basis für Versöhnung und gemeinsames Gedenken geschaffen und ein Fundament für ein gleichberechtigtes Miteinander in der Zukunft gelegt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich ihrer nationalen Identität bewusst, werden aber gleichzeitig gegen Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Herabwürdigung anderer immunisiert.

Das Kernziel des Projekts besteht darin, den Teilnehmenden die Gelegenheit zu geben, eigenes historisches Wissen zu vertiefen und zu erfahren, wie sich ein und dieselbe Geschichte aus einer anderen Perspektive anhört und anfühlt. Sowohl bei den unmittelbar Beteiligten als auch in der Öffentlichkeit fördern das Projekt und seine Bausteine Multiperspektivität, historisches Bewusstsein und das Verständnis für andere.

Die Besonderheit von „Peace Line“ liegt dabei in der Vielseitigkeit. Die internationale Zusammensetzung und das Bereisen mehrerer Länder, die früher durch den Eisernen Vorhang getrennt waren, ermöglichen neue Erfahrungen für alle Beteiligten. Das Format des gemeinsamen Befahrens einer Route bietet aber auch die Möglichkeit, auch und gerade junge Leute anzusprechen, die nicht aus dem akademischen Bereich kommen. Das Projekt trägt dadurch dazu bei, „Europa“ auf eine breitere Basis zu stellen und aus der Ecke als Elitenprojekt herauszuholen.

Im Jahr 2020 werden zwei Routen durchgeführt werden, die wegen der Gedenkveranstaltungen zum Ende des Zweiten Weltkrieges beide in Berlin beginnen. Eine führt dann nach St. Petersburg und von dort über die baltischen Staaten und Polen zur Jugendbildungsstätte des Volksbundes auf Usedom, die andere über Weimar, Prag, München, den Bodensee nach Verdun, um schließlich in der Jugendbildungsstätte in Niederbronn zu enden.

Der Volksbund kann hier die große Kompetenz der Landesverbände und seine vielfältigen Kontakte nutzen, hat dieses Projekt aber auch in eine Partnerstruktur mit anderen Institutionen eingebunden und erhält dafür eine finanzielle Unterstützung durch das Auswärtige Amt.

Auf 2020 aufbauend sollen für die Folgejahre weitere Routen entwickelt und durchgeführt werden. So wird Geschichte buchstäblich „erfahren“, um sie für die Zukunft nutzbar zu machen.

*Youth for peace!
100 Jahre nach Ende
des Ersten Weltkrieges
trafen sich Jugendliche
aus ganz Europa, um
gemeinsam Ideen für
den Frieden zu sammeln.
Eine davon ist Peace Line.*

Impressum

Herausgeber:	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Bundesgeschäftsstelle Werner-Hilpert-Straße 2, 34117 Kassel Tel. 0561 7009-0 Fax 0561 7009-221 info@volksbund.de www.volksbund.de www.volkstrauertag.de
Verantwortlich:	Daniela Schily, Generalsekretärin
Redaktion:	Diane Tempel-Bornett, Eckart Stratenschulte
Autorinnen und Autoren:	Fritz Kirchmeier (Geschichte des Volksbundes) (†) Eckart Stratenschulte (geschichtlicher Überblick) außerdem: Matteo Schürenberg, Pawel Prokop, Santina Meier, Heike Dörrenbächer, Hans-Dieter Heine, Thomas Rey
Mitarbeit und Unterstützung:	Maurice Bonkat, Diane Tempel-Bornett, Peter Pässler, Dr. Martin Dodenhoeft, Dr. Dirk Reitz, Gerd Krause
Gestaltung:	Machbar GmbH, Kassel René Strack
Druck:	Vogel Druck und Medienservice GmbH Höchberg Oktober 2019
Auflage:	18.000 Exemplare (Neuauflage)
Spendenkonto:	Commerzbank Kassel IBAN DE23 5204 0021 0322 2999 00 BIC COBADEFF520

Bildnachweis

Legende:

IWM:	Imperial War Museum
D:	Deutsche Presseagentur
UL:	Ullstein Bilderdienst
VA:	Volksbund-Archiv
LB:	Landesbildstelle Berlin

Seite 1, Titelbild: Maurice Bonkat, Seite 7: IWM, Seiten 8/9/11/12: VA, Seite 13: UL, Seiten 14/15: UL, Seite 16: UL und VA, Seite 17: UL, Seite 18/19: VA, Seite 20: VA, Seite 22: VA, Seite 23: UL, Seite 24: VA, Seite 25: D, Seite 26: VA, Seite 27: D, Seite 28: VA, Seite 29: UL, Seite 30: VA, Seite 31: UL, Seite 32: VA, Seite 33: UL, Seiten 34/35/36/37/38: VA, Seite 39: IWM, Seiten 40/41/42: VA, Seite 43: UL, Seite 44: VA, Seite 45: D, Seiten 46/47: VA, Seite 47: UL, Seiten 48/49: VA, Seiten 50/51/52: VA, Seite 53: IWM, Seite 54: VA, Seite 55: UL, Seiten 56/57/58/59: VA, Seite 60: IWM, Seiten 61/62: VA, Seite 63: UL, Seite 64: VA, Seiten 65/66: LB, Seite 68: VA, Seite 69: UL, Seite 70: VA, Seiten 72/73/74/76: VA, Seite 77: LB, Seiten 78/79: VA, Seite 80: beide VA, Seite 81: alle UL, Seiten 82/83/84: VA, Seite 87/88: VA, Seite 89: D, Seite 90: D, Seite 92: VA, Seite 93: UL, Seiten 94/95: VA, Seite 96: VA, Seite 97: LB und D, Seiten 98/99: VA, Seite 100: VA, Seite 101: D, Seiten 102/103/104: VA, Seite 105: D, Seite 106: VA, Seite 107: D, Seite 108: VA, Seite 109: D, Seite 110: VA, Seite 111: D, Seite 112: VA, Seite 113: D, Seite 114: VA, Seite 115: D, Seite 116: VA, Seite 117: D, Seiten 118/119: VA, Seite 120: VA, Seite 121: UL, Seite 122: VA, Seite 123: D, Seite 124: VA, Seite 125: D, Seite 126: VA, Seite 127: D, Seite 128: VA, Seite 129: D, Seite 130: VA, Seite 131: D, Seite 132: VA, Seite 133: D, Seite 134: VA, Seite 135: UL, Seite 136: VA, Seite 137: UL, Seite 138: Agence France-Presse, Seite 140: VA, Seite 141: UL, Seite 142: VA, Seite 143: D, Seite 144: VA, Seite 145: UL, Seite 146: VA, Seite 147: D, Seite 148: VA, Seite 149: beide D, Seite 150: beide VA, Seite 151: D, Seite 152: VA, Seite 153: D, Seite 154: VA, Seite 155: UL, Seite 156: VA, Seite 157: D, Seite 158: VA, Seite 159: D, Seite 160: VA, Seite 161: beide UL, Seite 62: VA, Seite 163: UL, Seite 164: VA, Seite 165: UL, Seite 166: VA, Seite 167: beide UL, Seite 168: VA, Seite 169: beide UL, Seite 170: VA, Seite 171: UL, Seite 172: VA, Seite 173: UL, Seite 174: VA, Seite 175: UL, Seite 176: VA, Seite 177: UL, Seiten 178/179: beide UL, Seite 180: VA, Seiten 181/182/183: alle UL, Seite 184: VA, Seite 185: UL, Seite 186: VA, Seite 187: beide UL, Seite 188: VA, Seite 189: UL, Seite 190: VA, Seite 191: UL, Seite 192: VA, Seite 193: UL, Seite 194: VA, Seite 195: UL, Seite 196: VA, Seite 197: UL, Seite 198: VA, Seite 199: UL, Seite 200: VA, Seite 201: beide UL, Seiten 202/203: beide VA, Seite 204: VA, Seite 205: BPA, Seite 206: VA, Seite 207/208: beide UL, Seiten 210/211: alle UL, Seite 213: VA, Seite 214: Maurice Bonkat, Seite 215: Maurice Bonkat, Uwe Zucchi (unten), Seite 216: Uwe Zucchi, Seite 219: VA, Seite 221: Uwe Zucchi, Seiten 222/223: VA, Seite 224: Maurice Bonkat, Seite 227: VA, Seite 228: Diane Tempel-Bornett, Seiten 230/233: alle VA, Seite 234 – 245: Uwe Zucchi, Seite 246: Maurice Bonkat, S. 247 – 249: Uwe Zucchi, Seite 251: Volksbund, Seite 253: VA, Seite 255: Diane Tempel-Bornett, S. 256 – 257 Uwe Zucchi, Seite 261 Maurice Bonkat.

Zur Quellenlage

Grundlagen der hier vorgelegten Geschichte des Volksbundes sind neben der Vereinszeitschrift und diversen Pressemeldungen die Chroniken, die der Volksbund 1959, 1969 und 2009 veröffentlicht hat. Anders als diese Publikationen kann sich deren Überarbeitung auch auf wissenschaftliche Arbeiten stützen, die in jüngerer Zeit erschienen sind. Dazu zählen (in der Reihenfolge ihres Erscheinens):

Susanne Brandt, Vom Kriegsschauplatz zum Gedächtnisraum:
Die Westfront 1914-1940,
Baden-Baden 2000

Manfred Görtemaker, Die Berliner Republik.
Wiedervereinigung und Neuorientierung,
Berlin 2009

Alexandra Kaiser, Von Helden und Opfern.
Eine Geschichte des Volkstrauertages,
Frankfurt a. M. 2010

Heinrich August Winkler,
Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914 – 1945,
München 2011

Heinrich August Winkler,
Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum Mauerfall,
München 2014

Heinrich August Winkler,
Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart,
München 2015

Wilfried Loth, Die Rettung der Welt.
Entspannungspolitik im Kalten Krieg 1950 – 1991,
Frankfurt a.M./New York 2016

Jakob Böttcher,
Zwischen staatlichem Auftrag und gesellschaftlicher Trägerschaft.
Eine Geschichte der Kriegsgräberfürsorge im 20. Jahrhundert,
Göttingen 2018

Bernd Ulrich, Wolfgang Kruse, Manfred Hettling, Christian Fuhrmeister unter Mitarbeit von
Claudia Scheel, Jakob Böttcher, Sofie Eikenkötter, Julius Vesting,
Organisation der Gefallenen.
Eine Geschichte des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (1919-2019),
Manuskript 2018

Lebendiges Museum Online,
Kooperationsprojekt der Stiftung Deutsches Historisches Museum,
der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesarchivs,
<https://www.dhm.de/lemo/projekt>



www.volksbund.de